

**Carl von Ossietzky Universität Oldenburg  
Fakultät IV / Human- und Gesellschaftswissenschaften  
Institut für Geschichte**

**Magisterstudiengang:      Geschichte / Politikwissenschaft**

**Magisterarbeit**

**Der kommunale Umweltschutz am Beispiel der FDP im  
Landkreis Oldenburg in den 1970er und 1980er Jahren**

**vorgelegt von:                      Anja Wiethorn**

**Betreuender Gutachter:            Prof. Dr. Gerd Steinwascher**

**Zweiter Gutachter:                Prof. Dr. Bernhard Parisius**

**Oldenburg, 14.07.2009**

## Inhaltsverzeichnis

### **1. Einleitung**

1.1 Gegenstand der Arbeit	S. 1
1.2 Forschungsstand	S. 3
1.3 Quellenlage	S. 5

### **2. Das neue Politikfeld Umwelt**

2.1 Die Entwicklung der bundesdeutschen Umweltpolitik bis in die frühen 1980er Jahre	
2.1.1 Umweltpolitik – eine Begriffserklärung	S. 7
2.1.2 Die Phasen in der bundesdeutschen Umweltpolitik	S. 8
2.1.3 Die Anfänge des staatlichen Umweltschutzes	S. 10
2.1.4 Die Entwicklung des Umweltbewusstseins	S. 15
Exkurs I: Charakterisierung der Ökologiebewegung	S. 19
2.2 Kommunale Umweltpolitik: Aufgaben, Möglichkeiten und Restriktionen	
2.2.1 Die Entwicklung der kommunalen Umweltpolitik	S. 21
2.2.2 Kommunale Umweltpolitik als Querschnittsaufgabe	S. 23
2.2.3 Determinanten der kommunalen Umweltpolitik	S. 24
Exkurs II: Die Rolle von Parteien in der Kommunalpolitik	S. 27

### **3. Die FDP und die Umweltpolitik**

3.1 Die Entwicklung der Umweltprogrammatik in der FDP	
3.1.1 Die Anfänge der Umweltprogrammatik der Parteien auf Bundesebene	S. 29
3.1.2 Der Wandel zur modernen FDP	S. 30
3.1.3 Die Freiburger Thesen: Die FDP als Umweltpartei?	S. 35
3.1.4 Die Kieler Thesen: Ökonomie versus Ökologie?	S. 37
3.1.5 Das Ökologische Aktionsprogramm: Umweltpolitik für die 1980er Jahre	S. 39
Exkurs III: Der „steinige Weg“ bis zum Ökologischen Aktionsprogramm	S. 40
3.1.6 Der programmatische Spagat der Liberalen	S. 42
3.1.7 Die Haltung der FDP gegenüber Bürgerinitiativen	S. 45
3.2 Die FDP und die „grüne“ Herausforderung	
3.2.1 Die Grüne Liste Umweltschutz	S. 49
3.2.2 Die Reaktionen in der Bundespartei auf die verstärkte Konkurrenz in der Umweltpolitik	S. 51
3.2.3 Die „Grünen“ im Landkreis Oldenburg	S. 54

Exkurs IV: Libero – ein liberaler Held kämpft gegen die Radikalisierung der Umweltbewegung	S. 57
<b>4. Die Rolle der FDP im Umweltschutz des Landkreises Oldenburg</b>	
4.1 Liberale Traditionen im Oldenburger Land	
4.1.1 Liberale Wurzeln im Kaiserreich und der Weimarer Republik	S. 59
4.1.2 Die Kontinuität liberaler Traditionen nach 1945	S. 60
4.1.3 Die Rolle der FDP im Parteiensystem des Verwaltungsbezirkes Oldenburg	S. 64
4.1.4 Die FDP als Kommunalpartei im Landkreis Oldenburg	S. 70
4.2 Umweltschutz im Landkreis Oldenburg	
4.2.1 Die kommunalen Umweltberichte (1979-1986)	S. 78
4.2.2 Naturschutz und Landespflege	S. 81
4.2.3 Die Rolle der FDP im Umweltschutz des Landkreises Oldenburg	S. 87
4.2.4 Die Rettung des „Schwimmenden Moores“	S. 95
<b>5. Fazit</b>	S. 98
<b>6. Quellenverzeichnis</b>	S. 100
<b>7. Literaturverzeichnis</b>	S. 107
<b>8. Anhang</b>	
8.1 Kritische Betrachtung der Rolle von Eilert Tantzen in der Umweltpolitik	S. 115
8.2 Einführende Worte zum Interview mit Eilert Tantzen	S. 117
8.3 Transkription des Interviews mit Eilert Tantzen	S. 118
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	

## 1. Einleitung

Der damalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bezeichnete Eilert Tantzen an dessen 60. Geburtstag am 22. Oktober 1989 als das „*umweltpolitische Gewissen der FDP*“<sup>1</sup>. Dieses Zitat wirft zahlreiche Fragen auf, welche in dieser Arbeit geklärt werden sollen.

### 1.1 Gegenstand der Arbeit

Das Thema dieser Magisterarbeit ist der kommunale Umweltschutz am Beispiel der FDP im Landkreis Oldenburg für die 1970er und 1980er Jahre. Im Rahmen der Untersuchung der kommunalen Umweltpolitik im Landkreis Oldenburg richtet sich der Fokus auf die Rolle der FDP in diesem Politikfeld. Der Zeitraum der Untersuchung wurde in Anlehnung an die Entwicklung der staatlichen Umweltpolitik auf Bundesebene gewählt. Der zeitliche Schwerpunkt erstreckt sich auf die Regierungsphase der sozialliberalen Koalition (1969-1982). Die FDP verabschiedete mit den Freiburger Thesen (1971) ihre erste Umweltprogrammatik, die bis in die 1980er Jahre als umweltpolitische Leitlinie für die Bundespartei fungierte. In diesem Kontext stellt sich die Frage, wie sich die Parteiuntergliederungen der FDP der Umweltpolitik annäherten. Dabei soll untersucht werden, ob eher der umweltpolitische Kurs der Bundespartei oder die örtlichen Problem- und Interessenlagen die Gestaltung der Umweltpolitik bestimmten. Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht die Analyse der Gestaltung der FDP-Umweltpolitik im Landkreis Oldenburg und darüber hinaus des FDP-Bezirksverbandes Oldenburg. Es werden Initiativen der Oldenburger Liberalen im Umweltschutz beleuchtet, um die spezifische Herangehensweise an diesen Politikbereich zu veranschaulichen. Diese Arbeit betritt wissenschaftliches Neuland. Zwar existieren einige wissenschaftliche Betrachtungen zur Rolle der Liberalen im Oldenburger Land, aber die Bedeutung der dortigen FDP im (kommunalen) Umweltschutz wurde bislang nicht erforscht. Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, einen Einblick in das umweltpolitische Engagement der FDP im Landkreis Oldenburg bzw. im Bezirksverband Oldenburg zu geben. Damit soll der Grundstein für weitere Forschungen in der regionalen „Umwelt(schutz)geschichte“ gelegt werden. Es muss berücksichtigt werden, dass Eilert Tantzen bei den Oldenburger Liberalen eine Sonderposition einnahm (Kap. 8.1). Deshalb ist sein Nachlass eine unverzichtbare Quelle für die Erforschung der FDP-Umweltpolitik im Landkreis Oldenburg (Kap. 1.3). Das Untersuchungsgebiet ist das ehemalige Land Oldenburg, insbesondere der Landkreis Oldenburg. Das Oldenburger Land blickt auf einen wechselvollen Verlauf der Geschichte zurück.

---

<sup>1</sup> Zit. nach Hans-Dietrich Genscher, in: Tantzen, Eilert: 700 Jahre. Chronik der Familie Tantzen 1300-2000, Oldenburg 1997, S. 327.

Entstanden im Mittelalter existierte es später als Freistaat, Großherzogtum, Herzogtum oder Grafschaft bis es im Jahr 1946 in das Land Niedersachsen eintrat.<sup>2</sup> Zudem prägten Verwaltungs- und Gebietsreformen die Strukturen des ehemaligen Landes Oldenburg. Aus der Verwaltungsreform von 1933 ging die Kreisgliederung hervor und somit auch der Landkreis Oldenburg.<sup>3</sup> In den 1970er Jahren veränderte sich die Zusammensetzung des Verwaltungsbezirkes Oldenburg. 1974 schied die Gemeinde Stuhr aus dem Landkreis Oldenburg aus, wohingegen 1977 die Samtgemeinde Harpstedt hinzukam. Seitdem setzt sich der Landkreis Oldenburg aus den Gemeinden Wardenburg, Großenkneten, Hatten, Hude, Ganderkesee, Dötlingen, Wildeshausen und der Samtgemeinde Harpstedt zusammen. Auffällig ist, dass sich der Sitz der Kreisverwaltung bis 1988 in der kreisfreien Stadt Oldenburg befand. Erst 1984 fiel die Entscheidung für die Verlagerung nach Wildeshausen.

Die Arbeit lässt sich folgendermaßen gliedern: Nach der Vorstellung des Forschungsstandes (Kap. 1.2) und den verwendeten Quellen (Kap. 1.3) wird in Kapitel zwei die Entwicklung des neuen Politikfeldes Umwelt von seinen Anfängen in den späten 1960er Jahren bis zur Konsolidierung in den frühen 1980er Jahren umrissen. Von der Bundesebene wird der Blick auf die kommunale Umweltpolitik gelenkt (Kap. 2.2). Dieser Schritt ist notwendig, um die Aufgaben, Möglichkeiten und Restriktionen kommunaler Umweltpolitik zu verstehen und somit das umweltpolitische Handeln der FDP im Landkreis Oldenburg beurteilen zu können. Auf dieser Grundlage wird in Kapitel drei das Verhältnis der FDP zur Umweltpolitik beleuchtet. Neben den wichtigsten programmatischen Aussagen der Liberalen in der Umweltpolitik bis in die frühen 1980er Jahre (Kap. 3.1.3 bis 3.1.5) wird das (programmatische) Spannungsverhältnis der Politikbereiche Wirtschaft und Umwelt in der FDP (Kap. 3.1.6) sowie deren Haltung gegenüber Bürgerinitiativen im Umweltbereich (Kap. 3.1.7) untersucht. Im nachfolgenden Kapitel (Kap. 3.2) werden die Reaktionen in der Bundespartei und in der FDP im Landkreis Oldenburg hinsichtlich der verstärkten Konkurrenz durch grüne Listen und Parteien, insbesondere der Grünen Liste Umweltschutz in Niedersachsen, in der Umweltpolitik analysiert. Aufbauend auf den Schlussfolgerungen der vorhergehenden Kapitel beschäftigt sich das vierte Kapitel explizit mit der Rolle der FDP im Umweltschutz des Landkreises Oldenburg in den 1970er und 1980er Jahren. Im Zuge der Betrachtung liberaler Traditionen im Oldenburger Land (Kap. 4.1.1) sowie deren Kontinuität nach 1945 (Kap. 4.1.2) wird die Position der FDP im Parteiensystem

---

<sup>2</sup> Vgl.: Schmidt, Heinrich: Die historische Entwicklung des Landes Oldenburg, in: Hagen, Dietrich / Schmidt, Heinrich / König, Günter: Oldenburg. Land zwischen Nordsee und Dammer Berge, Oldenburg 1999, S. 42-77.

<sup>3</sup> Vgl.: Eckhardt, Albrecht: Der Verwaltungsbezirk Oldenburg (1946-1978/87), in: Eckhardt, Albrecht (Hg.): Geschichte des Landes Oldenburg. Ein Handbuch, Oldenburg 1987, S. 513-547.

des Verwaltungsbezirkes Oldenburg<sup>4</sup> bis Mitte der 1980er Jahre (Kap. 4.1.3) behandelt. Den Abschluss dieses Kapitels bildet eine Charakterisierung der FDP als Kommunalpartei im Landkreis Oldenburg (Kap. 4.1.4). Nach der Betrachtung der regionalen Verwurzelung der Liberalen im Oldenburger Land richtet sich der Blick wieder auf die Umweltpolitik. Anhand der kommunalen Umweltberichte der Jahre 1979 bis 1986 wird der praktizierte Umweltschutz der Kreisverwaltung im Landkreis Oldenburg analysiert (Kap. 4.2.1). Exemplarisch werden die Teilgebiete Naturschutz und die Landespflege behandelt (Kap. 4.2.2). In diese Untersuchung eingebettet ist das nachfolgende Kapitel, das die Rolle der FDP im kommunalen Umweltschutz des Landkreises Oldenburg analysiert. Die Grundpfeiler der FDP-Umweltpolitik werden herausgearbeitet. Am Beispiel der Initiative der FDP zur Rettung des „Schwimmenden Moores“ wird das Engagement der Liberalen für den regionalen Umweltschutz vertiefend betrachtet (Kap. 4.2.4). Die Arbeit beinhaltet vier Exkurse, die einerseits Hintergrundinformationen liefern (Exkurs I und II) und andererseits vorhergehende Kapitel ergänzen (Exkurs III und IV).

## 1.2 Forschungsstand

Die wissenschaftlichen Beiträge zur FDP offenbaren, dass der Forschungsstand stagniert. Die „Klassiker“ zur Geschichte der FDP dienen häufig als Orientierung für nachfolgende Publikationen.<sup>5</sup> Exemplarisch dafür stehen die Veröffentlichungen von Dittberner. Seine derzeit aktuellste Monographie zur FDP<sup>6</sup> wiederholt vorwiegend Erkenntnisse, die aus seinem Aufsatz im Parteien-Handbuch aus dem Jahr 1984 stammen.<sup>7</sup> Schiller akzentuiert, dass Fragen zur koalitionspolitischen Stellung sowie zu den Strukturmerkmalen des Wählerpotentials den Forschungsstand beherrschen. Dagegen sei der Zusammenhang von politischer Entscheidungspraxis, programmatischer Darstellung und realer gesellschaftlicher Interessenvertretung zu wenig erforscht.<sup>8</sup> Große Lücken weist der Forschungsstand zur FDP auf der lokalen Ebene auf. Die Arbeiten des Oldenburger Politikwissenschaftlers Karl-Heinz

---

<sup>4</sup> Der Verwaltungsbezirk Oldenburg hatte bis 1978 den altoldenburgischen Zusammenhang noch bewahrt. Im Zuge der niedersächsischen Verwaltungsreform 1978 wurde er zugunsten des Regierungsbezirks Weser-Ems (Ostfriesland, Oldenburg, Osnabrück) aufgehoben.

<sup>5</sup> Vgl.: Kaack, Heino: Die FDP – Grundriß und Materialien zur Geschichte, Struktur und Programmatik (Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland 18), Meisenheim am Glan<sup>3</sup> 1979.

<sup>6</sup> Dittberner, Jürgen: Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung, Wiesbaden 2005.

<sup>7</sup> Dittberner, Jürgen: Die Freie Demokratische Partei, in: Stöss, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin), Bd.2, Opladen 1984, S. 1313-1379.

<sup>8</sup> Vgl.: Schiller, Theo: Liberalismus, in: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft, Bd. 1, München<sup>2</sup> 2004, S. 491.

Naßmacher stellen eine relative Ausnahme dar. Schon in den 1970er Jahren befasst sich Naßmacher mit der Bedeutung der FDP im ehemaligen Oldenburger Land.<sup>9</sup> Naßmacher bemängelt, dass trotz seiner Vorarbeiten die „strukturell bedingten Unterschiede zwischen der regionalen FDP im Nordwesten des Landes und der Parteiführung in der Landeshauptstadt Hannover“ nicht ausreichend betrachtet wurden.<sup>10</sup> An die Kritik ihres Doktorvaters knüpft Theis in ihrer Dissertation an. Sie vergleicht regionale Hochburgen der FDP (Jever, Schorndorf, Tübingen und Westerstede) hinsichtlich der Bedeutung der lokalen Parteiorganisation für den Erfolg der Gesamtpartei.<sup>11</sup>

Die Umweltpolitik der FDP wird meist in einem Atemzug mit der Reformpolitik der sozialliberalen Koalition erwähnt. Die wissenschaftliche Erschließung dieses neuen Politikfeldes beschränkt sich auf die Bundespolitik.<sup>12</sup> Insgesamt weist die Literaturlage eher einen fragmentarischen Charakter auf, denn das wissenschaftliche Bild der FDP bleibt unvollständig. Die Schriftenreihe „Geschichte des Natur- und Umweltschutzes“ der Stiftung Naturschutzgeschichte behandelt die Anfänge des Naturschutzes im Kaiserreich, über den Nationalsozialismus, hin zum Umweltschutz nach 1945.<sup>13</sup> Diese Schriftenreihe spiegelt das gestiegene Interesse an der Geschichte des Naturschutzes wider.<sup>14</sup> Hinsichtlich der regional bezogenen Naturschutzgeschichte betritt Lücke in ihrer Diplomarbeit „Geschichte des Naturschutzes im Land Oldenburg 1880-1934“ wissenschaftliches Neuland.<sup>15</sup> Während die Anfänge des Naturschutzes im Oldenburger Land in Ansätzen erforscht sind, liegen für den Zeitraum nach 1945 keine wissenschaftlichen Beiträge vor. Zwar wurden einzelne Aspekte des Naturschutzes in Mitteilungsblättern der Oldenburgischen Landschaft behandelt, doch eine umfassende Betrachtung des Umweltschutzes existiert. Insgesamt wurde der Landkreis Oldenburg

---

<sup>9</sup> Naßmacher, Karl-Heinz: Zerfall einer liberalen Subkultur. Kontinuität und Wandel des Parteiensystems in der Region Oldenburg, in: Kühr, Herbert (Hg.): Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich (Sozialwissenschaftliche Studien zur Stadt- und Regionalpolitik 4), Hain 1979, S. 30-134.

<sup>10</sup> Naßmacher, Karl-Heinz: Die FDP als Regionalpartei, in: Oberndörfer, Dieter / Schmitt, Karl (Hg.): Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland (Ordo Politicus 28), Berlin 1991, S. 210.

<sup>11</sup> Theis, Carmen: Die lokale Basis der FDP. Ihre Bedeutung für die Gesamtpartei (Beiträge des Instituts für vergleichende Politikforschung 8), Oldenburg 2007.

<sup>12</sup> Müller, Edda: Innenwelt der Umweltpolitik. Sozial-liberale Umweltpolitik – (Ohn)macht durch Organisation?, Opladen 1986.

<sup>13</sup> Brüggemeier, Franz-Josef / Egels, Jens Ivo (Hg.): Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen (Geschichte des Natur- und Umweltschutzes 4), Frankfurt a. M. u.a. 2005.

<sup>14</sup> Die Begriffe Natur- und Umweltschutz werden weitgehend synonym behandelt. Allerdings taucht der Terminus Umweltschutz erst gegen Ende der 1960er Jahre im deutschen Sprachwortschatz auf.

<sup>15</sup> Lücke, Meike: Geschichte des Naturschutzes im Land Oldenburg 1880-1934 (Oldenburger Forschungen 23), Oldenburg 2007.

in Überblicksdarstellungen zum ehemaligen Land Oldenburg bislang nur sporadisch erfasst.<sup>16</sup> Der Sammelband zur Geschichte der Stadt Wildeshausen liefert detaillierte Informationen zur Entwicklung und Verwaltung des Landkreises Oldenburg.<sup>17</sup> Dagegen ist der 1992 vom Landkreis Oldenburg veröffentlichte Sammelband eher heimatgeschichtlich ausgerichtet.<sup>18</sup>

### 1.3 Quellenlage

Die zentrale Quelle für diese Arbeit stellte der Nachlass von Eilert Tantzen (Dep 73 Akz. 322 Nr. 1-173) aus dem Niedersächsischen Staatsarchiv Oldenburg dar. Dieser Nachlass ist für die Öffentlichkeit nicht frei einsehbar, weil die Laufzeit der meisten Akten jünger als 30 Jahre ist. Ein Besuch des Archivs des Liberalismus in Gummersbach ermöglichte den Einblick in Aktenbestände der Friedrich-Naumann-Stiftung. Es wurden vorwiegend Akten des Landesverbandes Niedersachsen der F.D.P. (z. B. Sachakten zu den Landtagswahlen 1970 bis 1978) betrachtet, insbesondere des Bundes- und Landesfachausschusses Umwelt der FDP.<sup>19</sup> Am 15. Juli 1980 legte der Landkreis Oldenburg als erster Landkreis in Niedersachsen einen Umweltbericht vor. Diese „Rechenschaftsberichte“ für die Jahre 1979 bis 1994 liefern wichtige Erkenntnisse zu Umweltschutzmaßnahmen der Kreisverwaltung.<sup>20</sup> Zudem gaben die Unterlagen zu den Kreiswahlen (1968-1986) Auskunft über die Stimmenverteilung in den Gemeinden des Landkreises Oldenburg.

Das hinterlegte Archivgut von Eilert Tantzen beinhaltet seine Parteiunterlagen und Handakten, wobei die Dokumente hauptsächlich aus seiner Zeit als Vorsitzender der FDP-Kreistagsfraktion Oldenburg (1972-1991) sowie des Bezirksverbandes Oldenburg der FDP (1976-1996) stammen. Die Laufzeit des Nachlasses erstreckt sich auf den Zeitraum von 1944 bis 2006. Die 1970er und 1980er Jahre bilden den zeitlichen Schwerpunkt. Diese Magisterarbeit analysiert nur ein Zeitfenster, so dass der Nachlass

---

<sup>16</sup> Eckhardt, Albrecht (Hg.): Geschichte des Landes Oldenburg. Ein Handbuch, Oldenburg 1987.

<sup>17</sup> Schultze, Walter: Die Stadt Wildeshausen seit 1945, in: Eckhardt, Albrecht: Wildeshausen. Geschichte der Stadt von den Anfängen bis zum ausgehenden 20. Jahrhundert, Oldenburg 1999, S. 799-880.

<sup>18</sup> Landkreis Oldenburg (Hg.): Der Landkreis Oldenburg. Menschen – Geschichte – Landschaft, Oldenburg 1992.

<sup>19</sup> Das Archiv des Liberalismus ist das Zentralarchiv für den deutschen Liberalismus nach 1945. Der Aktenbestand umfasst Überlieferungen der FDP (Bundespartei, Fraktionen, Landesverbände), liberaler Organisationen und liberaler Persönlichkeiten sowie einen Aktenbestand der Liberaldemokratischen Partei der DDR. Gemäß der Benutzerordnung war die Akteneinsicht nur bis zum Jahr 1979 möglich.

<sup>20</sup> Die Naturschutzbehörde des Landkreises Oldenburg stellte die Originale für die Einsicht zur Verfügung. Die Ausgaben 1991 bis 1992 befinden sich u.a. in der Landesbibliothek Oldenburg. Im Jahr 1995 erstellte der Landkreis Oldenburg erstmals einen Landschaftsrahmenplan.

viel Material für weitere Forschungen beinhaltet.<sup>21</sup> Das Archivgut ist nicht gefiltert, d. h. die Selektion der Quellen beruht ausschließlich auf der persönlichen Auswahl von Eilert Tantzen. Dieser bewahrte akribisch seine Unterlagen auf, so dass sich in der Fülle des Nachlasses verschiedene Quellenarten wiederfinden, wie z. B.: Pressemitteilungen der FDP-Kreistagsfraktion, Anträge und Erklärungen des Bezirksverbandes Oldenburg, (nichtöffentliche) Protokolle von Vorstandssitzungen und Koalitionsgesprächen, persönliche Korrespondenzen mit FDP-Bundespolitikern, sehr viele Zeitungsartikel aus der regionalen Presselandschaft, Informationsmaterial zur FDP, Wahlkampfbroschüren, offizielle und private Fotografien, Einladungen zu öffentlichen Veranstaltungen und sogar Postkarten von Parteifreunden aus dem Urlaub. Es muss berücksichtigt werden, dass Eilert Tantzen während seiner Amtszeit die heutigen Quellen als Unterlagen für den eigenen Gebrauch abheftete. Erst Jahre später entschloss er sich dazu, diese zeithistorischen Dokumente für die Nachwelt zu sichern und das Material für wissenschaftliche Forschungen an das Staatsarchiv Oldenburg abzugeben. Insgesamt veranschaulicht der Nachlass nicht nur die Parteiarbeit der lokalen FDP, sondern bietet auch einen Einblick in die Strukturen der FDP-Bundespartei. Der thematische Schwerpunkt liegt aber eindeutig in der (lokalen) Umweltpolitik.

Das Interview mit Eilert Tantzen sollte die Quellenlage ergänzen und diversifizieren. Die Interpretation einzelner Passagen des Interviews blieb nicht allein dem Ursprungstext verhaftet, sondern erfolgte im übergeordneten Kontext. Zweifelsohne wurde berücksichtigt, dass die sogenannte „Oral History“ methodische Grenzen aufweist. Zeitzeugenaussagen ermöglichen einerseits die unmittelbare Begegnung mit gelebter Historie, andererseits muss die Subjektivität der Aussagen berücksichtigt werden.<sup>22</sup> Das Interview mit Tantzen lieferte vor allem Informationen zur Rekonstruktion bestimmter Einzelvorgänge, aber auch neue Anregungen. Zu Diskrepanzen zwischen den Informationen aus dem Nachlass und den Aussagen des Interviewpartners ist es nicht gekommen.

---

<sup>21</sup> Im Niedersächsischen Staatsarchiv Oldenburg könnte der Aktenbestand der Bezirksregierung Weser-Ems, insbesondere das umfangreiche Schriftgut des Dezernats 503 (Rep 410 Akz. 277A Nr. 699), weitere Erkenntnisse bringen. Allerdings ist dieser Bestand nicht frei zugänglich.

<sup>22</sup> Vgl.: Gläser, Jochen / Laudel, Grit: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, Wiesbaden<sup>3</sup> 2009, S. 57f.

## 2. Das neue Politikfeld Umwelt

### 2.1 Die Entwicklung der bundesdeutschen Umweltpolitik bis in die frühen 1980er Jahre

#### 2.1.1 Umweltpolitik – eine Begriffserklärung

Umweltpolitik ist der zentrale Begriff dieser Arbeit. Der Terminus blickt auf eine junge Begriffsgeschichte im deutschen Sprachwortschatz zurück. Erst 1969 wurde der Begriff korrespondierend mit der Sammelbezeichnung Umweltschutz vom damaligen Innenminister Hans-Dietrich Genscher als Übersetzung aus dem amerikanischen *environmental policy* in die deutsche Politik eingeführt.<sup>23</sup> Das Umweltprogramm der Bundesregierung (1971) lieferte eine (zeitgenössische) Definition zur Umweltpolitik:

*Umweltpolitik ist die Gesamtheit aller Maßnahmen, die notwendig sind, um dem Menschen eine Umwelt zu sichern, wie er sie für seine Gesundheit und für ein menschenwürdiges Dasein braucht, um Boden, Luft und Wasser, Pflanzen- und Tierwelt vor nachteiligen Wirkungen menschlicher Eingriffe zu schützen und um Schäden oder Nachteile aus menschlichen Eingriffen zu beseitigen.*<sup>24</sup>

Diese Definition konzentriert sich auf die Erhaltung der natürlichen Umwelt des Menschen.<sup>25</sup> Die Betonung des „Schutzes vor menschlichen Eingriffen“ veranschaulicht, dass aus dieser Perspektive die Umweltpolitik nicht ausschließlich auf den Menschen ausgerichtet ist, sondern auch ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt. Somit verbindet die Definition den anthropozentrischen Umweltbegriff, welcher den Menschen und das menschliche Wohlergehen in den Mittelpunkt stellt, mit dem ökozentrischen Umweltbegriff, welcher den Fokus auf die Natur mit ihren Eigenrechten richtet.<sup>26</sup> In dieser Arbeit beziehen sich die Begriffe Umweltpolitik und Umweltschutz auf die Gesamtheit der oben aufgeführten Teilaufgaben. Sie werden meist synonym verwendet. Die Landschaftspflege wird als Teilaufgabe des Umweltschutzes betrachtet.

---

<sup>23</sup> Vgl.: Hünemörder, Kai F.: Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik 1950-1973 (Historische Mitteilungen im Auftrage der Ranke Gesellschaft 53), Wiesbaden 2004, S. 22.

<sup>24</sup> Bundesministerium des Innern (Hg.): Umweltschutz. Das Umweltprogramm der Bundesregierung. Mit einer Einführung von Hans-Dietrich Genscher, Stuttgart u.a. 1972, S. 29.

<sup>25</sup> Hartkopf und Bohne kritisieren, dass diese Definition die soziale Umwelt, also die Erscheinungsformen des menschlichen Handelns und Zusammenlebens ausklammert, obwohl die natürliche und soziale Umwelt des Menschen (häufig) eine untrennbare Einheit bilden. Vgl.: Hartkopf, Günter / Bohne, Eberhard: Umweltpolitik. Grundlagen, Analysen und Perspektiven, Bd.1, Opladen 1983, S. 3.

<sup>26</sup> Vgl.: Baumheier, Ralph: Kommunale Umweltpolitik, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.): Kommunale Umweltpolitik, Stuttgart u.a. 1992, S. 11.

### 2.1.2 Die Phasen in der bundesdeutschen Umweltpolitik

Zahlreiche Autoren gliedern die Entwicklung der bundesdeutschen Umweltpolitik für den Zeitraum von 1969 bis 1982 in drei Phasen, wobei sie sich am Veränderungsprozess der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik orientieren.<sup>27</sup> Daran angelehnt wurde für diese Überblickdarstellung folgende Einteilung gewählt: Etablierungsphase (1969-1974), Abschwungphase (1974-1978) und Politisierungsphase (1978-1982).

*„Umweltschutz wird in der Bundesrepublik Deutschland erst seit 1969/70 als eine selbstständige politische Aufgabe verstanden, die alle Bereiche der natürlichen Umwelt umfasst.“<sup>28</sup>*

In der Etablierungsphase (1969-1974) wurden die thematischen und institutionellen Grundsteine für die Schaffung eines neuen Politikbereichs gelegt. Nach den Neuwahlen 1969 führte die sozialliberale Bundesregierung Brandt/Scheel das Politikfeld „Umwelt“ ein. Der Regierungsapparat bestimmte die ersten Schritte in der Umweltpolitik und trieb die Ausformung des neuen Politikbereichs im politisch-administrativen System voran, wodurch Umweltprobleme einen Platz auf der politischen Agenda erhielten (vgl. Kap. 2.1.3). Vor allem im Bundesministerium des Innern (BMI) wurde der Umweltschutz organisatorisch und personell ausgebaut, so dass sich allmählich eine institutionelle Konsolidierung einstellte.<sup>29</sup> Der Regierungswille, die Verbesserungen der Umweltbedingungen in den Katalog innerer Reformen aufzunehmen, wirkte wie ein Katalysator. Nach der Vorlage des Umweltprogramms der Bundesregierung (1971) legte die FDP als erste Partei im gleichen Jahr ein Umweltprogramm vor, daraufhin folgten die CDU (1972), die SPD (1975) und die CSU (1976). Die neuen Impulse in der Politik bewirkten in Kombination mit der Berichterstattung der Medien, dass sich in der Bevölkerung ein stärkeres Bewusstsein für den Umweltschutz herausbildete.<sup>30</sup> Die Aufgeschlossenheit der Industrie gegenüber den angekündigten Umweltmaßnahmen war vor allem in der günstigen Wirtschaftslage begründet.

---

<sup>27</sup> Vgl.: Müller: Innenwelt der Umweltpolitik, S. 80f.

<sup>28</sup> Hartkopf / Bohne: Umweltpolitik, S. 84.

<sup>29</sup> Vgl.: Müller, Edda: Sozial-liberale Umweltpolitik. Von der Karriere eines neuen Politikbereichs, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 47, 1989, S. 4.

<sup>30</sup> Vgl.: Mayer-Tasch, Peter Cornelius / Mrass, Walter / Weizsäcker, Ernst-Ulrich von u.a.: Umweltpolitik und ihre Instrumente (Umweltschutz – Grundlagen und Praxis 3), Bonn 1994, S.8.

*„Die Ölkrise vom Winter 1973/74 und der darauf folgende Wirtschaftseinbruch leiteten den Klimawechsel in der Umweltpolitik ein.“<sup>31</sup>*

In der Abschwungphase (1974-1978) erschien die Umweltpolitik in einem anderen Licht. Durch die sich verschlechternde Wirtschaftslage und die damit verbundene Krisenstimmung in der Bundesrepublik Deutschland geriet die Umweltpolitik in den Verdacht, die industriellen Produktionskosten massiv zu erhöhen, Investitionen zu vereiteln und Arbeitsplätze zu gefährden.<sup>32</sup> Bereits die Klausurtagung des Bundeskanzleramtes mit Vertretern der Industrie sowie der Gewerkschaften auf Schloß Gymnich am 3. Juli 1973 hatte eine Zäsur dargestellt, denn dort trat die Kollision zwischen Wirtschafts- und Umweltinteressen offen zutage.<sup>33</sup> Die ehemals aufgeschlossene Einstellung von Industrie und Gewerkschaften war nahezu ins Gegenteil umgeschlagen. Fortan wurden Umweltschutzmaßnahmen als Wachstumshemmnis für die Wirtschaft angesehen.<sup>34</sup> Auch die Bundesregierung betrachtete die Umweltpolitik aus einem anderen Blickwinkel und definierte das Verhältnis Ökonomie und Ökologie neu. Die politischen Prioritäten verschoben sich in Richtung Wirtschaft, so dass die Umweltpolitik in eine defensive Rolle gedrängt wurde. Zwar konkretisierte die Bundesregierung ihre Umweltprogrammatische, aber neue Gesetzesinitiativen ergriff sie nicht.<sup>35</sup> Somit hatte die aktive Politikgestaltung der Etablierungsphase vorerst ein Ende.

*„Die Politisierungsphase des Umweltschutzes begann 1978 mit dem Eintreten der GRÜNEN in die Parteien-Konkurrenz um Wählerstimmen.“<sup>36</sup>*

Für den Zeitraum 1978 bis 1982 der bundesdeutschen Umweltpolitik wird häufig die Bezeichnung „Politisierungsphase“ verwendet, da sich die Umweltpolitik allmählich aus ihrer wirtschaftlichen Umklammerung löste und an politischer Bedeutung hinzu gewann. Die gesellschaftliche Diskussion des Themas „Umweltschutz“ ermöglichte die Konsolidierung. Im obigen Zitat verweist Müller darauf, dass sich mit dem Auftreten der

---

<sup>31</sup> Müller: Innenwelt der Umweltpolitik, S. 97.

<sup>32</sup> Vgl.: Becker, Horst / Feick, Jürgen/ Uhl, Herbert: Leitfragen Politik. Orientierungswissen politische Bildung, Stuttgart u.a. 1993, S. 193.

<sup>33</sup> Vgl.: Wilhelm, Sighard: Umweltpolitik. Bilanz - Probleme - Zukunft, Opladen 1994, S. 54.

<sup>34</sup> Vgl.: Hücke, Jochen: Umweltpolitik. Die Entwicklung eines neuen Politikfeldes, in: Beyme, Klaus von / Schmidt, Manfred (Hg.): Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1990, S. 386.

<sup>35</sup> Bundesministerium des Innern (Hg.): Umweltbericht '76. Fortschreibung des Umweltprogramms der Bundesregierung vom 14. Juli 1976. Mit einer Einführung von Werner Maihofer, Stuttgart 1976.

<sup>36</sup> Müller: Sozial-liberale Umweltpolitik, S. 10.

„grünen“ Parteien das Parteienspektrum in der Bundesrepublik veränderte und eine „Politisierung“ des Umweltschutzes einsetzte. Seit der Etablierungsphase wiesen die Umweltprogramme der Bundestagsparteien eine gewisse Neutralität in ihren Grundaussagen auf. Der anfangs außerparlamentarische Widerstand und die spätere parteipolitische Formierung der Umweltbewegung forderten eine intensivere Auseinandersetzung in der Umweltpolitik. Neben dieser Erwartungshaltung zwang der hohe Sympathiegehalt der Bevölkerung für die „grünen“ Parteien als Ausdruck der Unzufriedenheit mit der bisherigen staatlichen Umweltpolitik sowie der umweltpolitische Problemdruck (z. B. Waldschäden) in der Bundesrepublik Deutschland die etablierten Parteien zu mehr Engagement in diesem Politikfeld.<sup>37</sup>

### 2.1.3 Die Anfänge des staatlichen Umweltschutzes

Das Jahr 1969 markiert den Anfang des staatlichen Umweltschutzes in der Bundesrepublik Deutschland, aber seine historischen Wurzeln reichen bis weit ins 19. Jahrhundert zurück.<sup>38</sup> Die negativen Auswirkungen der Industrialisierung sowie Fragen der Abfallbeseitigung und Kanalisation im Zuge der Urbanisierung legten den Keim für die spätere Umweltpolitik.<sup>39</sup> Das Umweltprogramm der Bundesregierung (1971) wies daraufhin, dass der Umweltschutz auf „*langer guter Tradition*“<sup>40</sup> beruhe, was sich im Gewerberecht, Wasserrecht, im Lebensmittelrecht und in zahlreichen technischen Richtlinien widerspiegeln. Allerdings war der bisherige „Umweltschutz“ häufig mit romantischen Vorstellungen verbunden, welche in Anlehnung an den Heimatgedanken ästhetische Aspekte im Naturschutz und der Landespflege in den Vordergrund stellten. Dieser „konservierende“ Umweltschutz dominierte noch bis in die späten 1960er Jahre und bestimmte darüber hinaus die (lokalen) Umweltschutzmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland.

Die 1952 gegründete Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft (IPA) beschäftigte sich mit Fragen der Luftreinhaltung und des Gewässerschutzes, aber hatte kaum Einfluss auf die Programmatik der Parteien.<sup>41</sup> Zwar ergriff die SPD mit dem Slogan „Blauer Himmel über der Ruhr“ (1961) Initiative für den Umweltschutz, aber in der Öffentlichkeit wurde dieses Wahlkampfthema eher belächelt, weil es (noch) nicht als

---

<sup>37</sup> Vgl.: Hucke: Umweltpolitik, S. 388.

<sup>38</sup> Vgl.: Schmoll, Friedemann: Erinnerung an die Natur. Die Geschichte des Naturschutzes im deutschen Kaiserreich, Frankfurt a. M. u.a. 2004.

<sup>39</sup> Vgl.: Leh, Almut: Zwischen Heimatschutz und Umweltbewegung. Die Professionalisierung des Naturschutzes in Nordrhein-Westfalen 1945-1975 (Geschichte des Natur- und Umweltschutzes 5), Frankfurt a. M. u.a., S. 11.

<sup>40</sup> Bundesministerium des Innern: Umweltschutz, S. 33.

<sup>41</sup> Vgl.: Müller: Sozial-liberale Umweltpolitik., S. 6.

dringliches politisches Problem galt. Bei den Bundestagswahlen 1969 fehlte der umweltpolitische Bezug ganz, obwohl SPD und F.D.P. für Veränderung warben.<sup>42</sup>

Die Bildung der sozialliberalen Koalition stellte eine grundlegende Veränderung im politischen System der Bundesrepublik dar.<sup>43</sup> Innerhalb der dezidierten Reformpolitik von SPD und FDP nahm die Lösung von Umweltproblemen einen wichtigen Stellenwert ein. Vor allem Bundesinnenminister Genscher (FDP) führte mit energischen Schritten das neue Politikfeld „Umweltpolitik“ ein, das die administrativen Maßnahmen im Bereich des Schutzes gegen Luft- und Gewässerverunreinigungen bündeln sollte.<sup>44</sup> Nun stellt sich die Frage, welche zentralen Gründe die sozialliberale Bundesregierung dazu veranlassten den Umweltschutz in ihr Regierungsprogramm aufzunehmen. Die Fachliteratur schwankt meist zwischen zwei Annahmen: Müller vertritt die Auffassung, dass ausgehend von der damaligen Vorreiterrolle der USA im Umweltschutz sowie der sukzessiven Beschäftigung der internationalen Organisationen mit diesem Themenkomplex diese Impulse in die Bundesrepublik Deutschland übergeschwappt seien.<sup>45</sup> Wilhelm betont, dass die Implementation nicht aufgrund einer akuten Krisensituation oder durch massiven öffentlichen Druck erfolgte, sondern dass sich das „Neue“ der Umweltpolitik optimal in die sozialliberale Reformpolitik integrieren ließ.<sup>46</sup>

Das BMI nahm in einem Sofortprogramm (1970) die dringendsten Umweltprobleme in Angriff. Darauf aufbauend legte die Bundesregierung am 14. Oktober 1971 ein Umweltprogramm mit einem detaillierten Gesetzgebungsfahrplan und konkreten Zielen vor.<sup>47</sup> Dieses Programm erklärte die Umweltpolitik zu einer eigenständigen öffentlichen Aufgabe, wodurch sie sich schlagartig mit anderen Politikbereichen auf einer Ebene befand.<sup>48</sup> Der Umweltschutz sollte mittels einer konsequenten Anwendung des Verursacher-, Vorsorge- und Kooperationsprinzips vorangetrieben werden.<sup>49</sup> Das Verursacherprinzip sah vor, dass derjenige die Kosten einer Umweltbelastung tragen müsse, der für ihre Entstehung verantwortlich sei.<sup>50</sup> Langfristig sollte das

---

<sup>42</sup> Die SPD führte den Wahlkampf u.a. unter dem Motto: „Damit Sie auch morgen in Frieden leben können“. Die FDP trat u.a. mit dem Wahlspruch an: „Wir schneiden die alten Zöpfe ab“.

<sup>43</sup> Vgl.: Baring, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982.

<sup>44</sup> Vgl.: Hünemörder, Kai F.: 1972 - Epochenschwelle der Umweltgeschichte?, in: Brüggemeier, Franz-Josef / Engels, Jens Ivo (Hg.): Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, (Geschichte des Natur- und Umweltschutzes 4), Frankfurt a. M. u.a. 2005, S. 129.

<sup>45</sup> Vgl.: Müller: Sozial-liberale Umweltpolitik, S. 4.

<sup>46</sup> Vgl.: Wilhelm: Umweltpolitik, S. 31.

<sup>47</sup> Die FDP-Politiker Günter Hartkopf und Peter Menke-Glückert waren maßgeblich an der Ausgestaltung des Umweltprogramms beteiligt. Vgl.: Hünemörder: Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik, S. 156.

<sup>48</sup> Bundesministerium des Innern: Umweltpolitik, S. 9.

<sup>49</sup> Vgl.: Hünemörder: 1972 - Epochenschwelle der Umweltgeschichte?, S. 130.

<sup>50</sup> Bundesministerium des Innern: Umweltpolitik, S. 46.

Verursacherprinzip die öffentlichen Ausgaben für den Umweltschutz vermindern und einen Rückgang der Umweltbelastung erzielen. Das Vorsorgeprinzip sollte die Umweltbelastungen gar nicht erst entstehen lassen bzw. auf ein Mindestmaß reduzieren. Diese Vermeidungsstrategie basierte auf einer vorausschauenden und langfristigen Sicherung der Naturgrundlagen (Umweltplanung). Das Kooperationsprinzip sah eine „*frühzeitige Beteiligung der gesellschaftlichen Kräfte am umweltpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess*“<sup>51</sup> vor. Durch die Interaktion von staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren sollten umweltpolitische Entscheidungen erleichtert werden und dadurch eine Blockade des Umweltschutzes durch widerstrebende Interessen entgegenwirken. Zusammenfassend bezeichnen Hartkopf und Bohne diese „Trias“ als die instrumentellen Ziele und Grundpfeiler in der Umweltpolitik, welche die Handlungsprinzipien, die Gestaltungsmaßstäbe für Gesetze, Programme und Einzelmaßnahmen lieferten.<sup>52</sup> Die sozialliberale Bundesregierung sah diese drei Prinzipien als Grundlage für eine wirksame Umweltpolitik an. Vor allem aus heutiger Sicht werden diese Grundsätze, obwohl sie noch immer eine große Bedeutung für die Gestaltung der Umweltpolitik haben, als zu allgemein kritisiert, da sie beliebig interpretierbar seien und in der Praxis schnell auf ihre Grenzen stießen.<sup>53</sup> Abgesehen von dieser Kritik wird aber die hohe Qualität des Umweltprogramms von 1971 gelobt, die nicht zuletzt durch die Hinzuziehung von über 450 Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik ihre Begründung findet.

Die politische und administrative Organisation der Umweltpolitik spielte sich vorerst im Rahmen der bestehenden Behördenstruktur ab. Es gab keine zentrale staatliche Institution, die sich nur mit dem Politikfeld Umwelt beschäftigte, so dass alle Bundesministerien mehr oder weniger mit dem Thema befasst waren. Die Bundesregierung hatte die Umweltpolitik zur eigenständigen Aufgabe erklärt und Umweltprobleme als politisch relevante Gesamtproblematik anerkannt. Das neue Politikfeld wurde nicht als Fachpolitik neben den anderen Politikbereichen angesehen, sondern als eine Querschnittsaufgabe staatlichen Handelns, welche innerhalb einer „ressortübergreifenden Gesamtpolitik“ betrieben wurde.<sup>54</sup> In diesem Sinne sah die Bundesregierung eine koordinierte Zusammenarbeit der beteiligten Behörden aller Verwaltungsebenen, die Unterstützung der Ministerialebene durch nachgeordnete

---

<sup>51</sup> In der Fortschreibung des Umweltprogramm von 1976 wird das Kooperationsprinzip erläutert. Bundesministerium des Innern: Umweltbericht '76, S. 28.

<sup>52</sup> Vgl.: Hartkopf / Bohne: Umweltpolitik, S. 86.

<sup>53</sup> Vgl.: Wilhelm: Umweltpolitik, S. 41.

<sup>54</sup> Vgl.: Wilhelm: Umweltpolitik, S. 42.

Behörden sowie die Einbeziehung von wissenschaftlichen Fachdaten vor.<sup>55</sup> Die hohe Ressortaufteilung stellte einen enormen Organisationsaufwand dar, doch bis zur Gründung des Bundesumweltministeriums (1986) änderte sich an dieser politisch-administrativen Entscheidungsstruktur nur wenig.<sup>56</sup>

Die Ministerialverwaltung hatte die Aufgabe den Umweltschutz institutionell und programmatisch auszugestalten. Besonders in den Jahren 1970 bis 1974 trieb das BMI seinen organisatorischen und personellen Aufbau im Bereich Umweltschutz voran, so dass sich in diesem Ministerium der Kompetenzschwerpunkt in der Umweltpolitik herausbildete. Das BMI befasste sich mit den Aufgaben Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung, Wasserreinhaltung und Abfallbeseitigung. Wichtige Teilbereiche des Umweltschutzes befanden sich in anderen Ressorts. Zum Beispiel war das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) für den Naturschutz zuständig. Das Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi) beschäftigte sich mit Fragen der Rohstoff- und Energiepolitik. Müller sieht das BMI als federführend für das Umweltprogramm der Bundesregierung an, aber hinsichtlich der Gesamtplanung sei das Ministerium auf Koordinierungsfunktionen beschränkt gewesen.<sup>57</sup> Die Aufteilung des Umweltschutzes auf verschiedene Ministerien verlangte eine intensive Koordinierung der umweltpolitischen Aktivitäten. Koordinierungsgremien wie der Kabinettsausschuss für Umweltfragen waren für grundlegende Fragen der Umweltpolitik zuständig und bereiteten Kabinettsentscheidungen vor. Bundesinnenminister Genscher verfolgte eine weitere Institutionalisierung des Umweltschutzes und die Einrichtung einer zentralen Umweltbehörde.<sup>58</sup> Genschers Pläne stießen in anderen Ministerien auf Widerstand. Im „Spiegel“ hieß es dazu: *„Die Ressortchefs trugen tiefe Sorge, Machtbefugnisse an die neue Behörde, die unter Genschers Oberaufsicht stehen soll, zu verlieren.“*<sup>59</sup> Diese Besorgnis um die eigenen Kompetenzbereiche hatte sich bereits bei der Errichtung eines unabhängigen Rates von Sachverständigen für Umweltfragen (1971) bemerkbar gemacht.<sup>60</sup> Zweifelsohne spielten aber auch Meinungsverschiedenheiten über Ziele und Mittel der Politik eine große Rolle, welche die Umweltpolitik bis heute prägen. Der lange Weg bis zur

---

<sup>55</sup> Das Umweltprogramm (1971) beinhaltet eine Übersicht der Behörden und Anstalten des Bundes, die auf Gebieten des Umweltschutzes (zusammen)arbeiteten. Diese Auflistung erstreckt sich auf mehrere Seiten und veranschaulicht die komplexe Organisationsstruktur der staatlichen Umweltpolitik. Vgl.: Bundesministerium des Innern (Hg.): Umweltschutz, S. 63f.

<sup>56</sup> Vgl.: Wilhelm: Umweltpolitik, S. 46.

<sup>57</sup> Vgl.: Müller, Edda: Innenwelt der Umweltpolitik, S. 59.

<sup>58</sup> Vgl.: Bundesministerium des Innern: Umweltprogramm, S. 62f.

<sup>59</sup> Der Spiegel Nr. 15, 1972, S. 29.

<sup>60</sup> Dieses Beratungsgremium außerhalb der Bundesverwaltung ist vergleichbar mit den „Fünf Weisen“ in der Wirtschaftspolitik. Die 12 Wissenschaftler aus verschiedenen Fachrichtungen beschäftigten sich mit der Situation und Entwicklung der Umweltpolitik. In den Jahren 1974 und 1978 legte der Rat umfassende Gutachten zur Umweltpolitik vor.

Einführung des Umweltbundesamtes veranschaulicht die vielfältigen Interessen, die in der Umweltpolitik aufeinander stießen und vereinbart werden mussten. Das am 22. Juli 1974 gegründete Umweltbundesamt konnte diese Interessenkollision zwar nicht überwinden, aber es markierte einen entscheidenden Schritt bei der Zentralisierung der Aufgaben im Umweltschutz. Diese Bundesoberbehörde im Bereich des BMIs war ausschließlich mit Aufgaben des Umweltschutzes befasst. Sie vergab Forschungsaufträge, sammelte Umweltdaten und wertete sie für die Bundesregierung aus. Diese Behörde besaß die fachliche Kompetenz für umwelt- und naturschutzrechtliche Fragen, hatte aber keine Entscheidungsbefugnis beim Gesetzesvollzug.<sup>61</sup> Mit wachsenden Umweltproblemen wurden die Stimmen lauter, welche die Gründung eines selbstständigen Ministeriums forderten. Doch erst im Juni 1986 folgte die Gründung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Der Reaktorunfall von Tschernobyl hatte wie ein Katalysator auf die Errichtung gewirkt und die Bundesregierung zum Handeln gedrängt.<sup>62</sup>

Neben den Kompetenzen des Bundes bestanden „nach unten“ umfangreiche Länder- und Gemeindezuständigkeiten sowie „nach oben“ einige an die Europäische Gemeinschaft übertragene Kompetenzen. Regelmäßige Umweltkonferenzen koordinierten ab 1972 die Mitwirkung der Länder.<sup>63</sup> Im Bundesrat wirkten diese bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mit. Die Kommunen (Gemeinden, Städte und Landkreise) waren in den Bundesländern überwiegend für den Vollzug der Umweltschutzgesetze allein oder im Zusammenwirken mit anderen Behörden zuständig. Sie gelten bis heute als staatlicher Akteur in der Umweltpolitik.

Mit der Entwicklung der Umweltpolitik zu einem eigenständigen Politikbereich korrespondierte die Entstehung des Umweltrechts.<sup>64</sup> Durch mehrere Änderungen des Grundgesetzes erhielt der Bund die konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeit für die Abfallbeseitigung, den Tierschutz, die Luftreinhaltung und die Lärmbekämpfung.<sup>65</sup>

In den Bereichen Wasserwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege wehrte sich der Bundesrat gegen eine weitere Ausdehnung der Zuständigkeiten zugunsten des

---

<sup>61</sup> Vgl.: Hartkopf / Bohne: Umweltpolitik 1, S. 133.

<sup>62</sup> In diesem Zusammenhang wird auch vom „Tschernobyl-Effekt“ gesprochen. Vgl.: Weidner, Helmut: Die Umweltpolitik der konservativ-liberalen Regierung. Eine vorläufige Bilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 47, Bonn 1989, S. 18f.

<sup>63</sup> Vgl.: Hünemörder: Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik, S. 155.

<sup>64</sup> Zu den wichtigsten Gesetzen gehörten u.a. das Abfallbeseitigungsgesetz (1972), das Bundesimmissionsgesetz (1974), das Bundesnaturschutzgesetz (1976) und das Atomgesetz (1976).

<sup>65</sup> In diesen Bereichen erfolgt die Vollregelung durch Bundesgesetze. Die Länder haben hier keine Gesetzgebungsbefugnis. Vgl.: Fiedler, Klaus P.: Umweltrecht in der kommunalen Praxis, in: Ders. (Hg.): Kommunales Umweltmanagement. Handbuch für praxisorientierte Umweltpolitik und Umweltverwaltung in Städten, Kreisen und Gemeinden Köln 1991, S. 2.

Bundes.<sup>66</sup> Somit konnte der Bund nur gewisse Rahmenvorschriften erlassen, die durch Landesgesetze ausgefüllt werden mussten. Die parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrates ist von großer Bedeutung für die umweltpolitische Gesetzgebung des Bundes. Im Zeitraum von 1969 bis 1976 stand die sozialliberale Bundesregierung vor einer tendenziellen Frontstellung der Oppositionsparteien, die ab 1976 in eine CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat mündete.<sup>67</sup> Tiefgreifende Meinungsunterschiede und parteitaktische Erwägungen prägten die Diskussion um die allgemeine Verankerung des Umweltschutzes in der Verfassung, bis der „*Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen*“ 1994 in das Grundgesetz (Art. 20a) eingefügt wurde.<sup>68</sup> Seitdem gilt der Umweltschutz als ein Staatsziel, das mit anderen Verfassungsprinzipien gleichgestellt ist.

#### **2.1.4 Die Entwicklung des Umweltbewusstseins**

Im Abschnitt „Aufklärung der Bevölkerung“ des Sofortprogramms der Bundesregierung von 1970 heißt es: „*Der Bevölkerung sind in letzter Zeit durch viele Veröffentlichungen in Presse, Hörfunk und Fernsehen die Probleme des Umweltschutzes bewußt geworden.*“<sup>69</sup> Dieses Zitat verdeutlicht den großen Einfluss der Massenmedien auf die Wahrnehmung der Umweltprobleme. Häufiger auftretende Meldungen von Tankerunfälle oder verseuchten Flüssen vermittelten den Eindruck, dass sich die Umwelt in einem dramatischen Zustand befinde, und wurden von der Bevölkerung häufig als Warnzeichen verstanden. Ab dem Jahr 1971 weist das Jahresregister des „Spiegels“ verstärkt Themen des Umwelt(schutz)komplexes auf, die in den Folgejahren kontinuierlich an Bedeutung gewannen. Dieser Aspekt spiegelt sich in der Häufigkeit der Umwelt-Berichterstattung und den dafür eingeräumten Seitenzahlen wider. Es liegt die Vermutung nahe, dass sich die Massenmedien erst einer umfassenderen Berichterstattung zuwendeten, nachdem die Bundesregierung den Umweltschutz auf die politische Prioritätenliste gesetzt hatte.<sup>70</sup> Die politisch-administrativen Aktivitäten gingen also der Berichterstattung voraus, so dass davon ausgegangen werden kann, dass die Politisierungsprozesse die kritische Wahrnehmung der Umwelt entscheidend vorantrieb. Ein ähnliches Bild zeigte sich im Landkreis Oldenburg. In der Regionalpresse gewann das Thema „Umwelt“ nach der Gründung des Kreisumweltausschusses (06.07.1974) an Präsenz. In den vorhergehenden Jahren

---

<sup>66</sup> Vgl.: Bundesministerium des Innern (Hg.): Umweltbericht '76, S. 43.

<sup>67</sup> Vgl.: Müller: Innenwelt der Umweltpolitik, S. 49f.

<sup>68</sup> Vgl.: Wilhelm: Umweltpolitik, S. 43f.

<sup>69</sup> Bundesministerium des Innern (Hg.): Umweltschutz. Sofortprogramm der Bundesregierung, Bonn 1970, S. 33.

<sup>70</sup> Vgl.: Mauritz, Markus: Natur und Politik. Die Politisierung des Umweltschutzes in Bayern. Eine empirische Untersuchung, Neutraubling 1995, S. 36.

hatte die Presse lediglich über Einzelaspekte berichtet, wie z.B. über Orkanschäden im Oldenburger Wald. Der Orkan vom 13. November 1972 war ein Schlüsselereignis für den weiteren Schutz der heimischen Landschaft, da dieser Sturm die lokale Bevölkerung für die Zerbrechlichkeit der Natur sensibilisierte (vgl. Kap. 4.2.3).

Für die frühe Etablierungsphase der Umweltpolitik (bis etwa 1972) sprechen De Haan und Kuckartz von einer „*Umweltpolitik ohne Umweltbewusstsein*“.<sup>71</sup> Demnach gab der Karrierebeginn der Umweltpolitik den Startschuss für die mediale Aufarbeitung des Themas und machte zugleich den Weg frei für die Verinnerlichung sowie Wahrnehmung des Umweltschutzes in der Gesellschaft. Die Aussage Genschers, dass Anfang der 1970er Jahre das Umweltproblem wenn überhaupt nur im wissenschaftlichen Feuilleton behandelt wurde<sup>72</sup>, entsprach ab spätestens der Mitte dieses Jahrzehnts schon nicht mehr der Realität. In den USA erregte das populärwissenschaftliche Werk „The Silent Spring“ (1962) große Aufmerksamkeit. Darin schildert die Biologin Rachel die verheerenden Auswirkungen des Einsatzes von chemischen Schädlingsbekämpfungs- und Pflanzenschutzmitteln für den Menschen und die Natur.<sup>73</sup> Die heftige Debatte in den USA und die allmählich spürbaren negativen Auswirkungen der industriellen Produktion verschärften die Konturen der Umweltproblematik. In den 1960er Jahren wurde häufig das Bild vom „Raumschiff Erde“ gewählt, um die Umweltgefährdungen durch menschliches Handeln zu veranschaulichen: *„Wir können uns die Erde als ein riesiges Raumschiff vorstellen, das mit rund 4 Milliarden Menschen an Bord durch das Weltall rast. [...] Zu Beginn der Reise schienen die Vorräte unabsehbare Zeit auszureichen. Inzwischen haben sie sich jedoch erheblich vermindert und sind dabei, weiterhin sprunghaft abzunehmen [...] Die Luft zum Atmen wird knapp.“*<sup>74</sup> In diesem Kontext sprechen Hartkopf und Bohne von einem „Raumschiffschock“. Damit meint er den Erkenntnisprozess, dass der Mensch die negativen Auswirkungen des Bevölkerungswachstums, der industriellen Produktion, seines Konsums, des Ressourcenverbrauchs usw. für die Umwelt begreift.<sup>75</sup> In seinem Bestseller „Ein Planet wird geplündert“ (1975) griff Gruhl diesen Schockzustand erneut auf. Er läutete das Ende des anthropozentrischen Weltbildes ein: *„Die jetzige totale Wendung bedeutet, daß der Mensch nicht mehr von seinem Standpunkt aus handeln kann, sondern von den Grenzen unserer Erde ausgehend*

---

<sup>71</sup> De Haan, Gerhard / Kuckartz, Udo: Umweltbewusstsein. Denken und Handeln in Umweltkrisen, Opladen 1996, S. 24.

<sup>72</sup> Genscher, Hans-Dietrich: Zum Geleit. Anmerkungen zum Umweltbundesamt, in: Schenkel, Peter-Christop / Storm, Werner (Hg.): Umwelt, Technik, Recht, Berlin 1990, S. 17.

<sup>73</sup> Carson, Rachel: Der stumme Frühling, München 1979, S. 21f.

<sup>74</sup> Hartkopf / Bohne: Umweltpolitik 1, S. 1.

<sup>75</sup> Ebd., S. 18.

denken und handeln muß.“<sup>76</sup> Weniger bildhaft aber dafür umso konkreter waren die Warnungen des Club of Rome (1972). Diese unabhängige Expertenrunde prophezeite auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse die „Grenzen des Wachstums“.<sup>77</sup> Nach dem Erscheinen wurden Zweifel an der Wissenschaftlichkeit dieser Studie laut, aber nur ein Jahr später erschütterte die Ölkrise den allgemeinen Fortschrittsglauben. Dem Menschen wurde bewusst, dass er durch sein eigenes Wirtschaften ungewollt die Basis seiner Existenz vernichtet.<sup>78</sup> Die Einstellung des Menschen zur Umwelt wandelte sich. Bei den Bürgern bildete sich ein Problembewusstsein heraus, das mit einer gewissen Handlungserwartung gegenüber der Umweltpolitik verbunden war.<sup>79</sup> Entgegen des Prozesses zur Sensibilisierung für die Umweltproblematik setzte die Rezession neben einer Trendwende in der Wirtschaft eine Akzentverschiebung auf der politischen Prioritätenliste in Richtung Wirtschaft in Gang. In personeller Hinsicht wurde der Beginn der Abschwungphase durch den Kanzlerwechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt symbolisiert. Bereits im Bundestagswahlkampf 1969 hatte Brandt für einen „blauen Himmel über der Ruhr“ gekämpft. Zwar hatten sich seine Forderungen eher auf den Gesundheitsschutz bezogen, aber generell befürwortete er Verbesserungen im Umweltschutz.<sup>80</sup> Ab 1974 zügelte Schmidt mit seiner Politik der „ökonomischen Krisenbewältigung“ die Reformeuphorie der sozialliberalen Koalition. Wirtschaftliche Argumente gewannen an Bedeutung, während visionäre Vorstellungen zum Umweltschutz in den Hintergrund rückten. Der „Spiegel“ formulierte: *„Konjunktur geht vor. [...] Spätestens seit der Ölkrise 1973/74 rangiert Energieversorgung bei ihm [Helmut Schmidt] vor Umweltschutz.“*<sup>81</sup> Nicht nur im neu definierten Verhältnis von Wirtschaft und Umweltschutz zeigte sich dieser Klimawandel, sondern auch in der Stimmung der Bevölkerung.<sup>82</sup> Sprunghaft ansteigende Benzinkosten und autofreie Sonntage führten dem Bürger die Verwundbarkeit der Wirtschaft und die Endlichkeit der Ressourcen drastisch vor Augen. Die zunehmende Belastung und Zerstörung der Umwelt durch Abfall, Abgase und Gift nährten die Sorge um die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen. Forderungen nach effektiveren Maßnahmen im Umweltschutz keimten auf. Sukzessiv wandelte sich der gesellschaftliche Konsens zur

---

<sup>76</sup> Gruhl, Herbert: Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik, Frankfurt a. M. 1975, S. 226.

<sup>77</sup> Vgl.: Meadows, Denis L. (Hg.) u.a.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972.

<sup>78</sup> Vgl.: Hünemörder: Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik, S. 11.

<sup>79</sup> Vgl.: Schulz, Winfried: Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung, Opladen 1997, S. 159f.

<sup>80</sup> Vgl.: Hücke: Umweltpolitik, S. 384.

<sup>81</sup> Der Spiegel Nr. 22, 1975, S. 23.

<sup>82</sup> Vgl.: Müller: Sozial-liberale Umweltpolitik, S. 8.

Stärkung des Umweltschutzes in Unzufriedenheit mit der staatlichen Umweltpolitik. Innerparteiliche Konflikte über den (künftigen) Stellenwert des Umweltschutzes verstärkten diese Entwicklung.<sup>83</sup>

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass die Umweltpolitik seit ihrem Bestehen einem starken Wandel unterlag. Eine günstige Wirtschaftssituation ließ Umweltfragen auf der Prioritätenliste nach oben rücken, während bei negativen Trends in der Ökonomie die Umweltpolitik an Bedeutung verlor. Vor allem aus Enttäuschung über die Vernachlässigung des staatlichen Umweltschutzes erweiterte sich das Spektrum der beteiligten Akteure. Die Diskussion zum Stellenwert der Umweltpolitik modifizierte sich vom bloßen Konstatieren der Umweltschäden zum moralischen Appell, dass mehr geschehen müsse. Dabei entfaltete der Widerstand gegen bestehende und geplante Atomanlagen eine katalysatorische Wirkung.<sup>84</sup> Bereits gegen Ende der 1960er Jahre war die Bürgerinitiativbewegung entstanden, aber erst in den 1970er Jahren gründeten sich Bürgerinitiativen im Bereich Umweltschutz. Diese spontanen, häufig zeitlich begrenzten, relativ losen Zusammenschlüsse von Bürgern engagierten sich vor allem im lokalen Raum für vereinzelte Missstände.<sup>85</sup> Im Jahr 1972 schlossen sich circa 1.000 lokale und regionale Bürgerinitiativen im Bundesverband Umweltschutz (BBU) zusammen und wagten den Schritt in die überlokale Organisation.<sup>86</sup> Die Bürgerinitiativen und Umweltverbände erhöhten gemeinsam mit den Medien den öffentlichen Druck auf die Politik. Allerdings wäre es falsch zu behaupten, dass erst unter dem Druck der öffentlichen Meinung die Regierung und die Parteien sich zum Handeln entschlossen hätten (vgl. Kap. 2.1.3). Erst im Laufe der 1970er Jahre, also nach der Implementation des neuen Politikfeldes, forderte eine breite Öffentlichkeit Verbesserungen im Umweltschutz.

In den 1980er Jahren offenbarte sich, dass die bisherigen Reparaturanstrengungen der (staatlichen) Umweltpolitik keine weiteren Umweltschäden verhindert hatten können. Die Nachricht von großflächige Waldschäden in Deutschland versetzte die Bevölkerung in einen schockähnlichen Zustand. Die nachfolgende Debatte

---

<sup>83</sup> Exemplarisch dafür steht der Parteiaustritt des Umweltperten Herbert Gruhl aus der CDU/CSU-Fraktion, der daraufhin eine neue Partei unter dem Namen „Grüne Aktion Zukunft“ (GAZ) gründete. Vgl.: Oldenburgische Volkszeitung vom 14.07.1978, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 4.

<sup>84</sup> Vgl.: Rucht, Dieter: Umweltproteste in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jacob, Klaus / Biermann, Frank / Busch, Per-Olof u.a. (Hg.): Politik und Umwelt (Politische Vierteljahresschrift 39), Wiesbaden 2007, S. 521.

<sup>85</sup> Vgl.: Detjen, Joachim: Demokratie in der Gemeinde. Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik in Niedersachsen, Hannover 2000, S. 190.

<sup>86</sup> Vgl.: Klotzsch, Lilian / Stöss, Richard: Die Grünen, in: Stöss, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 39), Bd. 2, Opladen 1984, S.1510.

verdeutlichte, wie sehr Umweltprobleme konstruiert und symbolisch aufgeladen waren. Die Massenmedien arbeiteten mit der Wortneuschöpfung „Waldsterben“ das Thema sensationell auf (z.B. „Erst stirbt der Wald, dann der Mensch.“). Die Zahl der Publikationen zu Umweltthemen explodierte, insbesondere der Wald wurde der öffentliche und damit auch publizistische Dauerknüller.<sup>87</sup> Infolge der medialen Präsenz stieg das Umweltbewusstsein in der Bevölkerung sprunghaft an. Bei den Deutschen galt der Wald als ein Stück Heimat, so dass sein schlechter Zustand die Bevölkerung an einer empfindsamen Stelle traf. In der Politik wurden die Waldschäden als eine besondere Herausforderung für die Umweltpolitik angesehen.<sup>88</sup> Der schlechte Zustand der deutschen Wälder verhalf der Umweltpolitik zu mehr Beachtung bei den politischen Parteien. Keine Partei konnte es sich leisten, dieses publikumswirksame Thema zu ignorieren, so dass sich das Waldsterben zu einem Wahlkampfthema entwickelte.

### **Exkurs I: Charakterisierung der Ökologiebewegung**

Die Ökologiebewegung<sup>89</sup> ist Teil der Familie der „Neuen Sozialen Bewegungen“. Wie die Atomkraft-, Friedens- oder Frauenbewegung nahm sie sich einem Bedürfnis nichtmaterieller Art an, nämlich dem Umweltschutz.<sup>90</sup> Die Anfänge der Umweltbewegung sind zugleich die Anfangsjahre der sozialliberalen Koalition sowie der breitenwirksamen Thematisierung von Umweltproblemen. Im Kontext der allgemeinen Reformervartung wandelte sich die latente Unzufriedenheit mit der Umweltsituation in Protest. In erster Linie richteten sich die Umweltproteste gegen die Schädigung und Zerstörung der Natur, aber sie müssen auch vor dem Hintergrund eines breiteren soziokulturellen Wandels gesehen werden, mit dem postmaterialistische Forderungen und insbesondere das Verlangen nach Demokratisierung und mehr Bürgerpartizipation an Bedeutung gewannen. Ab Mitte der 1970er Jahre wirkte sich der Widerstand gegen die Kernenergie wie ein Katalysator auf weite Teile der Umweltbewegung aus. Der anfangs nur lokal begrenzte Widerstand gegen den Bau von Atomkraftwerken erweiterte sich zum massenhaften Protest und nahm eine Art Brückenfunktion zwischen den eher moderaten, bürgerlich geprägten Umweltschützern und den radikalen, überwiegend linksorientierten Gruppen

---

<sup>87</sup> Vgl.: Mücke, Burckhardt: Damit der Wald nicht stirbt. Ursachen und Folgen der Waldkatastrophe, München 1983, S. 153.

<sup>88</sup> Der Rat von Sachverständigen analysierte die Zusammenhänge von Waldschäden und Luftverschmutzung. In diesem Kontext bezeichnete er das Waldsterben sowie den Sauren Regen als die größten Probleme für die Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Vgl.: Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Waldschäden und Luftverunreinigungen. Sondergutachten März 1983, Stuttgart u.a. 1983.

<sup>89</sup> Der Terminus Umweltbewegung wird synonym verwendet.

<sup>90</sup> Vgl.: Brand, Karl-Werner: Umweltbewegung (inkl. Tierschutz), in: Roth, Roland / Richt, Dieter (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945, Frankfurt a. M. u.a. 2008, S. 219ff.

der Anti-Atomkraft-Bewegung ein.<sup>91</sup> Die ablehnende Haltung zur Atomenergie und die Sorge um die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen bildeten den Minimalkonsens in der heterogenen Umweltbewegung. Die verschiedenen Strömungen, Interessen und Ausdrucksformen hatten ein übergeordnetes ökologisches Profil nicht entstehen lassen. Stattdessen spannte sich der Bogen von bürgerlich-konservativen Überlegungen über Vorstellungen eines „Dritten Weges“ zu sozialistischen Denkansätzen.<sup>92</sup>

Die Kräfte des rechten, konservativen Flügels forderten ein grundsätzliches Umdenken im Verhältnis Mensch und Natur. Vor allem die (wahrgenommene) hemmungslose Förderung des industriellen Wirtschaftswachstums auf Kosten des Umweltschutzes stellte einen zentralen Kritikpunkt dar.<sup>93</sup> Der ehemalige CDU-Umweltexperte Herbert Gruhl hatte die Grundsätze dieses Politikkonzepts bereits im Vorfeld beschrieben, in welchem sich Forderungen nach einer Rückkehr zur Natur und einer autoritär ökologischen Regierungsform mit mittelständischen Forderungen und konservativen Wertvorstellungen verbanden. Ab 1978 wurde diese Programmatik weitgehend von der „Grünen Aktion Zukunft“ (GAZ) repräsentiert.<sup>94</sup> Das linke Spektrum der Umweltbewegung war in sich zersplittert. Wie bei einigen rechtsextremistischen Kreisen zeigten sich bei den radikaldemokratischen, anarchistisch-spontaneistischen, sozialistischen oder maoistischen Gruppen Tendenzen zur Instrumentalisierung des Umweltschutzes. Die ökologische Frage wurde als Hebel für eine anti-kapitalistische Systemkritik genutzt.<sup>95</sup> Die ökologischen Forderungen gingen weit über den konventionellen Schutz von Landschaft, Flora und Fauna hinaus. Die Umweltproblematik wurde im gesamtgesellschaftlichen Kontext betrachtet. Weite Teile des linken Spektrums strebten eine Veränderung der bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse an und eine grundlegende Umgestaltung der politischen Entscheidungsstrukturen.<sup>96</sup> Die Vertreter des „Dritten Weges“ vertraten eine Position zwischen dem bürgerlich-konservativen und dem linken Flügel, weshalb sie nicht selten als „Scharnier“ zwischen den äußeren Flügeln der Ökologiebewegung fungierten. Vor allem die Bundespartei „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“

---

<sup>91</sup> Vgl.: Rucht: Umweltproteste in der Bundesrepublik Deutschland, S. 521f.

<sup>92</sup> Vgl.: Holl, Karl: Liberale, „Grüne“, „Alternativisten“ – Bemerkungen zu einem aktuellen Problem, in: Albertin, Lothar: Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1980, S. 263.

<sup>93</sup> Vgl.: Klotzsch / Stöß: Die Grünen, S. 1540.

<sup>94</sup> Vgl.: Gruhl: Ein Planet wird geplündert, S. 320ff.

<sup>95</sup> Vgl.: Rucht: Umweltproteste in der Bundesrepublik Deutschland, S. 523.

<sup>96</sup> Die AUD griff erst mit der aufkommenden Umweltschutzbewegung die ökologische Frage auf. Vgl.: Stöss, Richard: Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher, in: Ders. (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 39), Bd. 1, Opladen 1984, S. 310f.

(AUD) und Teile der niedersächsischen „Grünen Liste Umweltschutz“ (GLU) vertraten diesen Mittelweg, welcher die Ökologie gesamtgesellschaftlich verorten wollte.<sup>97</sup> Die Theorie des „Dritten Weges“ versuchte das traditionelle Links-Rechts-Schema zu überwinden, verlor sich jedoch häufig in unklaren Positionen zwischen Reform und Revolution sowie zwischen Ökonomie und Ökologie.

## **2.2 Kommunale Umweltpolitik: Aufgaben, Möglichkeiten und Restriktionen**

### **2.2.1 Die Entwicklung der kommunalen Umweltpolitik**

Bei der Herausbildung der kommunalen Umweltpolitik handelt es sich um einen Prozess, der bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Die ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erzwingen eine ständige Weiterentwicklung der globalen, nationalen und lokalen Dimensionen der Umweltpolitik. Bis etwa Ende der 1970er Jahre rechneten die Kommunen den Umweltschutz nicht zu ihrem eigentlichen Aufgabenbereich. Es herrschte die weitverbreitete Auffassung vor, dass Umweltschutz die alleinige Aufgabe des Staates bzw. der Länder sei. Demnach seien die Kommunen lediglich für den Vollzug der staatlichen Umweltpolitik zuständig. Die Aufgaben des Umweltschutzes wurden von den Verwaltungen überwiegend im „übertragenen Wirkungskreis“ wahrgenommen und lagen somit nicht in der Entscheidungsmöglichkeit des Kreistages und seiner Gremien. Andererseits können die Errichtungen von Drainage- und Kanalisationssystemen sowie von sanitären Entsorgungsmaßnahmen im ausgehenden 19. Jahrhundert als erste Schritte hinsichtlich der Entwicklung einer kommunalen Umweltpolitik angesehen werden.<sup>98</sup> Neue Impulse zur Herausbildung einer kommunalen Umweltpolitik verlieh das Umweltprogramm der Bundesregierung (1971). Fortan wurde kommunale Tätigkeiten im Umweltschutz als Teil der Gesamtmaßnahmen zur Sicherung und Schutz der Umwelt sowie der Beseitigung von Umweltschäden verstanden.<sup>99</sup> Fiedler räumt den ersten kommunalen Umweltberichten, die teilweise schon zu Beginn der 1970er Jahre erschienen, eine große Bedeutung zu. Die Kommunen beschäftigten sich nicht nur mit den klassischen Umweltaufgaben der Ver- und Entsorgung, sondern darüber hinaus mit den Schutz und der Pflege der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen.<sup>100</sup> Somit stellten die kommunalen Umweltberichte einen wesentlichen Schritt zur

---

<sup>97</sup> Vgl.: Klotzsch / Stöss: Die Grünen, S. 1541.

<sup>98</sup> Vgl.: Feser, Hans-Dietrich / Flieger, Wolfgang: Kommunale Umweltpolitik – Handlungsspielräume und Hindernisse, in: Ders. / Haupt, Michael von (Hg.): Kommunale Umweltpolitik, Regensburg 1996, S. 8.

<sup>99</sup> Vgl.: Bundesministerium des Innern: Umweltschutz, S. 29.

<sup>100</sup> Vgl.: Fiedler: Umweltrecht in der kommunalen Praxis, S. 1.

Sensibilisierung der Verwaltungen und der Kommunalpolitik für die Umweltproblematik dar.

Aus heutiger Sicht wird die Umweltpolitik der meisten Kommunen in den 1970er und 1980er Jahren häufig unter den Begriffen „anlassbezogener“ oder „reaktiver“ Umweltschutz zusammengefasst.<sup>101</sup> Demnach erfolgten Maßnahmen lediglich im Rahmen der Bestandssicherung sowie der Erweiterung der technischen und sozialen Infrastruktur, d. h. man handelte erst, wenn der Problemdruck so groß wurde, dass man zum Handeln gezwungen war. In den 1980er Jahren gewann aufgrund des grenzüberschreitenden Charakters der Umweltschäden die globale Dimension an Relevanz. Dieser Prozess der Vernetzung der globalen Entwicklungen mit lokalen Verhältnissen verdrängte aber nicht die örtlichen Ansatzpunkte im Umweltschutz. Neue Anforderungen an die Kommunen stellte die Europäische Union. Exemplarisch dafür steht die Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung (1985).<sup>102</sup> Seit den 1990er Jahren zeigt sich eine Verschiebung von ordnungsrechtlichen Maßnahmen zur vorsorgenden Umweltpolitik. Im Rahmen dieser „Ökologisierung“ pochen die Kommunen darauf, umweltpolitische Entscheidungsprozesse stärker mitzugestalten.<sup>103</sup> In dieser Hinsicht war die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 richtungsweisend, denn die dort verabschiedete Agenda 21 räumte den Kommunen aufgrund ihrer räumlichen Problemnähe eine wichtige Funktion bei der Implementierung ihrer Ziele ein.<sup>104</sup> Die ökologische Nachhaltigkeit wurde zum übergeordneten Prinzip der Umweltpolitik bzw. des öffentlichen Handels auf allen Politikebenen erhoben. Die schlagwortartige Verkürzung „Global denken – lokal handeln“ der Agenda 21 prägt bis heute die Konzepte der kommunalen Umweltpolitik.

## **2.2.2 Kommunale Umweltpolitik als Querschnittsaufgabe**

Kommunale Umweltpolitik ist eine schwer abgrenzbare Querschnittsaufgabe, die ein sehr weites Spektrum kommunaler Tätigkeiten umfasst. Es ist bereits schwierig, einen Überblick zu den kommunalen Umweltschutzaufgaben zu geben, da sie sich auf alle Umweltmedien und Schutzgüter erstrecken: Wasser, Boden, Luft, Klima, Natur und

---

<sup>101</sup> Vgl.: Hücke, Jochen: Kommunale Umweltpolitik, in: Roth, Roland / Wollmann, Hellmut (Hg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Opladen 1994, S. 476.

<sup>102</sup> Die Ansätze einer europäischen Umweltpolitik gehen auf die Pariser Umwelt-Konferenz von 1972 zurück, auf der erste Maßnahmen für die Erarbeitung eines „Umweltaktionsprogramm“ ergriffen wurden. In den Folgejahren entstanden mehrere EG-Richtlinien. Vgl.: Mauritz: Natur und Politik., S. 50.

<sup>103</sup> Vgl.: Hagemann, Hermann: Kommunale Umweltpolitik heute, in: Bellers, Jürgen / Frey, Rainer / Rosenthal, Claudius (Hg.): Einführung in die Kommunalpolitik, München u.a. 2000, S. 214.

<sup>104</sup> Vgl.: Ruschkowski, Eick von: Lokale Agenda 21 in Deutschland. Eine Bilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 31, 2002, S. 17ff.

Landschaft, menschliche Gesundheit, Schutz von Sachgütern und kulturelles Erbe.<sup>105</sup> Der übergeordnete Anspruch aller kommunalen Handlungsfelder ist, die lokalen Bedürfnisse, Erfordernisse und Möglichkeiten und somit die Lebensqualität „vor Ort“ zu berücksichtigen. Zum traditionellen Aufgabenbereich der Ver- und Entsorgung gehören neben den Tätigkeiten der Wasserver- und Abwasserentsorgung auch die Abfallbeseitigung und die Bereitstellung sowie Verteilung von Energie. Weitere wichtige Aufgaben nehmen die Kommunen beim Schutz der Natur und Landschaft wahr.<sup>106</sup> Das Flächeninstrumentarium besitzt eine herausragende Bedeutung für die lokale Umweltgestaltung, denn durch die Aufteilung des kommunalen Gebietes in Industrie-, Gewerbe, Wohn-, Erholungs- und Verkehrsbereiche ergibt sich ein zentraler Verbindungspunkt zwischen Umweltschutz und kommunaler Raumplanung.<sup>107</sup> Die lokale Ebene (Umlandverbände, Kreise, kreisangehörige Gemeinden und kreisfreie Städte) gilt als wichtigste Durchführungsebene für öffentliche Aufgaben. Im Gegensatz dazu wird die Frage nach der verfassungsrechtlichen Autonomie der Kommunen, ihrer politischen Steuerungsmöglichkeiten sowie der exekutiven Gestaltungsspielräume eher kontrovers diskutiert.<sup>108</sup> Innerhalb dieser Diskussion existieren unterschiedliche Auffassungen zur Relevanz und zum Potential kommunaler Umweltpolitik. Ungeachtet dieser Kontroversen ist erkennbar, dass sich die kommunale Umweltpolitik in einem Spannungsfeld befindet, das sich einerseits durch ein breites Handlungsspektrum auszeichnet, aber andererseits von divergierenden Interessen und rechtlichen Defiziten begrenzt wird.<sup>109</sup> Die föderale Verfassung der Bundesrepublik Deutschland garantiert den Kommunen das grundsätzliche Recht auf freie Selbstverwaltung (Artikel 28 Abs. 2 GG). Der Begriff kommunale Selbstverwaltung täuscht allerdings darüber hinweg, dass diese „Freiheit“ stark eingegrenzt ist. Die Selbstverwaltung ist fixiert auf Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft und zugleich eingeschränkt durch den Gesetzesrahmen.<sup>110</sup> Für die Umweltpolitik bedeutet dieser Paragraph, dass deren Gestaltung nicht ausschließlich in kommunaler Hand liegt, auch wenn die Gemeinden und Kreise eine besondere Verantwortung für den Umweltschutz tragen. Für die kommunale Umweltpolitik gliedern sich die Maßnahmen in drei Aufgabenformen: Bei den freiwilligen Aufgaben können die Kommunen selbst entscheiden, ob sie tätig werden und über die Modalitäten (z. B. Errichtung von

---

<sup>105</sup> Vgl.: Huckle: Kommunale Umweltpolitik, S. 474.

<sup>106</sup> Vgl.: Baumheier: Kommunale Umweltpolitik, S. 13.

<sup>107</sup> Vgl.: Kerber, Bärbel: Der Konflikt zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen auf kommunaler Ebene, Frankfurt a. M. 1994, S. 24f.

<sup>108</sup> Einen Forschungsüberblick zur Kommunalpolitik bietet der Sammelband von: Kleinfeld, Ralf: Kommunalpolitik. Eine problemorientierte Einführung (Grundwissen Politik 18), Opladen 1996.

<sup>109</sup> Vgl.: Feser / Flieger: Kommunale Umweltpolitik, S. 1.

<sup>110</sup> Vgl.: Hesselberger, Dieter: Das Grundgesetz. Kommentar für die politische Bildung, Bonn 2003, S. 215f.

Naherholungsgebieten). Die Trinkwasserversorgung und die Abfallbeseitigung stellen Selbstverwaltungsaufgaben mit Pflichtcharakter dar. Hier schreibt der Gesetzgeber vor, dass die Kommunen diese Aufgaben übernehmen müssen, lässt aber bis auf den Grundsatz der Gesetzmäßigkeit offen, wie diese durchgeführt werden sollen. Die dritte Kategorie bilden die Weisungsaufgaben, welche die formalen Kompetenzen der Kommunen deutlich einschränken (z. B. Wahrnehmung von Aufgaben im Rahmen des Naturschutzgesetzes oder der Energie- und Verkehrspolitik). Diese Aufgaben nehmen die Kreise als untere Fachbehörde wahr, während die Behörden der Regierungsbezirke die Mittelstufen und die Länder die oberen Fachbehörden bilden. Bundes- und Landesgesetze regeln wiederum die kommunalen Zuständigkeiten.<sup>111</sup>

### **2.2.3 Determinanten der kommunalen Umweltpolitik**

Die Probleme des Gewässerschutzes, der Luftreinhaltung, der Lärmbekämpfung und der Abfallwirtschaft treten in allen Kommunen gebündelt auf. Die lokalen Gegebenheiten bestimmen die jeweilige Priorität von Umweltproblemen, die von Region zu Region verschieden sein können. Prinzipiell existieren drei Grundtypen: In hochverdichteten Kernstädten besitzt der Abbau bestehender Umweltbelastungen höchste Priorität, weil die Konzentration lokaler Umweltprobleme dort besonders ausgeprägt ist. Die Umlandgemeinden der Kernstädte versuchen vor allem eine Verschlechterung der Umweltqualität zu vermeiden. Im ländlichen Raum lenken die Städte und Gemeinden ihr Interesse auf den Erhalt günstiger allgemeiner Umweltbedingungen im Sinne der Landschaftspflege (vgl. Kap. 4.2.2). Zu ihren zentralen Aufgabenbereichen gehören meist die Verminderung von Umweltbelastungen der landwirtschaftlichen Flächennutzung, insbesondere der Nitrat-, Herbizid- und Pestizidbelastung des Bodens, sowie die Schaffung einer funktionierenden Umweltschutzinfrastruktur.<sup>112</sup>

Die Haushaltslage der Kommune bestimmt die Spielräume, innerhalb denen der Umweltschutz abzulaufen hat. Deshalb besitzen ökonomische und finanzpolitische Faktoren einen großen Einfluss auf die kommunale Umweltpolitik. Neben der lokalen Wirtschaftsstruktur ist die Steuerausstattung von großer Bedeutung für die Gestaltung der Umweltpolitik.<sup>113</sup> In den 1980er Jahren schränkte die Finanzkrise der kommunalen Haushalte die Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeinden stark ein. In dieser Zeit gewann die Unternehmens- und Standortkonkurrenz besonders für ländliche Regionen an Bedeutung, was nicht selten eine Dominanz der Pflege des lokalen

---

<sup>111</sup> Vgl.: Feser: Kommunale Umweltpolitik, S. 11.

<sup>112</sup> Vgl.: Huckle: Kommunale Umweltpolitik, S. 475f.

<sup>113</sup> Vgl.: Kerber: Der Konflikt zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen auf kommunaler Ebene, S. 57.

Gewerbeproduktion zu Lasten des Umweltschutzes zur Folge hatte. Die Defizite im kommunalen Finanzsystem intensivierten den klassischen Zielkonflikt zwischen Umweltschutz und Wirtschaft. Dieser Interessenkonflikt führte in den meisten Kommunen zu einer (bewussten) Vernachlässigung von Umweltschutzmaßnahmen.<sup>114</sup> Auch politische Gestaltungsdefizite prägen die Kommunalpolitik. Die Transformation individueller Bedürfnisse über den politischen Prozess in das Verwaltungshandeln kann sich in Demokratie-, Politik- und Bürokratieversagen ausdrücken.<sup>115</sup> Die starke Personalisierung bei Kommunalwahlen drängt parteipolitische Programme häufig in den Hintergrund. Dadurch kann die authentische Artikulation des Wählerwillens verfälscht werden. Zudem sind auf kommunaler Ebene die Beziehungen zwischen politischen und wirtschaftlichen Akteuren häufig besonders eng, so dass Minderheiteninteressen relativ leicht mithilfe lobbyistischer Prozesse überproportional durchgesetzt werden können. Eine weitere Ursache für Vollzugsdefizite im kommunalen Umweltschutz kann Bürokratieversagen sein, das nicht zuletzt in der Komplexität zahlreicher Umweltproblemen begründet ist.<sup>116</sup>

Die örtlichen Problem- und Interessenlagen bestimmen die Einflussmöglichkeiten und die Handlungen der Akteure und somit auch die Formulierung und den Vollzug der Umweltpolitik.<sup>117</sup> Wie die zahlreichen Konflikt- und Konkurrenzbeziehungen des Umweltschutzes mit anderen kommunalpolitischen Zielen bildet auch die Summe der Akteure keine Einheit, denn ihre Interessen sind sehr verschieden und ihre Handlungsräume überlagern sich, so dass ein ortsspezifisches Interessenbild entsteht. Die Mandatsträger und die Verwaltung besitzen die politische und administrative Verantwortung für die Formulierung und den Vollzug der kommunalen Umweltpolitik. Die Kommunalpolitik kann zwar die Verwaltung temporär kontrollieren, z. B. durch Initiativen oder die Beratung bestimmter Vorlagen, aber die wesentlichen Inhalte umweltpolitischer Entscheidungsprozesse sind von den Problemdefinitionen und Lösungsansätzen der Kommunalverwaltung geprägt. Das Engagement der Bürgerinitiativen und die daraus resultierende Bildung örtlicher Parteigruppierungen des grünen und alternativen Spektrums haben den Handlungsdruck auf die Kommunalpolitik(er) erhöht. Diese neue Konkurrenz zwang die etablierten „Rathausparteien“, sich stärker mit dem Thema Umweltschutz zu befassen. Die Bürger nehmen in der kommunalen Umweltpolitik eine Doppelrolle ein, denn sie sind zugleich Verursacher und Betroffene. Dieser Widerspruch offenbart sich in energischen

---

<sup>114</sup> Ebd., S. 53.

<sup>115</sup> Vgl.: Kerber: Der Konflikt zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen auf kommunaler Ebene, S. 60.

<sup>116</sup> Vgl.: Feser: Kommunale Umweltpolitik, S. 14.

<sup>117</sup> Vgl.: Hücke: Kommunale Umweltpolitik, S. 477.

Forderungen nach mehr Umweltschutzmaßnahmen, die aber sehr bald auf die Grenzen der Akzeptanz stoßen, wenn der Bürger selbst dafür aufkommen soll.<sup>118</sup>

Größere Unternehmer besitzen als Gewerbesteuerzahler und Arbeitgeber einen erheblichen Einfluss auf die Kommunalpolitik. Allerdings vertreten sie ein ambivalentes Interesse am Umweltschutz. Einerseits kosten Umweltschutzinvestitionen Geld, andererseits garantieren sie mittlerweile einen guten Standortfaktor.<sup>119</sup>

Die Auswahl der richtigen Instrumente in der kommunalen Umweltpolitik hängt von den lokalen Gegebenheiten ab. Deshalb müssen die Kommunen Initiativen entfalten, die auf die lokalen Bedürfnisse und Möglichkeiten abgestimmt sind. Dazu stehen ihnen verschiedene Instrumente zur Verfügung, die sehr in ihrer Eingriffstärke variieren: Regulative Instrumente, also Gebote und Verbote, sollen eine unmittelbare Wirkung hervorrufen, stoßen aber schnell auf mangelnde Akzeptanz. Informativische Instrumente zeichnen sich zwar durch eine potentiell hohe Akzeptanz aus, aber erscheinen nur in Verbindung mit anderen Instrumenten als sinnvoll. Ihre langfristige Wirksamkeit kann im Idealfall eine dauerhafte Verhaltensänderung bewirken. Ein weiteres Instrument stellt die Umweltplanung dar. Sie soll helfen, Ziele, Programme und Verhaltensweisen für den Umweltschutz zu durchdenken. Beispielsweise sollen Umweltverträglichkeitsprüfungen die notwendigen Informationen über den lokalen Umweltzustand liefern und die (zukünftige) kommunale Planung wissenschaftlich fundieren.<sup>120</sup> Finanzielle Anreize spielen angesichts der eingeschränkten Handlungsfreiheiten und der defizitären Haushaltslage der Kommunen nur eine untergeordnete Rolle.

Bereits die Kategorisierung der kommunalen Umweltschutzaufgaben hat gezeigt, dass die Verwaltung nicht nur ein unpolitisches Ausführungsinstrument darstellt, sondern durchaus politische Auswahlentscheidungen treffen muss. Trotzdem stellt sich die Frage, inwieweit es sich beim Vollzug von Umweltschutzmaßnahmen auch um politische Entscheidungen handelt. Nach der juristischen Auffassung von heute sind kommunale Verwaltungsaufgaben hauptsächlich technischer Natur, so dass das Bild einer unpolitischen Verwaltung vorherrscht.<sup>121</sup> Aus kommunalwissenschaftlicher Sicht ist Umweltschutz für die Kommunen eine Aufgabe der Daseinsvorsorge, also angesiedelt im öffentlichen Aufgabenbereich zwischen Gefahrenabwehr und der Versorgung der Bürger mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen.<sup>122</sup> Doch

---

<sup>118</sup> Vgl.: Huckle: Kommunale Umweltpolitik, S. 479.

<sup>119</sup> Ebd., S. 480.

<sup>120</sup> Vgl.: Baumheier: Kommunale Umweltpolitik, S. 17f.

<sup>121</sup> Vgl.: Naßmacher, Hiltrud / Naßmacher, Karl-Heinz: Kommunalpolitik in Deutschland, Wiesbaden<sup>2</sup> 2007, S. 26.

<sup>122</sup> Vgl.: Feser: Kommunale Umweltpolitik, S. 4.

besonders in der regulativen Umweltpolitik zeigt sich eine enge Verflechtung zwischen Politik und Verwaltung. Zudem hat der Überblick zur kommunalen Umweltpolitik verdeutlicht, dass Kommunen zugleich Gestalter, Vollstrecker und Adressat der Umweltpolitik sein können.<sup>123</sup>

## **Exkurs II: Die Rolle von Parteien in der Kommunalpolitik**

Auf der kommunalen Ebene besitzen Parteien Orts-, Gemeinde- und Kreisverbände, sie treten bei Kommunalwahlen mit Kandidaten und Listen an, vereinen die ihnen angehörenden Gemeinde- und Kreisräte in Fraktionen und stellen Bürgermeister und Landräte.<sup>124</sup> Trotz dieser Organisationsstrukturen kennzeichnet eine traditionelle Abwehrhaltung die Rolle der politischen Parteien im kommunalen Bereich. Diese Abneigung wird vor allem von der Vorstellung genährt, dass die kommunalen Probleme überwiegend sachlicher und nicht parteipolitischer Natur seien.<sup>125</sup>

In den 1950er Jahren wurde Kommunalpolitik als reine Sachpolitik verstanden. Die Schaffung von Wohnraum, Arbeitsplätzen und einer funktionierenden Infrastruktur standen im Vordergrund. Im Zuge der Reformeuphorie der sozialliberalen Koalition gewann die öffentliche Planung in der Politik an enormer Bedeutung. Institutionelle und politische Veränderungen modifizierten zugleich das politisch-administrative System.<sup>126</sup> Lokalpolitik wurde als kein verselbstständigter Bereich, sondern als ein mit dem Gemeindeleben eng verflochtener Aspekt der Daseinbewältigung wahrgenommen, wohingegen sich die „große Politik“ auf Bundes- und Landesebene abspielte.

Es ist unumstritten, dass in der Kommunalpolitik Entscheidungen getroffen werden müssen, die losgelöst von der Parteipolitik sind. In den Jahren 1975/76 verabschiedeten alle Bundestagsparteien kommunalpolitische Programme, wodurch die „unpolitische“ Kommunalpolitik bei den Parteien bzw. in deren Programmatik an Relevanz gewann.<sup>127</sup> Denkbar ist auch, dass die Parteien ihren Einfluss auf die kommunale Ebene ausdehnen wollten. Demnach würden diese Programmatiken ihren Einfluss geltend machen. Die Tatsache, dass Bundesprogramme für die lokale Ebene ausgesprochen wurden, enthält bereits einen Widerspruch in sich. Lehmbruch greift die

---

<sup>123</sup> Vgl.: Hartkopf / Bohne: Umweltpolitik 1, S. 135.

<sup>124</sup> Vgl.: Schneider, Herbert: Kommunalpolitik auf dem Lande (Beiträge zur Kommunalwissenschaft 35), München 1991, S. 159.

<sup>125</sup> Vgl.: Rudzio, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen<sup>6</sup> 2003, S. 400.

<sup>126</sup> Vgl.: Kleinfeld, Ralf: Politikwissenschaft und Kommunalpolitik in Deutschland. Ein Forschungsüberblick, in: Ders.: Kommunalpolitik. Eine problemorientierte Einführung (Grundwissen Politik 18), Opladen 1996, S. 28.

<sup>127</sup> Vgl.: Reuter, Lutz-Rainer: Kommunalpolitik im Parteienvergleich. Zum Funktionswandel der kommunalen Selbstverwaltung von CDU/CSU, SPD und FDP, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 34, 1976, S. 7.

ambivalente Rolle der Parteien in der Lokalpolitik auf, indem er sie mit einem „Januskopf“ vergleicht.<sup>128</sup> Nach diesem Sinnbild besitzen Parteien zwei Gesichter, mit denen sie in entgegengesetzte Richtungen blicken. Einerseits beteiligen sie sich an Bundes- und Landtagswahlen, um ihre politische Existenzberechtigung nachzuweisen und dem Bürger im Hinblick auf die „große“ Politik parteipolitische Kriterien zur Wahlentscheidung zu liefern. Andererseits passen sie sich an die kommunalen, vorherrschend unpolitischen Verhaltensmuster an, indem sie sich eine „Vereinskappe“ aufsetzen. Lehbruch betont, dass die Funktionen politischer Parteien in der Kommunalpolitik nicht unter denselben Gesichtspunkten gesehen werden dürfen wie in der Bundes- oder Landespolitik.<sup>129</sup> Seine Charakterisierung der Kommunalpolitik bietet einen Einblick in die damalige Wahrnehmung (1975). Zugleich eröffnen Lehbruchs Ausführungen eine Parallele zur neueren lokalen Politikforschung, die seit den 1990er Jahren die These von der wachsenden Parteipolitisierung auf kommunaler Ebene vertritt.<sup>130</sup> Dabei muss berücksichtigt werden, dass Parteipolitisierung mehr als die bloße Präsenz und Konkurrenz der politischen Parteien in den Rathäusern bedeutet. Der Begriff steht für den Prozess der parteipolitischen Durchdringung der Kommunalpolitik in personeller, inhaltlicher und prozeduraler Hinsicht. Ein Indikator für die Parteipolitisierung der Kommunalpolitik ist die Abwendung vom traditionellen „Harmoniemo­dell“, dem sogenannten konkordanzdemokratischen Politikstil. Charakteristisch für diese Politikgestaltung sind interne Konfliktregelungen, große Koalitionen und einmütige Ratsbeschlüsse. Im Gegensatz dazu ist der konkurrenzdemokratische Politikstil von der öffentlichen Austragung von Konflikten, klaren Mehrheits-Minderheiten-Konstellationen und der wachsenden Rolle der Fraktionen geprägt.<sup>131</sup> Generell weist die kommunale Konkordanzdemokratie einen niedrigen Grad der Parteipolitisierung bei gleichzeitig starken Bürgermeistern auf. Bei der Konkurrenzdemokratie herrscht eine starke Parteipolitisierung bei weniger einflussreichen Bürgermeistern vor. Bundespolitische Konfliktlinien spielen für den konkurrenzdemokratischen Stil eine große Rolle und werden teilweise sogar für die kommunale Ebene übernommen.<sup>132</sup>

Der Trend zur Parteipolitisierung ist neben der regionalen politischen Kultur von der Größe des Ortes abhängig. Vor allem in Großstädten veränderte sich der Politikstil seit den 1970er Jahren. Die dortigen Parteien nutzen verstärkt die Möglichkeit der

---

<sup>128</sup> Vgl.: Lehbruch, Gerhard: Der Januskopf der Ortsparteien. Kommunalpolitik und lokale Parteiensysteme, in: Der Bürger im Staat, Heft 5, 1975, S. 7.

<sup>129</sup> Vgl.: Lehbruch: Der Januskopf der Ortsparteien, S. 4.

<sup>130</sup> Vgl.: Kleinfeld: Kommunalpolitik, S. 57.

<sup>131</sup> Vgl.: Naßmacher / Naßmacher: Kommunalpolitik in Deutschland, S. 244.

<sup>132</sup> Vgl.: Schneider: Kommunalpolitik auf dem Lande, S. 121f.

Ämterpatronage. Zudem flossen Akzente aus der Parteiprogrammatik in die dortige Kommunalpolitik ein. In kleineren Gemeinden erfolgte weitestgehend keine Abkehr vom Modell der bürgerlichen Einträchtigkeit. Dort dominiert die Parteipolitik nicht das Gemeindeleben, sondern vielmehr das Vereins- und Verbandswesen. Teilweise „verleugnen“ die dortigen Parteien ihre Parteilichkeit. Als eine Art Wählervereinigung mit Parteinamen betreiben sie eine Politik der lokalen Kosten-Nutzen-Abwägung. Zudem besitzen diese lokalen Parteigruppen nur schwach ausgeprägte Kontakte zum überregionalen Parteienapparat.<sup>133</sup>

### **3. Die FDP und die Umweltpolitik**

#### **3.1 Die Entwicklung der Umweltprogrammatik in der FDP**

##### **3.1.1 Die Anfänge der Umweltprogrammatik der Parteien auf Bundesebene**

Bis in die späten 1960er Jahre war eine umweltbezogene Programmatik bei allen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland nicht oder nur in Ansätzen vorhanden. Erst im Jahr 1969 wandten sich die Parteien intensiver dem Umweltbereich zu, d. h. sie befassten sich nicht nur mit Teilaspekten wie dem Gewässerschutz oder der Luftreinhaltung, sondern dem gesamten Spektrum der Umweltpolitik (vgl. Kap. 2.1.1). Die drei großen Parteien begannen weitgehend unvorbereitet, das neue Politikfeld zu bearbeiten.<sup>134</sup> Zwar gab es in jeder Partei einzelne Vertreter, die sich vehement für den Umweltschutz einsetzten, z. B. Herbert Gruhl (CDU), Erhard Eppler (SPD) und Günter Hartkopf (FDP), jedoch verlief die reale Entwicklung der Umweltprogrammatik deutlich langsamer. Die CDU hatte in ihrem Berliner Programm (1968) den Umweltbereich noch dem Kapitel „Raumordnung, Wohnungsbau, Verkehr“ zugeordnet. Erst 1979 verabschiedete sie ein spezifisches Umweltprogramm. Malunat fasst zusammen, dass die CDU bis Mitte der 1980er Jahre auf die Kraft des technischen Fortschritts und der Sozialen Marktwirtschaft setzte, welche die anfallenden Kosten für den Umweltschutz erwirtschaften sollten.<sup>135</sup> Die SPD näherte sich der Umweltproblematik über die Gesundheitspolitik an. Die Diskussionen über eine höhere Lebensqualität ließen die Umweltpolitik kurzfristig ins Zentrum der Innenpolitik rücken. Trotzdem sträubte sich die SPD lange Zeit ökologische mit ökonomischen Kriterien in Einklang zu bringen, denn das Wirtschaftswachstum und die Sicherung von Arbeitsplätzen standen im

---

<sup>133</sup> Vgl.: Lehbruch: Der Januskopf der Ortsparteien, S. 7f.

<sup>134</sup> Vgl.: Wey, Klaus-Georg: Umweltpolitik in Deutschland. Kurze Geschichte des Umweltschutzes in Deutschland seit 1900, Opladen 1982, S. 156f.

<sup>135</sup> Vgl.: Malunat, Bernd M.: Umweltpolitik im Spiegel der Parteiprogramme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 29, 1987, S. 32 und S. 40.

Vordergrund aller Entscheidungen.<sup>136</sup> Trotz zahlreicher Orientierungsarbeiten der Programmkommission verabschiedete die SPD erst 1979 ein eigenständiges Umweltprogramm. Das erste Grundsatzprogramm der FDP, das Berliner Programm (1957), thematisierte keine Umweltthemen. Erst das 10 Jahre später verabschiedete Hannoveraner Aktionsprogramm beinhaltete im Rahmen der Gesundheitspolitik überregionale Maßnahmen für die Luft-, Wasser- und Bodenhygiene sowie für die Lärmbekämpfung.<sup>137</sup> Die FDP erkannte zwar einen umweltpolitischen Handlungsbedarf an, aber betrachtete den Umweltschutz noch als Teilaufgabe der Gesundheitspolitik. Seit 1967 lässt sich ein rudimentärer Umweltbezug in der liberalen Programmatik nachweisen, der jedoch in der Nürnberger Wahlplattform (1969) nicht mehr erwähnt wurde. Als erste Partei in der Bundesrepublik Deutschland legte die FDP mit den Freiburger Thesen (1971) ein Umweltprogramm vor. Der darauf folgende Anstieg der Beiträge zu Umweltthemen in der Zeitschrift *liberal* verdeutlicht, dass das Thema innerhalb der Partei diskutiert wurde und an Bedeutung hinzugewann.<sup>138</sup>

### 3.1.2 Der Wandel zur modernen FDP

In der Zeit der Großen Koalition und der außerparlamentarischen Opposition setzte der Wandel der FDP zu einer „mehr demokratischen, innovativen und sozialen Partei eines reformfreudigen Liberalismus“<sup>139</sup> ein. Dieser Wandel erfolgte in mehreren Schritten. Ab 1966 war die FDP nicht mehr in der Regierungsverantwortung, so dass sie sich mit ihrer (zukünftigen) Position und Funktion im bundesdeutschen Parteiensystem auseinandersetzen musste. Etwa zeitgleich wurden Stimmen aus dem linksliberalen Flügel lauter, die Partei programmatisch und personell zu reformieren (z.B. Ralf Dahrendorf, Werner Maihofer, Karl-Hermann Flach). Der rechte Flügel, vor allem repräsentiert durch Erich Mende, lehnte diese Reformpläne sowie das anvisierte Bündnis mit der SPD entschieden ab. Stattdessen plädierten seine Vertreter für eine „Neuaufgabe der christlich-liberalen Koalition alten Stils“<sup>140</sup>. Die Kontroverse um eine neue Deutschlandpolitik verstärkte die innerparteilichen Richtungskämpfe. Der Wechsel im Parteivorsitz von Erich Mende zu Walter Scheel (1968) sowie das

---

<sup>136</sup> Vgl.: Hünemörder: Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik, S. 231f. und S. 95.

<sup>137</sup> Die programmatischen Dokumente der FDP bis 1969 sind zusammengestellt bei: Juling, Peter: Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente, Meisenheim am Glan 1977, S. 196.

<sup>138</sup> Die Zeitschrift *liberal* wurde von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin gegründet. Die von der Friedrich-Naumann-Stiftung herausgegebenen Vierteljahrshefte für Politik und Kultur erscheinen seit 1959 mit dem Anspruch, die Debatte um Ziele freiheitlicher Politik für das nächste Jahrzehnt zu prägen.

<sup>139</sup> Dittberner: Die FDP, S. 52.

<sup>140</sup> Siekmeier, Matthias: Walter Scheel (\*1919), in: Oppeland, Torsten (Hg.): Deutsche Politiker 1949-1969. 16 biographische Skizzen aus Ost und West, Bd. 2, Darmstadt 1999, S. 156.

allmähliche Vorrücken von Linksliberalen in die höheren Parteigremien machten den Weg für eine sozialliberale Kursänderung frei. Die politische Umorientierung der FDP ließ sich bereits in der Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten (05.03.1969) erkennen, die schließlich in der Koalitionsentscheidung für die SPD mündete.<sup>141</sup>

Flachs Streitschrift „Noch eine Chance für die Liberalen“ kündigte die programmatische Erneuerung der Partei an.<sup>142</sup> Als die FDP ihre quantitativ schwächste Position im Parteiensystem besaß, wurden die Freiburger Thesen (1971) verabschiedet. Zwischen 1969 und 1972 musste die FDP um ihre Existenz in den Landtagen sowie im bundesdeutschen Parteiensystem bangen. Zum Beispiel scheiterte sie bei der Landtagswahl in Niedersachsen (1970) an der Fünfprozentklausel (4,4 Prozent), während CDU und SPD mehr als 90 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten. In diesem Kontext sah der „Spiegel“ die *„eingeleitete Verwandlung von der Honoratiorenpartei zur sozialliberalen FDP.“*<sup>143</sup> vorschnell als gescheitert an.

Mit den Freiburger Thesen gab sich die FDP das Profil einer Reformpartei.<sup>144</sup> Die drei „Pünktchen“ im Parteilogo symbolisierten äußerlich die Verwandlung, während die vier Grundthesen des Freiburger Programms die inhaltliche Metamorphose darstellten:

*„Liberalismus nimmt Partei für Menschenwürde durch Selbstbestimmung.“*

*„Liberalismus nimmt Partei für Fortschritt durch Vernunft.“*

*„Liberalismus fordert Demokratisierung der Gesellschaft.“*

*„Liberalismus fordert Reform des Kapitalismus.“*<sup>145</sup>

Die Freiburger Thesen waren kein Grundsatzprogramm, aber diese vier Thesen bildeten eine neue Grundlinie in der Partei heraus. Zum einen hatte die FDP durch ihren reformatorischen Programmanspruch ihren Standort in der Parteienlandschaft nach links verschoben. Zum anderen wurde die politische Konzeption eines modernen Liberalismus mit sozialer Prägung entworfen, der zugleich die geistigen Traditionen berücksichtigen sollte. Das Freiburger Programm verstand sich als *„Anfang der zweiten Phase einer von der bürgerlichen Revolution ausgehenden Reformbewegung“*<sup>146</sup>. Schiller betont, dass sich die FDP mit dieser neuen Handlungsperspektive von ihrer

---

<sup>141</sup> Vgl.: Baring: Machtwechsel, S. 162ff.

<sup>142</sup> Flach, Karl-Hermann: Noch eine Chance für die Liberalen Eine Streitschrift, Frankfurt a. M. 1971.

<sup>143</sup> Der Spiegel, Nr. 28, 1971, S. 30.

<sup>144</sup> Vgl.: Schiller, Theo: Wird die FDP eine Partei?, in: Narr, Wolf-Dieter (Hg.): Auf dem Weg zum Einparteienstaat, Opladen 1977, S. 123.

<sup>145</sup> Freiburger Thesen, in: Verheugen (Hg.): Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der FDP Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung Liberale in Programm und Praxis), Baden-Baden 1970, S. 43-54.

<sup>146</sup> Ebd., S. 44.

bisherigen Fixierung auf bürgerliche Klasseninteressen löste und sich stattdessen ihrer neuen Rolle als Reformpartei zuwandte.<sup>147</sup> Mit den Freiburger Thesen konnte die FDP vorerst ihre klassische Orientierungskrise überwinden: Seit ihrer Gründung (12.12.1948) stand die Partei vor dem Problem, ob sie sich eher in die nationalliberale oder linksliberale Richtung bewegen sollte. Innerparteiliche Richtungskämpfe prägten die FDP. Der „Jungtürken-Aufstand“ (1956) markierte eine erste programmatische Öffnung (zur Sozialdemokratie) und Stärkung des linksliberalen Flügels in der FDP.<sup>148</sup> Zudem schwebte in den späten 1950er Jahren die Gefahr der Verfestigung eines Zweiparteiensystem wie ein Damoklesschwert über den Freidemokraten. Häufig reduziert auf die Rolle einer Mehrheitsbeschaffers waren sich die Liberalen unschlüssig, welche Position sie im bundesdeutschen Parteiensystem einnehmen sollten bzw. überhaupt konnten. Die politischen Konzeptionen erstreckten sich über ein weites Spektrum. Neben Vorstellungen von einer bürgerlichen Interessen- oder Ideenpartei existierten Überlegungen zur „dritten Kraft“ im Parteiensystem bis hin zur Etablierung der FDP als Volkspartei. Allen Forderungen aber war gemein, dass sie nach mehr Eigenprofilierung für die FDP strebten.

Mit den Freiburger Thesen gewann die FDP ein neues Selbstbewusstsein und eine programmatisch gefestigte Einheit, den Sozialliberalismus. Trautmann sieht gegen Ende der 1950er Jahre erste Ansätze zur liberalen Neuorientierung, die ältere sozialliberale Traditionen wiederaufleben ließen.<sup>149</sup> Diese Ansätze zeigten sich 1958/59 in der Gründung der Friedrich-Naumann-Stiftung und der Herausgabe der Zeitschrift *liberal*. Allerdings ist fraglich, inwieweit 1971 eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesen Traditionslinien erfolgte, die sich vor allem auf die Person Friedrich Naumann (1860-1919) erstreckten. Lösche und Walter erkennen beim praktizierten Sozialliberalismus der 1970er Jahre keine historischen Bezugspunkte, sondern lediglich eine Mythologisierung von Naumann, der fortan als „*liberaler Ahnherr*“<sup>150</sup> erhalten musste. Sogar einer der programmatischen Vordenker der FDP, Ralf Dahrendorf, sah im programmatischen Anspruch der Liberalen eher einen Versuch zur Modernisierung der Partei als eine wirkliche Auseinandersetzung mit den politischen Vorstellungen des Sozialliberalismus: „*Mit hängender Zunge sind manche liberale Parteien hinter dem sozialpolitischen Zug der Zeit hinterhergelaufen, um ihm am Ende – wie die deutschen Freien Demokraten in ihrem Freiburger Programm von 1971 – zu*

---

<sup>147</sup> Vgl.: Schiller: Wird die FDP eine Partei?, S. 140.

<sup>148</sup> In Nordrhein-Westfalen wurde am 20. Februar 1956 mit Hilfe der FDP der Sturz der CDU/FDP-Koalitionsregierung herbeigeführt. Vgl.: Dittberner: Die FDP, S. 45.

<sup>149</sup> Vgl.: Trautmann, Günter: Einleitung. Der soziale Liberalismus – Eine parteibildende Kraft?, in: Holl, Karl / Trautmann, Günter / Vorländer, Hans (Hg.): Sozialer Liberalismus, Göttingen 1986, S. 13.

<sup>150</sup> Lösche / Walter: Die FDP, S. 13.

erreichen, als der Zug zumindest das liberale Reiseziel schon hinter sich gelassen hatte: die Versöhnung mit der Geschichte läßt sie die Gegenwart verlieren.“<sup>151</sup> Wenn man die damalige Publizistik zu den Freiburger Thesen betrachtet, stellt sich die Frage, inwieweit diese Programmatik eine wirkliche Identität bei den Liberalen schuf oder lediglich bei den Linksliberalen einen Kultstatus besaß. Schiller verweist kritisch auf die parteistrategischen Erwägungen, welche die programmatische Modernisierung begleiteten. Demnach sei die Interpretation zulässig, dass die Freiburger Thesen einen taktischen Abgrenzungsversuch gegenüber der SPD darstellten.<sup>152</sup> Trotz aller Kritikpunkte muss aber berücksichtigt werden, dass die Freiburger Thesen einen herausragenden Stellenwert in der Geschichte und dem Selbstverständnis der FDP einnehmen. Der ehemalige Generalsekretär Günter Verheugen stellte 1982 fest, dass „die Bedeutung von Freiburg [...] auch dann noch gelten (wird), wenn die sozialliberale Koalition schon Geschichte sein wird.“<sup>153</sup>

Seit Mitte der 1960er Jahre bewirkte der sozialstrukturelle Umwälzungsprozess grundlegende Veränderungen in der westdeutschen Gesellschaft. Die Bedeutung des alten Mittelstandes im ländlichen Raum schwand und damit auch das traditionelle Wählerpotenzial der FDP.<sup>154</sup> In der Wählerschaft der Liberalen ging der Anteil der Selbstständigen (z.B. Landwirte) stark zurück, während der Anteil der Angestellten und Beamten anstieg. Ebenso dehnte sich der Anteil der Facharbeiter allmählich aus.<sup>155</sup> Mit dem neuen programmatischen Profil versuchte sich die FDP stärker dem neuen Mittelstand zu zuwenden, um ihre Anhängerbasis langfristig zu erweitern. Viele traditionelle Stammwähler aus dem alten Mittelstand tolerierten diesen Kurswechsel nicht, so dass es zu Stimmenverlusten in dieser Wählergruppe kam, die vorerst nicht durch Gewinne bei neuen Wählerschichten ausgeglichen werden konnten.<sup>156</sup> Veränderungen zeigten sich ebenfalls bei der regionalen Verteilung der FDP-Wählerschaft. Der Schwerpunkt hatte sich von den ländlichen Gebieten in die Städte

---

<sup>151</sup> Dahrendorf, Ralf: Lebenschancen, Anläufe zur sozialen und politische Theorie, Frankfurt/M. 1979, S. 139.

<sup>152</sup> Vgl.: Schiller, Theo: Stand, und Defizite der FDP-Forschung, in: Niedermayer, Oskar / Stöss, Richard (Hg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 71), Opladen 1993, S. 143.

<sup>153</sup> Zit. nach Günter Verheugen, in: Vorländer, Hans: Der Soziale Liberalismus der FDP. Verlauf, Profil und Scheitern eines soziopolitischen Modernisierungsprozesses, in: Holl, Karl / Trautmann, Günter / Vorländer, Hans (Hg.): Sozialer Liberalismus, Göttingen 1986, S. 192.

<sup>154</sup> Vgl.: Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bundesrepublik und DDR 1949-1990, Bd. 5, München 2008, S. 135ff.

<sup>155</sup> Vgl.: Zülch, Rüdiger: Von der FDP zur F.D.P. Die dritte Kraft im deutschen Parteiensystem (Sozialwissenschaftliche Studien zur Politik 1), Bonn 1972, S. 32.

<sup>156</sup> Vgl.: Gniss, Daniela: Freie Demokratische Partei, in: Recker, Marie-Luise / Tenfelde, Klaus (Hg.): Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 3), Düsseldorf 2005, S. 49.

und Ballungszentren mit besonders hohem Beschäftigungsanteil im Dienstleistungssektor verschoben.<sup>157</sup> In konfessioneller Hinsicht überwog weiterhin das protestantische Element, während der Anteil der Frauen in der Wählergruppe überproportional angestiegen war. Der Anteil der Wechselwähler wird in der Wahlsoziologie generell als ein Indiz für die Parteiidentifikation angesehen.<sup>158</sup> Zwischen 1969 und 1972 lag der Anteil der Wechselwähler in der FDP deutlich höher als bei der CDU oder SPD. Schiller führt diesen hohen Wert auf eine lose Parteibindung zurück. Demnach sahen die FDP-Wähler die Partei vor allem in der Rolle des Koalitionspartners.<sup>159</sup> Zeitweise nutzte die FDP sogar dieses Image. Im Bundestagswahlkampf 1972 warb sie mit der quantitativen Bedeutung der FDP-Mandate für die Koalition an sich. Sie versuchte die Wähler zu überzeugen, dass ein schlechtes Wahlergebnis der FDP eine absolute Mehrheit der Union zur Folge habe.<sup>160</sup> In diesem Jahr bestand die Koalitionpräferenz der FDP für die SPD, dadurch schreckten altliberale Wähler vor der Stimmabgabe zurück.<sup>161</sup> Sie nahmen diese Koalitionsaussage als Positionsverschiebung nach links wahr. Trotz dieser sozialstrukturellen Veränderung der FDP-Wählerschaft war sie weiterhin eine bürgerliche Partei, nicht zuletzt weil der Anteil der Arbeiter unter den Wählern, Mitgliedern und Funktionären immer unterdurchschnittlich war.<sup>162</sup> Nach der Verabschiedung der Freiburger Thesen wurden die Landtagswahlen in Baden-Württemberg (1972) als Stimmungsbarometer für den sozialliberalen Kurs der FDP angesehen. Im traditionellen Stammland der Liberalen konnte die FDP zwar nicht ihr zweistelliges Ergebnis von 1968 halten (14,4 Prozent), aber lag mit 8,9 Prozent deutlich über der Fünfprozenthürde.<sup>163</sup> Die Bundestagswahl 1972 brachte eine Restabilisierung der FDP, die im Bundesdurchschnitt 8,4 Prozent erhielt und in keinem Bundesland unter die Fünfprozentklausel fiel.<sup>164</sup>

---

<sup>157</sup> Vgl.: Kaack: Die FDP, S. 47.

<sup>158</sup> Vgl.: Schultze, Rainer-Olaf: Wahlforschung, in: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft, Bd. 2, München<sup>2</sup> 2004, S. 1091-1096.

<sup>159</sup> Vgl.: Schiller: Wird die FDP eine Partei?, S. 142.

<sup>160</sup> Vgl.: Gringmuth, Hans F. W.: Der Handlungsspielraum der Freien Demokratischen Partei als Artikulationspartei, Frankfurt a. M. u.a. 1984, S. 42f.

<sup>161</sup> Unter altliberalen Wählern ist die traditionelle Klientel aus dem alten Mittelstand zu verstehen. Die Mehrheit dieser Parteigruppe hatte die Sozialdemokratie zu ihrem Feindbild erklärt und wollte die FDP rechts von der CDU sehen. Vgl.: Albertin, Lothar: Das theoriearme Jahrzehnt der Liberalen, in: Schildt, Axel / Sywottek, Arnold (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre (Politik und Gesellschaftsgeschichte 33), Bonn 1998, S. 663f.

<sup>162</sup> Vgl.: Lösche / Walter: Die FDP, S. 190.

<sup>163</sup> Vgl.: Allerbeck, Klaus: Die alte und die neue FDP. Historische Vergleichsdaten zur Entwicklung der Wählerschaft in Baden-Württemberg, in: Albertin, Lothar: Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1980. S. 151.

<sup>164</sup> Vgl.: Kaack: Die FDP, S. 47.

### 3.1.3 Die Freiburger Thesen: Die FDP als Umweltpartei?

Die Freiburger Thesen können als eine neue Orientierungsmarke im Liberalismusverständnis der FDP angesehen werden. Aufbauend auf vier Grundprinzipien wiesen die Freidemokraten der Umweltpolitik einen Platz in der liberalen Gesellschaftspolitik zu (vgl. Kap. 3.1.2). Nach den Thesen zur Eigentumsordnung, Vermögensbeteiligung und Mitbestimmung wurde die Umweltpolitik aufgegriffen. Diese Einordnung wurde damit begründet, dass die Umweltpolitik eine zwingende Antwort auf die Herausforderung der Industriegesellschaft darstelle, welche die Naturgrundlagen überstrapazierte und zerstöre.<sup>165</sup> Der Schutz der Würde des Menschen war der zentrale Leitgedanke der liberalen Umweltpolitik. In These 1 zur Umweltpolitik heißt es: *„Jeder hat ein Recht auf eine menschenwürdige Umwelt. Die Naturgrundlagen stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Die Grenze der im Allgemeininteresse zulässigen Umweltbelastung wird durch Gesetz bestimmt.“*<sup>166</sup> Demnach sollte der Staat das Recht des Einzelnen auf eine intakte Umwelt sichern und den Gesetzesrahmen stellen. In diesem Sinne plädierte die FDP für eine Erweiterung der Kompetenzen des Bundes.<sup>167</sup> Zwar wurden die Gesundheit und das Wohlbefinden des Bürgers als übergeordnetes Ziel der Umweltpolitik angesehen, aber die liberalen Zielvorstellungen gingen weit über diese Bereiche hinaus. Die FDP betrachtete Umweltpolitik zugleich als Freizeitpolitik: *„Sie [die Umweltpolitik] hat daher die Aufgabe, allen Bürgern modernen Lebensansprüchen genügende Umweltverhältnisse zu gewährleisten, den sich wandelnden Freizeitbedürfnissen Rechnung zu tragen [...]“*<sup>168</sup> Diese Aussage verdeutlicht, dass die FDP einen anthropozentrischen Umweltbegriff vertrat, wonach der Mensch den Maßstab für die Gestaltungsweise der Umweltpolitik darstellte. In erster Linie sollte die (gesunde) Umwelt für den Menschen gesichert werden, damit dieser die intakte Natur für seine Zwecke nutzen könne, wie z. B. zur Erholung. Die Forderung nach einer Ergänzung von Artikel 2 des Grundgesetzes verdeutlicht den hohen Stellenwert der Umweltpolitik in der Themenliste der FDP.<sup>169</sup> Die Liberalen forderten der Umweltpolitik einen gleichen politischen Rang einzuräumen wie der sozialen Sicherheit, der Bildungspolitik oder der Landesverteidigung. Dadurch versuchten sie das neue Politikfeld aufzuwerten. Eingang in die Freiburger Thesen fand ebenfalls der Anspruch nach einer verstärkten Berücksichtigung von Umweltfaktoren (These 5): *„Keine Entscheidung der Öffentlichen Hand oder Wirtschaft*

---

<sup>165</sup> Freiburger Thesen, in: Verheugen: Das Programm der Liberalen, S. 106.

<sup>166</sup> Ebd., S. 107.

<sup>167</sup> Ebd., S. 108.

<sup>168</sup> Freiburger Thesen, in: Verheugen: Das Programm der Liberalen, S. 113.

<sup>169</sup> Ebd., S. 107.

darf in Zukunft ohne Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte getroffen werden.“<sup>170</sup> Demnach wurde Umweltschutz als Teil einer Struktur- und Raumordnungspolitik angesehen. In diesem Sinne forderte die FDP eine vorausschauende Politik und keine bloße Reaktion auf eingetretene Umweltschäden. Die Freiburger Thesen formulieren einen hohen moralischen Anspruch an die Gestaltung der Umweltpolitik. Die recht allgemein gehaltenen Grundpositionen bildeten den Ausgangspunkt für die Umsetzung der Umweltpolitik. Konkrete Handlungsschritte wurden nicht vorgegeben. Die einzelnen Parteiuntergliederungen hatten sich scheinbar nur, an den Grundlagen und Zielsetzungen der programmatischen Aussagen zu orientieren. Bereits vor der Verabschiedung bezeichnete der „Spiegel“ die Freiburger Thesen als „*Verbal-Radikalismen*“<sup>171</sup>, die ohne Folgen für die Politik bleiben würden. Unbestritten ist jedoch, dass das Freiburger Programm den Ausgangspunkt für die weitere (gesellschaftspolitische) Programmarbeit der FDP bildete.<sup>172</sup> Mit den Freiburger Thesen entwickelte die FDP ein modern erscheinendes Instrumentarium für die Umweltpolitik: langfristige Umweltplanung, Abwendung von der bloßen Beseitigung eingetretener Schäden, Aufhebung der Rechtszersplitterung zugunsten des Bundes. Die verbreitete Sorge bei der SPD und der CDU um die Kostenfrage der Umweltmaßnahmen war bei den Liberalen scheinbar deutlich schwächer ausgeprägt: „*Die Kosten der Umweltbelastung werden grundsätzlich nach dem Verursacherprinzip aufgebracht.*“<sup>173</sup> Der Ordnungsrahmen der Marktwirtschaft sollte um die umweltpolitischen Ziele ergänzt werden, damit die anfallenden Kosten über den Preis aufgebracht werden könnten.<sup>174</sup> Die Liberalen beanspruchten mit ihren Freiburger Thesen, den Umweltschutz als zentrales Problem der Gegenwart erkannt zu haben. 1978 akzentuierte Peter Menke-Glückert, dass die Freiburger Thesen die Ausgangsbasis für jegliche Umweltprogrammatische aller bundesdeutschen Parteien seien. Es sei ein „*historischer Verdienst*“<sup>175</sup> der Liberalen, dass sie der Umweltpolitik zu diesem hohen Stellenwert verholfen habe. Natürlich erhoffte sich die FDP von diesem Umweltprogramm auch, kritische Wähler ansprechen zu können. Müller hält dagegen, dass die FDP im Bundestagswahlkampf 1972 sich gern als die „Umweltpartei“ präsentierte, sich jedoch vor allem durch wirtschafts-, steuer- und rechtspolitische Themen von der SPD abgrenzte, um Kernwähler zu behalten.<sup>176</sup> Aus heutiger Sicht

---

<sup>170</sup> Ebd., S. 112.

<sup>171</sup> Der Spiegel Nr. 28, 1971, S. 31.

<sup>172</sup> Vorländer: Der Soziale Liberalismus der FDP, S. 199.

<sup>173</sup> Freiburger Thesen, in: Verheugen: Das Programm der Liberalen, S. 110

<sup>174</sup> Vgl.: Margedant: Entwicklung des Umweltbewusstseins in der Bundesrepublik Deutschland, S. 22.

<sup>175</sup> Vgl.: Menke-Glückert, Peter: Umweltpolitik in der Praxis, München 1978, S. 26.

<sup>176</sup> Vgl.: Müller: Innenwelt der Umweltpolitik, S. 85.

wird der Symbolwert der Freiburger Thesen häufig höher eingestuft als die eigentliche Tragweite der Konzeption. Demnach wirkten die Freiburger Thesen bis in die 1980er Jahre eher als programmatischer Überbau.<sup>177</sup> Mit der „Politik der Wende“ und die damit verbundene Wiederannäherung an die Union traten sie jedoch in den Hintergrund, auch wenn das „Liberale Manifest für eine Gesellschaft im Umbruch“ (1985) Parallelen zur liberalen Gesellschaftsordnung der Freiburger Thesen aufweist.<sup>178</sup>

#### 3.1.4 Die Kieler Thesen: Ökonomie versus Ökologie?

In der „Abschwungphase“ der Umweltpolitik wurden die Kieler Thesen (1977) verabschiedet. Die schlechten Rahmenbedingungen in der Wirtschaft schienen nicht ohne Einfluss auf die Programmarbeit der Liberalen geblieben zu sein. Seit 1975 hatten die 1975 vom Bundesvorstand einberufene Perspektivkommission und die Wirtschaftskommission das politische Spektrum der Partei verkörpert. Im Hinblick auf die unterschiedlichen Aussagen der Kommissionen zur Umweltpolitik verwies der Bundesfachausschuss Umwelt in der Vorbereitungsphase zum Kieler Bundesparteitag (06.-08.11.1977) darauf, dass die Wirtschaftspolitik eine konsequente ökologische Orientierung beibehalten müsse. Trotz ordnungs- und strukturpolitischer Rahmenänderungen müssten die Grundpositionen der Freiburger Thesen weiterverfolgt werden.<sup>179</sup> Entgegen dieser Empfehlung setzten sich auf dem Bundesparteitag die Vertreter der Wirtschaftskommission durch, welche Lösche und Walter als „*orthodoxe Vertreter einer sozialen Marktwirtschaft*“<sup>180</sup> bezeichnen. In den Kieler Thesen verdeutlicht der Abschnitt „Wirtschaft im sozialen Rechtsstaat“ die (programmatische) Dominanz der Wirtschaft gegenüber der Umweltpolitik. Noch im Bundestagswahlprogramm 1976 hieß es: „*Umweltschutz steht nicht im Gegensatz zu wirtschaftlichem Handeln, sondern ist unerlässliche Ergänzung jeder wirtschaftspolitischen Maßnahme.*“<sup>181</sup> Zwar besaß die Umweltpolitik nur eine Nebenrolle im Bundestagswahlkampf, aber die FDP forderte zumindest die ökologisch Verträglichkeit wirtschaftspolitischer Entscheidungen. Auch wenn Hans-Wolfgang Rubins Vorwurf, dass die FDP nach Kiel „*wirtschaftslastig*“<sup>182</sup> geworden sei, durchaus auf Zustimmung in den eigenen Reihen stieß, wurden ökologische Fragen nicht

---

<sup>177</sup> Vgl.: Vorländer: Der Soziale Liberalismus der FDP, S. 212.

<sup>178</sup> Liberales Manifest für eine Gesellschaft im Umbruch, in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.): Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der FDP 1980 bis 1990 (Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung: Liberale in Programm und Praxis), Baden-Baden 1990, S. 298ff.

<sup>179</sup> Protokoll der Sitzung des Bundesfachausschusses für Umwelt am 16./17. September 1977 in Hannover, in: AdL: LV Niedersachsen 15693.

<sup>180</sup> Kaack: Die FDP, S. 64.

<sup>181</sup> Wahlprogramm 1976, in: Verheugen: Das Programm der Liberalen, S. 233.

<sup>182</sup> Rubin, Hans Wolfgang: Die Aufgaben der Liberalen, in: liberal, Heft 4, 1977, S. 883.

komplett ausgeklammert. Die Kieler Thesen griffen das „*Recht des einzelnen auf eine menschenwürdige Umwelt*“<sup>183</sup> wieder auf. Allerdings wurde dieser Grundsatz der Freiburger Thesen dem vorrangigen Ziel liberaler Wirtschaftspolitik untergeordnet, nämlich Vollbeschäftigung und Wachstum zu schaffen. Insgesamt drängten die Kieler Thesen die Umweltpolitik zugunsten der Wirtschaftspolitik zurück. Der anthropozentrisch ausgerichtete Umweltbegriff der Freiburger Thesen verlor an Gewicht, so dass Umweltschutz vielmehr als Bedingung des Wirtschaftswachstums erschien. Der moralische Stellenwert musste einer pragmatischen Einstellung zum Umweltschutz weichen: „*In der liberalen Wirtschaftspolitik sind die Schonung von Luft, Wasser, und Boden sowie eine Eingrenzung von Lärmbelästigung und ein sparsamer Umgang mit Rohstoffen und Energie [...] eine wirtschaftliche Notwendigkeit zur Sicherung des Lebenswertes der zukünftigen Generationen.*“<sup>184</sup> Durch die Umwertung des Politikfeldes Umwelt verließ die FDP den Pfad der Freiburger Thesen. Rückblickend betont Genscher: „*Es wäre jedoch ein gefährlicher Irrweg, durch eine Einschränkung des Wachstums bessere Lebensbedingungen erzielen zu wollen. [...] Ein wirtschaftliches Nullwachstum würde auch den Umweltschutz auf den Punkt Null zurückwerfen.*“<sup>185</sup> Genschers Anmerkung verdeutlicht die schwierige Vereinbarkeit beider Politikfelder in der Programmatik der Liberalen. Besonders in Zeiten der Wirtschaftskrise offenbarte sich diese Problematik in der FDP.

Aus heutiger Sicht werden die Kieler Thesen oft als Einschnitt in die programmatische Entwicklung bewertet. Dittberner geht sogar soweit, dass der Kompromiss zwischen dem linksliberalen und wirtschaftsliberalen Flügel die spätere Wende zur Union andeutete.<sup>186</sup> Wie schon in Rubins Vorwurf anklang, wurde die Verabschiedung der Kieler Thesen häufig mit einem Bedeutungszuwachs für die Wirtschaftsliberalen gleichgesetzt, deren Vertreter (z.B. Hans Friderichs, Otto Graf von Lambsdorff) die ökologische Frage als intellektuelle Verwirrung der Umweltbewegung abtaten.<sup>187</sup>

### **3.1.5 Das Ökologische Aktionsprogramm: Umweltpolitik für die 1980er Jahre**

Auf dem Bundesparteitag in Bremen (15.-17.06.1979) beschäftigte sich die FDP mit ihren Grundsätzen im Umweltschutz. Die Aussagen der Kieler Thesen zum Verhältnis von Ökonomie und Ökologie wurden ergänzt und teilweise sogar entschärft. Die Beziehung beider Politikbereiche zueinander wurde auf die Formel „*Umweltschutz ist*

---

<sup>183</sup> Kieler Thesen, in: Verheugen: Das Programm der Liberalen, S. 299.

<sup>184</sup> Vgl.: Kaack: Die FDP, S. 242.

<sup>185</sup> Genscher, Hans-Dietrich: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 128.

<sup>186</sup> Vgl.: Dittberner: Die FDP, S. 334.

<sup>187</sup> Lösche / Walter: Die FDP, S. 99.

*Langzeitökologie*<sup>188</sup> gebracht. Demnach waren die Politikfelder eng miteinander verflochten und bedingten sich gegenseitig. Zudem forderte die FDP eine stärkere Bürgerbeteiligung an Planungs- und Verwaltungsvorhaben im Umweltschutz.

Auf dem Bundesparteitag in Köln (29.-31.05.1981) wurde das Ökologische Aktionsprogramm verabschiedet. Es sollte die Umweltpolitik der FDP über die Regierungserklärung der sozialliberalen Koalition (24.11.1980) hinaus bestimmen und sich in den Gesamtrahmen liberaler Programmatik einordnen. In der Präambel heißt es: *„Umweltschutz war und ist kein Mittel, die liberale Grundordnung in Frage zu stellen. Wirkliche Lösung von Umweltproblemen ist ihr Ziel, nicht Systemveränderung.“*<sup>189</sup> Damit grenzte sich die FDP sowohl von radikalen Gruppen der Umweltbewegung als auch von der neu gegründeten Partei der Grünen ab, die verbunden mit ihrer umweltpolitischen Programmatik grundlegende Veränderungen in der Gesellschaft und des Wirtschaftssystems forderten (vgl. Kap. 3.2.1). Die FDP setzte bei der Realisierung des Umweltschutzes auf ökologische Eckwerte. Diese Richtwerte beruhten auf politischen Entscheidungen (z.B. Erlass von Rahmenrichtlinien) und wissenschaftlichen Erkenntnissen. Wie auf dem Bremer Bundesparteitag trat die FDP im Ökologischen Aktionsprogramm für die Stärkung der Bürgerrechte ein. Die Bereitschaft der Bürger zur Verbesserung der Umweltsituation sollte gefördert werden. In diesem Sinne sprach sich die FDP ausdrücklich für das Kooperationsprinzip aus, wonach sie eine möglichst breite Beteiligung aller gesellschaftlichen Kräfte an der Gestaltung des Umweltschutzes vorsah und bürgernahe Lösungen favorisierte.<sup>190</sup> Den Ordnungsrahmen für die Kooperation gesellschaftlicher Kräfte sollte weiterhin die Soziale Marktwirtschaft und der Staat darstellen. Bei der Förderung des Umweltbewusstseins räumte die FDP den Kommunen und der Wirtschaft eine Vorbildfunktion ein.<sup>191</sup> Insgesamt verfolgte die FDP eine Kombination aus staatlichen und nichtstaatlichen Maßnahmen in der Umweltpolitik.

### **Exkurs III: Der „steinige Weg“ bis zum Ökologischen Aktionsprogramm**

Auf dem Bundesparteitag in Freiburg (07.06.1980) fand die geplante Diskussion zur Verabschiedung des Ökologischen Aktionsprogramms nicht statt, so dass die FDP in ihrem Wahlprogramm für die Bundestagswahlen am 5. Oktober 1980 an die bisherige

---

<sup>188</sup> Beschlüsse des Bundesparteitags in Bremen, in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.): Das Programm der Liberalen, S. 1.

<sup>189</sup> Ökologisches Aktionsprogramm, in: Friedrich-Naumann-Stiftung: Das Programm der Liberalen, S. 100.

<sup>190</sup> Ökologisches Aktionsprogramm, in: Friedrich-Naumann-Stiftung: Das Programm der Liberalen, S. 101.

<sup>191</sup> Ebd., S. 113.

Programmatik in der Umweltpolitik anknüpfte.<sup>192</sup> Knapp zehn Jahre nach den Freiburger Thesen hatten die Liberalen kein weiteres geschlossenes Umweltprogramm verabschiedet. Somit stellten die Freiburger Thesen weiterhin die programmatische Grundlage für die liberale Umweltpolitik zu Beginn der 1980er Jahre dar. Der FDP-Bezirksverband Oldenburg wehrte sich gegen diese programmatische Stagnation und drängte auf die Umsetzung des Ökologischen Aktionsprogramms. Vor dem Freiburger Bundesparteitag hatte der Bezirksvorstand einen Antrag ihres Vorsitzenden Eilert Tantzen zugestimmt, wonach das Ökologische Aktionsprogramm auf diesem Bundesparteitag besprochen und möglichst verabschiedet werden sollte. Der Bundesfachausschuss für Umwelt- und Agrarpolitik hatte dem Antrag der Oldenburger Liberalen zugestimmt und diesem dem Bundesvorstand zur Diskussion vorgelegt. Der Bundesvorstand fand jedoch neben der Beratung und Verabschiedung des Wahlprogramms für die anstehende Bundestagswahl keinen Raum für die Diskussion des Ökologischen Aktionsprogramms.<sup>193</sup> Der Bezirksvorstand Oldenburg zeigte sich darüber sehr verärgert und enttäuscht. Noch im Interview drückte Eilert Tantzen seine Enttäuschung über den damaligen Kurs der Bundespartei aus. Er betonte, dass es für den Bezirksverband immer sehr wichtig gewesen sei, dass die umweltpolitischen Grundziele und die Wege dahin sich möglichst im Wahlprogramm wiederfinden ließen.<sup>194</sup> Unmittelbar vor der Bundestagswahl 1980 befürchtete Eilert Tantzen, dass die FDP in der Konfrontation zwischen den Kanzlerkandidaten Helmut Schmidt und Franz-Josef Strauß aufgegeben werde.<sup>195</sup> Damit griff Eilert Tantzen ein weit verbreitetes Stimmungsbild des damaligen Bundestagswahlkampfes auf. Schlechte Umfragewerte und das katastrophale Abschneiden der FDP bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, wo sie an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, ließen Fragen nach ihrer weiteren Existenz aufkommen. Ein verbreiteter Wahlslogan der FDP hieß nicht ohne Grund: „*Diesmal geht's ums Ganze. Diesmal FDP.*“<sup>196</sup> Die extreme Polarisierung der Kandidaten von SPD und Union ließen dem Wahlkampf der FDP kaum Raum für eine eigenständige Profilierung. Zudem versuchten die „Grünen“ der FDP ihre traditionellen Rolle als „dritte Kraft“ im bundesdeutschen Parteiensystem streitig zu machen.

Auf dem Freiburger Bundesparteitag erkannte die FDP die Bedeutung der Umweltpolitik durchaus an, aber befasste sich primär mit anderen Politikbereichen. Es

---

<sup>192</sup> Vgl.: Wahlprogramm der FDP für die Bundestagswahlen 1980, in: Friedrich-Naumann-Stiftung: Das Programm der Liberalen, S. 35f.

<sup>193</sup> Weser-Kurier vom 11.07.1980, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 11.

<sup>194</sup> Interview mit Eilert Tantzen vom 02.02.2009.

<sup>195</sup> Weser-Kurier vom 11.07.1980, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 11.

<sup>196</sup> Pöttsch, Horst: Die deutsche Demokratie, Bonn 1995, S. 37.

liegt nahe, dass der Vorstand die Thematisierung der Außen- oder Wirtschaftspolitik für den „Fang“ von Wählerstimmen als vielversprechender ansah als die Umweltpolitik.<sup>197</sup> Der Bezirksverband Oldenburg wollte die politische Prioritätenliste der Bundespartei nicht akzeptieren. Am 2. Juli 1980 kontaktierte Eilert Tantzen im Namen des Bezirksvorstandes den Parteivorsitzenden mit der Forderung, das Ökologische Aktionsprogramm unverzüglich an die Untergliederungen der FDP zur Diskussion und zur Arbeitshilfe im Wahlkampf zu verschicken.<sup>198</sup> Am 12. August 1980 antwortete Genscher:

*„Das Präsidium hat am 2. Juni 1980 entschieden, das Ökologische Aktionsprogramm nicht auf dem Bundesparteitag in Freiburg zu beraten. Der Bundesvorstand hat diesen Beschluss am 5. Juni 1980 ausdrücklich bestätigt. Präsidium und Bundesvorstand waren sich darüber einig, daß die Öffentlichkeitswirkung des Ökologischen Aktionsprogrammes durch eine Behandlung am Rande des Freiburger Bundesparteitags erheblich beeinträchtigt worden wäre. Das Aktionsprogramm erfordert eine eigenständige Präsentation. [...] Das Ökologische Aktionsprogramm ist am 22.06.1980 von dem Generalsekretär und Herrn Menke-Glückert der Öffentlichkeit vorgestellt worden.“<sup>199</sup>*

Mit dieser Art der Veröffentlichung gab sich Eilert Tantzen nicht zufrieden. Nach den Bundestagswahlen stellte er einen erneuten Antrag, das Ökologische Aktionsprogramm auf dem Bundesparteitag in München (05./06.12.1980) zu verabschieden. Dieser Antrag wurde ebenfalls nicht berücksichtigt. Erst auf dem Kölner Bundesparteitag (29.-31.05.1981) wurde das Ökologische Aktionsprogramm verabschiedet. Der lange Weg bis zur Verabschiedung der Umweltprogrammatisierung verdeutlicht, dass in der Bundespartei andere Politikbereiche einen höheren Stellenwert als die Umweltpolitik besaßen. Dabei spielten taktische Erwägungen, also der Zuspruch der Wähler, keine unbedeutende Rolle. Der Bezirksverband Oldenburg plädierte für eine stärkere Gewichtung der Umweltpolitik im Kurs der Bundespartei. Zwar war der Versuch der Oldenburger Liberalen auf die Umweltprogrammatisierung Einfluss zu nehmen nur wenig ertragreich, aber dieses Beispiel veranschaulicht die Hierarchie der Parteiebenen in der FDP. Der Bezirksverband Oldenburg hatte wenig Einfluss auf die Bundespolitik, aber konnte auf Landesebene seine Interessen häufig durchsetzen. Auf dem Landesparteitag in Bad Bevensen (24./25.05.1982) wurde der Antrag des

---

<sup>197</sup> Die Einsicht in die Protokolle der Bundesparteitage im Archiv des Liberalismus war aufgrund der Benutzerordnung nur bis zum Jahr 1979 möglich.

<sup>198</sup> Schreiben von Eilert Tantzen an Hans-Dietrich Genscher vom 02.07.1980, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 11.

<sup>199</sup> Antwortschreiben von Hans-Dietrich Genscher an Eilert Tantzen vom 12.08.1980, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 11.

Ortsverbands Hatten zur Umsetzung des Ökologischen Aktionsprogramms angenommen.<sup>200</sup> Der Einsatz des Bezirksverbands Oldenburg und des Ortsverbands Hatten veranschaulichten, dass die Oldenburger Liberalen sich für eine aktive Umweltpolitik einsetzten, die möglichst im Einklang mit den programmatischen Aussagen der FDP stehen sollte.

### 3.1.6 Der programmatische Spagat der Liberalen

Die vorgestellten Programme haben die schwierige Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie in der liberalen Umweltprogrammatis bereits offenbart. In der Maiausgabe 2009 der Wirtschaftswoche hieß es, dass der klassische Gegensatz zwischen Ökologie und Ökonomie in Deutschland nicht mehr existiere, stattdessen stärke der sparsame Umgang mit Ressourcen sogar die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.<sup>201</sup> Zu Anfang der 1980er Jahre gab es noch keine „Ökoindustrie“ und die technologische Entwicklung zu den heutigen Standards im Umweltschutz ließ sich noch nicht mal erahnen. Vielmehr galt Umwelt als „freies Gut“ im wirtschaftlichen Produktionsprozess, das keine oder nur geringe Kosten verursachen durfte.

In der Abwägung zwischen Ökologie und Ökonomie bestand das Dilemma der Umweltpolitik. Die etablierten Parteien waren lange Zeit der Meinung, dass der Umweltschutz weder die Wirtschaftskraft noch den Industriestandort Westdeutschland gefährden dürfe.<sup>202</sup> Besonders in den Kieler Thesen wurde deutlich, dass die FDP sich schwer tat, Wirtschaftspolitik und Umweltschutz miteinander in Einklang zu bringen. Rückblickend äußerte sich der ehemalige Bundesinnenminister Gerhard Rudolf Baum zu den Kieler Thesen: *„Der Einfluß der Wirtschaftsverbände wurde immer stärker, und einseitige Interessenpolitik gewann auch innerhalb der FDP die Oberhand.“*<sup>203</sup> Schon vor der Verabschiedung der Freiburger Thesen sorgte das Spannungsverhältnis beider Politikbereiche für Kopfzerbrechen. In einem Beitrag der Zeitschrift *liberal* vereinfachte Boisserée diese Beziehung: *„Im Prinzip bleibt eine Antithese zwischen Wirtschaftlichkeit, Produktivität, Fortschritt und Wachstum auf der einen Seite und Bewahrung, Schutz oder Verbesserung der Umwelt auf der anderen Seite.“*<sup>204</sup> Die Freiburger Thesen argumentierten nicht in die Richtung Ökonomie versus Ökologie. Sie behandelten das Thema Wirtschaft eher kritisch, was in der Forderung nach einer

---

<sup>200</sup> Antrag des FDP-Ortsverbandes Hatten zum Landesparteitag in Bad Bevensen am 24./25. April 1982, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 2.

<sup>201</sup> Vgl.: Dürand, Dieter: Hart am Wind, in: Wirtschaftswoche, Nr. 19, 2009, S. 95-100.

<sup>202</sup> Vgl.: Wilhelm: Umweltpolitik, S. 17.

<sup>203</sup> Baum, Gerhard Rudolf. Der Stellenwert des Umweltschutzes im Spannungsverhältnis zu anderen politischen Zielen, in: Köller, Henning von (Hg.): Umweltpolitik mit Augenmaß. Gedenkschrift für Staatssekretär Dr. Günter Hartkopf anlässlich seines 10. Todestages am 19. September 1999, Berlin 2000, S. 39.

<sup>204</sup> Boisserée, Klaus: Strategien der Umweltgestaltung, in: *liberal*, Heft 2, 1971, S. 89.

„Reform des Kapitalismus“<sup>205</sup> deutlich wurde. Generell klingt keine Unvereinbarkeit, sondern vielmehr eine Vereinfachung an, weil das Verursacherprinzip als „Allheilmittel“ angesehen wurde, um die hohen Kosten der Umweltbelastung zu decken.<sup>206</sup> Seit 1972 lagen die beiden Ressorts Wirtschafts- und Innenpolitik in der Verantwortung der Liberalen. Diese Verteilung galt selbst in der FDP als umstritten. Der damalige Vorsitzenden des Sachverständigen Rates für Umweltfragen, Karl-Heinrich Hansmeyer, sieht darin sogar die „Tragik der Liberalen“<sup>207</sup>, dass die FDP diese beiden rivalisierenden Ressorts führen und dadurch das Verhältnis von Ökologie und Ökonomie weitgehend in den eigenen Reihen diskutieren mussten. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass diese beiden Ressorts auch eine große Steuerungsrelevanz beinhalteten und dadurch den Liberalen Regierungsmacht verschafften.

Die Soziale Marktwirtschaft fungierte als ordnungspolitischer Rahmen und bildete die Grundlage aller umweltpolitischen Überlegungen in der FDP. Während die Grünen eine Änderung der Wirtschaftspolitik als unbedingt erforderlich hielten, sahen die FDP-Politiker keinen Anlass am System der Marktwirtschaft grundsätzlich etwas zu ändern. Der marktwirtschaftliche Ordnungsrahmen sollte um ökologische Instrumente ergänzt werden, teilweise wurde sogar eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft zum Umweltschutz als wirkungsvoller erachtet als Restriktionen.

Die Position der Umweltpolitik in der programmatischen Entwicklung der FDP folgte einer „Wellenbewegung“: In den Freiburger Thesen wurde die Soziale Marktwirtschaft zwar als wirksames Mittel zur Bekämpfung der Umweltkrise angesehen, aber das Recht auf eine menschenwürdige Umwelt stand über jeglichen Wirtschaftsinteressen. Von dieser Spitzenposition auf dem „Wellenkamm“ wird die Umweltpolitik mit den Kieler Thesen in das „Wellental“ gespült und befindet sich im Strudel der Wirtschaftspolitik. Der Bremer Parteitag läutete einen leichten Aufwärtstrend ein, der nach einigen Rückschlägen in der Verabschiedung des Ökologischen Aktionsprogramms mündete. Diese Programmatik erkannte die Umweltpolitik als Teil eines komplexen Systems an, das mit einer Fülle von technischen, wirtschaftlichen und ökologischen Erkenntnissen in Wechselbeziehung steht. Ökologische Eckwerte sollten als Orientierungshilfe fungieren, um für die Wirtschaft eine mittel- und langfristige Planung zu erleichtern. Die ehemalige Spitzenposition auf dem „Wellenkamm“ wurde nach den Freiburger Thesen kontinuierlich schwächer. Diese Abwärtsentwicklung

---

<sup>205</sup> Freiburger Thesen, in: Verheugen: Das Programm der Liberalen, S. 51.

<sup>206</sup> Ebd., S. 110.

<sup>207</sup> Hansmeyer, Karl-Heinrich: Liberale Umweltpolitik zwischen Ökonomie und Ökologie, in: liberal, Heft 9, 1978, S. 681.

erscheint erstaunlich, weil die Wähler immer stärker einen effektiveren Umweltschutz forderten (vgl. Kap. 3.2).

Auch wenn Bundesinnenminister Maihofer im Jahr 1976 betonte, dass „*die Forderungen im Freiburger Programm – fast auf Punkt und Komma genau – in praktische Politik umgesetzt worden sind*“<sup>208</sup>, lässt sich bereits in den Jahren der Wirtschaftsrezession eine pragmatischere Politikgestaltung im Umweltschutz erkennen, als sie in den Freiburger Thesen formuliert worden war. Für die sozialliberale Bundesregierung war der Umweltschutz weiterhin wichtig, aber er wurde nicht mehr als vorrangige Aufgabe behandelt. Im Hinblick auf die Versäumnisse der „Umweltpolitik“ seit Bestehen der Bundesrepublik konzentrierte sich die sozialliberale Koalition auf die Ausgestaltung der Umweltgesetzgebung, um die bestehenden Umweltschäden auszugleichen. In der FDP bestand kein einmütiger Konsens darüber, welchen Stellenwert die Umweltpolitik einnehmen sollte. Der von Günter Hartkopf geprägte Terminus „*liberale Umweltpolitik mit Augenmaß*“ sollte diese Unschlüssigkeit überdecken.<sup>209</sup> Allerdings gibt es keine verbindliche Definition des Begriffs. Selbst die Gedenkschrift für Hartkopf mit dem Titel „Umweltpolitik mit Augenmaß“ beinhaltet keine genaue Beschreibung. Vielmehr fallen die einzelnen Autoren inhaltlich auf die Definition von Hans-Meyer (1978) zurück:

*„Liberale Umweltpolitik muss eine Politik mit Augenmaß sein. Eine zu hohe Eingriffsintensität der Umweltpolitik gefährdet nämlich die soziale Stabilität durch die damit verbundenen Zieleinbußen (Arbeitsplätze, Export) im ökonomischen Bereich. Eine zu geringe Eingriffsintensität führt zu anderen Zieleinbußen, besonders auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge, gefährdet aber auch die Grundlagen des Wirtschaftsprozesses in der Zukunft. Eine so verstandene Umweltpolitik mit Augenmaß ist mehr als eine besondere ökologische Fachplanung; sie ist integraler Bestandteil der gesellschaftlichen und der wirtschaftlichen Stabilitätspolitik.“*<sup>210</sup>

Der Begriff „Augenmaß“ ist sprachlich unpräzise und deshalb beliebig interpretierbar. Jeder Mensch hat ein anderes Augenmaß, denn eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst die Genauigkeit. In Kombination mit dem ohnehin schwer definierbaren Begriff „liberal“ ist es fast ausgeschlossen, eine eindeutige Definition der „liberalen Umweltpolitik nach Augenmaß“ zu erhalten.

---

<sup>208</sup> Maihofer, Werner: Innen- und Rechtspolitik: Im Zweifel für die Freiheit, in: Genscher, Hans-Dietrich (Hg.): Liberale in der Verantwortung, München, Wien 1976, S. 93f.

<sup>209</sup> Günter Hartkopf war von 1969 bis 1982 Staatssekretär im Bundesinnenministerium und maßgeblich an der politisch-administrativen Ausgestaltung des neuen Politikfeldes Umwelt in der Bundesrepublik Deutschland beteiligt.

<sup>210</sup> Hans-Meyer: Liberale Umweltpolitik zwischen Ökonomie und Ökologie, S. 683f.

Neben dem Vorwurf der Substanzlosigkeit liberaler Umweltpolitik musste sich die FDP mit der Kritik auseinandersetzen, dass sie die Umweltpolitik zur eigenen Profilierung ausnutzte.<sup>211</sup> Zumindest Bundeslandwirtschaftsminister Josef Ertl bekannte sich dazu, dass die FDP „vom wählenden Staatsbürger gerade eine langfristige Vorsorgepolitik für die Umwelt honoriert bekommen würde.“<sup>212</sup> Im Kampf gegen die Fünfprozentklausel erschien die Umweltpolitik als ideales Profilierungsfeld. Besonders in der Rolle als kleine Koalitionspartei neben der SPD versprach die Umweltpolitik die Chance zu mehr Profilierung.<sup>213</sup>

### 3.1.7 Die Haltung der FDP gegenüber Bürgerinitiativen

In das Umweltprogramm der Bundesregierung (1971) wurden über 300 Vorschläge von Bürgerinitiativen eingearbeitet. Diese Berücksichtigung verdeutlicht, dass deren Engagement für den Umweltschutz bzw. die Lösung von Umweltproblemen anerkannt wurde. In der Öffentlichkeit stießen die frühen Bürgerinitiativen im Umweltbereich auf große Sympathien, weil sie als legitimer Ausdruck des erweiterten Umweltbewusstseins angesehen wurden. Die späteren Auseinandersetzungen um die Kernenergie spalteten das positive Meinungsbild. Vor allem die alternativen und teilweise radikalen Aktionsformen der Bürgerinitiativen stießen auf Unverständnis.<sup>214</sup>

Die Haltung der FDP gegenüber Bürgerinitiativen war ambivalent: Eine breite Bürgerbeteiligung als politische Partizipationsform war ausdrücklich erwünscht, aber nur so lange wie sie sich nicht gegen den Staat bzw. die etablierten Parteien richtete. In den Thesen liberaler Kommunalpolitik (1978) betonte die FDP, dass die Möglichkeiten mittelbarer Einflussnahme der Bürger auf das Geschehen in ihrer Gemeinde bzw. in ihrem Landkreis erheblich auszubauen seien. Ausdrücklich hielt die FDP an ihrer positiven Bewertung von Bürgerinitiativen fest.<sup>215</sup> In einem Entwurf für das Umweltprogramm für die niedersächsischen Landtagswahlen (1978), der von Eilert Tantzen und anderen Mitgliedern des Landesfachausschusses Umwelt erarbeitet wurde, heißt es: „Umweltpolitik ist Gesellschaftspolitik und geht jeden Bürger an. Der Staat allein kann die Umweltprobleme nicht lösen, sondern ist auf die Mitverantwortung und aktive Mitwirkung der Bürger angewiesen.“<sup>216</sup> Eilert Tantzens Vorschlag findet sich

---

<sup>211</sup> Vgl.: Margedant: Entwicklung des Umweltbewusstseins in der Bundesrepublik Deutschland, S. 22.

<sup>212</sup> Ertl, Josef: Bleibt nur das bloße Überleben?, in: liberal, Heft 10, 1971, S. 772.

<sup>213</sup> Vgl.: Glagow, Manfred / Murswiek, Axel: Umweltverschmutzung und Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 27, 1971, S. 27.

<sup>214</sup> Vgl.: Hünemörder: Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik, S. 172.

<sup>215</sup> Vgl. Thesen liberaler Kommunalpolitik, in: Verheugen: Das Programm der Liberalen, S. 405f.

<sup>216</sup> Entwurf „Liberale Umweltpolitik '78“ vom 25.01.1978, in: AdL: LV Niedersachsen 15572.

weitgehend im Wahlprogramm 1978 wieder.<sup>217</sup> Durchaus kritisch äußerte sich Menke-Glückert (1981), weil einige Bürgerinitiativen ihr Engagement mittlerweile gegen die FDP richten würden: „Doch die FDP wird mit den Umwelt-Geistern, die sie selbst einmal rief, nicht fertig. [...] Die Koalition wollte mehr Demokratie wagen und ist jetzt von dem Sturzbach immer neuer Bürgergruppen, Protestbewegungen, Initiativen überrascht.“<sup>218</sup> Für innerparteilichen Konfliktstoff sorgte die Verbandsklage für Umweltschutzverbände. Grundsätzlich war dem deutschen Verwaltungsprozessrecht der Gedanke fremd, dass jemand wegen einer Angelegenheit, die ihn nicht in seinen eigenen Rechten verletzt, ein Gericht anrufen könne. Die Bundesregierung und der FDP-Bundesparteitag unterstützten die Einführung einer Verbandsklage gegen Landschaftseingriffe, die Umsetzung scheiterte aber am FDP-geführten Landwirtschaftsministerium mit Josef Ertl an der Spitze.<sup>219</sup>

Nach der Auflistung des Umweltbundesamtes „Bürger im Umweltschutz 1981/82“ waren mindestens vier nichtstaatliche Umweltschutzorganisationen bzw. Bürgerinitiativen im Landkreis Oldenburg aktiv: Umweltschutz Wildeshauser Geest e.V., Arbeitsgemeinschaft für Landschaftsentwicklung, Mellumrat e.V. – Schutz- und Forschungsgemeinschaft für oldenburgische Naturschutzgebiete und die Oldenburgische Landschaft.<sup>220</sup> Zur Bürgerinitiative „Umweltschutz Wildeshauser Geest e.V.“ blieben die Recherchen erfolglos. Stattdessen wird die Aktionsgemeinschaft „Schutz dem Blankenburger Holz“ als ein Beispiel außerbehördlichen Umweltschutzes näher beleuchtet, auch wenn sich ihr Engagement auf das Oldenburger Stadtgebiet bezieht. Generell nehmen Bürgerinitiativen in der Initiativphase des politischen Entscheidungsprozesses eine wichtige Funktion ein, denn sie artikulieren Probleme und Sichtweisen, die ansonsten wenig Gehör finden.<sup>221</sup> Ein häufig verwendeter Satz von Eilert Tantzen ist: „Eine weitere Initiative zur Förderung des Umweltschutzgedankens im Landkreis Oldenburg hat jetzt die FDP-Kreistagsfraktion ergriffen.“<sup>222</sup> Allgemein beansprucht die FDP im Umweltbereich, den ersten tätigen Anstoß zum Handeln zu geben. Das folgende Beispiel zeigt, dass zwischen den Oldenburger Liberalen und den Bürgerinitiativen nicht nur eine Parallele hinsichtlich des „ersten Schrittes“ bei der Artikulierung von Problemen bestand. Der Vorsitzende des FDP-Stadtbezirks Oldenburg Süd, Gerold Fischer, engagierte sich sowohl in der

---

<sup>217</sup> Vgl.: FDP-Landesverband Niedersachsen (Hg.): Umweltpolitik, Hannover 1978, S. 6.

<sup>218</sup> Menke-Glückert, Peter: Grüner Protest – Ende der FDP?, in: liberal, Heft 9, 1978, S. 687.

<sup>219</sup> Vgl.: Wilhelm: Umweltpolitik, S. 40.

<sup>220</sup> Vgl.: Umweltbundesamt (Hg.): Bürger im Umweltschutz 1981/82. Nichtstaatliche Umweltschutzorganisationen und Bürgerinitiativen Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin<sup>5</sup> 1981, S. 173 und S. 201.

<sup>221</sup> Vgl.: Detjen: Demokratie in der Gemeinde, S. 193.

<sup>222</sup> Pressemitteilung der FDP-Kreistagsfraktion vom 8.04.1979, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 53l.

FDP als auch in einer Bürgerinitiative. Zudem war Eilert Tantzen Mitglied dieser Bürgerinitiative.

In der Stadt Oldenburg wurde am 14. Januar 1980 die Aktionsgemeinschaft „Schutz dem Blankenburger Holz mit seinen Feuchtgebieten“ gegründet, mit dem Ziel eine Gewerbeansiedlung um das Blankenburger Holz zu verhindern. Die Vorgeschichte bis zur Gründung der Bürgerinitiative ist eng mit dem umweltpolitischen Engagement des FDP-Stadtbezirks Oldenburg Süd verbunden. Schon am 19. Mai 1979 hatten die Liberalen beantragt, das Landschaftsschutzgebiet Blankenburger Holz zu erweitern und den Status eines Naturdenkmals zu zusichern.<sup>223</sup> Begründet wurde dieser Antrag mit der ökologischen Einheit dieses waldreichen Gebietes in der Hunte-Niederung, welches die idealen Voraussetzungen für die Nutzung als Naherholungsgebiet biete. Der FDP-Stadtbezirk Oldenburg Süd betonte, dass unberührte Landschaftsflächen in Stadtnähe sich als Industrieansiedlungsgebiete sehr gut eignen, aber andere Flächen dazu ausreichend zur Verfügung stehen würden, damit entkräftete er Argumente zur Arbeitsplatzbeschaffung und zur günstigen Verkehrslage. Die Industrieansiedlung müsse auf anderen Flächen erfolgen, damit die Landschaft des Blankenburger Holzes geschützt und nicht wieder gutzumachende ökologische Schäden vermieden werden könnten.

In seiner Funktion als FDP-Bezirksvorsitzender sprach sich Eilert Tantzen gegen die Ausweisung weiterer Gewerbe- und Industriegebiete in der Nähe des Blankenburger Holzes aus, weil dieser Schritt unweigerlich zu einer Zerstörung des stadtnahen Erholungswaldes führen würde. Der Einsatz des FDP-Stadtbezirkes Süd trug aber keine Früchte. Trotz der Proteste von Bürgern und Wissenschaftlern beschlossen Rat und Verwaltung im Dezember 1980 dem Flächennutzungsplan zu, der eine Gewerbebauung um das Blankenburger Holz vorsah.<sup>224</sup> Fischer sah als letzte Möglichkeit zur Verhinderung der Industrieansiedlung die Gründung einer Bürgerinitiative. Er beabsichtigte mithilfe der Bürgerinitiative, ein Normenkontrollverfahren durchzuführen. In diesem Sinne bezog er sich auf einen Beschluss des Bremer Bundesparteitags (1979), der ausdrücklich auf die Möglichkeit einer Verbandsklage durch eine Bürgerinitiative zur Durchsetzung von Umwelt- und Landschaftsschutzklagen hingewiesen hatte.<sup>225</sup> Die neugegründete Bürgerinitiative verteilte ein Flugblatt mit dem Titel „Rettet das Blankenburger Holz“, in dem sie u. a. die widersprüchlichen Aussagen der Kommunalpolitiker kritisierte: „Die

---

<sup>223</sup> Antrag des FDP-Stadtbezirks Oldenburg Süd an die Bezirksregierung Oldenburg zur Erweiterung des Blankenburger Holzes vom 11.06.1979, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 38.

<sup>224</sup> Nordwest-Zeitung (NWZ) vom 03.02.1981, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 38.

<sup>225</sup> Vgl.: Beschlüsse des Bundesparteitages in Bremen (1979), in: Verheugen: Das Programm der Liberalen, S. 552f.

entsprechenden Beschlüsse des Stadtrats Oldenburg zeigen, wie widersprüchlich scheinbar umweltorientierte Politiker handeln, in der irrigen Meinung, innerstädtische Grünzonen wögen schon auf, was in alter gewachsener ökologischer Substanz in der Hunteniederung kaputtgemacht werden soll.“<sup>226</sup> Am 15. März 1980 initiierte die Bürgerinitiative „Schutz dem Blankenburger Holz mit seinen Feuchtgebieten“ eine Unterschriftensammlung.<sup>227</sup>

In der Zeitschrift „Oldenburger Bürger“ erschien ein Leserbrief von Annemarie Bredehorn. Ihre Aussagen standen exemplarisch für viele Kritiker an Fischers Vorgehen, das als Mobilisieren gegen die eigene Partei verstanden wurde.<sup>228</sup> In einem Brief an Eilert Tantzen schilderte Fischer seine Unzufriedenheit mit der FDP-Umweltpolitik, womit er sein Engagement in der Bürgerinitiative rechtfertigte. Er habe von der Umweltpolitik der Liberalen einen ambivalenten Eindruck. Zwar bringe die FDP Belange des Natur- und Landschaftsschutzes vielfach zum Ausdruck und erkläre ihren Willen zur Verbesserung, aber die Durchführung treibe sie nicht voran.<sup>229</sup> In der Folgezeit appellierte Fischer noch mehrmals an Eilert Tantzen, dass die FDP nicht den derzeitigen Industrialisierungsplänen zustimmen dürfe.<sup>230</sup> Eilert Tantzens Reaktion war verhalten, da er kein Stadtratsmitglied sei und deshalb nicht die Gesamtinteressen der Stadt Oldenburg kenne. Interessant ist, dass Eilert Tantzen zu den Gründungsmitgliedern der Bürgerinitiative gehörte. Er war auf der Gründungsversammlung der Aktionsgemeinschaft „Schutz dem Blankenburger Holz mit seinen Feuchtgebieten“ zugegen. Allerdings betonte er gegenüber dem „Oldenburger Bürger“, dass er nicht als Bürgermeister der Gemeinde Hatten, sondern als „richtiger Grüner“ in die Bürgerinitiative eintrat, weil er als Forstmann schon einmal das Blankenburger Holz mitbetreut habe.<sup>231</sup> An dieser Stelle ist fragwürdig, inwieweit Eilert Tantzen kommunalpolitisches Engagement für die FDP mit seiner Mitgliedschaft in der Bürgerinitiative vereinbar bzw. sich voneinander trennen lässt. Gerade mit der Etablierung der Grünen rang die FDP immer mehr um ihre Position als „dritte Kraft“. Zudem schwand die Toleranzgrenze der Liberalen, umso mehr sich die Bürgerinitiativen als „wirksames Korrektiv gegenüber den starren Strukturen von Staat

---

<sup>226</sup> Flugblatt „Rettet das Blankenburger Holz“ (ohne Datum), in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 38.

<sup>227</sup> Unterschriftensammlung der Aktionsgemeinschaft „Schutz dem Blankenburger Holz mit seinen Feuchtgebieten“. (ohne Datierung), in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 38.

<sup>228</sup> Unklar ist, ob Annemarie Bredehorn in einem Verwandtschaftsverhältnis zum Bundestagsabgeordneten und landwirtschaftspolitischen Sprecher der FDP-Fraktion Günter Bredehorn stand. Vgl.: Oldenburger Bürger 1 / 80., S. 19-20, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 38.

<sup>229</sup> Schreiben von Gerold Fischer an Eilert Tantzen vom 19.12.1979, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 38.

<sup>230</sup> In einem Kommentar von Rainer Rheude heißt es, dass Fischer, der vor einigen Jahren von der SPD- zur FDP-Fraktion übergetreten sei, für die Oldenburger FDP durch seinen Alleingang zur Belastung werden. NWZ vom 01.01.1980, in: StAO. Dep 73 Akz. 322 Nr. 38.

<sup>231</sup> Oldenburger Bürger 1/ 80, S. 20, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 38.

und Verwaltung<sup>232</sup> verstanden und ebenfalls in Konkurrenz zur FDP traten, die bislang die Korrektivfunktion für sich beansprucht hatte.

## 3.2 Die FDP und die „grüne“ Herausforderung

### 3.2.1 Die Grüne Liste Umweltschutz

Am 12. Dezember 1977 wurde die niedersächsische Landespartei Grüne Liste Umweltschutz (GLU). Ihr vorrangiges Ziel war es, den etablierten Parteien einen „Denkzettel“ zu verpassen. Die inhaltlichen Differenzen der heterogenen Umweltbewegungen wurden zugunsten der organisatorischen Einheit vorerst in den Hintergrund gedrängt (vgl. Exkurs I).<sup>233</sup> Bei den Landeswahlen in Niedersachsen 1978 kandidierte erstmals in der Bundesrepublik Deutschland eine grüne Liste auf Landesebene.<sup>234</sup> Auf Anhieb erzielte die GLU 3,9 Prozent der Stimmen.<sup>235</sup> In Regionen mit starker Umweltbelastung konnte sie sogar deutlich mehr Wähler für sich gewinnen. Die Ursache für diesen überraschenden Erfolg sehen Koß und Spier in der *„nachholenden, [...] besonders tiefgreifenden und technokratischen Modernisierung des einstigen Agrarlandes Niedersachsen“*.<sup>236</sup> Nach diesem Erklärungsmuster ordneten die politischen Kräfte im Zuge der weiträumigen Modernisierung der Wirtschaftsräume und der Infrastruktur die Sorgen der betroffenen Bürger dem Modernisierungskonsens unter. Besonders der konzentrierte Ausbau der Kernenergie in Niedersachsen stieß auf Widerstand. Im Laufe der 1970er Jahre entwickelten sich die Bauplätze in Grohnde, Brokdorf und das geplante Endlager in Gorleben zu Kulminationspunkten der Anti-Atomkraft-Bewegung. Vor allem in der Nähe der Kernkraftanlagen entstanden die Kreisverbände der GLU. Neben den Großstädte bildeten diese Regionen sowie die Wahlkreise in der unmittelbaren Nachbarschaft zu Bremen die Wählerhochburgen.<sup>237</sup> Im Landesprogramm der GLU stellte die Ökologie den Ausgangspunkt für die gesamtgesellschaftliche Gestaltung dar: *„In den etablierten Parteien hat sich jedoch die*

---

<sup>232</sup> Vgl.: Görtemaker, Manfred: Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 630.

<sup>233</sup> Vgl.: Hallensleben, Anna: Von der Grünen Liste zur Grünen Partei. Die Entwicklung der Grünen Liste Umweltschutz von ihrer Entstehung in Niedersachsen 1977 bis zur Gründung der Partei die Grünen, Göttingen 1984, S. 132.

<sup>234</sup> Bei den Kommunalwahlen (05.03.1978) in Schleswig-Holstein zogen zwei grüne Wählergemeinschaften mit zwei bzw. drei Abgeordneten in den Kreistag von Nordfriesland und von Steinburg ein. Die F.D.P. konnte in diesen Kreisen nur knapp bzw. nicht die Fünf-Prozent-Hürde überwinden.

<sup>235</sup> Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN): Landtagswahlen in Niedersachsen 1947 bis 2008:

<http://www.nls.niedersachsen.de/Tabellen/Wahlen/Lwab1947.html>,

letzter Zugriff: 24.06.2009, 17:12.

<sup>236</sup> Koß, Michael / Spier, Tim: Das Parteiensystem Niedersachsens, in: Jun, Uwe / Haas, Melanie / Niedermayer, Oskar (Hg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 304.

<sup>237</sup> Ebd., , S. 305.

*Bereitschaft und Fähigkeit, nach neuen Gedanken zu handeln, als enttäuschend gering herausgestellt. Deshalb wollen wir den Weg in eine ökologisch fundierte Gesellschaft gehen.*<sup>238</sup> Nach dem Erfolg der Landtagswahlen 1978 wollte sich die GLU nicht mit dem „Denkzettel“ für die etablierten Parteien begnügen, sondern eine wählbare Alternative auf längere Sicht darstellen.<sup>239</sup> Forderungen nach einer bundesweiten Organisation mündeten bei der Europawahl 1979 zunächst in der Konstruktion einer „Sonstigen Politischen Vereinigung – Die Grünen“, in der sich AUD, GAZ und GLU zusammenschlossen. Das gute Ergebnis von 3,1 Prozent ließ skeptische Stimmen allmählich verstummen, so dass der Zusammenschluss zur Europawahl den Verschmelzungsprozess zu einer Partei vorbereiten konnte.<sup>240</sup> Parallel dazu vollzog sich der Wandel von einer Protest- zur Programmpartei.

Am 13. Januar 1980 erfolgte die Gründung der Bundespartei die Grünen. GLU und AUD gaben zu Gunsten der Grünen ihre politische Tätigkeit auf.<sup>241</sup> Im Gegensatz zur GLU waren die Grünen eindeutig links orientiert und vertraten sowohl grüne (ökologische) als auch bunte (alternative) Positionen. Im März 1980 folgte in Saarbrücken die Verabschiedung des Bundesprogramms der Grünen, in dem sie sich grundsätzlich als Alternative zu den in Bonn etablierten Parteien verstanden.<sup>242</sup> Bei den Bundestagswahlen 1980 erhielten die Grünen nur 1,5 Prozent. Erst 1983 zogen sie in den Bundestag mit 5,1 Prozent der Stimmen ein. Erfolgreicher waren sie bei den niedersächsischen Landtagswahlen 1982. Mit 6,5 Prozent wurden die Grünen drittstärkste Kraft, noch vor der FDP. Mit elf Abgeordneten rückten sie in den Landtag ein. Im Bereich des Bezirksverbandes Oldenburg der FDP erzielten die Grünen sogar 7,5 Prozent, blieben aber dennoch um 0,5 Prozent hinter den Liberalen.<sup>243</sup> Im Landkreis Oldenburg erhielten die Grünen 7,2 Prozent der Stimmen.<sup>244</sup>

---

<sup>238</sup> Programm des Landesverbandes Niedersachsen der GLU für die Landtagswahlen 1978, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 4.

<sup>239</sup> Vgl.: Hallensleben: Von der Grünen Liste zur Grünen Partei, S. 156.

<sup>240</sup> Vgl.: Poguntke, Thomas: Forschungsstand zu den Grünen. Zwischen Ideologie und Empirie, in: Niedermayer, Oskar / Stöss, Richard (Hg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1990, S. 189.

<sup>241</sup> Vgl.: Klotzsch, Lilian / Stöß, Richard: Die Grünen, in: Stöss, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 39), Bd.2, Opladen 1984, S. 1538.

<sup>242</sup> Vgl.: Raschke, Joachim: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993, S. 95ff.

<sup>243</sup> Protokoll über die Sitzung des Bezirksverbandes Oldenburg der FDP zur Besprechung der Landtagswahlen 1982 (ohne Datum), in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 4.

<sup>244</sup> LSKN-Online: Landtagswahlen in Niedersachsen 1978, Ergebnisse für den Landkreis Oldenburg, <http://www.nls.niedersachsen.de/Tabelle/K5010322/Wahlen/Lwab1978.html>, letzter Zugriff: 03.05.2009, 11.03.

### 3.2.2 Die Reaktionen in der Bundespartei auf die verstärkte Konkurrenz in der Umweltpolitik

Bei der Landtags- bzw. Bürgerschaftswahl in Niedersachsen und Hamburg (04.06.1978) scheiterte die FDP an der Fünf-Prozent-Hürde. Im Vergleich zur Landtagswahl 1974 verlor sie in Niedersachsen 130.700 bzw. 43,2 Prozent ihrer Wählerschaft und erzielte lediglich 4,2 Prozent der Stimmen. In Hamburg war der Stimmenanteil auf 4,8 Prozent gesunken. Das Thomas-Dehler-Institut betrachtet das gute Abschneiden der GLU als Hauptursache für die Niederlage der Liberalen. Demnach entschieden sich 157.000 Wähler (3,9 Prozent) in Niedersachsen für die GLU. In Anbetracht der starken Wählerwanderungen machte der Verlust an die GLU fast ein ganzes Prozent der Gesamtwählerstimmen aus, so dass diese Stimmen der FDP zum Einzug in den Landtag fehlten.<sup>245</sup> Der Tenor dieser Wahlanalyse ist, dass die grünen Listen die Existenz der Liberalen ernsthaft bedrohten, vor allem weil sie die Rolle der FDP im Parteiensystem in Frage stellen. Zudem habe die Kandidatur der GLU in Niedersachsen den Zustrom von Wechselwählern erheblich reduziert, so dass die FDP diesmal nicht von dieser Wählergruppe profitieren konnte. Bislang habe die FDP Protestwähler an sich binden und integrieren können. Hinsichtlich der allgemeinen Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien verliere aber die traditionelle Korrektivfunktion der FDP an Bedeutung.<sup>246</sup>

Bei dieser Wahlanalyse muss berücksichtigt werden, dass das damalige Sozialprofil der FDP und der „Grünen“ beinahe deckungsgleich war.<sup>247</sup> Nach Lösche und Walter „wilderten“ die grünen Listen im bürgerlich, gebildeten Sozialprofil der Liberalen, denn es zeigten sich Übereinstimmungen im hohen Bildungsstandard sowie der beruflichen Selbstständigkeit und Tätigkeit im öffentlichen Dienst. Allerdings waren die Wähler, Mitglieder, Funktionäre und Mandatsträger der Grünen im Durchschnitt jünger und besaßen andere politisch-kulturelle Einstellungen.<sup>248</sup> Indes stellt sich die Frage, ob die FDP mit einer stärkeren linksliberalen Akzentuierung in ihrer Programmatik und praktizierten Politik, das Wählerpotential der „Grünen“ zu sich ziehen hätte können. Seit Mitte der 1970er Jahre zeigte sich bei der sozialliberalen Koalition eine schwindende Integrationskraft, die sich besonders bei der gesellschaftskritischen und reformorientierten jüngeren Mittelschicht widerspiegelte. Während die SPD ebenfalls

---

<sup>245</sup> Wahlanalyse des Thomas-Dehler-Instituts zu den Landtags- und Bürgerschaftswahlen in Niedersachsen und Hamburg im Jahr 1978, in: AdL: LV Niedersachsen 15702.

<sup>246</sup> Es handelt sich um eine (potentielle) Systemfunktion der FDP, wonach die Liberalen als ausgleichendes Instrumentarium zu den Volksparteien bzw. zur Regierungspolitik betrachtet wurden.

<sup>247</sup> In diesem Kapitel ist mit den „Grünen“ nicht die Bundespartei die Grünen gemeint. Es handelt sich um eine sprachliche Zusammenfassung von grünen Listen und Parteien.

<sup>248</sup> Vgl.: Lösche / Walter: Die FDP, S. 191f.

unter dem Wählerschwund litt, war die Wählerschaft der Union weitgehend resistent gegenüber den grünen Listen.<sup>249</sup>

Nach diesem Wahlschock fragte man sich in der FDP, ob sie ihre Umweltpolitik überzeugend genug vertreten hatte. Hansmeyer verwirft diese kritischen Gedanken, indem er die Programmatik der „Grünen“ als Heilslehre abwertet, welche dem Wähler lediglich eine kurzzeitige Illusion biete. Aus seiner Sicht würde sich langfristig die Umweltpolitik der FDP durchsetzen, weil nur diese die Umweltprobleme wirklich lösen könne.<sup>250</sup> In diesem Sinne argumentiert auch Verheugen, der den grünen Listen „*Ein-Äugigkeit*“<sup>251</sup> vorwarf, wohingegen die FDP für eine „*Politik mit Augenmaß*“ stehe (vgl. Kap. 3.1.6). Insgesamt wurden in der FDP die Erfolge der „Grünen“ als ideologische Verwirrung abgetan, die nicht auf einer realistischen Umweltpolitik fußten. Nach Genscher konnten die „Grünen“ sogar von der umweltpolitischen Aufbauarbeit der Liberalen profitieren: „*Als die Grünen sich formierten war die Kärntnerarbeit im Bundesinnenministerium schon geleistet. Der Acker bereitet, die Saat eines neues Umweltbewusstseins sogar vielfach bereits aufgegangen.*“<sup>252</sup> In diese Richtung argumentierte auch der „grüne“ Flügel der FDP, für den exemplarisch Theo Schiller steht.<sup>253</sup> Der „grüne“ Flügel bemängelte, dass ein gesellschaftspolitisches Konzept zur Durchsetzung von Umweltschutzmaßnahmen, wie die Freiburger Thesen es gefordert hatten, in der FDP fehle.<sup>254</sup>

In der sozialdemokratischen Monatszeitschrift „Vorwärts“ äußert sich Schiller kritisch zu den Wahlerfolgen der grünen Listen.<sup>255</sup> Entgegen der Wahlanalyse des Thomas-Dehler-Instituts sieht er im erfolgreichen Abschneiden der grünen Listen nur eine Teilursache der Niederlage. Stattdessen akzentuiert er, dass sich die eigenen Fehlleistungen der Liberalen sowie die Strukturprobleme des Parteiensystems auf das negativ Wahlergebnis ausgewirkt hätten. Schiller sieht das Fortbestehen der FDP in Gefahr, weil die Liberalen bzw. die sozilliberale Koalition sich in einer „Als-Ob-Politik“ verloren habe.<sup>256</sup> Dieses Dilemma zeige sich in der Wachstumsrhetorik der FDP, die nicht einmal ansatzweise das erforderliche Wirtschaftswachstum produzieren könne.

---

<sup>249</sup> Vgl.: Klotzsch / Stöß: Die Grünen, S. 1540.

<sup>250</sup> Hansmeyer: Liberale Umweltpolitik zwischen Ökonomie und Ökologie, S. 680.

<sup>251</sup> Zit. nach Günter Verheugen, in: Hallensleben: Von der Grünen Liste zur Grünen Partei?, S. 256.

<sup>252</sup> Genscher: Erinnerungen, S. 126.

<sup>253</sup> Schiller war Mitglied des Bundesvorstandes der FDP. Zudem war er Vorsitzender der Deutschen Jungdemokraten. Als es im Verlauf der „Politik der Wende“ zu linksliberalen Abspaltungen in der FDP kam, beteiligte er sich maßgeblich an der Gründung der „Liberalen Demokraten“. Vgl.: Dittberner: Die FDP, S. 311ff.

<sup>254</sup> Vgl.: Hallensleben: Von der Grünen Liste zur Grünen Partei?, S. 254f.

<sup>255</sup> Schiller, Theo: Nach dem Schock ein Vakuum? Die Antwort der Liberalen auf die „grüne“ Herausforderung, in: Vorwärts Nr. 31, 1978, S. 9.

<sup>256</sup> Schiller: Nach dem Schock ein Vakuum?, S. 9.

Schiller übertrug die verbreitete Kritik aus den eigenen Reihen, dass die Programmatik der grünen Listen nur einen Ausschnitt aus dem Gesamtzusammenhang der Politik behandle, auf die etablierten Parteien und insbesondere auf die FDP. Grundsätzlich betrachtete Schiller die „Grünen“ als Herausforderung und Chance für die Liberalen, wieder zum Ausgangspunkt sozialliberaler Reformpolitik und den Zielen einer humanen Gesellschaftsreform zurück zu kehren. Trotzdem sah er die grünen Listen auch als Provokation an.<sup>257</sup> Mit Empörung reagierte Menke-Glückert auf die grünen Listen und Parteien (vgl. Kap. 3.1.7). Der damalige Vorsitzende des Bundesfachausschusses für Umwelt blickte geradezu überheblich auf die „Grünen“, die er als Nutznießer der liberalen Umweltpolitik betrachtete. Demnach konnten die „Grünen“ von den historischen Verdiensten der FDP in der Umweltpolitik profitieren. Im Gegensatz zu Schiller räumt Menke-Glückert den Liberalen keine Schuld bei der Wahlniederlage ein. Die verbreitete Unzufriedenheit mit der sozialliberalen Umweltpolitik erklärt er mit den ungünstigen Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat, welche die Durchsetzung einiger Forderungen der Freiburger Thesen verhindert hätten.<sup>258</sup>

Müller behauptet, dass die Wahlerfolge der „Grünen“ die etablierten Parteien für die veränderten Wählerpräferenzen sensibilisierten.<sup>259</sup> In der Programmatik der FDP zeigten sich allerdings keine nennenswerten Veränderungen. Generell schienen sich die Parteien aber wieder intensiver mit Umweltpolitik zu befassen, weil sich durch die neue Konkurrenz der „Grünen“ die Umweltinteressen immer stärker zu einem politischen Machtfaktor entwickelten. Im Ökologischen Aktionsprogramm stellten die Freiburger Thesen weiterhin die Ausgangsbasis für die liberale Umweltpolitik dar.<sup>260</sup> Nach wie vor bestanden zwischen der FDP und den „Grünen“ deutliche Unterschiede in den Grundpositionen und den politischen Lösungsstrategien, auch wenn die Umweltpolitik generell an Aufmerksamkeit hinzugewann. Andererseits erscheint es, als ob die FDP vielmehr am innerparteilichen Konflikt für oder gegen Atomkraft ihre eigene Geschlossenheit oder sogar Existenz gefährdete.<sup>261</sup>

### 3.2.3 Die „Grünen“ im Landkreis Oldenburg

Unmittelbar vor der Landtagswahl 1978 bezeichnete Eilert Tantzen die GLU als „Hilfstruppe der Kommunisten“.<sup>262</sup> Als Beweis für seinen Vorwurf legte er ein Flugblatt des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) vor, das unter dem Titel „Wer

---

<sup>257</sup> Vgl.: Schiller: Nach dem Schock ein Vakuum?, S. 9.

<sup>258</sup> Vgl.: Menke-Glückert, Peter: Umweltpolitik in der Praxis, München 1978, S. 25.

<sup>259</sup> Vgl.: Müller: Sozial-liberale Umweltpolitik, S. 14.

<sup>260</sup> Ökologisches Aktionsprogramm, in: Verheugen: Das Programm der Liberalen, S. 100.

<sup>261</sup> Vgl.: Poguntke: Forschungsstand zu den Grünen, S. 191.

<sup>262</sup> Delmenhorster Kurier vom 01.06.1978, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 4.

hat Angst vor der GLU?“ an die Wähler appellierte, die GLU mit ihrer Stimme zu unterstützen.<sup>263</sup> Dort heißt es, dass ein gutes Abschneiden der GLU einen weiteren Schritt zur Vermassung und Politisierung des Bürgerprotestes bedeuten könne und somit auch dem KBW zugute komme. Der KBW sah die GLU eher ambivalent. Aus seiner Sicht verfolge sie durchaus fortschrittliche Positionen, sei andererseits aber noch zu sehr kleinbürgerlichen Vorstellungen verhaftet. Die Rolle des KBW im Umweltschutz beschränkte sich hauptsächlich auf die eines „Trittbrettfahrers“. Er instrumentalisierte das medienwirksame Thema Umweltschutz für seine systemkritische Propaganda.

Die GLU reagierte auf Eilert Tantzens Aussage empört. Ihr Landtagskandidat Karl-Götz Bringmann betonte, dass die GLU jegliche Form der Zusammenarbeit mit dem KBW oder anderen K-Gruppen ablehne. Im gleichen Atemzug unterstrich er, dass die GLU weder mit der SPD noch mit einer anderen Partei im Niedersächsischen Landtag eine Koalition eingehen werde. Die GLU trete für den Schutz des Lebens ein, dies sei keine sozialistische Position und deshalb dürfe sie nicht als „Hilfstruppe der Linken“ beschimpft werden.<sup>264</sup> Im Interview warf Eilert Tantzen der GLU vor, dass sie oft über das Ziel hinausschoss.<sup>265</sup> Seine Kritik könnte aber auch auf ihn selbst übertragen werden, da Eilert Tantzen das „Gespenst des Kommunismus“ im Landtagswahlkampf einsetzte, um dadurch die Dominanz der FDP im Oldenburger Raum zu unterstreichen. Seine Bezeichnung für die GLU erscheint unbeherrscht, traf im Kern aber die damalige Situation in einigen ehemaligen Hochburgen der Studentenbewegung. Zum Beispiel in Hamburg waren linksextremistische Kräfte maßgeblich am Aufbau der bunten, alternativen und grünen Listen beteiligt. Für den Landesverband der GLU in Niedersachsen erscheint diese Äußerung als überspitzt, denn hier dominierten die bürgerlich-ökologischen Kräfte.<sup>266</sup>

Uwe Ronneburger, der FDP-Landesvorsitzende in Schleswig-Holstein, äußerte sich in einem Interview mit der Oldenburgischen Volkszeitung kritisch zur GLU.<sup>267</sup> Er kritisierte besonders die programmatische Fokussierung auf den Umweltschutz, die wirtschafts-

---

<sup>263</sup> Flugblatt des KBW mit dem Titel „Wer hat Angst vor der GLU?“ vom 24.05.1978, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 4.

<sup>264</sup> Delmenhorster Kurier vom 03.06.1978, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 4.

Der Rechtsanwalt und Notar Karl-Götz Bringmann war Mitglied der Programmkommission und Beauftragter für den organisatorischen Aufbau der GLU im Raum Bremen. Für den Wahlkreis Oldenburg-Land war Paul Deing Landtagskandidat (Oberstudienrat aus Hatterwüstring).

<sup>265</sup> Interview mit Eilert Tantzen vom 02.02.2009.

<sup>266</sup> Vgl.: Fogt, Helmut: Die Grünen in den Bundesländern. Das regionale Erscheinungsbild der Partei und ihrer Wählerschaft 1979-1988, in: Oberndörfer, Dieter / Schmitt, Karl (Hg.): Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland (Ordo Politicus 28), Berlin 1991, S. 234.

<sup>267</sup> Oldenburgische Volkszeitung vom 13.05.1978, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 4.

Ronneburger war zugleich stellvertretender Bundesvorsitzender und Vorsitzender der Programmkommission der FDP.

politische Aspekte ausklammere. Dadurch verlange die GLU von den Wählern „eine Art Blankoscheck“ für alle anderen Probleme. Wahrscheinlich auch in Bezug auf diese Vorwürfe versuchte die GLU in einem Informationsblatt, mögliche Fragen der Bürger zur neuen Partei zu beantworten.<sup>268</sup> Auf diesen zwei Seiten erhob die GLU den Anspruch, als einzige „grüne“ Partei bei den Landtagswahlen zu kandidieren. In dieser Broschüre machte die GLU ebenfalls Aussagen zur Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitspolitik. In erster Linie betont die GLU, dass sie jegliche Zielvorstellungen nach dem Lebensschutz ausrichte, deshalb frage sie in allen Politikereichen, ob die Entscheidung der Natur und Umwelt nützt oder schadet. Der „grüne“ Kurs in der Wirtschaftspolitik wird nicht näher erläutert, vielmehr leitet die GLU diesen Abschnitt mit einer Frage ein: „Wohin soll unsere Wirtschaft eigentlich wachsen?“ Diese Gegenfrage veranschaulicht die ablehnende Haltung gegenüber der betriebenen Wachstumspolitik der etablierten Parteien. Da die GLU die Wirtschaftspolitik der Bundesparteien als „verantwortungslos“ bezeichnet, müsste sie einen „verantwortungsvollen“ Kurs einschlagen. In diesem Sinne zählt sie verschiedene Maßnahmen für die „Grundlage eines Lebens mit Zukunft“ auf, z.B. strikte Antiinflationpolitik, Verminderung von Überproduktion in der Landwirtschaft oder finanzielle Anreize für umweltschonende Produktionsmethoden. Im Programm der GLU für die Landtagswahlen 1978 heißt es: „Dies sind nur Ansätze zu einer tiefgreifenden wirtschaftlichen Neubestimmung, über deren endgültigen Ausgang die Bürger entscheiden müssen“.<sup>269</sup> Der Kurs in der Wirtschaft ist also noch weitgehend unbestimmt. Die Quintessenz ist, dass der „rein ökonomische Wachstumsbegriff“ unbrauchbar sei, weil dieser Wirtschaftskurs Mensch und Umwelt nicht ausreichend berücksichtige.

Auch wenn die GLU bereits bei den Landtagswahlen 1978 für Aufregung in der lokalen FDP sorgte und im Landkreis Oldenburg 3,7 Prozent erreichte, spielten die „Grünen“ erst später eine Rolle in der Kommunalpolitik.<sup>270</sup> Die lokale Presse interessierte sich nur begrenzt für die neue Partei. Die Wildeshauser Zeitung berichtete über „Grüne Schirme in Wildeshausen“.<sup>271</sup> Die Meldung bezog sich auf einen Informationsstand der GLU auf dem Wildeshauser Marktplatz. Die Durchsicht der Wahlstatistiken für die Kreis- und Gemeindewahlen im Landkreis Oldenburg ergab, dass die Grünen ab 1981

---

<sup>268</sup> Informationsbroschüre „Eine neue Partei stellt sich vor: GLU – Grüne Liste Umweltschutz“ (ohne Datum), in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 4.

<sup>269</sup> Programm des Landesverbandes Niedersachsen der Grünen Liste Umweltschutz für die Landtagswahlen 1978 (ohne Datum), in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 4.

<sup>270</sup> LSKN-Online: Landtagswahlen in Niedersachsen 1978, Ergebnisse für den Landkreis Oldenburg, <http://www.nls.niedersachsen.de/Tabelle/K5010322/Wahlen/Lwab1978.html>, letzter Zugriff: 03.05.2009, 11.03.

<sup>271</sup> Wildeshauser Zeitung vom 24.05.1978.

in diesen amtlichen Quellen auftauchen. Bei der Gemeindewahl 1981 kandidierten sie nur in der Gemeinde Ganderkesee.<sup>272</sup> Dort erzielten sie auf Anhieb 1.979 Stimmen und somit zwei Sitze im Gemeinderat. Die weiteren Sitze verteilten sich folgendermaßen: CDU 17, SPD 15 und FDP 3. Somit erhielten die Liberalen nur einen Sitz mehr als die Grünen, so dass in Ganderkesee ihre Position als „dritte Kraft“ eindeutig in Gefahr war.<sup>273</sup> Bei den Kreiswahlen 1986 konnten die Grünen stärker auf sich aufmerksam machen.<sup>274</sup> Im Wahlgebiet erhielten sie durchschnittlich 6,86 Prozent und folglich drei Sitze im Kreistag. Das Ergebnis der Grünen im Landkreis Oldenburg lag eindeutig über dem Durchschnittswert der Kreiswahlen in Niedersachsen (5,4 Prozent). Die FDP erhielt im Vergleich zu den Kreiswahlen 1981 fast 6,5 Prozent weniger. Die Grünen waren bei der vorhergehenden Kreiswahl noch nicht vertreten, so dass sich die Vermutung aufdrängt, dass sie von den Verlusten der FDP profitieren konnten bzw. eine Wählerbewegung von der FDP zu den Grünen einsetzte. Allerdings verlor die CDU ebenfalls fast 7 Prozent, während die SPD ca. 7,7 Prozent hinzugewann. In der Samtgemeinde Harpstedt überflügelten die Grünen sogar die FDP. Im Landkreis Oldenburg musste sich die FDP um ihre Position als „dritte Kraft“ bemühen. Zudem wird deutlich, dass sie nicht nur Konkurrenz in der Umweltpolitik dazubekommen hatte, sondern dass sie auch ihren Alleinvertretungsanspruch für dieses Politikfeld verloren hatte.

#### **Exkurs IV: Libero – ein liberaler Held kämpft gegen die Radikalisierung der Umweltbewegung**

In der März-/ Aprilausgabe der Liberalen Umschau im Jahr 1977 wurde die Bildgeschichte „Libero“ abgedruckt.<sup>275</sup> Dieser Comic zeigt, den Helden Libero im Einsatz gegen radikale Protestanten der Umweltbewegung. Libero zählt drei mögliche „Bekämpfungsmittel“ auf, die in einzelnen Sequenzen veranschaulicht werden: Die „herkömmlichen Mitteln“ werden anhand des Bildes eines Polizisten dargestellt, der eine Art Wasserwerfer gegen die tobenden Demonstranten richtet, die in seine Richtung Steine werfen und Schlagstöcke in den Händen halten. Als zweite Maßnahmen nennt Libero die Überführung durch „Radioaktivitäten“. Ein

---

<sup>272</sup> Endgültige Ergebnisse der Kreis- und Gemeindewahlen vom 27.09.1981, in: KW Landkreis Oldenburg: Aktenbestand 159513.

<sup>273</sup> Durch die Stimmen in Ganderkesee erzielten die Grünen für den gesamten Landkreis einen Stimmenanteil von 1,3 Prozent.

<sup>274</sup> Endgültige Ergebnisse der Kreis- und Gemeindewahlen vom 05.10.1986, in: KW Landkreis Oldenburg : Aktenbestand 159513.

<sup>275</sup> Liberale Umschau, Nr. 2, 1977, S. 3, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 29.

Die Liberale Umschau ist eine alle zwei Monate erscheinende Zeitschrift des FDP-Landesverbandes in Niedersachsen, die von Januar 1975 bis August 1978 erschien und danach eingestellt wurde.

Fernsehbildschirm zeigt einen Demonstranten, der im Interview behauptet, dass die Polizei angefangen habe. Der Mann mit den längeren Haaren wirkt aggressiv, weil er ein Holzbrett in den Händen hält. Als dritte mögliche Maßnahme gegen die „Schädlinge“ wird das Verbot angesehen. Ein Mann im Anzug wischt ein Tafelbild ab, das unter dem Schriftzug KBW einen finster blickenden Mann abbildet, der wiederum Ähnlichkeit mit dem Mann vom Fernsehbild hat. In der nächsten Sequenz betont Libero am Telefon, dass der „Einsatz biologischer Kampfmittel“ nicht zu empfehlen sei. Die dazugehörige Abbildung zeigt, wie ein Insekt in einen Telefonhörer gesetzt wird. Abschließend rät Libero, dass sich Umweltschützer keine Laus in den Pelz setzen lassen sollten. Im dazugehörigen Bild wird ein Demonstrationszug abgebildet, aus dem einzelne Männer ausbrechen und mit Schlagstöcken auf die am Rand positionierte Polizei losrennen. Die friedlichen Demonstranten halten Plakate hoch. Auf einem ist zu lesen: „Kernkraftwerk. Nein Danke!“

In derselben Ausgabe der Liberalen Umschau ist ein Interview mit dem niedersächsischen Landesinnenminister Rötger Groß abgedruckt.<sup>276</sup> Der damalige FDP-Landesvorsitzende betont, dass Radikale mit „bewährten rechtsstaatlichen Prinzipien“ bekämpft werden müssen. Er fordert die Bürger zu mehr Besonnenheit und Entschlossenheit auf, anstatt in „sterilen Aktionismus“ zu verfallen. Da die Großdemonstrationen gegen die Nutzung der Kernenergie von Bürgerinitiativen initiiert und durchgeführt wurden, warnt Groß vor einer extremistischen Unterwanderung dieser Gruppen. Die Bürgerinitiativen als „Zeichen für kritisch engagierte Bürger“ würden dadurch ihre Glaubwürdigkeit verlieren. Der Comic greift wesentliche Aussagen des Interviews wieder auf. Die Bekämpfung von „Schädlingen“ mit „herkömmlichen Mitteln“ ist vergleichbar mit Groß Verweis auf „bewährte rechtstaatliche Prinzipien“. Sowohl beim Comic als auch beim Interview steht die Frage im Vordergrund, wie mit der zunehmenden Radikalität der Anti-Atomkraftbewegung umgegangen werden soll. Die grundsätzliche Darstellungsentention des Comics<sup>277</sup> ist, dass die Umweltbewegung ein großes Bedrohungspotential beinhaltet, dass sich in (systemgefährdenden) Krawallen entladen könnte. Somit soll die Bildgeschichte wahrscheinlich Groß Interviewaussagen unterstreichen. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung konzentrierte sich die Umweltbewegung noch auf den außerparlamentarischen Widerstand. Bei jeglicher Interpretation muss bedacht werden, dass das damalige Sicherheitsgefühl in der Bundesrepublik Deutschland von

---

<sup>276</sup> Liberale Umschau, Nr. 2, 1977, S. 1, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 29.

<sup>277</sup> Vgl.: Sauer, Michael: Geschichte unterrichten. Eine Einführung in die Didaktik und Methodik, Seelze-Velber<sup>2</sup> 2008, S. 283f. / Vgl.: Munier, Gerald: Geschichte im Comic. Aufklärung durch Fiktion? Über Möglichkeiten und Grenzen des historisierenden Autorencomics der Gegenwart, Hannover 2000, S. 49ff.

Extremismus und Terrorismus stark beschädigt war, nicht zuletzt weil Großdemonstrationen gegen die Atomenergie in gewalttätigen Konflikten mit der Polizei endeten.<sup>278</sup>

## **4. Die Rolle der FDP im Umweltschutz des Landkreises Oldenburg**

### **4.1 Liberale Traditionen im Oldenburger Land**

#### **4.1.1 Liberale Wurzeln im Kaiserreich und der Weimarer Republik**

Die Reichstagswahlergebnisse von 1893 bis 1912 sowie ihre Gegenüberstellung mit der Wahlentwicklung im Reich verdeutlichen die überdurchschnittliche Stellung der liberalen Parteien in Oldenburg.<sup>279</sup> Schmidt sieht die Einstellung der Parteien zur Agrarpolitik des Reiches als entscheidenden Wahlfaktor an. Im Oldenburger Land kam die Dichotomie von Marsch- und Geestgebieten hinzu, welche für die regionalen Hochburgen der Nationalliberalen und des linksliberalen Freisinns von großer Bedeutung waren.<sup>280</sup> Vor allem in den wenig ertragreichen Geestgebieten des nördlichen Oldenburgs waren die Landwirte auf den Zukauf von Getreide angewiesen. Dort konnte der Freisinn als traditioneller Vertreter der zollfeindlich orientierten klein- und mittelbäuerlichen Bevölkerungsmehrheit eine stabile Position aufbauen. Die Nationalliberalen erzielten im städtischen Bürgertum und bei den Marschbauern ihre meisten Stimmen. Mit ihrer Unterstützung für die Schutzzollpolitik des Reiches konnten sie die Stimmen der nordoldenburgischen Geestbauern nicht für sich gewinnen, so dass sich mit der Reichstagswahl 1881 ein Übergang vom Nationalliberalismus zum Linksliberalismus vollzog.<sup>281</sup> Zudem war das Oldenburger Land in einen evangelischen Norden und einen katholischen Süden geteilt. Die protestantischen, mittleren und nördlichen Kreise des Oldenburger Landes gehörten zu den Hochburgen der Liberalen, wohingegen die Liberalen in den katholischen, südoldenburgischen Kreisen ein Dasein als Splitterpartei führten.<sup>282</sup> Bis etwa 1920 erwies sich die Liberalismus-Präferenz in Oldenburg als weitgehend stabil. Ein Grund für den Einbruch des tradierten Wählerverhaltens in Oldenburg war die Agrarkrise (1927/28), welche zur Formierung eines antirepublikanischen, antiliberalen und konservativen Protestpotentials in der

---

<sup>278</sup> Vgl.: Hallensbach: Von der Grünen Liste zur Grünen Partei?, S. 135.

<sup>279</sup> Vgl.: Steyer, Armin: Die Entwicklung der liberalen Parteien in Oldenburg. Eine regionalhistorische Untersuchung auf der Grundlage der Reichstagswahlen von 1893 bis 1912, in: Günther, Wolfgang (Hg.): Parteien und Wahlen in Oldenburg. Beiträge zur Landesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert (Schriftenreihe der Universität Oldenburg), Oldenburg 1983, S. 32.

<sup>280</sup> Vgl.: Schmidt: Die historische Entwicklung des Landes Oldenburg, S. 72.

<sup>281</sup> Vgl.: Naßmacher, Karl-Heinz: Die FDP als Regionalpartei, in: Oberndörfer, Dieter / Schmitt, Karl (Hg.): Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland (Ordo Politicus 28), Berlin 1991, S. 220.

<sup>282</sup> Hein Dieter: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945-1949, Bonn/Düsseldorf 1985, S. 107.

sogenannten Landvolkbewegung führte.<sup>283</sup> Wie im gesamten Reichsgebiet wanderten auch in Oldenburg die Stimmen des Bauerntums als Wählerbasis für die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) allmählich nach rechts ab und mündeten schließlich bei der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP).<sup>284</sup> Bereits 1928 versank der Anteil der eher linksliberalen DDP und der rechtsliberalen DVP (Deutsche Volkspartei) in der Bedeutungslosigkeit. Bei den oldenburgischen Landtagswahlen 1932 gewannen die Nationalsozialisten die absolute Mehrheit. Somit ergriffen die Nationalsozialisten in Oldenburg früher als in anderen deutschen Ländern die Macht (29.05.1932).

#### **4.1.2 Die Kontinuität liberaler Traditionen nach 1945**

Vor dem Hintergrund der Schwächen des organisierten Liberalismus in der Weimarer Republik und der katastrophalen Ausgangssituation nach 1945 erschien die Neugründung liberaler Parteien als ein gewagtes Vorhaben. Auf den ersten Blick überrascht die eindeutige Hinwendung zum Liberalismus im (nördlichen) Oldenburger Raum, wo die NSDAP frühe Erfolge verbuchen konnte. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass die Lizenzierungspolitik der Alliierten die ersten Schritte im politischen Leben vorgab. Auch wenn beim politischen Wiederaufbau den örtlichen Autoritäten eine große Bedeutung zukam, besaßen sie nur schmale Spielräume für eine selbstbestimmte politische Gestaltung. Die britische Besatzungsmacht griff auf politische Traditionen zurück, d.h. in Nord- und Mitteloldenburg auf die Liberalen und in Süldoldenburg auf das Zentrum. In der Fachliteratur ist man sich weitgehend einig, dass die politischen Milieus der Weimarer Republik durch die NS-Herrschaft nur unterbrochen worden seien. Naßmacher stellt sogar heraus, dass das liberale Milieu in Oldenburg in den Jahren 1928 bis 1932 lediglich eine andere politische Repräsentation gefunden hatte.<sup>285</sup>

Zunächst versuchten die politischen Gründerkreise vor allem in personeller Hinsicht an die Kontinuitäten der Weimarer Republik anzuknüpfen. Meist konnten die Gründer der

---

<sup>283</sup> Vgl.: Herlemann, Beatrix: Nationalsozialismus auf dem Lande, in: Hucker, Bernd Ulrich / Schubert, Ernst / Weisbrod, Bernd (Hg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 567.

<sup>284</sup> Die NSDAP muss als milieuübergreifende Sammlungspartei gesehen werden. Im Landesteil Oldenburg gewann sie nicht nur aus den bürgerlichen Lager bzw. vom alten Mittelstand Stimmen. Vgl.: Heinken, Peter: Wildeshausen vom Beginn des Ersten bis zum Zweiten Weltkrieg (1914-1945), in: Eckhardt, Albrecht: Wildeshausen. Geschichte der Stadt von den Anfängen bis zum ausgehenden 20. Jahrhundert, Oldenburg 1999, S. 741. / Vgl.: Schaap, Klaus: Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928-1933, Düsseldorf 1978, S. 141f.

<sup>285</sup> Vgl.: Naßmacher, Karl-Heinz: Zerfall einer liberalen Subkultur. Kontinuität und Wandel des Parteiensystems in der Region Oldenburg, in: Kühr, Herbert (Hg.): Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich (Sozialwissenschaftliche Studien zur Stadt- und Regionalpolitik 4), Hain 1979, S. 70.

liberalen Kreis- und Ortsverbände auf ihre politische Erfahrung aus der Weimarer Zeit zurückblicken. Diese Kenntnisse brachten sie in die neue Partei mit ein.<sup>286</sup> Die liberalen Parteigründungen vollzogen sich in weitgehend regional getrennten und unabhängigen Vorgängen voneinander. Dabei prägten die spezifischen Verhältnisse in den Kommunen und Bezirken die Parteikonzeptionen stärker als ein übergeordnetes Liberalismusverständnis.<sup>287</sup> Im nördlichen und mittleren Oldenburger Land gehörten die Liberalen schnell wieder zum festen Bestandteil der lokalen Politikszene. Die FDP erhielt am 30. April 1946 ihre Lizenz zur politischen Tätigkeit in der Stadt Oldenburg. Sechs Monate später erhielt sie ihre Zulassung im Landkreis Oldenburg.<sup>288</sup> Die britische Militärregierung setzte den ehemaligen DDP-Politiker Theodor Tantzen als vorläufigen Ministerpräsidenten für das Land Oldenburg ein. Theodor Tantzen (1877-1947) steht exemplarisch für die personellen Kontinuitätslinien im Oldenburger Land und in vielen Teilen des späteren Landes Niedersachsen:

Theodor Tantzen entstammte einem über Jahrhunderte in Butjadingen und Jeverland ansässigen, alteingesesehenen Bauerngeschlecht. Seine tiefe Verwurzelung in der Oldenburger Landschaft und lange Familientraditionen liberaler Gesinnung gaben die Richtung seiner politischen Laufbahn vor. Anfangs in der Fortschrittlichen Volkspartei (bis 1910 Freisinn), später in der DDP trat Tantzen für eine linksliberale Politik ein. Einen inhaltlichen Schwerpunkt seiner Arbeit bildete die Agrarpolitik. Er setzte sich für die bäuerlichen Familienbetriebe ein und trat gegen eine Schutzzollpolitik zugunsten der Großagrarien ein.<sup>289</sup> In den Jahren 1919 bis 1923 war Tantzen Ministerpräsident des Landes Oldenburg. Ein Charakteristikum seiner Amtszeit war ein enges Zusammenwirken mit den Repräsentanten der Sozialdemokratie. Im Jahr 1923 trat Theodor Tantzen als Ministerpräsident zurück, weil die Mehrheit des Oldenburger Landtages eine Verfassungsänderung zur Verlängerung der Wahlperiode abgelehnt hatte.<sup>290</sup> Bis 1930 engagierte er sich stärker auf Reichsebene. Aufgrund unterschiedlicher Einstellungen zum Kurs der Ernährungspolitik der DDP trat Theodor Tantzen 1930 aus der Partei aus. Seinen Austritt begründete er damit, dass die Politik

---

<sup>286</sup> Vgl.: Naßmacher, Karl-Heinz: Kontinuität und Wandel eines regionalen Parteiensystem. Zur politischen Entwicklung Oldenburgs im 20. Jahrhundert, in: Günter, Wolfgang (Hg.): Sozialer und politischer Wandel in Oldenburg. Studien zur Regionalgeschichte vom 17. bis 20. Jahrhundert, Oldenburg 1981, S. 227.

<sup>287</sup> Vgl.: Hein: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung, S. 26.

<sup>288</sup> Vgl.: Eckhardt, Albrecht: Land und Verwaltungsbezirk Oldenburg vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre, in: Ders.: Oldenburg um 1950. Eine nordwestdeutsche Region im ersten Nachkriegsjahrzehnt, Oldenburg 2000, S. 22.

<sup>289</sup> Vgl.: Günther, Wolfgang: Tantzen, Theodor Johann, in: Friedl, Hans / Günther, Wolfgang / Günther-Arndt, Hilke u.a. (Hg.): Biographisches Handbuch zur Geschichte des Landes Oldenburg, Oldenburg 1992, S. 730f.

<sup>290</sup> Vgl.: Neumann, Martina: Theodor Tantzen. Ein widerspenstiger Liberaler gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1998, S. 83f.

der DDP „*einem kleinen Teil der Landwirte die Bodenrechte sichert, die Masse des Landvolkes aber schwer schädigt.*“<sup>291</sup> Sein Kampf gegen eine agrarprotektionistische Reichspolitik ist ein wesentlicher Grund für die entgegengebrachten Sympathien der (ländlichen) Oldenburger Bevölkerung. Auch wenn im Zuge des aufkommenden Nationalsozialismus die Bauern politisch nach rechts rückten, konnte die Verbundenheit zum liberalen Politiker Theodor Tantzen nach 1945 reaktiviert werden. Theodor Tantzen verfolgte in der Region Oldenburg zunächst den Versuch einer bürgerlichen Sammlung, mit dem Ziel links- und rechtsliberale Strömungen in einer Partei zu vereinen. Er schloss sich der von seinem Sohn Theodor Tantzen jun. gegründeten Demokratische Union an, die eine regionale Vorläuferorganisation der FDP war.<sup>292</sup> Die FDP im Oldenburger Raum war keine wirkliche Neugründung, denn sie wies besonders in personeller Hinsicht Kontinuitäten auf, welche an die Weimarer Zeit anknüpften. In der Übergangsphase bis zur Gründung des Landes Niedersachsen kämpfte Theodor Tantzen vehement für den Fortbestand des Oldenburger Landes. In seiner Rede anlässlich der letzten Sitzung des Oldenburger Landtages am 6. November 1946 offenbarte er seine Trauer über den Verlust der Oldenburger Selbstständigkeit.<sup>293</sup> Trotz seiner tiefen Heimatverbundenheit verschloss sich Theodor Tantzen nicht gegenüber der Neugliederung. Bis zu seinem Tod am 11. Januar 1947 vertrat er als Verkehrsminister und stellvertretender Ministerpräsident die Interessen des ehemaligen Oldenburger Landes in der Allparteienregierung des Landes Niedersachsen unter Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf.<sup>294</sup>

Bis heute genießt der demokratische Politiker Theodor Tantzen im (ehemaligen) Oldenburger Land ein großes Ansehen. Er gilt als der bedeutendste demokratische Politiker, den das Land Oldenburg hervorgebracht hat und als namhafter Repräsentant der Region. Sein politischer Werdegang durchlief alle Ebenen der parlamentarischen Demokratie. Von der Kommunalpolitik bis zur Reichstagszugehörigkeit gestaltete er die Politik seines Landes entscheidend mit.<sup>295</sup> Schon wenige Wochen nach der Besetzung übernahm der prominente Liberale eine führende Position und konnte (mehr oder

---

<sup>291</sup> Zit. nach: Friedl / Günter / Günter-Arndt: Biographisches Handbuch, S. 733.

<sup>292</sup> Vgl.: Stephan, Werner: Acht Jahrzehnte erlebtes Deutschland. Ein Liberaler in vier Epochen, Düsseldorf 1983, S. 285. / Vgl.: Börger, Heinrich: Theodor Tantzen (1877-1947), in: Edgar Kalthoff (Hg.): Niedersächsische Lebensbilder Veröffentlichungen der historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen 9), Hildesheim 1976, S. 199.

<sup>293</sup> Vgl.: Landesverband Oldenburg der FDP: Zum Gedächtnis Theodor Tantzen. Erster und letzter Ministerpräsident Oldenburgs. Zwei freidemokratische Reden, Oldenburg 1947, S. 5.

<sup>294</sup> Vgl.: Eckhardt, Albrecht: Oldenburg und die Gründung des Landes Niedersachsen, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 55, 1983, S. 61f.

<sup>295</sup> Vgl.: Schmidt, Heinrich: Theodor Tantzen-Heering. Gedanken anlässlich der 100. Wiederkehr seines Geburtstages am 14.06.1977, in: Mitteilungsblatt der Oldenburgischen Landschaft, Nr. 15, 1977, S. 3.

weniger aktiv) am politischen Neubeginn teilnehmen.<sup>296</sup> Zum anderen verkörpert Theodor Tantzen die typische Mentalität der Region, nämlich den Freiheitsdrang der Oldenburger Bevölkerung. Die große Zustimmung der Bürger zur Wiederherstellung des Landes Oldenburg beim Volksbegehren (1956) und beim Volksentscheid (1975) verdeutlichen diesen Wesenzug.<sup>297</sup>

Theodor Tantzens Name war weit über die Oldenburger Grenzen bekannt, aber gerade für die Region Oldenburg prägt seine Person bis in die Gegenwart das Selbstverständnis der Liberalen.<sup>298</sup> Seine herausragende Bedeutung unterstreicht, dass liberale Traditionen weniger auf politischen oder weltanschaulichen Positionen beruhen, sondern vor allem auf örtlichen Honoratioren. Nicht nur weil er Präsident der Landesbauernschaft war, sah die ländliche Bevölkerung Theodor Tantzen als einen von ihnen, nämlich einen einfachen Bauern, der sich für die Belange der „kleinen Leute“ einsetzte. Diese Verwurzelung der Liberalen wirkte sich auf die lokale Programmatik der späteren FDP aus, die Züge einer Honoratiorenpartei aufwies, wie z. B. die angesprochene personelle Kontinuität und die lokale Verankerung in wirtschaftlichen Interessenverbänden, Vereinen und Kirchengemeinden. Theodor Tantzen präsentierte in drei politischen Systemen den (Links-) Liberalismus. Noch weit bis nach seinem Tod wirkt sein politisches Engagement als Stabilitätsfaktor für die Oldenburger FDP. Sein Enkel Eilert Tantzen versuchte, an diese liberalen Traditionen anzuknüpfen (vgl. Kap. 4.1.4).

Bei der Recherche wurden keine Aussagen von Theodor Tantzen zum Naturschutz gefunden. Sein Engagement in der Agrarpolitik und seine tiefverwurzelte Heimatliebe weisen jedoch Anknüpfungspunkte für den späteren Umweltschutz im Oldenburger Land auf: *„Wir lieben dieses Land. [...] Unsere Väter haben es im Norden geschützt vor der See durch Arbeit von Generationen. Im Süden des Landes wurde aus Ödland und Unland fruchtbares Gefilde gemacht.“*<sup>299</sup> Wie seine Vorfahren setzte sich Theodor Tantzen für den Schutz und die verbesserte Nutzung der Böden ein. Allerdings darf sein Engagement nicht im Sinne des „modernen“ Umweltschutzes verstanden werden, sondern eher im Hinblick auf den Heimatschutz und die Landespflege. Für den (regionalen) Naturschutz engagierte sich besonders das Familienmitglied Richard

---

<sup>296</sup> Detaillierte Angaben zur Person Theodor Tantzens finden sich auch in: Tantzen, Eilert: Chronik der Familie Tantzen 1300-2000, Oldenburg 1997, S. 313ff.

<sup>297</sup> Sammlung von Materialien zum Oldenburger Volksbegehren und Volksentscheid, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 173.

<sup>298</sup> Vgl.: FDP Bezirksverband Oldenburg (Hg.): 60 Jahre FDP-Bezirksverband Oldenburg, S. 13.

<sup>299</sup> Landesverband Oldenburg der FDP: Zum Gedächtnis Theodor Tantzen, S. 5.

Tantzen (1888-1966). Der FDP-Politiker zählte zu den aktivsten Männern in der Oldenburger Heimatbewegung.<sup>300</sup>

#### **4.1.3 Die Rolle der FDP im Parteiensystem des Verwaltungsbezirkes Oldenburg**

Nach 1945 bestanden landesweit die regionalen Teilmilieus fort. Die nationalsozialistische Herrschaft hatte die politischen Kontinuitäten zwar unterbrochen, aber nicht vollständig beseitigen können.<sup>301</sup> Für das Oldenburger Land bzw. den späteren Verwaltungsbezirk Oldenburg zeigte sich ebenfalls eine gewisse Kontinuität der politischen Milieus. Die neugegründete CDU verbuchte trotz ihrem überkonfessionellen Anspruch ihre stärksten Stimmenanteile im Oldenburger Münsterland, wo in der Weimarer Zeit das Zentrum als Repräsentant des katholischen Milieus eine Wählerhochburg besaß. In den regionalen Industriestädten Delmenhorst, Nordenham und Wilhelmshaven konnten die Sozialdemokraten ihre meisten Wähler vor 1933 remobilisieren. Die FDP erzielte in den protestantischen Gebieten im nördlichen und mittleren Oldenburg ihre Stimmenerfolge, denn hier war das liberale Milieu noch fest verankert. Besonders die Landkreise Ammerland, Friesland, Oldenburg-Land und Wesermarsch traten als liberale Traditionsgebiete hervor.<sup>302</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg veränderte die hohe Aufnahme von Vertriebenen die Sozialstruktur im Oldenburger Land. Der Kreis Oldenburg-Land wies eine Aufnahmequote von über 30 Prozent der dortigen Bevölkerung auf.<sup>303</sup> Das Problem der Heimatvertriebenen stieg zu einer weiteren Konfliktlinie in der regionalen Politik auf, doch nur in der Phase der Desintegration bis Anfang der 1960er Jahre konnte der Bund der Heimatvertriebenen (BHE) das brachliegende Wählerpotential an sich binden. Die vorübergehenden Wahlerfolge genügten nicht für eine langfristige Etablierung im regionalen Parteiensystem oder zur Herausbildung einer eigenen politischen Subkultur.<sup>304</sup>

Der Vergleich der Bundestagswahlergebnisse im Verwaltungsbezirk Oldenburg mit den Stimmenanteilen auf Bundesebene weist Gemeinsamkeiten, Parallelen und Unterschiede auf.<sup>305</sup> Wie im bundesdeutschen Parteiensystem entwickelten sich CDU und SPD zu den führenden Parteien im Verwaltungsbezirk Oldenburg. Bei der

---

<sup>300</sup> Vgl.: Suttka, Ulrich: Tantzen, Richard Hinrich, in: Friedl / Günther / Günther-Arndt u.a. (Hg.): Biographisches Handbuch zur Geschichte des Landes Oldenburg, S. 728. / Vgl.: Lücke: Geschichte des Naturschutzes im Land Oldenburg 1880-1934, S. 40f.

<sup>301</sup> Vgl.: Koß / Spier: Das Parteiensystem Niedersachsens, S. 293.

<sup>302</sup> Vgl.: Naßmacher: Zerfall einer liberalen Subkultur, S. 40.

<sup>303</sup> Ebd., S. 37.

<sup>304</sup> Vgl.: Eckhardt: Land und Verwaltungsbezirk Oldenburg vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre, S. 27.

<sup>305</sup> Die Wahlergebnisse für den Verwaltungsbezirk Oldenburg sind bei Schulze aufgelistet. Vgl.: Schulze: Die Stadt Wildeshausen seit 1945, S. 812-815.

Bundestagswahl 1949 hatten sie zusammen nur 44,2 Prozent erhalten, aber in den Folgejahren erhöhte sich ihr Anteil kontinuierlich und glich sich zeitverzögert der Bundesebene an. In ganz Niedersachsen setzte die Parteienkonzentration erst später ein. Erst nach der Landtagswahl 1963 konnten CDU, SPD und FDP 91,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Das Verschwinden zahlreicher kleinerer Parteien ging mit der Verankerung der CDU als Volkspartei einher. Nach der Landtagswahl 1970 formierte sich sogar ein Zwei-Parteien-Landtag, denn die FDP war an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Die relativ lange Phase der Fragmentierung des niedersächsischen Parteiensystems kann als ein Relikt der Gründung des Landes Niedersachsen aus verschiedenen Landesteilen mit eigener politischer Tradition angesehen werden.<sup>306</sup>

Ungeachtet der einzelnen Teilmilieus stieg die CDU mit der Bundestagswahl 1953 zur stärksten Partei in der Bundesrepublik auf (45,2 Prozent). Auch im Verwaltungsbezirk Oldenburg konnte sie kontinuierlich an Stimmen dazu gewinnen, dabei orientierte sich die dortige Stimmenentwicklung weitgehend an der Entwicklung auf Bundesebene. Im ehemaligen Oldenburger Land absorbierte die CDU nicht nur die Reste des katholischen Milieus, sondern nahm auch der FDP zahlreiche Stimmen aus ihrem angestammten liberalen Milieu ab.<sup>307</sup> Die SPD konnte ab 1953 auf Bundesebene neue Wähler mobilisieren. Das reformorientierte Godesberger Programm (1959) verstärkte den Wählerzuwachs.<sup>308</sup> Im Verwaltungsbezirk Oldenburg lag die SPD seit der Bundestagswahl 1953 durchschnittlich fast 15 Prozent unter dem Stimmenanteil der CDU. Zwar konnten die Sozialdemokraten ihren Stimmenanteil kontinuierlich ausbauen, aber nur bei den Bundestagswahlen 1972 und 1980 schnitt sie besser als die Oldenburger CDU ab. Bei den Bundestagswahlergebnissen im Verwaltungsbezirk Oldenburg nahm die FDP wie auf Bundesebene die Rolle der „dritten Kraft“ ein. Allerdings besaß die FDP im Oldenburger Raum einen überdurchschnittlichen Stimmenanteil. Dieser Stimmenvorsprung von durchschnittlich 3,2 Prozent schwächte sich nach der Bundestagswahl 1965 deutlich ab und stagnierte ab der Bundestagswahl 1986 bei durchschnittlich 1,2 Prozent.<sup>309</sup> Die Schwankungen auf Bundesebene spiegeln sich in den Oldenburger Stimmenanteilen wider. Zum Beispiel hatte der „Umfall“ der FDP nach der Bundestagswahl 1961 gravierende Auswirkungen für die dortige Stimmenentwicklung, denn entgegen ihres Wahlversprechen ging die FDP eine

---

<sup>306</sup> Am 1. November 1946 vereinigte das Land Niedersachsen das welfische Königreich Hannover, das ebenfalls welfische Fürstentum Braunschweig, das Großherzogtum Oldenburg und das Fürstentum Schaumburg-Lippe.

<sup>307</sup> Vgl.: Naßmacher: Zerfall einer liberalen Subkultur, S. 98.

<sup>308</sup> Vgl.: Sontheimer, Kurt: Die Adenauer-Ära. Grundlegung der Bundesrepublik, München<sup>3</sup> 2003, S. 126.

<sup>309</sup> Die angegebenen Durchschnittswerte beruhen auf eigenen Berechnungen.

Koalition mit der Union mit Adenauer als Regierungschef ein. Im Verwaltungsbezirk Oldenburg hatte dieser „strategische Schachzug“ die Wähler offenbar tief erschüttert, was sich bei der Bundestagswahl 1965 in Stimmenverlusten von minus 3,6 Prozent bemerkbar machte. Während der Großen Koalition verzeichnete die FDP in ihrer Oppositionsrolle einen starken Stimmenrückgang.<sup>310</sup> Im Verwaltungsbezirk Oldenburg lagen die Verluste über dem Bundesdurchschnitt. Bei der Bundestagswahl 1969 erhielt die FDP nur 5,8 Prozent gegenüber 9,5 Prozent. Im Verwaltungsbezirk Oldenburg hatten sich nur 6,8 Prozent der Wähler gegenüber 12,4 Prozent bei der Bundestagswahl 1965 entschieden. Diese Prozentzahlen dokumentieren die negative Stimmenentwicklung seit der Bundestagswahl 1961. Von ihrem bislang besten Ergebnis von 12,8 auf Bundesebene bzw. 16,0 Prozent im Verwaltungsbezirk Oldenburg sank die FDP bedrohlich nahe an die Fünf-Prozent-Hürde. Auch wenn der programmatische Wandel der FDP und die damit verbundene Hinwendung zum neuen Mittelstand die Stimmenverluste vorerst nicht aufhalten konnten, setzte bis zur Bundestagswahl 1972 eine relative Stabilisierung der Stimmenanteile ein. Erst die Bundestagswahlen 1980 sicherte das „Überleben“ der FDP, nicht zuletzt weil sie von der starken Polarisierung der Kanzlerkandidaten profitieren konnte.<sup>311</sup>

Vor dem Vergleich der Landtagswahlergebnisse mit den Stimmenanteilen im Verwaltungsgebiet Oldenburg wird ein Einblick in die Entwicklung der niedersächsischen FDP gegeben: Erst nach der Landtagswahl 1947 schlossen sich die liberalen Parteikonzeptionen zu einem Landesverband zusammen (28.05.1947). Hein bewertet diese verspätete Konstituierung als ein Festhalten der liberalen Parteiorganisationen an den „*überkommenen und zunächst restaurierten politischen Gebilden*“<sup>312</sup> des neugebildeten Landes Niedersachsen. Zudem stand der Landesverband vor der schwierigen Aufgabe, die verschiedenen Liberalismen in einer Organisationsform in Einklang zu bringen. Während sich die Region Hannover als eine nationalliberale Hochburg begriff, verwiesen die Oldenburger auf ihre linksliberalen Traditionen.<sup>313</sup> Vor allem die Oldenburger Liberalen sträubten, der Gründung eines Landesverbandes zuzustimmen. Sie befürchteten, dass sie in einer niedersächsischen Gesamtorganisation ihre Geltung verlieren könnten.<sup>314</sup> Zusätzlich problematisch war, dass die Anfangsjahre des Landesverbands von der Frage bestimmt waren, welches Verhältnis seine Anhänger und Mitglieder zum Nationalsozialismus hatten. Unter den

---

<sup>310</sup> Vgl.: Dittberner: Die FDP, S. 50.

<sup>311</sup> Ebd., S. 57.

<sup>312</sup> Hein: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung, S. 103.

<sup>313</sup> Vgl.: Marten, Heinz-Georg: FDP in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde, Göttingen 1972, S. 17ff.

<sup>314</sup> Vgl.: Hein: liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung, S. 115.

Vorsitzenden Arthur Stegner (1949-1954) schlug der Landesverband einen dezidiert rechten Kurs ein. Der Versuch einer nationalliberalen Sammlung, bei der bürgerlich-nationale Kreise, ehemalige Nationalsozialisten und Rechtsradikale in der Partei vereint werden sollten, bestimmte das Bild der Partei.<sup>315</sup> Erst nach der „Schlüter-Affäre“ und den damit zusammenhängenden Stimmenverlusten bei der Landtagswahl 1957 veränderte sich allmählich die nationalliberale Ausrichtung der Partei.<sup>316</sup> Die rechtsextremen und nationalen Positionen sowie Personen verloren an Einfluss in der niedersächsischen FDP.<sup>317</sup> Trotz dieser auffälligen Rechtsorientierung kam im Jahr 1959 eine sozialliberale Koalition aus SPD, FDP und GB-BHE unter Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf (SPD) zustande. Mit der Konzentration der niedersächsischen Parteienlandschaft wuchs die Bedeutung der FDP. Bei der Landtagswahl 1963 war sie das „Zünglein an der Waage“. Sie verhandelte mit beiden großen Parteien und konnte weitreichende Forderungen stellen. Trotz zahlreicher Streitpunkte und einer knappen Mehrheit wurde die sozialliberale Koalition unter Ministerpräsident Georg Diederichs (SPD) weitergeführt. Doch bereits im Mai 1965 zerbrach die Koalition an der Frage nach dem weiteren Bestehen von katholischen Bekenntnisschulen in Niedersachsen. Die FDP verweigerte die Unterzeichnung des Konkordats.<sup>318</sup> In dieser Situation einigten sich SPD und CDU auf eine „Große Koalition“, um die Monate bis zur Landtagswahl 1970 zu überbrücken. Bei dieser Wahl konnte die FDP die Fünf-Prozent-Hürde nicht überwinden. Ein Grund für dieses schlechte Abschneiden war, dass die FDP nicht geschlossen auftrat. Vor der Landtagswahl waren drei der zehn Landtagsabgeordneten aus der FDP ausgetreten, weil sie die Wahl des sozialdemokratischen Bundespräsidenten Heinemann boykottierten und Versuche in

---

<sup>315</sup> Vgl.: Dittberner: Die FDP, S. 292.

<sup>316</sup> Leonhard Schlüter war aus einer extremen Rechtspartei in die FDP übergewechselt und in der bürgerlichen Koalition unter Ministerpräsident Heinrich Peter Hellwege (DP) Kulturminister. Nach großen Protesten in der Öffentlichkeit gegen seine rechtslastige Vergangenheit musste Schlüter zurücktreten.

<sup>317</sup> Eine gewisse Reizfigur im Landkreis Oldenburg war die Person Hermann Petermann. Petermann war von 1933 bis 1945 Bürgermeister der Stadt Wildeshausen. Als Ortsgruppenleiter der NSDAP stand er auf der „automatic arrest list“, der Liste der automatisch zu Verhaftenden. Mehr als zwei Jahre in ehemaligen KZ-Lagern interniert. Nach dem Zweiten Weltkrieg engagierte sich Petermann (FDP) in der Wildeshauser Kommunalpolitik. Bei der Landtagswahl 1967 konnte er ein herausragendes Ergebnis für die FDP erzielen. Mit 20,6 Prozent lag der FDP-Anteil in Wildeshausen fast doppelt so hoch wie im Verwaltungsbezirk Oldenburg (9,2 Prozent). Trotz seiner belasteten Vergangenheit wurde er 1968 wurde zum Wildeshauser Bürgermeister gewählt. Von 1964 bis 1974 gehörte der dem Kreistag des Landkreises Oldenburg an, wo er von 1964 bis 1974 das Landratsamt übernahm. Nach seinem Abschied aus der Kommunalpolitik erhielt er am 22. Juni 1977 das Bundesverdienstkreuz. Vgl.: Schultze: Die Stadt Wildeshausen seit 1945, S.799ff. / NWZ vom 26.01.1977, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 6.

<sup>318</sup> Carmanns, Gabriela: Geschichte und Politik des niedersächsischen Landesverbandes der FDP in seiner Umbruchs- und Konsolidierungsphase 1967-1978, Aachen 2000, S. 16ff.

Niedersachsen, einen linksliberalen Kurs einzuschlagen, ablehnten.<sup>319</sup> Diese erzwungene Abstinenz im Landtag nutzte die FDP für eine endgültige Abwendung vom nationalen Kurs. In Anlehnung an die Bundespartei versuchte der seit 1968 amtierende Landesvorsitzende Rötger Groß der niedersächsischen FDP eine linksliberale Stoßrichtung zu geben. Der „Spiegel“ kritisierte: *„Manövrierungsunfähig ist die FDP beispielsweise in Niedersachsen. Dort hatte der Landesvorsitzende Rötger Groß zunächst mit lindem Linkskurs die Rechten vergrault [...], dann aber verschreckt nach rechts gesteuert.“*<sup>320</sup> Mehrere Kreistagsfraktionen waren aus Empörung aus der FDP ausgetreten, so dass die programmatischen Ansätze schnell versiegteten. Stattdessen beschränkte sich die FDP auf eine pragmatische, eher taktische Linie. Nach einer Intervention der Bundespartei hatte sich die FDP auf ihrem Landesparteitag am 4. November 1973 zu einer Koalitionsaussage zugunsten der SDP entschlossen.<sup>321</sup> Dadurch konnten die Liberalen bei der Landtagswahl 1974 weitgehend geschlossen auftreten, so dass sie mit 7,0 Prozent wieder in den Landtag einzogen. Alfred Kubel (SPD) blieb als Ministerpräsident einer sozialliberalen Koalition mit nur einer Einstimmen-Mehrheit im Amt. Groß wurde Innenminister. Der aus Oldenburg stammenden Erich Küpker (FDP) übernahm den Posten des Wirtschafts- und Verkehrsministers. Das Jahr 1976 stellt eine Zäsur dar. Nach dem Rücktritt Kubels aus Altersgründen musste der Landtag über einen neuen Ministerpräsidenten entscheiden. Bis heute ist der genaue Hergang unklar. Wahrscheinlich stimmte ein Abgeordneter aus der SPD/FDP-Fraktion gegen den potentiellen Nachfolgekandidaten Helmut Kasimier (SPD), so dass der CDU-Kandidat Ernst Albrecht die meisten Stimmen erhielt. Damit begann die „Ära Albrecht“, die bis 1990 andauern sollte. Das Land Niedersachsen wurde erstmals von einer unionsgeführten Mehrheit regiert.<sup>322</sup> Nach dieser „Überraschung“ entschied sich die FDP letztendlich doch für Koalitionsverhandlungen mit der CDU und trat im Januar 1977 an der Seite der CDU wieder in die Landesregierung ein.<sup>323</sup> Dieser Schritt wurde bei den Wählern einem Wortbruch gleichgesetzt und bei der Landtagswahl 1978 abgestraft. Mit nur 4,2 Prozent konnten die Liberalen nicht in den Landtag einziehen. Die CDU erhielt die absolute Mehrheit und konnte mit Albrecht an der Spitze alleine regieren. Bei der

---

<sup>319</sup> Vgl.: Lösche / Walter: Die FDP, S. 77.

<sup>320</sup> Der Spiegel, Nr. 28, 1971, S. 29.

<sup>321</sup> Vgl.: Carmanns: Geschichte und Politik des niedersächsischen Landesverbandes der FDP (1967-1978), S. 133f.

<sup>322</sup> Vgl.: Koß / Spier: Das Parteiensystem Niedersachsens S. 303.

<sup>323</sup> Häufig wird der Wechsel zur CDU als innerparteiliche Zerreißprobe für die Bundes-FDP betrachtet, welche die bundespolitische Wende von 1982/83 vorwegnahm. Vgl.: Schildt, Axel: Landstradition und moderne Lebenswelt. Niedersachsen seit den sechziger Jahren – eine Skizze, in: Hucker, Bernd Ulrich / Schubert, Ernst / Weisbrod, Bernd (Hg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 659.

Landtagswahl 1982 veränderte sich die Zusammensetzung des Landtages. Die CDU konnte ihre absolute Mehrheit weiter ausbauen (50,7 Prozent), während die SPD nur 36,5 Prozent der Wählerstimmen erreichte. Die FDP konnte zwar wieder in den Landtag einziehen, aber war nicht mehr drittstärkste Kraft (5,9 Prozent). Die Grünen hatten mit 6,5 Prozent die Fünf-Prozent-Marke deutlich übersprungen. Anzumerken ist, dass die Ergebnisse der niedersächsischen FDP bei fast allen Wahlen deutlich schlechter ausfielen als die Ergebnisse der Bundespartei. Die Differenzen zwischen Landtags- und Bundestagswahlergebnissen erreichen negative Abweichungen von bis zu sieben Prozent.<sup>324</sup>

Beim Vergleich Wahlergebnisse der Landesebene mit dem Verwaltungsbezirk Oldenburg zeigt sich folgendes Bild: Die Stimmenanteile der SPD und der CDU lagen im Vergleich zur Landesebene immer niedriger. Die CDU lag immer vor der SPD, besonders bei den Landtagswahlen 1974 bis 1982 konnte sie ihren Vorsprung ausbauen. Bei der FDP stellt sich heraus, dass die Stimmenanteile im Verwaltungsbezirk Oldenburg immer über dem Landesdurchschnitt lagen. Bis zur Landtagswahl 1967 hatte die FDP durchschnittlich mehr als 6 Prozent der Stimmen als der Durchschnittswert für die Landesebene. Dieser Vorsprung schwächte sich bereits bei der Landtagswahl 1967 ab und pendelte sich bis 1986 auf einem Niveau von etwa plus 1,6 Prozent ein. Das Scheitern der FDP bei den Landtagswahlen 1970 und 1978 an der Fünf-Prozent-Hürde spiegelt sich auch in der schwachen Position im Verwaltungsbezirk Oldenburg wider. Bei der Landtagswahl 1978 konnten die Liberalen nur 5,9 Prozent erzielen. Das bislang niedrigste Ergebnis stabilisierte sich wieder 1982 auf 7,7 Prozent, doch die ehemals „glorreichen Zeiten“ waren vorbei. Der hohe Stimmenanteil von 22 Prozent im Verwaltungsbezirk Oldenburg bei der Landtagswahl 1947 war auf ein Bruchteil geschrumpft. Im Verwaltungsbezirk Oldenburg überflügelten die Grünen 1982 die FDP mit 7,8 Prozent der Wählerstimmen.

Die Schwankungen der FDP auf Bundes- und Landesebene spiegelten sich deutlich im Verwaltungsbezirk Oldenburg wider. Ab Ende der 1960er Jahre spricht Naßmacher vom „Zerfall der liberalen Subkultur“, der den sukzessiven Niedergang der „Alt-Oldenburger Milieu-Partei FDP“<sup>325</sup> bewirkt habe. Die sinkenden Stimmenanteile nach der Bundestagswahl 1965 und der Landtagswahl 1967 stützen Naßmachers These. Er sieht aber weniger politische Inhalte als Ursache an, sondern vielmehr den Wandel in der Sozialstruktur, der auch den Verwaltungsbezirk Oldenburg betraf. Der Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft in den traditionell liberalen Gemeinden

---

<sup>324</sup> Vgl.: Koß / Spier: Das Parteiensystem Niedersachsens S. 309.

<sup>325</sup> Vgl.: Naßmacher: Zerfall einer liberalen Kultur, S. 87.

ging zwischen 1961 und 1970 von 42 auf 26 Prozent zurück.<sup>326</sup> Der Rückgang des alten, agrarischen Mittelstandes als Wählerbasis wurde durch die politische Umorientierung der FDP zusätzlich begünstigt. Dieser Wandel „verscheuchte“ große Teile der traditionellen Wählerschaft und trieb diese stattdessen in die Arme der CDU, die als bürgerliche Sammlungspartei regionale Hochburgen der FDP allmählich eroberte.<sup>327</sup> Hinzu kommt, dass in den 1970er Jahren die Gebietsreformen nicht nur die territoriale Struktur des Oldenburger Landes veränderten, sondern sich auch auf das regionale Parteiensystem auswirkten. Mit dem Ziel die Verwaltungskraft schrittweise zu stärken, schlossen sie Gemeinden, Kreise und Regierungsbezirke zu größeren Einheiten zusammen. Durch die Auflösung des Landkreises Hoya kam 1977 die Samtgemeinde Harpstedt zum Landkreis Oldenburg hinzu und damit circa 9.000 neue Bürger.<sup>328</sup> Die Zusammenstellung der Ergebnisse der Gemeinde- bzw. Samtgemeindewahlen von 1981 und 1986 veranschaulicht, dass die Liberalen in Harpstedt auf deutlich weniger Resonanz stießen als in den anderen Gemeinden des Landkreises Oldenburg.<sup>329</sup> Nicht nur aufgrund der geografischen Nähe zu Bremen liegt die Vermutung nahe, dass Harpstedt infolge dessen und der Zugehörigkeit zum Landkreis Hoya eine andere Identität als das Oldenburger Land herausbildete, die sich im kommunalen Wahlverhalten widerspiegelte.<sup>330</sup>

#### **4.1.4 Die FDP als Kommunalpartei im Landkreis Oldenburg**

Rohe betont, dass bei den Liberalen der Regionalcharakter besonders stark ausgeprägt sei, so dass in manchen Gegenden die Identität der Partei kaum erkennbar sei.<sup>331</sup> Diese Aussage soll in diesem Kapitel am Beispiel der FDP im Landkreis Oldenburg näher beleuchtet werden. Die Bedeutung von Theodor Tantzen für das Selbstverständnis der Oldenburger Liberalen wurde bereits behandelt. Noch nicht geklärt ist, wie lange dieser liberale Politiker Einfluss auf die lokale Programmatik der FDP hatte. Sein Enkel Eilert Tantzen initiierte alljährlich Feierlichkeiten zur Wiederkehr

---

<sup>326</sup> Vgl.: Naßmacher: Zerfall einer liberalen Kultur, S. 99.

<sup>327</sup> Ebd., S. 114.

<sup>328</sup> Vgl.: Schaer, Friedrich-Wilhelm: Verwaltung im Städtedreieck Oldenburg-Delmenhorst-Wildeshausen, in: Landkreis Oldenburg (Hg.): Der Landkreis Oldenburg. Menschen – Geschichte – Landschaft, Oldenburg 1992, S. 568.

<sup>329</sup> Wahlakte zu den Kreis- und Gemeinde- bzw. Samtgemeinde Wahlen 1981 und 1986, in: KW Landkreis Oldenburg, Aktenbestand: 159513.

<sup>330</sup> In der Samtgemeinde Harpstedt hatte scheinbar die Familie Heile, insbesondere Wilhelm Heile, eine besondere Bedeutung für die Entwicklung der Liberalen nach 1945. Dieser Aspekt kann aber im Rahmen dieser Arbeit nicht weiter vertieft werden. Vgl.: Heile, Dirk: Chronik der Samtgemeinde Harpstedt. Von 1667 bis 1950, Bd. 2, Wildeshausen 1996, S. 688.

<sup>331</sup> Vgl.: Rohe, Karl: Regionale (politische) Kultur. Ein sinnvolles Konzept für die Wahl- und Parteienforschung?, in: Oberndörfer, Dieter / Schmitt, Karl (Hg.): Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland (Ordo Politicus 28), Berlin 1991, S. 29.

seines Geburts- oder Todestages.<sup>332</sup> Damit erinnerte er an seinen Großvater und dessen Bedeutung für das ehemalige Oldenburger Land. Er versuchte die Traditionslinien der Oldenburger Liberalen, am Leben zu erhalten. Zugleich schien er die Außenwirkung dieser Veranstaltungen, für das regionale Bild der FDP zu nutzen.<sup>333</sup> Das spezifische Profil des Bezirksverbands Oldenburg der FDP zeigte sich in dessen Bemühen um Eigenständigkeit im Landesverband und in der Bundespartei. Während der „Politik der Wende“ (1982/83) sprach sich der Bezirksverband für den Koalitionswechsel zur Union aus, aber missbilligte die Art und Weise des Zustandekommens der Koalition: *„Der FDP-Bezirksverband bedauert außerordentlich, daß die Parteibasis und die Öffentlichkeit nicht ausreichend und rechtzeitig [...] informiert wurden.“*<sup>334</sup> Der Berliner Bundesparteitag (5.-7.11.1982) nahm die sogenannte „Oldenburger Linie“ an.<sup>335</sup> Dieses Beispiel verdeutlicht, dass die Oldenburger Liberalen auf Bundesebene durchaus Gehör fanden und dass sie für eine Geschlossenheit der FDP eintraten. Die Bundespartei hatte sich nach ihrem programmatischen Wandel (1968/71) vorrangig dem neuen Mittelstand zugewandt, aber die Oldenburger Liberalen vertraten weiterhin die Interessen des alten Mittelstandes. Aufgrund des ausgeprägten Regionalcharakters der Liberalen bestand die Gefahr einer „Entfremdung“ zwischen der Bundespartei und Teilen ihrer regional verankerten Klientel.<sup>336</sup> Der Regionalcharakter der Oldenburger Liberalen übernahm die Funktion eines „Puffers“, der notfalls den „unbequemen“ Bundeskurs ausgleichen konnte. Insbesondere im Oldenburger Münsterland wurde den Landwirten große Beachtung entgegengebracht, so dass hier der spezifische Regionalcharakter der Liberalen deutlich in Erscheinung trat. Von einer Diskrepanz zur Bundespartei kann nicht gesprochen werden, aber es kam durchaus zu Dissonanzen mit den örtlichen Repräsentanten und der Bundespartei (vgl. Kap. 4.2.3).

Die FDP im Landkreis Oldenburg wies einen hohen Personifizierungsgrad auf. Eilert Tantzen war die „*Visitenkarte*“<sup>337</sup> der Partei. Seine Präsenz in Vereinen, Verbänden und kirchlichen Organisationen wirkte sich gemeinsam mit seinem ohnehin hohen Bekanntheitsgrad positiv auf die Wahlchancen der lokalen FDP aus. Andere Kandidaten konnten diese Aufmerksamkeit nicht auf sich ziehen, so dass die FDP im

---

<sup>332</sup> Vgl.: Schmidt: Theodor Tantzen-Heering, S. 3f.

<sup>333</sup> In diesem Sinne verweist Theis auf das „Gedächtnis“ der Partei. Vgl.: Theis, Carmen: Die lokale Basis der FDP. Ihre Bedeutung für die Gesamtpartei (Beiträge des Instituts für vergleichende Politikforschung 8), Oldenburg 2007, S. 27.

<sup>334</sup> Erklärung des Bezirksverbandes Oldenburg der FDP zum Koalitionswechsel in Bonn und Antrag zum Landesparteitag in Fallingb. vom 31.10.1982, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 2.

<sup>335</sup> Vgl.: Beschlüsse zum Bundesparteitag in Berlin (1982), in: Friedrich Naumann-Stiftung (Hg.): Das Programm der Liberalen, S. 172.

<sup>336</sup> Vgl.: Rohe: Regionale (politische) Kultur, S. 34.

<sup>337</sup> Vgl.: Theis: Die lokale Basis der FDP, S. 19.

Landkreis Oldenburg häufig auf die Person Eilert Tantzen reduziert wurde. Die Lokalpresse interviewte meist nur Eilert Tantzen, während andere FDP-Kommunalpolitiker nicht zu Wort kamen bzw. ihre Äußerungen nicht abgedruckt wurden. Generell kann ein charismatischer Lokalpolitiker den negativen Bundes- oder Landestrend einer Partei auf kommunaler Ebene durchaus abschwächen. Eine zu starke Personifizierung beinhaltet aber die Gefahr des programmatischen Substanzverlustes.<sup>338</sup> Eilert Tantzen musste dem politischen „Erbe“ seiner Familie eigene Aktivitäten folgen lassen, um diese Traditionslinie für seine persönliche Laufbahn in der Kommunalpolitik nutzen zu können. Ab 1981 ließ das kommunale Wahlrecht in Niedersachsen im Rahmen der Verhältniswahl die Personenwahl mit drei Stimmen zu und verstärkte dadurch die Personalisierung. Durch Panaschieren und Kumulieren wurde nicht in erster Linie die Partei, sondern vielmehr der Kandidat gewählt.<sup>339</sup> Diese Personalisierung wurde bei der Stimmenverteilung der FDP im Landkreis Oldenburg bei der Kreiswahl 1981 erkennbar. Eilert Tantzen erhielt in der Gemeinde Hatten 69,4 Prozent der Gesamtstimmen für die FDP, die anderen neun Listenbewerber lagen weit abgeschlagen hinter Eilert Tantzen.<sup>340</sup> Die personelle Fixierung auf Eilert Tantzen gab der lokalen FDP ein persönliches Profil, verhinderte aber in den Folgejahren einen Generationswechsel in der Lokalpolitik. In der Festschrift zum 60-jährigen Bestehen des FDP-Bezirksverbandes Oldenburg klang diese Kritik leise an.<sup>341</sup>

Der Vergleich der Wahlergebnisse der Bundestags- und Landtagswahlen mit denen des Verwaltungsbezirks Oldenburg hat verdeutlicht, dass die FDP im Oldenburger Raum überdurchschnittlich gute Ergebnisse verbuchte (vgl. Kap. 4.1.3). Der Landkreis Ammerland war ebenfalls eine (ländliche) Wählerhochburg der Liberalen im Oldenburger Land. Schmidt, Sommer und Burblys stellen für diese Region Anzeichen einer lokalen Remanenz fest.<sup>342</sup> Darunter ist zu verstehen, dass der parteipolitische Wandel auf der kommunalen Ebene abgemilderter als auf der Bundes- oder Landesebene abläuft sowie eine gewisse Zeitverzögerung aufweist. Die Hauptursache für diesen „Rückstand“ ist, dass die Wähler bei Kommunalwahlen weitgehend nach

---

<sup>338</sup> Goldacker betont, dass es politisch untragbar sei, wenn eine Partei nur auf eine oder mehrere Personen bauen kann. Vgl.: Goldacker, Eberhard von: Liberale Kommunalpolitik, in: liberal, Heft 6, 1974, S. 466.

<sup>339</sup> Vgl.: Leder, Gottfried / Friedrich, Wolfgang-Uwe: Kommunalpolitik und Kommunalwahlen in Niedersachsen, Hannover 1986, S. 80ff.

<sup>340</sup> Die Prozentzahl beruht auf eigenen Berechnungen, welche dem Aktenbestand 159513 im Kreisarchiv Wildeshausen zugrunde liegen.

<sup>341</sup> NWZ-Interview mit Horst-Herbert-Witt (ohne Datum), der nach Eilert Tantzens 20-jähriger Amtszeit den Vorsitz des FDP-Bezirksverbandes Oldenburg übernahm, in: FDP-Bezirksverband Oldenburg (Hg.): 60 Jahre FDP-Bezirksverband Oldenburg, S. 31.

<sup>342</sup> Vgl.: Schmidt, Heinrich / Sommer, Karl-Ludwig / Burblys, Olaf: Chronik des Landkreises Ammerland, Oldenburg 2005, S. 246.

ihrer ursprünglichen politischen Orientierung bzw. ihrer Milieuzugehörigkeit abstimmen. Im Landkreis Oldenburg bestand eine enge Verzahnung von lokalem Milieu und Partei, so dass die Wähler auch hier nach ihren ursprünglichen Orientierungen ihre Stimme abgaben. Der ausgeprägte agrarische Charakter des Oldenburger Landes könnte eine Ursache für die diagnostizierte lokale Remanenz sein. Erst spät setzte die schwach ausgeprägte Industrialisierung ein, so dass Oldenburg länger ein Agrarstaat blieb als andere deutsche Staaten.<sup>343</sup>

Am 3. Oktober 1976 fielen die Bundestags- und Kreiswahlen im Landkreis Oldenburg auf einen Tag zusammen. Diese terminliche Überschneidung beinhaltete die Gefahr, dass die Kreiswahlen zugunsten der Bundestagswahlen „untergehen“ würden. Von der hohen Wahlbeteiligung (90,4 Prozent) konnte die Kreiswahl profitieren, aber inhaltlich standen die lokalen Themen im Schatten der „großen“ Politik.<sup>344</sup> Der Kreisverband Oldenburg-Land warb unter dem gleichen Slogan, der auch auf Bundesebene verwendet wurde: „Leistung wählen!“ In einer Anzeigenserie in der Nord-West-Zeitung hob die FDP ihre lokalen Aktivitäten hervor.<sup>345</sup> Beim vorsichtigen Vergleich der Bundestagswahlergebnisse im Landkreis Oldenburg mit den Ergebnissen der Kreiswahl wird erkennbar, dass die lokale FDP bei der Kreiswahl besser abschnitt als die Bundespartei in der Region.<sup>346</sup> Es liegt die Vermutung nahe, dass die Oldenburger Wähler der FDP in der „unpolitischen“ Kommunalpolitik mehr zutrauten als in der „großen“ Politik auf Bundesebene. Die terminliche Kongruenz der Bundestags- und der Kreiswahl stellte eine Ausnahme dar. Generell zeigte sich der kommunale Wahlkampf in einem anderem Gewand als der Bundestags- oder Landtagswahlkampf. Wahlprogramme und Programmaussagen nahmen in der Kommunalpolitik eine deutlich geringere Rolle als in der „großen Politik“ ein. Sie existieren weitgehend nur als Rechtfertigung der bislang geleisteten Arbeit, allerdings musste sich die Parteiloyalität auf Ortsebene im Gesamtprogramm wiederfinden.<sup>347</sup> Typisch für den Wahlkampf im Landkreis Oldenburg war der regionale Bezug. Überörtliche Medien oder Großveranstaltungen spielten nur eine untergeordnete Rolle, auch wenn vor Bundestags- oder Landtagswahlen durchaus FDP-Prominenz in den Oldenburger

---

<sup>343</sup> Vgl.: Reeken, Dietmar von: Von der Mangelwirtschaft zur Arbeitsgesellschaft. Oldenburgs schwieriger Weg in das „Wirtschaftswunder“, in: Eckhardt, Albrecht (Hg.): Oldenburg um 1950, S. 81.

<sup>344</sup> Vgl.: LSKN-Online: Bundestagswahlen 1976 in Niedersachsen, Ergebnisse für den Landkreis Oldenburg, <http://www.nls.niedersachsen.de/Tabelle/K5010311/Wahlen/Bwab1976.html>, letzter Zugriff: 08.05.2009, 09.47.

<sup>345</sup> NWZ vom 28.08.1976, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 111.

<sup>346</sup> Nach eigenen Berechnungen auf der Basis der Wahldaten des Kreisarchivs Wildeshausen erhielt die FDP bei der Kreiswahl 16,1 Prozent, während sie bei der Bundestagswahl 12,4 Prozent der Erststimmen und 12,9 Prozent der Zweitstimmen erzielte.

<sup>347</sup> Vgl.: Theis: Die lokale Basis der FDP, S. 17f.

Raum kam, z. B. sprach Genscher unmittelbar vor der Landtagswahl 1982 auf dem Rathausplatz in Delmenhorst.<sup>348</sup> Es fand ein parteipolitisch akzentuierter Wahlkampf statt. Die einzelnen Parteien betonten die Besonderheit ihrer Programme, welche die Grundwerte der zugehörigen Partei beinhalteten. Bei „unpolitischen“ Sachentscheidungen, wie z. B. dem Bau eines Freizeitbades oder der Verbesserung beim Schülertransfer, unterschieden sich die Aussagen der Parteien kaum voneinander. Sie konzentrierten sich auf eine „*unpolitische Rhetorik*“<sup>349</sup>, die sich vor allem auf das Wohl der Gesamtgemeinde bezog. Allerdings untermauerten sie ihre Forderungen mit den übergeordneten Zielen der Bundespartei. In diesem Sinne forderte die FDP im Landkreis Oldenburg Soziale Marktwirtschaft und richtete sich damit an den örtlichen Mittelstand. Die Methode der Listenwahl und die Konsolidierung von Kreistagsfraktionen veranschaulicht die parteipolitischen Differenzierungen im kommunalen Wahlkampf.<sup>350</sup> Demnach herrschten im Landkreis Oldenburg konkurrenzdemokratische Strukturen vor, während die Strukturen des konkordanzdemokratischen Modells kontinuierlich an Bedeutung verloren (vgl. Kap. 2.2.4).

Wie auf Bundes- und Landesebene war auch im Landkreis Oldenburg die Rollenverteilung der Parteien starken Veränderungen ausgesetzt. Wechselnde Führungspositionen der Parteien sowie die Stellung der stärksten Minderheitengruppe prägten das regionale Parteiensystem. Nach der Kreiswahl 1976 stellte die FDP in den ehemaligen CDU-Hochburgen Großenkneten und Dötlingen die Bürgermeister. Die Konfliktstruktur im Oldenburger Land wich allerdings vom Bundestrend ab. Während sich im Oldenburgischen der Grundkonflikt zwischen CDU und FDP abspielte, verlief auf Bundesebene die dominierende Konfliktebene zwischen CDU/CSU und SPD.<sup>351</sup> Die Gruppenbildung im Kreistag des Landkreises Oldenburg zeigt, dass sich mehrere Konstellationen ergeben konnten: Nach der Kreistagswahl vom 3. Oktober 1976 war die CDU zwar stärkste Fraktion mit 17 der insgesamt 37 Sitze, aber SPD (14 Sitze) und FDP (6 Sitze) bildeten eine Gruppe.<sup>352</sup> Bei den Teilkommunalwahlen am 23. Oktober 1977 verteilten sich die nun 43 Kreistagssitze ähnlich. Die CDU war wiederum stärkste Fraktion (21 Sitze), während sich SPD (15 Sitze) und FDP (7 Sitze) zu einer Ein-Stimmenmehrheit zusammenschlossen. Auf die Kreiswahl am 27. September 1981 folgte eine andere Gruppenbildung. Die CDU (21 Sitze) und die Unabhängige

---

<sup>348</sup> NWZ vom 13.03.1982, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 2.

<sup>349</sup> Lehbruch: Der Januskopf der Ortsparteien, S. 5.

<sup>350</sup> Vgl.: Leder / Friedrich: Kommunalpolitik und Kommunalwahlen in Niedersachsen, S. 92f.

<sup>351</sup> Vgl.: Naßmacher: Zerfall einer liberalen Subkultur, S. 38.

<sup>352</sup> Endgültige Ergebnisse der Kreis- und Gemeindewahlen vom 03.10.1976, in: KW Landkreis Oldenburg: Aktenbestand 159513.

Wählergemeinschaft (UWG) (1 Sitz) bildeten eine Zählgemeinschaft. Der SPD (13 Sitze) und FDP (8 Sitze) fehlte ein Sitz, um die bisherige Gruppe fortzuführen. Bereits am 22. März 1984 zerbrach die Zählgemeinschaft. Daraufhin kam es zu einer Gruppenbildung zwischen CDU und FDP, die nun eine stabile Zweidrittelmehrheit (29 Sitze) auf sich vereinigen konnte.<sup>353</sup> Nach der Kreistagswahl vom 5. Oktober 1986 wurde die Gruppe aus CDU (20 Sitze) und FDP (6 Sitze) fortgesetzt. Die SPD erhielt 18 Sitze. Ein Vergleich der Gruppenbildung im Landkreis Oldenburg mit den damaligen Koalitionen auf Bundesebene erscheint riskant, da in der Lokalpolitik andere Inhalte dominieren als in der Bundespolitik. Allerdings bestätigt sich, dass der Grundkonflikt im Oldenburgischen zwischen CDU und FDP ablief. Bei den Kreiswahlen 1976, 1977 und 1981 hätte sich die FDP für eine Gruppenbildung mit der CDU entscheiden können, um eine sichere Mehrheit im Kreistag zu schaffen. Nach dem Bruch der Zählgemeinschaft trat die FDP als „Mehrheitsbeschaffer“ hinzu. Dieses Politikverhalten weckt Erinnerungen an das Jahr 1976, als die FDP in Niedersachsen entgegen ihren Wahlversprechen doch noch eine Koalition mit der CDU einging (vgl. Kap. 4.1.3). Dieses Beispiel veranschaulicht, dass politische Einflussinteressen durchaus die Kommunalpolitik der FDP bestimmen.<sup>354</sup> Es wäre an dieser Stelle falsch, Kommunalpolitik nur als „unpolitische Sachpolitik“ einzustufen.

Bei der FDP im Landkreis Oldenburg zeigt sich eine deutliche Verbindung zum lokalen Vereinsleben. Die Listenkandidaten der FDP waren im örtlichen Vereinleben sehr aktiv. Nicht nur Eilert Tantzen übte diese ehrenamtlichen Aktivitäten aus, sondern auch die anderen Kandidaten.<sup>355</sup> Kommunale Ämter wurden als Ehrenämter betrachtet.<sup>356</sup> In diesem Sinne besaß die lokale FDP trotz dem programmatischen Wandel auf Bundesebene deutliche Züge einer Honoratiorenpartei.<sup>357</sup> Zum Beispiel hatte die FDP im Landkreis Oldenburg nur ehrenamtliche Mitarbeiter und keine bezahlten Funktionsträger. Eilert Tantzen erhielt lediglich eine Aufwandsentschädigung.<sup>358</sup> Die Oldenburger Liberalen hatten eine Art Clubcharakter. Die Lokalpresse berichtete regelmäßig über gesellige Abende: *„Zu einer Fete mit Erbensuppe, Korn und Bier hatte am Donnerstagabend der FDP-Kreisvorstand eingeladen.“*<sup>359</sup> Im Nachlass (Dep 73 Akz. 322) befinden sich zahlreiche Fotografien von geselligen Veranstaltungen der

---

<sup>353</sup> NWZ vom 26.03.1984, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 145.

<sup>354</sup> Vgl.: Detjen: Demokratie in der Gemeinde, S. 186.

<sup>355</sup> Wahlkampfbroschüre der FDP für die Kreiswahl 1976 (ohne Datum), in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 111.

<sup>356</sup> Vgl.: Lehmbruch: Der Januskopf der Ortsparteien, S. 4.

<sup>357</sup> Bei der Typologisierung einer Honoratiorenpartei legen Lösche und Walter neun Kriterien fest. Vgl.: Lösche / Walter: Die FDP, S. 164f.

<sup>358</sup> Aufwandsentschädigung des Landkreis Oldenburgs für Eilert Tantzen vom 20.12.1983, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 145.

<sup>359</sup> Oldenburgische Volkszeitung vom 01.06.1982, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 2.

Liberalen, zu denen auch Bürger eingeladen waren. Die Abendveranstaltungen fanden meist in gutbürgerlichen Gasthäusern oder Schützenhäusern statt. Dabei stellte das alljährliche Oldenburger Grünkohlessen (Defftig Ollborger Gröönkohl Äten) eine feste Institution im Terminkalender dar.<sup>360</sup> Im Raum des FDP-Bezirksverbandes Oldenburg war die „Liberale Woche“ ein Veranstaltungshöhepunkt. Jährlich organisierte ein Kreisverband diese Veranstaltungswoche. Vom 26. bis 5. Juli 1980 fand die „Liberale Woche“ im Landkreis Oldenburg statt. Der FDP-Bundestagskandidat Prof. Dr. Hans Ludwig Freytag referierte zu verschiedenen Politikbereichen, die sich vor allem auf die Bundespolitik bezogen.<sup>361</sup> Kommunalpolitische Themen wurden nur soweit im Programm aufgeführt, als dass sie sich an den Interessen der mittelständischen Wirtschaft orientierten. Die „Liberale Woche“ hatte eine Art Eventcharakter, was die unterschiedlichen Veranstaltungen in den Gemeinden des Landkreises Oldenburg veranschaulichen (z.B. ein Fahrradspiel mit dem Titel „Liberrallye“ oder eine „Politikshow“).<sup>362</sup> Mit dieser Veranstaltung nahm die FDP auch bei nicht aktiven Mitgliedern und Sympathisanten einen festen Platz in der Freizeitgestaltung ein.<sup>363</sup> Im Idealfall konnten sie Bürger für ihre Partei interessieren, weil bei diesen „Familienfesten“ zugleich Inhalte liberaler Politik vermittelt wurden.

Die FDP im Landkreis Oldenburg zeigte vor (Kommunal-)Wahlen verstärkte Präsenz. Sie schaltete z.B. Anzeigenserien in der Nord-West-Zeitung. Die Beschränkung der politischen Aktivitäten bzw. die Mobilisierung der Parteimitglieder auf die Wahlkampfphasen gelten als ein Hauptmerkmal von Honoratiorenparteien.<sup>364</sup> Die FDP im Landkreis Oldenburg lässt sich nicht eindeutig in diese Typologie einordnen. Gegen ihren Charakter als Honoratiorenpartei spricht, dass sie auch außerhalb der Wahlkampfzeiten Präsenz zeigte. Die FDP-Kreistagsfraktion bereiste regelmäßig die Gemeinden des Landkreises, um die örtlichen „Brennpunkte“ zu besichtigen (z. B. das Deponiegelände in Bargloy bei Wildeshausen).<sup>365</sup> Allerdings muss berücksichtigt werden, dass die Kommunalpolitik diese Gegenwärtigkeit erfordert, damit Entscheidungen mit dem notwendigen Sachverstand getroffen werden können.

Durch den Aufbau örtlicher Gliederungen wollen Parteien (flächendeckende) Präsenz und Bürgernähe demonstrieren. Auf kommunaler Ebene erweist sich die Rekrutierung von ausreichend Personal meist als schwierig, so dass sich Kreis- und Ortsverbände

---

<sup>360</sup> Fotografie vom „Defftig Ollborger Gröönkohl-Äten“ der Stadt Oldenburg mit Anschreiben von Oberbürgermeister Hans Fleischer (April 1981), in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 11.

<sup>361</sup> Der Bezirksverband Oldenburg wählte mit Freytag einen Bundestagskandidaten aus, der als habilitierter Wirtschaftswissenschaftler die mittelständische Wirtschaft vertreten sollte.

<sup>362</sup> Programmübersicht für die „Liberale Woche“ des FDP-Kreisverbandes Oldenburg-Land (Juni 1980), in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 11.

<sup>363</sup> Vgl.: Theis: Die lokale Basis der FDP, S. 33.

<sup>364</sup> Vgl.: Lösche / Walter: Die FDP, S. 162.

<sup>365</sup> Wildeshauser Zeitung vom 6.06.1984, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 44.

nur aus wenigen (aktiven) Mitgliedern zusammensetzen.<sup>366</sup> Besonders in Süldoldenburg kämpfte die FDP mit diesem Problem. In Nord- und Mitteloldenburg war diese Problematik weniger akut. Der FDP-Ortsverband Hatten stach mit seinen hohen Mitgliederzahlen heraus. Von 1972 bis 1984 stieg die Mitgliederzahl von ursprünglich 12 auf 200 Parteimitglieder in der Gemeinde an. Dadurch entwickelte sich dieser Ortsverband zum stärksten in ganz Niedersachsen.<sup>367</sup> Der Kreisverband Oldenburg-Land litt ebenfalls nicht unter Mitgliedermangel. Von den insgesamt sieben Kreisverbänden des Bezirksverbandes Oldenburg wies er mit 473 Mitgliedern die höchste Mitgliederzahl auf.<sup>368</sup>

In der Regel blieb der politische Einfluss der Ortsverbände auf die lokale Politik beschränkt. Die Hatter Liberalen nahmen hier wiederum eine Sonderrolle ein, indem sie versuchten an der politischen Willensbildung auf Landes- und Bundesebene teilzunehmen (vgl. Exkurs III). Eilert Tantzen war zu diesem Zeitpunkt Bürgermeister der Gemeinde Hatten und Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Oldenburg. Es ist davon auszugehen, dass er eine initiiierende Rolle einnahm.<sup>369</sup> Der Umgang der politischen Elite mit der Parteibasis beschränkte sich weitestgehend auf den FDP-Bezirksverband.<sup>370</sup> Landes- und Bundesparteitage stellten eine Möglichkeit zur Kommunikation zwischen der Parteibasis und den übergeordneten Parteiebenen dar.<sup>371</sup> Zum Beispiel waren im Jahr 1982 Eilert Tantzen, Prof. Dr. Hans Freytag und Friedrich Rüter Bundesparteitagsdelegierte des Kreisverbandes Oldenburg-Land. Zudem war Eilert Tantzen durch seine Arbeit im Landes- und Bundesfachausschuss Umwelt über die Oldenburger Grenzen bekannt. Er fungierte als „Vermittler“ zwischen den verschiedenen Parteiebenen, indem er die innerparteiliche Kommunikation antrieb. Im Nachlass (Dep 73 Akz. 322) befinden sich zahlreiche Korrespondenzen mit Bundespolitikern, in denen Tantzen auf die Interessen der Oldenburger Liberalen verweist. Bezogen auf den (kommunalen) Umweltschutz schreckte Tantzen nicht davor zurück, die oberen Parteiebenen zu kontaktieren. Die FDP im Landkreis besaß einen spezifischen Regionalcharakter, der sich in der tiefen Verbundenheit zur Oldenburger

---

<sup>366</sup> Vgl.: Schneider: Kommunalpolitik auf dem Lande, S. 160.

<sup>367</sup> Liberale Zeitung Oldenburg-Land vom 20.04.1984, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 145.

<sup>368</sup> Fragebogen der Satzungs- und Organisationskommission des FDP-Landesverbandes Niedersachsen vom 12.03.1980, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 11.

<sup>369</sup> Im Ortsverband Hatten gründete sich im Juni 1982 ein eigener Kreisjugendverband der lokalen FDP. Der „Arbeitskreis Junge Liberale“ orientierte sich an den „Jungen Liberalen“, die sich gegen die als zu links empfundenen Jungdemokraten auflehnten. NWZ vom 23.06.1982, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 11.

<sup>370</sup> Bezirksverbände sind eine besondere Organisationsform, die nur in fünf Landesverbänden zu finden ist. Die Akteure dieser Ebene arbeiten überwiegend ehrenamtlich. Vgl.: Theis: Die lokale Basis der FDP, S. 15.

<sup>371</sup> Ebd., S. 42.

Landschaft ausdrückte. Zugleich orientierten sich die Kreisverbände des Bezirksverbandes Oldenburg an den lokalen Gegebenheiten.

## **4.2 Umweltschutz im Landkreis Oldenburg**

### **4.2.1 Die kommunalen Umweltberichte (1979-1986)**

Am 15. Juli 1980 veröffentlichte der Landkreis Oldenburg als erster Landkreis in Niedersachsen einen kommunalen Umweltbericht. Auf 68 Seiten bilanzierte die Kreisverwaltung unter dem Titel „Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1979/80“ ihre Tätigkeiten im Umweltschutz. Die Veröffentlichung war auf die Empfehlung des Kreisumweltausschusses zurückgegangen, einen jährlichen Bericht über die anstehenden Probleme des Umweltschutzes im Landkreis Oldenburg herauszugeben und dabei die Maßnahmen und Initiativen zur Behebung dieser Missstände zu erläutern (vgl. Kap. 4.2.3). Im Allgemeinen dokumentieren Umweltberichte die aktuelle Umweltsituation. Neben einer lokalen Bestandsaufnahme arbeiten sie die räumlichen und sektoralen Belastungsschwerpunkte heraus und setzten sie mit den geplanten oder bereits eingeleiteten Umweltschutzmaßnahmen in Relation. Damit tragen die Umweltberichte entscheidend zur Entwicklung eines mittel- und langfristigen Planungskonzeptes für die Region bei, um die Grundlagen des Umweltschutzes zu schaffen.<sup>372</sup> Die frühe Veröffentlichung des Umweltberichts erweckt den Eindruck, dass der Landkreis Oldenburg in Niedersachsen eine Vorreiterrolle im kommunalen Umweltschutz einnahm.

In seiner Funktion als Leiter der Verwaltung brachte Oberkreisdirektor Erich Wille (1980-1985) den Umweltbericht in erster Linie für die Mitglieder des Kreistages heraus. Erst in den Folgeausgaben entwickelten sich die Umweltberichte zu einem Informationsmedium für die Bürger. Im Vorwort des zweiten Umweltberichts von 1980/81 heißt es: *„Dieser Bericht hat ein unerwartet großes Interesse in der Öffentlichkeit gefunden. Trotz einer Auflage von 400 Exemplaren war die Auflage sehr schnell vergriffen.“*<sup>373</sup> Demnach interessierten sich die Bürger für den (lokalen) Zustand der Umwelt. Einige Bürger forderten sogar, dass sich die Kreisverwaltung stärker engagieren sollte und drängten auf unbürokratische Lösungen im Umweltschutz.<sup>374</sup> Erst im Vorwort des Umweltberichts 1982/83 wird betont, dass sich dieser auch an die Öffentlichkeit richte. Trotz des sensibilisierten Umweltbewusstseins

---

<sup>372</sup> Vgl.: Klaus, Manfred: Kommunale Umweltberichte, in: Bey, Wolfgang / Klaus Manfred / Rössel, Uwe Jens (Hg.): Das gläserne Rathaus. Kommunalpolitik von A bis Z, Hamburg 2001, S. 299.

<sup>373</sup> Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1980/81, Oldenburg 1981, S. 1.

<sup>374</sup> Vgl.: Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1982/83, Oldenburg 1983, S. 1.

seiner Bürger hatte der Landkreis mit „Umweltsündern“ zu kämpfen, welche Freiräume in der Umweltgesetzgebung zu ihren Gunsten ausnutzten.<sup>375</sup> Auf diese Verstöße reagierte die Kreisverwaltung mit regulativen Maßnahmen, um die Lücken des Umweltschutzes zu schließen. An dieser Stelle offenbart sich die „Doppelrolle“ des Bürgers, der zugleich Verursacher und Betroffener von Umweltbelastungen ist. Es bestand eine häufige Diskrepanz zwischen den geäußerten Verhaltensabsichten und dem tatsächlichen Umweltverhalten.<sup>376</sup>

Der erste Umweltbericht 1979/80 des Landkreises Oldenburg thematisiert die unterschiedlichen Teilbereiche des Umweltschutzes, welche in der Zuständigkeit der Verwaltung lagen, wobei dem Naturschutz und der Landschaftspflege eine herausragende Bedeutung zukam. Im Sinne der Definition des Umweltprogramms der Bundesregierung (1971) bezog sich der Umweltschutz auf die Gesamtheit aller Maßnahmen zum Schutz der Umwelt für und vor dem Menschen (vgl. Kap. 2.1.1). Abschließend wurde die Beschäftigung der zuständigen Kreistagsausschüsse mit umweltbedeutsamen Themen aufgelistet. Es muss berücksichtigt werden, dass der Umweltbericht nicht die ergriffenen Maßnahmen bewertete, sondern lediglich bilanzierte. Die Diskussion blieb dem politischen Bereich und der Presse vorbehalten. Die regionale Presse reagierte auf den Umweltbericht positiv. Zudem lobte der Niedersächsische Heimatbund die Umweltaktivitäten im Landkreis Oldenburg, insbesondere den jährlichen Umweltbericht.<sup>377</sup>

Bis 1986 orientierten sich die Umweltberichte in Form und Aufbau am ersten Umweltbericht. Der Umweltbericht 1986/88 wies erstmals eine andere Gliederung auf, welche den lokalen Umweltzustand entlang der Umweltmedien Luft, Wasser, Boden sowie Natur und Landschaft analysierte.<sup>378</sup> Seit 1979 nahmen die Hintergrundinformationen stetig ab, was sich auch in einer verringerten Seitenzahl widerspiegelte. Während es im ersten Umweltbericht noch hieß, dass das jährliche Erscheinen eine Art Selbstkontrolle der Verwaltung hinsichtlich der Tätigkeiten im Umweltschutz gewährleisten solle, wurde im Umweltbericht 1983/84 verkündet, dass in Zukunft nur alle zwei Jahre ein Bericht vorgelegt werde, um die Verwaltung zu entlasten und die verbleibende Zeit „besser“ zur Behebung des Vollzugsdefizit der Verwaltung im Bereich Umweltschutz zu nutzen.<sup>379</sup>

---

<sup>375</sup> Vgl.: Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1981/82, Oldenburg 1982, S. 1.

<sup>376</sup> Vgl.: Hucke: Kommunale Umweltpolitik, S. 479.

<sup>377</sup> Landkreis-Anzeiger vom 08.05.1980, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 53 I.

<sup>378</sup> Vgl.: Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1986/88, Oldenburg 1988, S. 3.

<sup>379</sup> Vgl.: Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1983/84, Oldenburg 1984, S. 1.

Alle Umweltberichten greifen die Problemkreise des Umweltberichts 1979/80 wieder auf. Exemplarisch für diese Kontinuität steht der Bodenabbau, der ein ständiges „Sorgenkind“ im lokalen Umweltschutz war. Die Rohstoffe Sand und Torf waren von großer Bedeutung für die Wirtschaft des Landkreises Oldenburg, so dass häufig Nutzungskonflikte zwischen der Sandausbeute und der Landschaftspflege auftraten. Die Zahl der genehmigten Bodenabbaustellen erhöhte sich kontinuierlich. Parzellenartig drangen Abbaustätten in das Landschaftsbild ein. Zudem rekultivierten die Betreiberfirmen die Flächen meist nur unzureichend, um auf diese Weise Kosten zu sparen. Teilweise musste der Landkreis Oldenburg die Rekultivierungsmaßnahmen selbst finanzieren, weil der eigentliche Verursacher nicht mehr ausfindig gemacht werden konnte.<sup>380</sup> Erst die Richtlinien des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes (1981) konnten die Kreisverwaltung allmählich entlasten, weil fortan Genehmigungen nur nach einer Vorprüfung erlassen wurden.<sup>381</sup>

Alle Umweltberichte enden mit einer Auflistung „Umweltschutz in den Fachausschüssen“. Der Vergleich der einzelnen Auflistungen zeigt für den Zeitraum von Juni 1975 bis März 1984 einen quantitativen Anstieg der Behandlung umweltrelevanter Themen in den Fachausschüssen.<sup>382</sup> Ab 1979 intensivierte sich die Beschäftigung mit dem Thema Umwelt. Vorrangig behandelte der Umweltausschuss dieses Feld, aber auch der Raumplanungsausschuss, der Straßen- und Verkehrsausschuss, der Bauausschuss sowie der Kultur- und Sportausschuss befassten sich mit umweltrelevanten Themen. An der Vielzahl der Fachausschüsse wird deutlich, dass auch im Landkreis Oldenburg Umweltschutz als eine Querschnittsaufgabe behandelt wurde (vgl. Kap. 2.2.3). Der Straßen- und Verkehrsausschuss befasste sich mehrfach mit dem Ausbau der Kreisstraße 226, welche durch die Gemeinde Hude führte.<sup>383</sup> Am 24. Juni 1978 tagte der Landesfachausschuss Umwelt der FDP in Hude. Das Schwerpunktthema dieser

---

<sup>380</sup> Vgl.: Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1979/80, Oldenburg 1980, S. 24.

<sup>381</sup> Vgl.: Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1982/83, S. 14. / Vgl.: Plachter, Harald: Naturschutz, Stuttgart 1991, S. 138ff.

<sup>382</sup> Die Fachausschüsse haben sich von Juni 1975 bis April 1980 41-mal, von Mai 1980 bis Februar 1981 43-mal, von Mai 1981 bis März 1982 58-mal, von April 1982 bis März 1983 57-mal und von Juni 1983 bis März 1984 64-mal mit Themen aus dem Bereich Umweltschutz befasst.

<sup>383</sup> Niederschriften der Sitzungen des Straßen- und Verkehrsausschusses (13.01.1981), in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 116.

Der damalige Wirtschafts- und Verkehrsminister Küpker betonte bei seinem Besuch im Landkreis Oldenburg (01.10.1975), dass trotz des Ausbaues der Kreisstraße zum Autobahnzubringer die „grüne Lunge“ der Region nicht angetastet werden dürfe. Er stellte einen latenten Zielkonflikt zwischen dem Ausbau der Verkehrswege und den dortigen Konzepten zur Naherholung fest. Die Landesregierung sei aber mit dem Ausbau der Kreisstraße 226 einverstanden. NWZ vom 02.10.1975, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 125.

Sitzung war die Konfliktsituation zwischen Straßenbau und Landschaftsschutz. Bei der Besichtigung der Kreisstraße 226 wurde dieser Zielkonflikt diskutiert.<sup>384</sup> Hinsichtlich der qualitativen Entwicklung liefert die Auflistung keine neuen Erkenntnisse. Lediglich die Position umweltbedeutsamer Themen auf der Tagesordnung der Sitzungen des jeweiligen Ausschusses zeigt, dass diese Themen im Umweltausschuss vorne rangierten, während sie in den anderen Fachausschüssen tendenziell weiter hinten angesiedelt waren. Die kommunalen Umweltberichte symbolisieren die wachsende Bedeutung des Umweltschutzes im Landkreis Oldenburg wider. Die Reduzierung des Erscheinens auf alle zwei Jahre zeigt, dass die Kreisverwaltung mit ihren vielfältigen Aufgaben im Umweltschutz tendenziell überfordert war. Der Umweltbericht kann als Vorbereitung für den Landschaftsrahmenplan gesehen werden, der 1995 erstmals vom Landkreis Oldenburg herausgegeben wurde.<sup>385</sup>

#### **4.2.2 Naturschutz und Landespflege**

Mit der Gründung des Kreisumweltausschusses am 6. Juli 1974 etablierte sich der Umweltschutz im Landkreis Oldenburg auf institutioneller Ebene. Die Mitglieder des Umweltausschusses sollten die Beschlüsse des Kreisausschusses und des Kreistages vorbereiten sowie den Oberkreisdirektor in Umweltfragen beraten. Somit kann der Umweltausschuss als ein „Rat von Sachverständigen“ angesehen werden, der sich mit der komplexen Materie des Umweltschutzes auseinandersetzte.

Die Umweltberichte (1979-1986) eröffnen einen Einblick in die Maßnahmen der Kreisverwaltung im Umweltschutz. Sie zeigen, dass der thematische Schwerpunkt beim ökologischen Umweltschutz (Naturschutz und Landespflege) lag, während der technische Sektor des Umweltschutzes (Luftreinhaltung, Klärung von Abwässern, Abfallbeseitigung) eine nachgeordnete Position einnahm. Ab Mitte der 1980er Jahre spiegelt sich in den Umweltberichten die Ausgestaltung der Umweltgesetzgebung wider, die einen größeren Verwaltungsaufwand zur Folge hatte. Aus Zeitungsartikeln im Nachlass Dep 73 Akz. 322 wird ersichtlich, dass sich bis etwa Mitte der 1970er Jahre der Umweltschutz weitgehend auf technische Maßnahmen beschränkte (z. B. Beseitigung wilder Müllkippen). Ab 1972 lassen sich kommunale Maßnahmen mit einem Umweltbezug nachweisen, die sich aber nur auf den Internationalen Tag der Umwelt erstreckten. Am 5. Juni 1976 veranstaltete der Landkreis Oldenburg einen Wettbewerb „Aktion saubere Landschaft“, mit der Intention das Umweltbewusstsein der

---

<sup>384</sup> Protokoll der Sitzung des FDP-Landfachausschusses für Umwelt vom 24.06.1978 in Oldenburg, in: AdL: LV Niedersachsen 15572.

<sup>385</sup> Vorentwurfsfassung des Landschaftsrahmenplans für den Landkreis Oldenburg (Mai 1994), in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 170. / Vgl.: Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1994, Oldenburg 1994, S. 50.

Bürger auf spielerische Weise zu vertiefen. Die Kreisverwaltung setzte ein Preisgeld in Höhe von 5.000 DM an, für diejenige Gemeinde mit den erfolgreichsten Umweltschützern.<sup>386</sup>

Als Höhere Naturschutzbehörde lag die Zuständigkeit für die Naturschutzgebiete bei der Bezirksregierung Weser-Ems, während die Überwachung und die anfallenden Pflegemaßnahmen vom Landkreis Oldenburg als Untere Naturschutzbehörde durchgeführt wurden. Laut dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) von 1976 war die zentrale Aufgabe des Naturschutzes der Erhalt ausgewählter Pflanzen- und Tierarten sowie einzelner Ökosysteme.<sup>387</sup> Der Umweltbericht 1979/80 beinhaltet eine Übersicht mit kurzer Charakterisierung der Naturschutzgebiete im Landkreis Oldenburg.<sup>388</sup> Daraus wird ersichtlich, dass der naturnahe Erhalt von Mooren im Mittelpunkt der Unterschutzstellungen stand. Allein in den Jahren 1977 bis 1980 wurden vier Feuchtgebiete unter Naturschutz gestellt, die teilweise nur wenige Hektar umfassten (z. B. das Geermoor bei Hatten). Auch wenn die Naturschutzgebiete häufig von Landschaftsschutzgebieten umrahmt wurden, erscheinen die Unterschutzstellungen als ein „konservierender Naturschutz“. Nach Engels hatte diese Form des Naturschutzes, der Naturgüter und traditionelle Landschaftstypen für die Nachwelt aufbewahren wollte, seinen Ursprung im Kaiserreich.<sup>389</sup> Im Landkreis Oldenburg wurden Gebiete im Sinne von „Naturreservaten“ angelegt, um das jeweilige Ökosystem zu schützen. Die Wechselwirkungen der unterschiedlichen Ökosysteme schienen dabei kaum berücksichtigt zu werden. Die Probleme bei der Erhaltung einiger Naturschutzgebiete (z. B. Pestruper Moor) verdeutlichen dieses Versäumnis. Ab den 1980er Jahren griff die Kreisverwaltung verstärkt auf wissenschaftliche Untersuchungen zurück, um diese Feuchtgebiete zu retten.<sup>390</sup> Bei der Veröffentlichung des ersten Umweltberichts betonte Oberkreisdirektor Wille, dass der Leitgedanke der Umweltschutzmaßnahmen nicht „*vom konservierenden Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes*“ geprägt sei, sondern vielmehr von der „*vorausschauenden Planung unter Beachtung der natürlichen Begebenheiten*“<sup>391</sup>. Das Reichsnaturschutzgesetz von 1935 war das erste landesweite Naturschutzgesetz. Nach dem Zweiten Weltkrieg galten wesentliche Teile des Reichsnaturschutzgesetzes in den Ländern zunächst fort, ehe eigene Landesnaturschutzgesetze mit entsprechenden Neuregelungen

---

<sup>386</sup> NWZ vom 06.05.1976., in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 143.

<sup>387</sup> Vgl.: Plachter: Naturschutz, S. 382ff. / Arbeitsgemeinschaft beruflicher und ehrenamtlicher Naturschutz (Hg.): 10 Jahre Bundesnaturschutzgesetz. Erfahrungen und Erfordernisse (Jahrbuch für Naturschutz und Landschaftspflege 39), Greven 1986.

<sup>388</sup> Vgl.: Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1979/80, S. 9f.

<sup>389</sup> Vgl.: Engels, Jens Ivo: Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950-1980, Paderborn 2006, S. 37f.

<sup>390</sup> Vgl.: Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1980/81, S. 10.

<sup>391</sup> NWZ vom 16.07.1980, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 53 I.

verabschiedet wurden. Das BNatSchG von 1976 bezog sich in weiten Teilen ebenfalls auf das Reichsnaturschutzgesetz.<sup>392</sup> Das BNatSchG legte den Rechtsrahmen fest, innerhalb dessen die einzelnen Länder ihre entsprechenden Vorschriften erlassen konnten. Allerdings regelte es nur Teilbereiche (z. B. das Artenschutzrecht), so dass den Ländern ein Gestaltungsspielraum verblieb. In Niedersachsen galt das Reichsnaturschutzgebiet bis zum 1. Juli 1981.<sup>393</sup> Das Inkrafttreten des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes stellte eine Zäsur für die Gestaltung des Umweltschutzes im Landkreis Oldenburg dar, denn die ehrenamtliche Arbeit von Sachverständigen im Naturschutz bezog sich fortan auf eine andere Rechtsgrundlage. Die Kreisnaturschutzstelle mit ihren ehrenamtlichen Mitgliedern wurde aufgelöst, weil diese Institution im neuen Gesetz nicht mehr vorkam.<sup>394</sup>

Im Landkreis Oldenburg bildeten Naturschutz und Landschaftspflege ein „Zwillingspaar“<sup>395</sup>, denn sie waren untrennbar miteinander verbunden und bedingten sich gegenseitig. Dennoch verfolgte die Landschaftspflege unterschiedliche Ziele, die miteinander in Einklang gebracht werden mussten. Dazu gehörten die (ästhetische) Bewahrung des Landschaftsbildes, die (ökonomische) Entwicklung bestimmter Landnutzungsformen und die (kulturgeschichtliche) Berücksichtigung verschiedener Landschaftselemente. Hinzu kam die Sicherung und Entwicklung der Landschaft für Erholungszwecke.<sup>396</sup> Im Landkreis Oldenburg war das übergeordnete Ziel der Landschaftspflege die Sicherung des Naturhaushaltes. Dazu gehörte z. B. die Erhaltung und Pflege des Waldes.<sup>397</sup> An dieser Stelle ist es notwendig, den Unterschied zwischen Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten zu erklären. Naturschutzgebiete genießen einen besonderen Schutz von Natur und Landschaft, entweder in ihrer Ganzheit oder in einzelnen Teilen. Alle Formen menschlicher Nutzung sind in diesen Zonen verboten. Im Unterschied dazu sind in Landschaftsschutzgebieten nur diejenigen Handlungen verboten, welche den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen.<sup>398</sup> In Niedersachsen existierte für den Untersuchungszeitraum keine einheitliche Regelung, denn die Bezirksregierung Weser-Ems konnte landkreisübergreifende Landschaftsschutzverordnungen erlassen. Plachter stuft den Wert von Landschaftsschutzgebieten für den Umweltschutz als sehr gering ein, denn statt der Unterschutzstellung würden

---

<sup>392</sup> Vgl.: Hünemörder: Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik, S. 29.

<sup>393</sup> Vgl.: Plachter: Naturschutz, S. 382.

<sup>394</sup> Vgl.: Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1980/81, S. 5.

<sup>395</sup> Vgl.: Engels: Naturpolitik in der Bundesrepublik, S. 86.

<sup>396</sup> Vgl.: Plachter: Naturschutz, S. 6.

<sup>397</sup> Vgl.: Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1979/80, S. 11.

<sup>398</sup> Vgl.: Plachter: Naturschutz, S. 379ff.

indirekt Entwicklungen gefördert werden, welche den eigentlichen Zielen der Landschaftsschutzgebiete abträglich seien (z. B. in der Landwirtschaft oder im Tourismus).<sup>399</sup> Im Landkreis Oldenburg standen im Jahr 1980 ca. 24,74 Prozent (26.300 Hektar) der Gesamtfläche unter Landschaftsschutz.<sup>400</sup> Im Gegensatz dazu waren nur ca. 0,39 Prozent (415,5 Hektar) als Naturschutzgebiete deklariert.<sup>401</sup> Eine Erklärung für diesen geringen Anteil könnte sein, dass in Landschaftsschutzgebieten Land- und Forstwirtschaft in begrenztem Maße erlaubt waren und aus ökonomischer Sicht durchaus profitabel sein konnten. Die Landwirtschaft stellte im Landkreis Oldenburg einen bedeutenden Wirtschaftssektor dar. Der in den 1950er Jahren einsetzende Strukturwandel mit seinen Maßnahmen zur Ertrags- und Nutzenintensivierung (z. B. Einsatz von Maschinen, Mineraldünger, Pestizide) hatte sich negativ auf den lokalen Naturhaushalt ausgewirkt.<sup>402</sup> Zu Beginn der 1980er Jahre zeigten sich die Auswirkungen des Strukturwandels im Landkreis Oldenburg in einer zunehmenden Nitratbelastung des Grundwassers, einer fortschreitenden Artenverarmung der Tier- und Pflanzenwelt sowie Saurem Regen.<sup>403</sup> Die Landwirtschaft gilt als Hauptverursacher für den Rückgang von Tier- und Pflanzenarten. Mit dem Ziel der Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen hat die Flurbereinigung zwischen 1968 und 1988 die bundesdeutsche Kulturlandschaft entscheidend verändert. Durch die Nivellierung der Standorte wurde die Artenvielfalt deutlich herabgesetzt.<sup>404</sup> In den Umweltberichten des Landkreises Oldenburg wurde den Wallhecken ein gesondertes Kapitel eingeräumt. Diese freiwachsenden Hecken auf einer wallartigen Erhebung stellen in der Agrarlandschaft eigenständige Biotope mit reichhaltigen Lebensgemeinschaften dar. Sie trennen Biotop- und Nutzungstypen voneinander. Zudem erfüllen sie vielfältige Funktionen wie z. B. Wind- und Erosionsschutz. Trotz ihrer ökologischen Bedeutung und der Unterschutzstellung hatte die Kreisverwaltung mit der ordnungswidrigen Beseitigung von Wallhecken zu kämpfen, denn zugunsten einer großräumigeren Nutzung zerstörten einzelne Landwirte diese Ökosysteme.<sup>405</sup>

Der Erhaltung und die Pflege von Naturschutzgebieten waren für den Landkreis Oldenburg deutlich teurer als die gleichen Maßnahmen bei Landschaftsschutzgebieten. Im Haushaltsjahr 1979/80 hatte der Landkreis Oldenburg 50.000 DM zur Verfügung, um Pflegemaßnahmen in den Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten

---

<sup>399</sup> Ebd., S. 326.

<sup>400</sup> Vgl.: Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1979/80, S. 11.

<sup>401</sup> Der Wert beruht auf eigenen Berechnungen.

<sup>402</sup> Vgl.: Plachter: Naturschutz, S. 74f.

<sup>403</sup> Vgl.: Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1981/82, S. 45

<sup>404</sup> Vgl.: Plachter: Naturschutz, S. 88.

<sup>405</sup> Vgl.: Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1980/81, S. 13.

vorzunehmen. Allein der Ankauf von Grundstücksflächen zur Unterschutzstellung überschritt aber den finanziellen Rahmen.<sup>406</sup> Die tendenzielle Präferenz der Kreisverwaltung für „günstigere“ Landschaftsschutzgebiete ist erkennbar in der Ablehnung des Antrags der Biologischen Schutzgemeinschaft Hunte-Weser-Ems (BHS) an die Bezirksregierung Weser-Ems zur Unterschutzstellung mehrerer Gewässer. Die Kreisverwaltung lehnte den Antrag auf Ausweisung als Naturschutzgebiete mit der Begründung ab, dass die notwendigen Voraussetzungen für einen besonderen Schutz nicht gegeben seien (z. B. ausgesprochene Seltenheit einzelner Arten oder hervorragende Schönheit des Gebietes).<sup>407</sup> Bei der Erweiterung des Naturschutzgebietes Huntloser Moor von 31,4 Hektar auf 150 Hektar zeigte sich ein etwas anderes Bild. Nach einem Angebot des Landes Niedersachsen (1981), den Ankauf der Flächen für die Vergrößerung des Naturschutzgebietes Huntloser Moor mit einem Zuschusssatz von 90 Prozent zu fördern, übernahm der Landkreis Oldenburg die restlichen 10 Prozent.<sup>408</sup> Damit war das Naturschutzgebiet im Eigentum öffentlicher Hand. Hinsichtlich der Nutzung des Huntloser Moores trat aber ein Interessenkonflikt zwischen den dortigen Landwirten und dem Naturschutz auf. Die Landwirte forderten eine Trockenlegung zur Sicherung ihrer Existenzgrundlage. Dieser Schritt hätte jedoch die Zerstörung des Feuchtgebietes bedeutet. Die Entscheidung wurde zugunsten der Erhaltung des Huntloser Moores gefällt.<sup>409</sup>

Landschaftsschutzgebiete bieten die Möglichkeit der Naherholung. Im Jahr 1967 gründeten die Landkreise Oldenburg, Hoya und Vechta den Zweckverband „Erholungsgebiet Wildeshäuser Geest“. Gemäß dem niedersächsischen Raumordnungsplan (1969) wurde das 950 km<sup>2</sup> große Gebiet zum Naturpark erklärt. In der Folgezeit entstanden zahlreiche Wanderwege, so dass sich das Gebiet zu einer „Erholungslandschaft“ entwickelte. Aus damaliger Sicht bestanden keine schwerwiegenden Bedenken hinsichtlich der Beeinträchtigung der Schutzfunktion dieses Gebietes. Heutzutage wird der enge Kontakt des Menschen mit der Natur auch als Gefahr für das jeweilige Ökosystem betrachtet (z. B. Störung von Brutstätten). Es stellt sich die Frage, inwieweit der Naturpark „Wildeshäuser Geest“ nicht nur einen Beitrag zur Tourismusentwicklung lieferte, sondern auch den Naturschutz vorantrieb. Die Anerkennung der Stadt Wildeshausen als Luftkurort (1977) hatte lediglich eine Relevanz für den Fremdenverkehr.<sup>410</sup> Die Klassifizierung als Naturpark wurde vor allem für die Weiterentwicklung des Tourismus genutzt. Demnach standen die individuellen

---

<sup>406</sup> Vgl.: Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1979/80, S. 8.

<sup>407</sup> Vgl.: Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1980/81, S. 12.

<sup>408</sup> Ebd., S. 41.

<sup>409</sup> NWZ vom 12.10.1977, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 104.

<sup>410</sup> Vgl.: Schultze: Die Stadt Wildeshausen seit 1945, S. 845.

Bedürfnisse des Menschen im Vordergrund, während der Schutz dieses Gebietes zweitrangig war. Die Lage des Landkreises im Umland der Großstädte Bremen und Oldenburg sowie der kreisfreien Stadt Delmenhorst ließ Naturschutzgebiete für die Naherholung besonders reizvoll erscheinen, so dass sich der Landkreis Oldenburg zu einem ökologischen Ausgleichsarm für die benachbarten Ballungszentren entwickelte. Die Umweltberichte (1979-1986) verdeutlichen, dass der Landkreis Oldenburg seinen gesetzlichen Auftrag im Bereich des Umweltschutzes erfüllte und teilweise durch eigene Initiative ausgestaltete. Die Kreisverwaltung setzte sich für die Erhaltung, Verbesserung und Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen sowie den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung ein. Allerdings muss die anfangs geäußerte Vermutung, dass der Landkreis Oldenburg eine Vorreiterposition im Umweltschutz einnahm relativiert werden. Stattdessen werden Bezüge zum Naturschutz des 19. Jahrhunderts sichtbar, die sich in einer romantisch-ästhetisierenden Naturwahrnehmung ausdrückten.<sup>411</sup> Diese Traditionslinie offenbart sich einerseits in der Bewahrung von lokalen Landschaftsbildern (z. B. Moorgebieten) und andererseits im intensiven Schutz von Naturdenkmälern wie alten oder seltenen Bäumen.<sup>412</sup> Zudem vertrat der Landkreis Oldenburg einen Umweltschutzgedanken, der getarnt unter dem großen Flächenanteil von Landschaftsschutzgebieten durchaus nutzenorientiert war und die individuellen Interessen des Menschen in den Mittelpunkt rückte. Der Naturschutz und die Landespflanze im Landkreis Oldenburg hatten das Ziel, das spezifische Landschaftsbild zu bewahren. Dabei erscheint es, als ob mithilfe des Umweltschutzes das Heimatbewusstsein wiederentdeckt wurde. Beim technischen Umweltschutz zeigt sich eine gegenläufige Entwicklung, vielmehr eine Modernisierung. Es setzte eine Verwissenschaftlichung des kommunalen Aufgabenspektrums ein, die nutzenorientiert ausgerichtet war (z. B. im Gewässerschutz).<sup>413</sup>

#### **4.2.3 Die Rolle der FDP im Umweltschutz des Landkreises Oldenburg**

Bei der FDP im Landkreis Oldenburg bildeten die Programmatiken der Bundespartei einen ideologischen Überbau im Sinne einer politischen Leitlinienfunktion. Abhängig

---

<sup>411</sup> Vgl.: Brand, Karl-Werner: Umweltbewegung (inkl. Tierschutz), in: Roth, Roland / Richt, Dieter (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945, Frankfurt / New York 2008, S. 220ff.

<sup>412</sup> Unter Naturdenkmälern sind rechtsverbindlich festgesetzte Einzelschöpfungen der Natur zu verstehen, deren besonderer Schutz aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, Eigenart oder Schönheit erforderlich ist. Der Umweltbericht 1986/88 enthält eine Auflistung der Naturdenkmäle im Landkreis Oldenburg. Demnach befanden sich 306 Naturdenkmäle im Kreisgebiet. Vgl.: Umweltbericht 1986/88, S. 46f.

<sup>413</sup> Vgl.: Körner, Stefan: Die Entwicklung des Naturschutzes und der Landschaftsplanung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Brüggemeier, Franz-Josef / Engels, Jens Ivo (Hg.): Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen (Geschichte des Natur- und Umweltschutzes 4), Frankfurt a. M. u.a. 2005, S. 102.

vom jeweiligen Programmtyp (z. B. Grundsatzprogramm, Orientierungsrahmen praktischer Politik, Wahlprogramm) beeinflussten die Leitsätze das lokale Programm unterschiedlich stark. Einerseits hatten die Programme externorientierte Aufgaben wie z. B. die Profilkfunktion, welche das politische Wertesystem und inhaltliche Programm der FDP für den Wähler und Bürger verdeutlichen sollte. Andererseits besaßen die Programme binnengerichtete Aufgaben wie z. B. die Steuerungs- und Aktivierungsfunktion, wonach die programmgeleitete Arbeit der Basis die konkrete Politik der Parteispitze stützen sollte.<sup>414</sup> Die Freiburger Thesen formulierten einen hohen moralischen Anspruch an die Gestaltung der Umweltpolitik, blieben aber recht allgemein hinsichtlich der konkreten Vorgehensweise (vgl. Kap. 3.1.3). Sie wurden im „fernen“ Schwarzwald verabschiedet. Aus dem Nachlass Dep 73 Akz. 322 ist nicht ersichtlich, ob ein Delegierter aus dem Oldenburger Raum auf diesem Bundesparteitag anwesend war. Im Interview bezeichnete Eilert Tantzen die Freiburger Thesen als Anstoß für seinen Parteieintritt: *„Ich bin aber bis dahin keiner politischen Partei beigetreten, weil entsprechender Anstoß fehlte. Da wurde mir von einem späteren, sehr nahe stehenden Parteifreund das Freiburger Programm und die Rede mitgebracht, die Karl Hermann Flach dort gehalten hat.“*<sup>415</sup> Bei öffentlichen Auftritten berief Eilert Tantzen sich oft auf die Bedeutung der Freiburger Thesen für die (bundesdeutsche) Umweltpolitik. Am 19. Mai 1980 veranstaltete der Naturschutzverein Nordenham eine Podiumsdiskussion zur Frage: *„Wie grün sind die Parteien?“*<sup>416</sup> An dieser Veranstaltung nahmen regionale Vertreter der CDU, der SPD, der Grünen und der FDP teil. Eilert Tantzen verwies in seinem Redebeitrag explizit auf die Freiburger Thesen, welche den Umweltschutz schon lange vor dem Auftauchen der Grünen vorangetrieben hätten. Er erläuterte lediglich die Umweltpolitik auf Bundesebene (z. B. lobende Worte für Genscher) und machte kaum Angaben zur lokalen Umweltpolitik der FDP, so dass seine Ausführungen über den Status von inhaltlosen Worthüllen nicht hinaus kamen. Als Kreistagsfraktionsvorsitzender war Eilert Tantzen der politische Repräsentant der FDP im Landkreis Oldenburg. Er kannte den Inhalt der Freiburger Thesen und war in der liberalen Programmatik bewandert. Theis stellt fest, dass auf der lokalen Ebene die Programmkenntnis bei den Parteimitgliedern keine bedeutende Rolle einnimmt.<sup>417</sup> Im Landkreis Oldenburg zeigt sich dagegen, dass Eilert Tantzen die programmatischen Verbindungslinien zwischen der lokalen FDP und der Bundespartei

---

<sup>414</sup> Vgl.: Reuter: Kommunalpolitik im Parteienvergleich, S. 34f.

<sup>415</sup> Allerdings gaben die Thesen zur betrieblichen Mitbestimmung und nicht die Ausführungen zur Umweltpolitik den entscheidenden Anstoß zu seiner Mitgliedschaft in der FDP. Vgl.: Interview mit Eilert Tantzen vom 02.02.2009.

<sup>416</sup> Wesermarsch-Zeitung vom 21.05.1980, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 11.

<sup>417</sup> Vgl.: Theis: Die lokale Basis der FDP, S. 22.

für den Wähler und Bürger erkennbar machte. Seine „Begeisterung“ für die Freiburger Thesen verdeutlicht, dass zumindest in der Führungsriege der FDP im Landkreis Oldenburg eine sozialliberale Ausrichtung vorherrschte. Trotzdem fungierten die Freiburger Thesen in der „sachorientierten“ Kommunalpolitik lediglich als programmatischer Überbau, welcher die grobe Stoßrichtung vorgab.

Als Bürgermeister setzte sich Eilert Tantzen energisch für den Bau eines Freizeitzentrums in Hatten ein. Er forderte ein Freibad mit angeschlossenen Campingplatz, um den dortigen Bürgern moderne Möglichkeiten der Naherholung zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig Touristen aus den umliegenden Städten und Gemeinden nach Hatten zu locken. Eilert Tantzens Einsatz für verbesserte Freizeitmöglichkeiten weist eine Parallele zu den Freiburger Thesen auf, welche Umweltpolitik zugleich als „Freizeitpolitik“ betrachteten (vgl. Kap. 3.1.3). Sicherlich muss berücksichtigt werden, dass nicht nur programmatische oder parteipolitische Erwägungen im Vordergrund standen, sondern hauptsächlich die Attraktivität der Gemeinde Hatten gesteigert werden sollte. Schließlich hatten bis zur Eröffnung des Freizeitzentrums in Hatten (1979) die Gemeinden des Landkreises Oldenburg kein Freibad.<sup>418</sup> Es ist erkennbar, dass es ein zentrales Anliegen der FDP im Landkreis Oldenburg war, den Wohn- und Erholungswert des Kreisgebietes zu erhalten und zu steigern.<sup>419</sup>

Die auf dem Bremer Bundesparteitag (1979) geforderte stärkere Bürgerbeteiligung an Planungs- und Verwaltungsvorhaben im Umweltschutz setzte die FDP im Landkreis Oldenburg insofern um, als dass die Veröffentlichung der Umweltberichte auf ihre Initiative zurückgeht. Am 30. März 1979 beantragte Eilert Tantzen beim Oberkreisdirektor einen jährlichen Umweltbericht, um „*die Bedeutung und die Leistungen des Landkreises für den Umweltschutz in der Öffentlichkeit*“ zu unterstreichen. Zudem sollten die Bürger über „*anstehende Probleme des Umweltschutzes*“ sowie „*Maßnahmen und Initiativen zu deren Behebung*“<sup>420</sup> unterrichtet werden. In diesem Antrag werden Bezüge zu den Thesen liberaler Kommunalpolitik sichtbar (1975/78), deren Leitlinie die Stärkung der Bürgerbeteiligung ist. In dieser Programmatik fordert die FDP, dass der Bürger seinen Anspruch auf regelmäßige Informationen über alle wesentlichen kommunalpolitischen Fragen

---

<sup>418</sup> NWZ vom 20.07.1979, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 139.

<sup>419</sup> Zwischenbilanz zur Arbeit der Liberalen im Kreistag des Landkreises Oldenburg, erstellt vom stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Kreistagsfraktion Otto Flege (Februar 1980), in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 171.

<sup>420</sup> Antrag der FDP-Kreistagsfraktion im Landkreis Oldenburg vom 30.03.1979, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 53 I.

realisieren können müsse.<sup>421</sup> In einem Thesenpapier der Programmkommission „Kommunalpolitik“ für den Mainzer Bundesparteitag heißt es, dass sich das Ziel einer lebenswerten Gemeinde sich nur in engster Zusammenarbeit mit den Bürgern verwirklichen lasse.<sup>422</sup> Die Umweltberichte des Landkreises Oldenburg erfüllen diese Forderungen für den Bereich Umweltschutz. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass die Berichte in erster Linie für die Kreistagsabgeordneten herausgegeben wurden und erst danach als Informationsmedium für die Bürger zur Verfügung standen. Die FDP im Landkreis Oldenburg nutzte die Veröffentlichung der Umweltberichte und die damit verbundene Berichterstattung in der regionalen Presse zur eigenen Profilierung als Umweltpartei. Folgende Aussage von Eilert Tantzen gegenüber der Presse verdeutlicht diese Strategie: *„Wir freuen uns, daß diese auf unsere Initiative zurückzuführenden Aktivitäten im Landkreis Oldenburg durch ihre positive Bewertung in der Roten Mappe '79 auch über unsere Kreisgrenzen hinaus Anerkennung gefunden haben.“*<sup>423</sup> In der Gemeinde Hatten versuchte die FDP, als Partei der Bürgerrechte aufzutreten. Als Vorsitzender des Ortsverbandes probierte Eilert Tantzen die Bürger in die Umweltschutzplanungen einzubeziehen: *„ Wir sind überall rumgegangen und zu diejenigen, die alte Bäume hatten auf ihren Höfen und in der Feldflur, haben wir gesagt: ‚Wir wollen euch helfen. Ihr habt das bislang gut gemacht, aber wir möchten die einzelnen Bäume unter Schutz stellen. Wollt ihr da mitmachen?‘ Die meisten haben gesagt, wir machen das mit.“*<sup>424</sup> Die kombinierte Profilierung der FDP als Umweltpartei und Partei der Bürgerrechte konnte in der Gemeinde Hatten beispielhaft realisiert werden. Die FDP suchte den Kontakt zu den Bürgern, dadurch stießen die Umweltschutzmaßnahmen auf eine breite Akzeptanz in der Gemeinde. Die Vorreiterrolle der Gemeinde Hatten im Umweltschutz erklärt sich größtenteils durch die herausragende Stellung der FDP in dieser Gemeinde. Hatten war eine traditionelle Hochburg der Liberalen.<sup>425</sup> Die FDP besaß hier ein großes Wählerpotential, das auch noch fortbestand, als die politischen Traditionsmilieus gegen Ende der 1960er Jahre

---

<sup>421</sup> Die Thesen liberaler Kommunalpolitik wurden auf dem Ordentlichen Bundesparteitag in Mainz (1975) beschlossen. 1978 kamen weitere Thesen hinzu, z.B. zum kommunalen Umweltschutz. Vgl.: Thesen liberaler Kommunalpolitik, in: Verheugen: Das Programm der Liberalen, S. 399, 405 und 429f.

<sup>422</sup> Thesenpapier der Programmkommission „Kommunalpolitik“ für den Ordentlichen Bundesparteitag in Mainz (1975), in: AdL: LV Niedersachsen Nr. 15645.

<sup>423</sup> Landkreis-Anzeiger vom 08.05.1979, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 53 I.

In der „Roten Mappe“ berichtet der Niedersächsische Heimatbund jährlich über Erfolge und Missstände in der Heimatpflege, insbesondere über den praktizierten Naturschutz. Die „Rote Mappe“ richtet sich in erster Linie an die Landesregierung, die in ihrer „Weißen Mappe“ Stellung bezieht.

<sup>424</sup> Interview mit Eilert Tantzen vom 02.02.2009.

<sup>425</sup> Vgl.: Naßmacher: Zerfall einer liberalen Subkultur, S. 81.

kontinuierlich an Bedeutung verloren. Phasenweise war die FDP zweitstärkste Kraft hinter der CDU (z. B. bei der Gemeindewahl 1977).<sup>426</sup>

Die Gründung des Kreisumweltausschusses am 6. Juli 1974 erfolgte auf Antrag der FDP und der SPD.<sup>427</sup> Zu diesem Zeitpunkt war die Abfallbeseitigung das zentrale Thema in der kommunalen Umweltpolitik, denn ab dem 1. Januar 1975 war der Landkreis Oldenburg gesetzlich verpflichtet, die Abfallbeseitigung der Gemeinden zu übernehmen.<sup>428</sup> Der FDP-Landesfachausschuss Umwelt forderte in seiner Sitzung am 3. April 1976 in Celle, dass auf allen kommunalen Ebenen Umweltausschüsse einzurichten seien. Diese sollten sich aus gewählten Vertretern und Sachverständigen zusammensetzen.<sup>429</sup> Im Landkreis Oldenburg setzte sich der Umweltausschuss aus acht Mitgliedern aller Kreistagsfraktionen zusammen, wobei die FDP jahrelang den Vorsitzenden (Eilert Tantzen) stellte. Hinzu kamen zwei Sachverständige, der Kreisnaturschutzbeauftragte und der Kreislandwirt.<sup>430</sup> Der Oberkreisdirektor betont in jedem Vorwort der Umweltberichte, dass Anregungen aus der Bevölkerung aufgegriffen wurden. Es ist jedoch schwierig einzuschätzen, inwieweit der Umweltausschuss im Zentrum der Umweltdiskussion im Landkreis Oldenburg stand. Die Kreisverwaltung erfüllte die Aufgaben überwiegend im übertragenen Wirkungskreis, so dass die Entscheidungsmöglichkeiten nicht beim Kreistag und seiner Gremien lagen. Der Umweltausschuss beratschlagte Vorlagen der Naturschutzbehörde, wodurch dieser nur indirekt Einfluss auf die Entscheidungsprozesse der Verwaltung ausüben konnte.<sup>431</sup>

Die Umweltpolitik der FDP stand im Landkreis Oldenburg auf drei Grundpfeilern: Die Liberalen wollten das Umweltbewusstsein der Bürger fördern, die Umweltplanung mithilfe einer wissenschaftlichen Durchdringung vorantreiben und die typische oldenburgische Landschaft bewahren. Wie bereits mehrfach angesprochen, initiierte die FDP die Veröffentlichung der kommunalen Umweltberichte. Die jährliche Berichterstattung forderte die Kreisverwaltung auf, eine Art „Rechenschaftsbericht“ über ihre Tätigkeiten im Umweltschutz abzulegen, so dass der Bürger Einblick in die vielfältigen Aufgaben und Schwierigkeiten des kommunalen Umweltschutzes erhielt. Ganz nach dem Kooperationsprinzip versuchte die FDP mit der Kreisverwaltung zusammen zu arbeiten und die Bürger an der Lösung von Umweltproblemen zu

---

<sup>426</sup> Endgültige Ergebnisse der Gemeindewahl in Hatten vom 23.10.1977, in: KW: Wahldaten Nr. 159513.

<sup>427</sup> Antrag der FDP- und SPD-Kreistagsfraktionen auf die Einrichtung eines Kreisumweltausschusses (ohne Datum), in: StAO. Dep 73 Akz. 322 Nr. 115.

<sup>428</sup> Vgl.: Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1979/80, S. 62f.

<sup>429</sup> Protokoll zur Sitzung des Landesfachausschusses Umwelt vom 03.04.1976 in Celle, in: AdL: LV Niedersachsen Nr. 15572.

<sup>430</sup> Vgl.: Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1980/81, S. 6.

<sup>431</sup> Vgl.: Naßmacher / Naßmacher: Kommunalpolitik in Deutschland, S. 39f.

beteiligen, da sich vor dessen „Haustür“ die lokalen Umweltschäden offenbarten.<sup>432</sup> Diese lokale Problemnähe des Bürgers nutzte die FDP, um dessen Bewusstsein für die Umwelt zu sensibilisieren. Zum Beispiel setzten sich die Liberalen vehement dafür ein, dass sich die Abfallbeseitigung zu einer Kreislaufwirtschaft entwickelte.<sup>433</sup> In der Gemeinde Hatten spielte Eilert Tantzen eine initiierende Rolle bei der kreisweiten Einführung der „Grünen Tonne“ sowie der großangelegten Sammlung von Altpapier.<sup>434</sup> Die Wiederverwertung und Vermeidung von Abfall standen im Zentrum dieser Bemühungen und wurden von der Bevölkerung weitgehend akzeptiert.

Die FDP im Landkreis Oldenburg trat für eine moderne Umweltplanung ein. Im Umweltausschuss beantragte die FDP eine kreisweite Biotopkartierung, um einen Überblick über die Verteilung dieser ökologisch wertvollen Lebensräume zu erhalten.<sup>435</sup> In einem Antrag der Kreistagsfraktion vom 18. April 1984 heißt es: *„Gerade eine Biotopkartierung gibt uns erst die Möglichkeit, in größeren Zusammenhängen und in Form von Vernetzungen wirkungsvollen Natur- und Landschaftsschutz in unserem Landkreis zu betreiben.“*<sup>436</sup> In diesem Sinne setzte sich die FDP für ein systematisch, fachlich fundiertes Handeln im Naturschutz ein. Diese Methode hatte aber auch ihre Grenzen, nämlich dann wenn die Interessen der Landwirtschaft mit den Forderungen des Umweltschutzes kollidierten. Im Oldenburger Münsterland war die Landwirtschaft der wichtigste Wirtschaftszweig. In den Landkreisen Vechta und Cloppenburg war sie besonders extensiv ausgerichtet, vor allem die Nutztierhaltung. Schon Mitte der 1960er Jahre kam es zu Problemen bei der Beseitigung tierischer Exkremente.<sup>437</sup> Die Ausbringung von Gülle verursachte massive Grundwasserbelastungen durch Nitrate im gesamten Oldenburger Land, wobei sie in den südlichen Landkreisen besonders ausgeprägt war. Im November 1982 nahm Eilert Tantzen in seiner Position als Vorstandsmitglied des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserbandes (OOWV) an einer Experten-Hörung zu diesem Thema teil. Daraufhin erstellte er gemeinsam mit Kurt Meenen, dem Vorsitzenden des FDP-Bezirksfachausschusses für Umweltfragen, einen Maßnahmenkatalog zur Entschärfung dieses Umweltproblems. Der Bezirksverband Oldenburg forderte die Güllebelastung so zu regeln, dass zukünftig nachhaltige

---

<sup>432</sup> Vgl.: Bundesministerium des Innern: Umweltschutz, S. 37f.

<sup>433</sup> Vgl.: Ludin, Daniela / Rahmeyer, Fritz: Die Abfallwirtschaft als Teilbereich der kommunalen Umweltpolitik. Eine Untersuchung am Beispiel der kreisfreien Stadt Augsburg, des Landkreises Augsburg und des Landkreises Aichach-Friedberg, Augsburg 1999, S. 9ff.

<sup>434</sup> Pressemitteilung des FDP-Bezirksverbandes Oldenburg zur Abfallwirtschaft (ohne Datum), in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 123.

<sup>435</sup> Vgl.: Plachter: Naturschutz, S. 193f.

<sup>436</sup> Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 18.04.1984 zur Durchführung einer Biotopkartierung im Kreisgebiet, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 145.

<sup>437</sup> Vgl.: Fricke, Christian-A.: Wirtschaft und Verkehr ab 1945, in: Eckhardt, Albrecht (Hg.): Geschichte des Landes Oldenburg. Ein Handbuch, Oldenburg 1987, S. 775f.

Schäden am Grundwasser ausblieben.<sup>438</sup> Die Liberalen orientierten sich dabei am Ökologischen Aktionsprogramm (vgl. Kap. 3.1.5), das mithilfe von wissenschaftlich fundierten Eckwerten eine stärkere Ausrichtung der Landwirtschaft an ökologischen Erfordernissen forderte.<sup>439</sup> Hierzu sollten Rahmenrichtlinien erstellt werden, welche die Ausbringungsmenge und den Zeitpunkt je nach Boden- und Nutzungsart so begrenzen und bestimmen sollte, dass eine Überdüngung ausgeschlossen sei.<sup>440</sup> Reinhard Sliwka, Mitglied des Ausschusses für Planung und Umwelt im FDP-Kreisverband Vechta, betonte, dass jegliche Vorgehensweise auf einer Zusammenarbeit mit den lokalen Landwirten basieren müsse. Demnach dürften Forderungen des Umweltschutzes nicht auf dem Rücken der Landwirte ausgetragen werden, stattdessen müsste ein (finanzieller) Ausgleich geschaffen werden. Nach dieser Erklärung von Sliwka sollte das Verursacherprinzip, wonach der Urheber von Umweltschäden deren Beseitigung oder Vermeidung tragen müsse, in diesem Fall außer Kraft gesetzt werden. Stattdessen forderte Sliwka einen „sinnvollen“ Umweltschutz: *„Ich glaube auch nicht, daß es dem Umweltschutz dient, utopische Forderungen zu stellen und möchte mich darauf beschränken, zu versuchen, das Machbare zu realisieren.“*<sup>441</sup> Sliwkas Auffassung von liberaler Umweltpolitik ist eher pragmatischer Natur und beruht auf dem Gedanken eines Ausgleichs der Umweltschäden (vg. Kap. 3.1.6). Das konkrete Umweltproblem der Nitratbelastung veranschaulicht, dass die Kreisverbände des Bezirksverbandes Oldenburg durchaus miteinander kooperierten, aber individuelle Interessen verfolgten. Somit bestimmten die lokalen Gegebenheiten, wie z. B. die starke Stellung der Interessen der Landwirtschaft, die Umweltpolitik der FDP-Kreisverbände.

Der dritte Säule der Umweltpolitik der FDP im Landkreis Oldenburg war die Sicherung und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, des Landschaftsgefüges sowie der Naturdenkmale. Insbesondere die Erhaltung und Wiedereinrichtung von Feuchtgebieten war ein zentrales Anliegen der Liberalen (vgl. Kap. 4.2.4).<sup>442</sup> In diesem Sinne forderte die FDP-Kreistagsfraktion 1984 zehn Landschaftsbeauftragte für den Landkreis Oldenburg einzurichten.<sup>443</sup> Diese ehrenamtlichen Mitarbeiter zum Wohle von

---

<sup>438</sup> Vgl.: Plachter: Naturschutz, S. 76f.

<sup>439</sup> Ökologisches Aktionsprogramm, in: Friedrich-Naumann-Stiftung: Das Programm der Liberalen, S. 106.

<sup>440</sup> Pressedienst des FDP-Bezirksverbandes Oldenburg zur Gülleregelung vom 08.11.1982, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 2.

<sup>441</sup> Schreiben von Reinhard Sliwka an die Münsterländische Tageszeitung vom 19.04.1982, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 2.

<sup>442</sup> Schwerpunktprogramm der FDP im Landkreis Oldenburg für die Kreistagswahlen 1981 (ohne Datum), in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 149.

<sup>443</sup> Antrag der FDP-Kreistagsfraktion zur Bildung einer Landschaftswacht vom 02.02.1984, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 171.

Natur und Landschaft sollten Schutzgebiete beobachten, Verstöße gegen die Schutzverordnungen melden sowie Aufklärungsarbeit im Umweltschutz leisten. Die Landschaftsbeauftragten sollten einen Außenposten der Kreisverwaltung im Naturschutz bilden und deren Überlastung ausgleichen.<sup>444</sup> Am 13. November 1972 zerstörte ein Orkan große Waldflächen im Verwaltungsbezirk Oldenburg.<sup>445</sup> Bis Mitte der 1980er Jahre finanzierte der Landkreis Oldenburg die Wiederaufforstung des Privatwaldes. Besonders die FDP setzte sich für eine finanzielle Unterstützung der (mittelständischen) Waldbesitzer im Landkreis Oldenburg ein.<sup>446</sup> Mit dem verstärktem wahrgenommenen Waldsterben in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der 1980er Jahre wurden Forderungen nach einem umfassenderen Schutz des Waldes laut. In seiner Position als umweltpolitischer Sprecher der niedersächsischen FDP legte Eilert Tantzen dem Landesvorstand einen Antrag vor, wonach die Schwerpunkte seines Sofortprogramms gegen das Waldsterben auf dem Bundesparteitag einzubringen seien (z. B. intensivere Bekämpfung der Schadstoffquellen, Reduzierung der Grenzwerte für industrielle Großfeuerungsanlagen).<sup>447</sup> Der Landesverband kam Eilert Tantzens Forderung nach und beantragte die Verabschiedung eines nationalen Sofortprogramms gegen das Waldsterben auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe (18./19.11.1983).<sup>448</sup> Der Bundesparteitag nahm diesen Antrag an und verabschiedete das Programm „Rettet den Wald – jetzt!“.<sup>449</sup> An diesem Beispiel wird erneut deutlich, dass die Oldenburger Liberalen mit Eilert Tantzen an der Spitze durchaus Einfluss auf den umweltpolitischen Kurs der Bundespartei nahmen. Eilert Tantzens Engagement für den deutschen und oldenburgischen Wald erklärt sich zum einen durch seinen Beruf als Forstwirt. Mit seinem Einsatz reiht er sich in die lange Tradition der Pflege und des Schutzes der Oldenburger Wälder ein.<sup>450</sup> Hinsichtlich der geforderten Einrichtung von Landschaftsbeauftragten und intensivierten Maßnahmen zum Waldschutz wird ein Umweltschutzgedanke bei der FDP im Landkreis Oldenburg erkennbar, in dessen Zentrum die Bewahrung der örtlichen Naturräume stand.<sup>451</sup> Es werden Parallelen zum Naturschutz des 19. Jahrhunderts erkennbar (vgl. Kap. 4.2.2). Der Naturschutz wurde

---

<sup>444</sup> Niederschriften des Kreisumweltausschusses vom 21.05.1984, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 171.

<sup>445</sup> Vgl.: Schlüter, Max: Zwei Jahre nach dem Orkan, in: Mitteilungsblatt der Oldenburgischen Landschaft, Nr. 6, 1975, S. 7.

<sup>446</sup> Oldenburger Kreiszeitung vom 11.09.1984, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 168.

<sup>447</sup> Ostfriesische Nachrichten vom 24.09.1983, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 2.

<sup>448</sup> Antrag des Landesverbandes Niedersachsen der FDP zum Bundesparteitag in Karlsruhe (18./19.11.1983) „Rettet den Wald – jetzt!“, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 2.

<sup>449</sup> NWZ vom 19.11.1983, in: Dep 73 Akz. 322 Nr. 168. / Beschlüsse des Bundesparteitags in Karlsruhe, „Rettet den Wald – jetzt!“, in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.): Das Programm der Liberalen, S. 228ff.

<sup>450</sup> Vgl.: Lücke: Geschichte des Naturschutzes im Land Oldenburg 1880-1934, S. 42ff.

<sup>451</sup> Vgl.: Hagen, Dietrich: Der Naturraum, in: Ders. / Schmidt, Heinrich / König, Günter (Hg.): Oldenburg. Land zwischen Nordsee und Dammer Berge, Oldenburg 1999, S. 12ff.

in seiner Anfangsphase weitgehend als „konservierende“ Landschaftspflege verstanden.<sup>452</sup> In Anlehnung an romantische Naturvorstellungen setzte sich eine Vielzahl von Geschichts-, Heimat-, Wander- und Verschönerungsvereinen mit den naturräumlichen und kulturellen Auswirkungen der Industrialisierung auseinander. Im Vordergrund stand das Bewahren von Naturgütern und traditionellen Landschaftstypen, so dass der Naturschutz in dieser Zeit einen überwiegend konservativen Charakter aufwies. Zwar beschäftigten sich Ingenieure, Stadtplaner und Mediziner ab der Phase der Hochindustrialisierung in Deutschland ebenfalls mit Umweltproblemen, jedoch blieben diese technokratischen Ansätze eher im Hintergrund.<sup>453</sup> Schmoll betont, dass die Bewegung des Naturschutzes unterschiedliche Traditionen, gesellschaftliche Strömungen und Interessen bündelte, sich um 1900 aber hauptsächlich bürgerliche Mittelschichten für den Naturschutz einsetzten.<sup>454</sup> Auch Brandt akzentuiert, dass Themen des frühen Naturschutzes eine wachsende Resonanz bei den städtischen, bildungsbürgerlichen Schichten fanden. Er argumentiert, dass die hässlichen Seiten der Industrialisierung ein Gefühl der wachsenden Bedrohung aufkommen ließen, dass sich hauptsächlich in den Kreisen des Kleinbürgertums verbreitete und großstadtfeindliche, agrarromantische Stimmungslagen hervorrief.<sup>455</sup> Infolgedessen wurden Gegenbilder zur (fortschrittlichen) Industrielandschaft entworfen, bei denen die Schönheit und Wildnis der Natur den Maßstab für jegliche Eingriffe des Menschen in die Landschaft bildete. Nach Schmoll und Brandt kann das umweltpolitische Engagement von Eilert Tantzen als klassische Variante des Natur- und Landschaftsschutzes gedeutet werden. Sein Großvater Theodor Tantzen verband bürgerliche und bäuerliche Traditionen in seiner Persönlichkeit, denn der liberale Politiker hatte eigenen Agrarbesitz. Theodor Tantzen setzte sich vehement für die Oldenburger Landschaft in ihrer natürlichen Eigenart ein. Sein Kampf für die politische Selbstständigkeit des Oldenburger Landes beinhaltete gleichzeitig die Idee der Bewahrung der regionalen Natur und Landschaft. Vor diesem Hintergrund entwickelten sich Natur- und Heimatliebe zu den Leitbegriffen einer regionalistischen Strömung.<sup>456</sup> Bei Eilert Tantzens Engagement zeigt sich, dass er einerseits wie sein Großvater die Oldenburger Heimat in ihrer natürlichen und geschichtlich gewordenen Eigenart schützen wollte und andererseits neue Ansätze

---

<sup>452</sup> Die Gemälde von Caspar David Friedrich (1174-1840) bilden eine romantische Naturwahrnehmung ab. Auf vielen Bildern wenden die abgebildeten Personen dem Betrachter ihren Rücken zu, während sie selbst sehnsuchtsvoll in die weite Landschaft blicken, um die Schönheit der Natur zu bewundern.

<sup>453</sup> Vgl.: Engels: Naturpolitik in der Bundesrepublik, S. 36.

<sup>454</sup> Vgl.: Schmoll: Erinnerung an die Natur, S. 184f.

<sup>455</sup> Vgl.: Brandt: Umweltbewegung (inkl. Tierschutz), S. 221.

<sup>456</sup> Vgl.: Schmoll: Erinnerung an die Natur, S. 193.

verfolgte. Im Interview betonte Eilert Tantzen, dass er eine Verbindung von Ökonomie und Natur unter Berücksichtigung der sozialen Perspektive fordere.<sup>457</sup> Da Eilert Tantzen als politischer Repräsentant der FDP im Landkreis Oldenburg angesehen werden kann, lässt sich schlussfolgern, dass die dortigen Liberalen auf den traditionellen Naturschutz und den modernen pragmatischen Umweltschutz zurückgriffen. Die FDP im Landkreis Oldenburg war in ihrer Umweltpolitik also zugleich traditionell und zukunftsorientiert eingestellt. Der Einsatz der FDP für den Erhalt von Naturdenkmälern (z.B. alte Bäume) zeigt, dass eine tiefe Sehnsucht nach einer unberührten Natur bestand. Gleichzeitig wurde versucht, die Denkmalpflege auf den Schutz der Natur und der Umwelt zu übertragen, so dass eine spezifische Form der Erneuerung und Bewahrung der Vergangenheit praktiziert wurde.<sup>458</sup>

#### **4.2.4 Die Rettung des „Schwimmenden Moores“**

Das Naturschutzgebiet Süder-Kleihörne besitzt im Volksmund den Namen „Schwimmendes Moor“, denn das Hochmoor steht unter dem Einfluss der Gezeiten der Nordsee. Bei Sturmfluten treibt das Hochmoor auf und „schwimmt“. Doch das Moor befindet sich in einem Zerfallsprozess. Die Wellen jeder Sturmflut brechen sogenannte Dargen an der Front ab, so dass sich die eigentliche Moorfläche kontinuierlich verkleinert. Das „Schwimmende Moor“ bei Sehestedt am Jadebusen im Landkreis Wesermarsch ist das weltweit einzige Außendeichmoor. Erdmann betont in seiner Veröffentlichung zum „Schwimmenden Moor“, dass es nicht nur ein wertvolles Forschungsobjekt darstelle, sondern auch eine erhebliche Anziehungskraft auf weite Kreise der Bevölkerung ausübe.<sup>459</sup> Diese Anziehung beruht auf der landschaftlichen und botanischen Besonderheit dieses Gebietes, weshalb schon im 19. Jahrhundert dessen Unterschutzstellung gefordert wurde. Im selben Jahrhundert wurde aus Deichschutzgründen die Beackerung und das Torfabgraben im „Schwimmenden Moor“ verboten. Im Zuge der Befestigung des Deichgebietes wurde die Kultivierung der Hochmoorparzellen wieder erlaubt. Nach mehreren Anträgen, das Außendeichmoor unter Naturschutz zu stellen, wurden einzelne Parzellen 1932 zum Pflanzenschutzgebiet erklärt.<sup>460</sup> Im Jahr 1938 wurde das „Schwimmende Moor“ wegen seiner botanischen Besonderheiten unter Naturschutz gestellt. In den Folgejahren scheiterten jedoch Maßnahmen zum Erhalt bzw. Aufhaltung des Zerfallsprozesses an der Frage der Finanzierung.<sup>461</sup>

---

<sup>457</sup> Interview mit Eilert Tantzen vom 02.02.2009.

<sup>458</sup> Vgl.: Schmoll: Erinnerung an die Natur, S. 233.

<sup>459</sup> Vgl.: Erdmann, Erich: Rund um das „Schwimmende Moor“, Oldenburg 1982, S. 7.

<sup>460</sup> Vgl.: Lücke: Geschichte des Naturschutzes im Land Oldenburg 1880-1934, S. 89ff.

<sup>461</sup> Vgl.: Erdmann: Rund um das „Schwimmende Moor“, S. 82.

Der Bezirksverband Oldenburg der FDP gab einen erneuten Anstoß zum Erhalt des „Schwimmenden Moores“. Am 27. September 1978 organisierte dessen Fachausschuss für Umweltpolitik eine Begehung des Moorgebietes. Daraufhin erarbeiteten der Bezirksvorsitzende Eilert Tantzen und der Vorsitzende des Fachausschusses für Umweltpolitik, Kurt Meenen, einen Maßnahmenkatalog, das „10-Punkte-Programm zur Rettung des Schwimmenden Moores bei Sehestedt am Jadebusen“.<sup>462</sup> Die Liberalen forderten, mit der Einrichtung von Schutzbauwerken den Zerfall des Außendeichmoores an den Fronten aufzuhalten. In der Folgezeit versandte Eilert Tantzen das „10-Punkte-Programm“ an mehrere Institutionen und Personen mit der Bitte um (finanzielle) Unterstützung. In einem Schreiben vom 22. Juli 1979 bat er Hannelore Schmidt, Ehefrau des damaligen Bundeskanzlers, um Unterstützung bei der Beschaffung von Geldmitteln.<sup>463</sup> Einige Wochen zuvor hatte Schmidt das Außendeichmoor mit seiner seltenen Botanik besichtigt.<sup>464</sup> „Loki“ befürwortete Eilert Tantzens Anliegen und leitete die Angelegenheit an das zuständige BML weiter. Am 6. September 1979 wendete sich Tantzen schriftlich an Bundeslandwirtschaftsminister Josef Ertl (FDP), den niedersächsischen Landesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Gerhard Glup (CDU), den Landesbeauftragten für Umweltschutz Prof. Dr. Redeker und den Bundesinnenminister Gerhard Baum (FDP).<sup>465</sup> Alle versprachen ihre (moralische) Unterstützung, außer Glup, der vor einem abschließenden Urteil die einzelnen Argumente überprüfen wollte.

Eine Forderung des „10-Punkte-Programms“ wurde umgehend erfüllt, nämlich die Bildung einer Arbeitsgruppe bei der Oldenburgischen Landschaft. Diese Arbeitsgruppe übernahm in Zusammenwirken mit dem Landkreis Wesermarsch die Federführung und Koordination aller zu treffenden Maßnahmen einschließlich der Geldbeschaffung. Am 17. Januar 1980 nahm die Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit auf. Das Wasserwirtschaftsamt überprüfte die einzelnen Vorschläge gegen die Moorzerstörung und veranschlagte die dafür notwendigen Kosten auf 2,2 Millionen DM.<sup>466</sup> Am 23. Mai 1980 lehnte Landesminister Glup die hohen finanziellen Aufwendungen für das Außendeichmoor ab. Zur Begründung führte er an: *„Die schwerwiegendste Frage ist, ob es ein Mittel gibt, das geeignet ist, den Angriff des Meeres auf das Moor wesentlich abzuschwächen, ohne daß besondere die Natur des Gebiets beeinträchtigt wird, und*

---

<sup>462</sup> 10-Punkte-Programm der F.D.P. zur Rettung des „Schwimmenden Moores“ bei Sehestedt am Jadebusen vom 06.10.1978, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 38.

<sup>463</sup> Schreiben von Eilert Tantzen an Hannelore Schmidt vom 22.07.1979, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 38.

<sup>464</sup> Kreiszeitung Wesermarsch vom 05.06.1980, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 38.

<sup>465</sup> Schreiben von Tantzen an Josef Ertl, Gerhard Glup, Prof. Dr. Redeker und Gerhard Baum vom 6.09.1979, in: StAO: Bestand: Dep 73 Akz. 322 Nr. 38.

<sup>466</sup> Vgl. Erdmann: Rund um das „Schwimmende Moor“, S. 82f.

dessen Aufwand und Kosten vertreten werden können.“<sup>467</sup> Glup hob hervor, dass in erster Linie der Erosionsvorgang des Moores die Einmaligkeit des Schutzgebietes ausmache, deshalb verweigere die Landesregierung die Errichtung eines sommerähnlichen Schutzwalles. In diesem Sinne erklärte die Landesregierung ihre ablehnende Haltung zur Finanzierung der Rettung des „Schwimmenden Moores“.<sup>468</sup> Eilert Tantzen reagierte empört über die Absage: „Dies kann ich nur als Naturschutz-Sadismus bezeichnen, bei dem die Naturschützer bewußt die unaufhaltsame Zerstörung des einzigartigen Biotops als makabres Schauspiel sich zu erhalten gedenken nach dem Motto: Schicksal nimm deinen Lauf.“<sup>469</sup> Nicht nur die Frage der Finanzierbarkeit stellte die Arbeitsgruppe vor große Probleme, sondern auch der Meinungswechsel des Oldenburgischen Deichverbandes behinderte die Errichtung von Schutzbauwerken. Der Deichverband war von seiner zunächst vertretenen Auffassung zurückgewichen, dass dem Moor eine wichtige Deichschutzfunktion zukomme. Zudem führte das Wasserwirtschaftsamt Wilhelmshaven an, dass die Zerstörung des Moores wesentlich langsamer als erwartet verlaufe. Deshalb sei es fachlich nicht richtig, im Bereich des „Schwimmenden Moores“ Schutzeinrichtungen zu bauen. Am 20. Januar 1981 fand die letzte Sitzung der Arbeitsgruppe statt. Sie kam zu der Überzeugung, dass es keine vertretbare Lösung gebe, das Schutzgebiet vor der endgültigen Zerstörung zu bewahren. Die große Arbeitsgruppe hatte damit ihren Auftrag erfüllt, die Angelegenheit zu prüfen. Eine kleine Gruppe arbeitete weiter, um das „10-Punkte-Programm“ der FDP eventuell zu einem anderen Zeitpunkt zu realisieren.<sup>470</sup> Auch wenn keine kostenaufwendigen Maßnahmen zum Erhalt des Außendeichmoores eingeleitet wurden, verbesserten sich die Rahmenbedingungen für das Naturschutzgebiet. Am 9. Juni 1981 vergrößerte die Weser-Ems-Regierung das Naturschutzgebiet Süder-Kleihörne von 16 Hektar auf 36 Hektar, so dass nicht nur das Außendeichsmeer im Jadenbusen selbst geschützt wurde, sondern auch die vorgelagerten Wasserflächen, Salzwiesen und der Dargengürtel.<sup>471</sup>

Im Interview bezeichnete Eilert Tantzen die Vorgehensweise beim Erhalt des Sehestedter Außendeichsmeer als „eine Reihe von ziemlich kleinen Schritten“<sup>472</sup>, die letztendlich zu keiner Realisierung des „10-Punkte-Programms“ geführt hätten. Er hob hervor, dass die Öffentlichkeit das „Schwimmende Moor“ vom Deich aus einsehen

---

<sup>467</sup> Antwortschreiben von Gerhard Glup auf Eilert Tantzens Schreiben (06.09.1979) vom 23.05.1980, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 38.

<sup>468</sup> Niedersächsische Landesregierung (Hg.): Die Weiße Mappe. Antwort der Landesregierung auf die Rote Mappe des Niedersächsischen Heimatbundes, Hannover 1980, S. 18.

<sup>469</sup> Kreiszeitung Wesermarsch vom 05.06.1980, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 38.

<sup>470</sup> Bloem, Dieter: Die Bemühungen zur Erhaltung des Schwimmenden Moores, in: Mitteilungsblatt der Oldenburgischen Landschaft, Nr. 30, 1981, S. 12. .

<sup>471</sup> Kreiszeitung Wesermarsch vom 02.07.1981, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 38.

<sup>472</sup> Interview mit Eilert Tantzen vom 02.02.2009.

können müsse: *„Damit die Öffentlichkeit akzeptiert, es ist letzten Endes unser Moor, nicht nur von ein paar Naturschützern, sondern unser Moor. Und dann auch bereit sind, gewisse Einschränkungen, die vielleicht möglich oder notwendig sind, hinzunehmen.“*<sup>473</sup> Es ist eine inhaltliche Verbindungslinie zu den Freiburger Thesen erkennbar, wonach Umweltschutz als Gesellschaftspolitik angesehen wird und Umweltpolitik nur auf der Grundlage eines neuen Umweltbewusstseins Erfolg haben kann.<sup>474</sup> Demnach sah auch Eilert Tantzen Umweltschutz als Bürgerpflicht. Die Ablehnung der niedersächsischen Landesregierung verdeutlicht, dass sie aus einem anderen Blickwinkel auf das „Schwimmende Moor“ schaute als die Oldenburger Liberalen. Die CDU nahm den allmählichen Zerfall der Restmoorfläche als natürlichen Prozess wahr, welcher erst die Besonderheit des Außendeichmoor ausmache. Bei dieser Perspektive spielten wahrscheinlich die hohen finanziellen Aufwendungen von 2,2 Millionen DM für die geforderten Schutzmaßnahmen keine unwesentliche Rolle. Trotz dieser Kosten wollte der FDP-Bezirksverband Oldenburg das Außendeichsmoor in seinem damaligen Zustand „konservieren“, um es für die Nachwelt zu bewahren.

## 5. Fazit

Die vorliegende Arbeit hat den kommunalen Umweltschutz am Beispiel der FDP im Landkreis Oldenburg für die 1970er und 1980er Jahre untersucht. Diese Analyse hat gezeigt, dass sich die einzelnen Phasen der bundesdeutschen Umweltpolitik (1969-1982) auf der kommunalen Politikebene mit zeitlicher Verzögerung abspielten. Mit der Einrichtung des Kreisumweltausschusses (1974) und der Veröffentlichung der kommunalen Umweltberichte (ab 1980) etablierte sich der Umweltschutz im Landkreis Oldenburg. Fortan wurde die Umweltpolitik als eine selbstständige politische Aufgabe verstanden. Die Ölkrise 1973/74 läutete das „Ende des Wachstums“ sowie die Abschwungphase in der bundesdeutschen Umweltpolitik ein. Für den agrarisch geprägten Landkreis Oldenburg ließ sich kein Rückgang der Maßnahmen im Umweltschutz feststellen. Vielmehr bestimmten die örtlichen Problem- und Interessenlagen die Formulierung und den Vollzug der kommunalen Umweltpolitik. Die Umweltberichte können als entscheidender Schritt zur Sensibilisierung der Kreisverwaltung und der Kommunalpolitik für den Umweltschutz gewertet werden. Eine Konsolidierung des Umweltbewusstseins setzte Anfang der 1980er Jahre ein. Die Grünen konnten erst bei der Kreiswahl 1986 auf sich aufmerksam machen. Somit erfolgte die Politisierung der Umweltpolitik im Landkreis Oldenburg später als auf

---

<sup>473</sup> Interview mit Eilert Tantzen vom 02.02.2009.

<sup>474</sup> Freiburger Thesen, in: Verheugen: Das Programm der Liberalen, S. 112.

Bundes- oder Landesebene ein. Durch diese zeitliche Verzögerung konnte die FDP länger ihren Alleinvertretungsanspruch in der lokalen Umweltpolitik behaupten.

In den Reihen der CDU im Landkreis Oldenburg befanden sich zahlreiche Landnutzer, so dass die Interessenkollision zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz meistens zugunsten der Bauern entschieden wurde. Die lokale CDU vertrat eine Umweltpolitik, die starke Parallelen zum Heimatschutz aufwies. Die SPD im Landkreis Oldenburg setzte sich zwar gegen die Weserverschmutzung ein, aber dieser anlassbezogene Umweltschutz war kaum vereinbar mit ihrer Wachstumsrhetorik im Landkreis Oldenburg, der nur eine geringe Industriedichte aufwies. Die Aktivitäten der Grünen im Landkreis Oldenburg bleiben relativ im Dunkeln. Lediglich in einzelnen Zeitungsartikeln wurde ersichtlich, dass sich die Grünen aufgrund des aus ihrer Sicht nicht konsequent genug vorangetriebenen Umweltschutzes der etablierten Parteien gründet hätten. In dieser Hinsicht besteht noch weiterer Forschungsbedarf. Bis Ende der 1970er Jahre trat die FDP im Landkreis Oldenburg für den Erhalt günstiger allgemeiner Umweltbedingungen im Sinne der Landschaftspflege ein. Ästhetische, ökonomische, kulturgeschichtliche und touristische Zwecke bestimmten ihre Initiativen im Umweltschutz. Die Umweltprogrammatik der Bundespartei spiegelt sich in der praktizierten Umweltpolitik der FDP im Landkreis Oldenburg und des Bezirksverbandes Oldenburg wider. Allerdings besaßen die liberalen Traditionslinien im Oldenburger Land einen großen Einfluss auf die Gestaltung der Umweltpolitik. Der Bezirksverband Oldenburg pochte auf seine politische Geltung in der Landes- und Bundespartei. Eilert Tantzen schreckte nicht davor zurück, die Oldenburger Interessen auf allen Parteiebenen anzusprechen. Dieses Streben nach Eigenständigkeit ist ein typischer Wesenszug in der Oldenburger Landesgeschichte. Im Umweltschutz der FDP im Landkreis Oldenburg offenbarte sich die tiefe Verbundenheit zur Oldenburger Landschaft. Eilert Tantzen führte das Engagement seines Großvaters Theodor Tantzen fort. Mithilfe des Naturschutzes wollte er die typische Oldenburger Landschaft bewahren und für die Nachwelt konservieren. Aber die FDP im Landkreis Oldenburg war nicht nur traditionell ausgerichtet, denn ab spätestens Mitte der 1980er Jahre veränderten die zunehmenden Umweltbelastungen die Ausrichtung der lokalen Umweltpolitik. Im Kontext des Ökologischen Aktionsprogramms wurde die Materie Umweltschutz wissenschaftlich durchdrungen. Infolgedessen galten ökologische Eckwerte und wissenschaftliche Erkenntnisse als Ausgangsbasis für das umweltpolitische Handeln der Liberalen. Insgesamt besitzt die Umweltpolitik der FDP im Landkreis Oldenburg in den 1970er und 1980er Jahren zwei Gesichter. Das eine Gesicht blickt zu den Anfängen des Naturschutzes im 19. Jahrhundert zurück und beachtet kaum die moderne Umweltprogrammatik der Bundespartei. Das andere

Gesicht schaut in die Zukunft, wobei der Schwerpunkt auf der wissenschaftlichen Umweltplanung liegt. Diese Janusköpfigkeit steht exemplarisch für den Regionalcharakter der Oldenburger FDP. Eilert Tantzen nahm in der FDP im Landkreis Oldenburg und im FDP-Bezirksverband Oldenburg eine Ausnahmeposition ein. Er sensibilisierte nicht nur die Oldenburger Liberalen für den Umweltschutz, sondern auch die regionale Bevölkerung. Deshalb erscheint Hans-Dietrich Genschers Bezeichnung, dass Eilert Tantzen das „umweltpolitische Gewissen“ der FDP verkörpere, mehr als zutreffend.

## 6. Quellenverzeichnis

### StAO Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg

#### Dep 73 Akz. 322 Nr. 2

- Antrag des FDP-Ortsverbandes Hatten zum Landesparteitag in Bad Bevensen am 24./25. April 1982. (ohne Datierung)
- Erklärung des Bezirksverbandes Oldenburg der FDP zum Koalitionswechsel in Bonn und Antrag zum Landesparteitag in Fallingbostal am 31. Oktober 1982. (ohne Datierung)
- Pressedienst des FDP-Bezirksverbandes Oldenburg zur Gülleregelung vom 8. November 1982.
- Schreiben von Reinhard Sliwka an die Münsterländische Tageszeitung vom 19. April 1982.
- Antrag („Rettet den Wald – jetzt!“) des niedersächsischen Landesverbandes der FDP zum Bundesparteitag in Karlsruhe am 18./19. November 1983. (ohne Datierung)

#### Dep 73 Akz. 322 Nr. 4

- Programm des Landesverbandes Niedersachsen der Grünen Liste Umweltschutz für die Landtagswahlen 1978. (ohne Datierung)
- Protokoll über die Sitzung des Bezirksverbandes Oldenburg der FDP zur Besprechung der Landtagswahlen 1982. (ohne Datierung)
- Flugblatt des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands mit dem Titel „Wer hat Angst vor der GLU?“ vom 24. Mai 1978.
- Informationsbroschüre „Eine neue Partei stellt sich vor: GLU – Grüne Liste Umweltschutz“. (ohne Datierung)
- Wahlwerbung der FDP im Oldenburger Land für die Landtagswahlen 1978. (ohne Datierung)

#### Dep 73 Akz. 322 Nr. 11

- Schreiben von Eilert Tantzen an Hans-Dietrich Genscher vom 2. Juli 1980.
- Antwortschreiben von Hans-Dietrich Genscher an Eilert Tantzen vom 12. August 1980.
- Fotografie vom 25. „Deftig Ollnborger Gröönkohl-Äten“ der Stadt Oldenburg mit Anschreiben von Oberbürgermeister Hans Fleischer (April 1981).
- Programmübersicht für die „Liberale Woche“ des FDP-Kreisverbandes Oldenburg-Land (Juni / Juli 1980).
- Fragebogen der Satzungs- und Organisationskommission des FDP-Landesverbandes Niedersachsen vom 12. März 1980.

#### Dep 73 Akz. 322 Nr. 38

- Antrag des FDP-Stadtbezirkes Oldenburg Süd an die Bezirksregierung Oldenburg zur Erweiterung des Blankenburger Holzes vom 11. Juni 1979.
- Flugblatt „Rettet das Blankenburger Holz“ (ohne Datierung).
- Unterschriftensammlung der Aktionsgemeinschaft „Schutz dem Blankenburger Holz mit seinen Feuchtgebieten“. (ohne Datierung)
- Schreiben von Gerold Fischer an Eilert Tantzen vom 19. Dezember 1979.
- 10-Punkte-Programm der FDP zur Rettung des „Schwimmenden Moores“ bei Sehestedt am Jadebusen vom 6. Oktober 1978.
- Schreiben von Eilert Tantzen an Hannelore Schmidt vom 22. Juli 1979.
- Schreiben von Eilert Tantzen an Josef Ertl, Gerhard Glup, Prof. Dr. Redeker und Gerhard Baum vom 6. September 1979.

- Antwortschreiben von Gerhard Glup an Eilert Tantzen vom 23. Mai 1980.

Dep 73 Akz. 322 Nr. 53 I

- Antrag der FDP-Kreistagsfraktion auf die Veröffentlichung eines jährlichen Umweltberichts im Landkreis Oldenburg vom 30. März 1979.

Dep 73 Akz. 322 Nr. 111

- Wahlkampfbroschüre der FDP für die Kreiswahl 1976. (ohne Datierung)

Dep 73 Akz. 322 Nr. 115

- Antrag der FDP- und SPD-Kreistagsfraktionen auf die Einrichtung eines Kreisumweltausschusses. (ohne Datierung)

Dep 73 Akz. 322 Nr. 116

- Niederschriften der Sitzungen des Straßen- und Verkehrsausschusses zur Kreisstraße 226 in Hude vom 13. Januar 1981.

Dep 73 Akz. 322 Nr. 123

- Pressemitteilung des FDP-Bezirksverbandes Oldenburg zur Abfallwirtschaft. (ohne Datierung)

Dep 73 Akz. 322 Nr. 145

- Antrag der FDP-Kreistagsfraktion zur Durchführung einer Biotopkartierung im Kreisgebiet vom 18. April 1984.

Dep 73 Akz. 322 Nr. 149

- Schwerpunktprogramm der FDP im Landkreis Oldenburg für die Kreistagswahlen 1981. (ohne Datierung)

Dep 73 Akz. 322 Nr. 170

- Vorentwurfsfassung des Landschaftsrahmenplans für den Landkreis Oldenburg (Mai 1994).

Dep 73 Akz. 322 Nr. 171

- Zwischenbilanz zur Arbeit der Liberalen im Kreistag des Landkreises Oldenburg, erstellt vom stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Kreistagsfraktion Otto Flege (Februar 1980).
- Antrag der FDP-Kreistagsfraktion zur Bildung einer Landschaftswacht vom 2. Februar 1984.
- Niederschriften des Kreisumweltausschusses vom 21. Mai 1984.

Dep 73 Akz. 322 Nr. 173

- Sammlung von Materialien zum Oldenburger Volksbegehren und Volksentscheid.

### **Zeitungsartikel aus dem Nachlass Dep 73 Akz. 322 Nr. 1-173**

- Weser-Kurier vom 24.02.1977, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 6.
- Oldenburgische Volkszeitung vom 14.07.1978, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 4.
- Weser-Kurier vom 11.07.1980, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 11.
- Nordwest-Zeitung<sup>475</sup> vom 03.02.1981, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 38.
- Oldenburger Bürger 1 / 80., in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 38.
- Nordwest-Zeitung vom 01.01.1980, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 38.
- Delmenhorster Kurier vom 01.06.1978, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 4.
- Delmenhorster Kurier vom 03.06.1978, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 4.
- Oldenburgische Volkszeitung vom 13.05.1978, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 4.
- Liberale Umschau, Nr. 2, 1977, S. 3, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 29.
- Nordwest-Zeitung vom 26.01.1977, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 6.
- Nordwest-Zeitung vom 28.08.1976, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 111.
- Nordwest-Zeitung vom 13.03.1982, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 2.
- Nordwest-Zeitung vom 26.03.1984, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 145.
- Liberale Zeitung Oldenburg-Land vom 20.04.1984, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 145.
- Nordwest-Zeitung vom 23.06.1982, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 11.
- Landkreis-Anzeiger vom 08.05.1980, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 53 I.
- Nordwest-Zeitung vom 02.10.1975, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 125.
- Nordwest-Zeitung vom 06.05.1976., in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 143.
- Nordwest-Zeitung vom 16.07.1980, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 53 I.
- Nordwest-Zeitung vom 12.10.1977, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 104.
- Wesermarsch-Zeitung vom 21.05.1980, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 11.
- Nordwest-Zeitung vom 20.07.1979, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 139.
- Oldenburger Kreiszeitung vom 11.09.1984, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 168.
- Ostfriesische Nachrichten vom 24.09.1983, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 2.

---

<sup>475</sup> Bei den aufgeführten Artikeln aus der Nordwest-Zeitung handelt es sich um Ausgabe für den Landkreis Oldenburg.

Nordwest-Zeitung vom 19.11.183, in: Dep 73 Akz. 322 Nr. 168.

Kreiszeitung Wesermarsch vom 02.07.1981, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 38.

Kreiszeitung Wesermarsch vom 05.06.1980, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 38.

Kreiszeitung Wesermarsch vom 02.07.1981, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 38.

### **AdL Archiv des Liberalismus in Gummersbach, Akten des Landesverbandes Niedersachsen der FDP**

#### LV Niedersachsen Nr. 15645

- Thesenpapier der FDP-Programmkommission „Kommunalpolitik“ für den Ordentlichen Bundesparteitag in Mainz (1975).

#### LV Niedersachsen Nr. 15693

- Protokoll der Sitzung des FDP-Bundesfachausschusses für Umwelt am 16./17. September 1977 in Hannover.

#### LV Niedersachsen Nr. 15702

- Wahlanalyse des Thomas-Dehler-Instituts zu den Landtags- und Bürgerschaftswahlen in Niedersachsen und Hamburg im Jahr 1978. (ohne Datierung)
- Wahlwerbung des FDP-Landesverbandes Niedersachsen für die Landtagswahlen 1978. (ohne Datierung)

#### LV Niedersachsen Nr. 15572

- Protokoll der Sitzung des FDP-Landfachausschusses für Umwelt vom 24. Juni 1978 in Oldenburg.
- Protokoll der Sitzung des FDP-Landesfachausschusses Umwelt vom 3. April 1976 in Celle.

#### LV Niedersachsen Nr. 15664

- Formblatt für die Bewerber der FDP-Landesliste zur Landtagswahl 1974, ausgefüllt von Eilert Tantzen am 26.12.1973.

### **Landkreis Oldenburg, Untere Naturschutzbehörde, Umweltberichte der Kreisverwaltung**

- Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1979/80, Oldenburg 1980.
- Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1980/81, Oldenburg 1981.
- Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1981/82, Oldenburg 1982.
- Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1982/83, Oldenburg 1983.
- Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1983/84, Oldenburg 1984.
- Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1984/86, Oldenburg 1986.

- Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1986/88, Oldenburg 1988.
- Landkreis Oldenburg (Hg.): Umweltschutz im Landkreis Oldenburg 1994, Oldenburg 1994.

### **KW Landkreis Oldenburg, Kreisarchiv Wildeshausen, Wahlergebnisse der Kreis- und Gemeindewahlen im Landkreis Oldenburg**

#### Aktenbestand 159513

- Endgültige Ergebnisse der Kreis- und Gemeindewahlen vom 3. Oktober 1976.
- Endgültige Ergebnisse der Kreis- und Gemeindewahlen vom 27. September 1981.
- Endgültige Ergebnisse der Kreis- und Gemeindewahlen vom 5. Oktober 1986.
- Endgültige Ergebnisse der Gemeindewahl in Hatten am 23. Oktober 1977.

### **Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN-Online)**

- Ergebnisse der Landtagswahlen in Niedersachsen 1947 bis 2008:  
<http://www.nls.niedersachsen.de/Tabellen/Wahlen/Lwab1947.html>  
letzter Zugriff: 24.06.2009, 17:12.
- Ergebnisse der Landtagswahlen in Niedersachsen 1978 für den Landkreis Oldenburg:  
<http://www.nls.niedersachsen.de/Tabelle/K5010322/Wahlen/Lwab1978.html>,  
letzter Zugriff: 03.05.2009, 11.03.
- Ergebnisse der Bundestagswahl 1976 in Niedersachsen für den Landkreis Oldenburg:  
<http://www.nls.niedersachsen.de/Tabelle/K5010311/Wahlen/Bwab1976.html>,  
letzter Zugriff: 08.05.2009, 09.47.

### **Programmatische Dokumente der FDP auf Bundesebene**

Verheugen, Günter (Hg.): Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der FDP (Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung Liberale in Programm und Praxis), Baden-Baden 1979.

- Freiburger Thesen (1971), S. 43-113
- Wahlprogramm 1976, S. 229-257.
- Kieler Thesen (1977), S. 288-334.
- Thesen liberaler Kommunalpolitik (1975/78), S. 399-448.

Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.): Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der FDP 1980 bis 1990 (Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung: Liberale in Programm und Praxis), Baden-Baden 1990.

- Beschlüsse des Bundesparteitags in Bremen (1979), S. 1-11.
- Wahlprogramm der FDP für die Bundestagswahlen 1980, S. 12-84.
- Ökologisches Aktionsprogramm (1981), S. 100-116.
- Beschlüsse des Bundesparteitags in Berlin (1982), S. 155-173.
- Beschlüsse des Bundesparteitags in Karlsruhe (1983), S. 228-230.
- Liberales Manifest für eine Gesellschaft im Umbruch (1985), S. 291-306.

## Weitere Quellen

Baum, Gerhard Rudolf. Der Stellenwert des Umweltschutzes im Spannungsverhältnis zu anderen politischen Zielen, in: Köller, Henning von (Hg.): Umweltpolitik mit Augenmaß. Gedenkschrift für Staatssekretär Dr. Günter Hartkopf anlässlich seines 10. Todestages am 19. September 1999, Berlin 2000, S. 37-47.

Blaszyk, Paul: Umweltbericht des Landkreises Oldenburg, in: Mitteilungsblatt der Oldenburgischen Landschaft, Nr. 28, 1980, S. 11.

Bloem, Dieter: Die Bemühungen zur Erhaltung des Schwimmenden Moores, in Mitteilungsblatt der Oldenburgischen Landschaft, Nr. 30, 1981, S.11-13.

Boisserée, Klaus: Strategien der Umweltgestaltung, in: liberal, Heft 2,1971, S. 85-98.

Bundesministerium des Innern (Hg.): Umweltbericht '76. Fortschreibung des Umweltprogramms der Bundesregierung vom 14. Juli 1976. Mit einer Einführung von Werner Maihofer, Stuttgart 1976.

Bundesministerium des Innern (Hg.): Umweltschutz. Das Umweltprogramm der Bundesregierung. Mit einer Einführung von Hans-Dietrich Genscher, Stuttgart u.a. 1972.

Bundesministerium des Innern (Hg.): Umweltschutz. Sofortprogramm der Bundesregierung, Bonn 1970.

Carson, Rachel: Der stumme Frühling, München 1979.

Dahrendorf, Ralf: Lebenschancen, Anläufe zur sozialen und politische Theorie, Frankfurt a. M. 1979.

Erdmann, Erich: Rund um das „Schwimmende Moor“, Oldenburg 1982.

Ertl, Josef: Bleibt nur das bloße Überleben?, in: liberal, Heft 10, 1971, S. 763-774.

FDP-Landesverband Niedersachsen (Hg.): Umweltpolitik, Hannover 1978.

Flach, Karl-Hermann: Noch eine Chance für die Liberalen? Eine Streitschrift, Frankfurt a. M. 1971.

Genscher, Hans-Dietrich: Erinnerungen, Berlin 1995.

Genscher, Hans-Dietrich: Zum Geleit. Anmerkungen zum Umweltbundesamt, in: Schenkel, Peter-Christoph / Storm, Werner (Hg.): Umwelt, Technik, Recht, Berlin 1990, S. 17-22.

Glagow, Manfred / Murswieck, Axel: Umweltverschmutzung und Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 27, 1971, S. 3-31.

Goldacker, Eberhard von: Liberale Kommunalpolitik, in: liberal, Heft 6, 1974, S.465-468.

Gruhl, Herbert: Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik, Frankfurt a. M. 1975.

Hansmeyer, Karl-Heinrich: Liberale Umweltpolitik zwischen Ökonomie und Ökologie, in: liberal, Heft 9, 1978, S. 680-684.

Landesverband Oldenburg der FDP: Zum Gedächtnis. Theodor Tantzen. Oldenburgs erster und letzter Ministerpräsident. Zwei freidemokratische Reden, Oldenburg 1947.

Lehmbruch, Gerhard: Der Januskopf der Ortsparteien. Kommunalpolitik und lokale Parteiensysteme, in: Der Bürger im Staat, Heft 5, 1975, S. 3-8.

Maihofer, Werner: Innen- und Rechtspolitik. Im Zweifel für die Freiheit, in: Genscher, Hans-Dietrich (Hg.): Liberale in der Verantwortung, München, Wien 1976, S. 94-128.

Meadows, Dennis L. (Hg.): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972.

Menke-Glückert, Peter: Umweltpolitik in der Praxis, München 1978.

Menke-Glückert, Peter: Grüner Protest – Ende der FDP?, in: liberal, Heft 9, 1978, S. 686-697.

Niedersächsische Landesregierung (Hg.): Die Weiße Mappe. Antwort der Niedersächsischen Landesregierung auf die Rote Mappe des Niedersächsischen Heimatbundes, Hannover 1980.

Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Waldschäden und Luftverunreinigungen. Sondergutachten März 1983, Stuttgart u.a. 1983.

Schiller, Theo: Nach dem Schock ein Vakuum? Die Antwort der Liberalen auf die „grüne“ Herausforderung, in: Vorwärts Nr. 31, 1978, S. 9.

Schlüter, Max: Zwei Jahre nach dem Orkan, in: Mitteilungsblatt der Oldenburgischen Landschaft, Nr. 6, 1975, S. 7-8.

Schmidt, Heinrich: Theodor Tantzen-Heering. Gedanken anlässlich der 100. Wiederkehr seines Geburtstages am 14.06.1977, in: Mitteilungsblatt der Oldenburgischen Landschaft, Nr. 15, 1977, S. 3-4.

Tantzen, Eilert: Chronik der Familie Tantzen (1300-2000), Oldenburg 1997.

Umweltbundesamt (Hg.): Bürger im Umweltschutz 1981/82. Nichtstaatliche Umweltschutzorganisationen und Bürgerinitiativen Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin<sup>5</sup> 1981.

## **Zeitungsartikel (allgemein)**

Wildeshauser Zeitung vom 24.05.1978.

Nordwest-Zeitung vom 05.09.1996.

## **Der Spiegel**

Der Spiegel, Nr. 28, 1971, S. 29-31.

Der Spiegel, Nr. 15, 1972, S. 29.

Der Spiegel, Nr. 22, 1975, S. 23.

## **7. Literaturverzeichnis**

Albertin, Lothar: Das theoriearme Jahrzehnt der Liberalen, in: Schildt, Axel / Sywottek, Arnold (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre (Politik und Gesellschaftsgeschichte 33), Bonn 1998, S. 659-676.

Allerbeck, Klaus: Die alte und die neue FDP. Historische Vergleichsdaten zur Entwicklung der Wählerschaft in Baden-Württemberg, in: Albertin, Lothar: Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1980. S. 151-168.

Arbeitsgemeinschaft beruflicher und ehrenamtlicher Naturschutz (Hg.): 10 Jahre Bundesnaturschutzgesetz. Erfahrungen und Erfordernisse (Jahrbuch für Naturschutz und Landschaftspflege 39), Greven 1986.

Baring, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982.

Bauerkämpfer, Arndt: Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in der Bundesrepublik in den 50er Jahren, in: Schildt, Axel / Sywottek, Arnold (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre (Politik und Gesellschaftsgeschichte 33), Bonn 1998, S. 188-200.

Baumheier, Ralph: Kommunale Umweltpolitik, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.): Kommunale Umweltpolitik, Stuttgart u.a. 1992, S. 11-29.

Becker, Horst / Feick, Jürgen/ Uhl, Herbert: Leitfragen Politik. Orientierungswissen politische Bildung, Stuttgart u.a. 1993.

Börger, Heinrich: Theodor Tantzen (1877-1947), in: Edgar Kalthoff (Hg.): Niedersächsische Lebensbilder (Veröffentlichungen der historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen 9), Hildesheim 1976, S. 187-200.

Bohm, Andreas: Bürgerbewegungen / Bürgerinitiativen, in: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Niedersachsen-Lexikon, Hannover 2004, S.61-63.

Brand, Karl-Werner: Umweltbewegung (inkl. Tierschutz), in: Roth, Roland / Richt, Dieter (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945, Frankfurt a. M. u.a. 2008, S. 219-244.

Brüggemeier, Franz-Josef / Engels, Jens Ivo (Hg.): Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen (Reihe „Geschichte des Natur- und Umweltschutzes“ 4), Frankfurt a. M. u.a. 2005.

Carmanns, Gabriela: Geschichte und Politik des niedersächsischen Landesverbandes der FDP in seiner Umbruchs- und Konsolidierungsphase 1967-1978, Aachen 2000.

CDU-Landesverband Oldenburg (Hg.): CDU im Oldenburger Land 1945-1985. Chronik des CDU-Landesverbandes Oldenburg, Oldenburg 1986.

De Haan, Gerhard / Kuckartz, Udo: Umweltbewusstsein. Denken und Handeln in Umweltkrisen, Opladen 1996.

Detjen, Joachim: Demokratie in der Gemeinde. Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik in Niedersachsen, Hannover 2000.

Dittberner, Jürgen: Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung, Wiesbaden 2005.

Dittberner, Jürgen: Die Freie Demokratische Partei, in: Stöss, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin), Bd.2, Opladen 1984, S. 1313-1379.

Dürand, Dieter: Hart am Wind, in: Wirtschaftswoche, Nr. 19, 2009, S. 95-100.

Düselder, Heike: Oldenburg nach 1945. Beständigkeit und Traditionen, Wachstum und Dynamik, in: Stadt Oldenburg (Hg.): Geschichte der Stadt Oldenburg 1830-1995, Bd. 2, Oldenburg 1995, S. 487-682.

Eckhardt, Albrecht: Land und Verwaltungsbezirk Oldenburg vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre. Verfassung, Verwaltung, Politik, Kirchen, in: Ders.(Hg.): Oldenburg um 1950. Eine nordwestdeutsche Region im ersten Nachkriegsjahrzehnt, Oldenburg 2000, S. 9-36.

Eckhardt, Albrecht: Der Verwaltungsbezirk Oldenburg (1946-1978/87), in: Ders. (Hg.): Geschichte des Landes Oldenburg. Ein Handbuch, Oldenburg 1987, S. 513-547.

Eckhardt, Albrecht (Hg.): Geschichte des Landes Oldenburg. Ein Handbuch, Oldenburg 1987.

Eckhardt, Albrecht: Oldenburg und die Gründung des Landes Niedersachsen, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 55, 1983, S. 15-70.

Engels, Jens Ivo: Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950-1980, Paderborn 2006.

Engels, Ivo Jens: „Politischer Verhaltensstil“. Vorschläge für ein Instrumentarium zur Beschreibung politischen Verhaltens am Beispiel des Natur- und Umweltschutzes, in: Brüggemeier, Franz-Josef / Engels, Jens Ivo (Hg.): Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, Frankfurt a. M. u.a. 2005, S. 184-202.

FDP-Bezirksverband Oldenburg (Hg.): 60 Jahre FDP-Bezirksverband Oldenburg. Rückblick auf die liberale Tradition im Oldenburger Land. Festschrift vom 4. März 2007, Oldenburg 2006.

Feser, Hans-Dieter / Flieger, Wolfgang: Kommunale Umweltpolitik. Handlungsspielräume und Hindernisse, in: Ders. / Haupt, Michael von (Hg.): Kommunale Umweltpolitik, Regensburg 1996, S. 1-23.

Fiedler, Klaus P.: Umweltrecht in der kommunalen Praxis, in: Ders. (Hg.): Kommunales Umweltmanagement. Handbuch für praxisorientierte Umweltpolitik und Umweltverwaltung in Städten, Kreisen und Gemeinden, Köln 1991, S. 1-12.

Fogt, Helmut: Die Grünen in den Bundesländern. Das regionale Erscheinungsbild der Partei und ihrer Wählerschaft 1979-1988, in: Oberndörfer, Dieter / Schmitt, Karl (Hg.): Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland (Ordo Politicus 28), Berlin 1991, S. S. 231-279.

Fricke, Christian-A.: Wirtschaft und Verkehr, in: Eckhardt, Albrecht (Hg.): Geschichte des Landes Oldenburg. Ein Handbuch, Oldenburg 1987, S. 763-790.

Gläser, Jochen / Laudel, Grit: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, Wiesbaden<sup>3</sup> 2009.

Glaeser, Bernhard: Umweltpolitik zwischen Reparatur und Vorbeugung. Eine Einführung am Beispiel der Bundesrepublik im internationalen Kontext, Opladen 1989.

Gniss, Daniela: Freie Demokratische Partei, in: Recker, Marie-Luise / Tenfelde, Klaus (Hg.): Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 3), Düsseldorf 2005, S. 35-174.

Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999.

Gringmuth, Hans F. W.: Der Handlungsspielraum der Freien Demokratischen Partei als Artikulationspartei, Frankfurt a. M. u.a. 1984.

Günther, Wolfgang: Tantzen, Theodor Johann, in: Friedl, Hans / Günther, Wolfgang / Günther-Arndt, Hilke u.a. (Hg.): Biographisches Handbuch zur Geschichte des Landes Oldenburg, Oldenburg 1992, S. 730-735.

Hagemann, Hermann: Kommunale Umweltpolitik heute, in: Bellers, Jürgen / Frey, Rainer / Rosenthal, Claudius (Hg.): Einführung in die Kommunalpolitik, München u.a. 2000, S. 213-233.

Hagen, Dietrich: Der Naturraum, in: Ders. / Schmidt, Heinrich / König, Günter (Hg.): Oldenburg. Land zwischen Nordsee und Dammer Berge, Oldenburg 1999, S. 7-41.

Hallensleben, Anna: Von der Grünen Liste zur Grünen Partei. Die Entwicklung der Grünen Liste Umweltschutz von ihrer Entstehung in Niedersachsen 1977 bis zur Gründung der Partei die Grünen, Göttingen 1984.

Hartkopf, Günter / Bohne, Eberhard: Umweltpolitik. Grundlagen, Analysen und Perspektiven, Bd.1, Opladen 1983.

Heile, Dirk: Chronik der Samtgemeinde Harpstedt. Von 1667 bis 1950, Bd. 2, Wildeshausen 1996.

Heinken, Peter: Wildeshausen vom Beginn des Ersten bis zum Zweiten Weltkrieg (1914-1945), in: Eckhardt, Albrecht: Wildeshausen. Geschichte der Stadt von den Anfängen bis zum ausgehenden 20. Jahrhundert, Oldenburg 1999, S. 707-798.

Herlemann, Beatrix: Nationalsozialismus auf dem Lande, in: Hucker, Bernd Ulrich / Schubert, Ernst / Weisbrod, Bernd (Hg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 566-581.

Hesselberger, Dieter: Das Grundgesetz. Kommentar für die politische Bildung, Bonn 2003.

Holl, Karl: Liberale, „Grüne“, „Alternativisten“. Bemerkungen zu einem aktuellen Problem, in: Albertin, Lothar: Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1980, S. 258-266.

Hucke, Jochen: Kommunale Umweltpolitik, in: Roth, Roland / Wollmann, Hellmut (Hg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Opladen 1994, S. 474-489.

Hucke, Jochen: Umweltpolitik. Die Entwicklung eines neuen Politikfeldes, in: Beyme, Klaus von / Schmidt, Manfred (Hg.): Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1990, S. 382-398.

Hünemörder, Kai F.: 1972 - Epochenschwelle der Umweltgeschichte?, in: Brüggemeier, Franz-Josef / Engels, Jens Ivo (Hg.): Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, (Geschichte des Natur- und Umweltschutzes 4), Frankfurt a. M. u.a. 2005, S. 124-144.

Hünemörder, Kai F.: Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik 1950-1973 (Historische Mitteilungen im Auftrage der Ranke Gesellschaft 53), Wiesbaden 2004.

Jansen, Hans-Heinrich: Erich Mende (1916-1998), in: Oppeland, Torsten (Hg.): Deutsche Politiker 1949-1969. 16 biographische Skizzen aus Ost und West, Bd. 2, Darmstadt 1999, S. 132-142.

Juling, Peter: Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente, Meisenheim am Glan 1977.

Kaack, Heino (Hg.): Die FDP. Grundriß und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik (Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland 18), Meisenheim am Glan<sup>3</sup> 1979.

Kerber, Bärbel: Der Konflikt zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen auf kommunaler Ebene, Frankfurt a. M. 1994.

Klaus, Manfred: Kommunale Umweltberichte, in: Bey, Wolfgang / Klaus, Manfred / Rössel, Uwe Jens (Hg.): Das gläserne Rathaus. Kommunalpolitik von A bis Z, Hamburg 2001, S. 299-301.

Kleinfeld, Ralf: Kommunalpolitik. Eine problemorientierte Einführung (Grundwissen Politik 18), Opladen 1996.

Kleinfeld, Ralf: Politikwissenschaft und Kommunalpolitik in Deutschland. Ein Forschungsüberblick, in: Ders.: Kommunalpolitik. Eine problemorientierte Einführung (Grundwissen Politik 18), Opladen 1996, S. 17-71.

Klotzsch, Lilian / Stöß, Richard: Die Grünen, in: Stöss, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 39), Bd.2, Opladen 1984, S. 1509-1598.

König, Günter: Regionalwirtschaftliche Strukturen und Entwicklungstendenzen, in: Hagen, Dietrich / Schmidt, Heinrich / König, Günter: Oldenburg. Land zwischen Nordsee und Dammer Berge, Oldenburg 1999, S. 78-111.

Körner, Stefan: Die Entwicklung des Naturschutzes und der Landschaftsplanung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Brüggemeier, Franz-Josef / Engels, Jens Ivo (Hg.): Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen (Geschichte des Natur- und Umweltschutzes 4), Frankfurt a. M. u.a. 2005, S. 87-102.

Koß, Michael / Spier, Tim: Das Parteiensystem Niedersachsens, in: Jun, Uwe / Haas, Melanie / Niedermayer, Oskar (Hg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 291-314.

Leder, Gottfried / Friedrich, Wolfgang-Uwe: Kommunalpolitik und Kommunalwahlen in Niedersachsen, Hannover 1986.

Leh, Almut: Zwischen Heimatschutz und Umweltbewegung. Die Professionalisierung des Naturschutzes in Nordrhein-Westfalen 1945-1975 (Geschichte des Natur- und Umweltschutzes 5), Frankfurt a. M. u.a. 2006.

Lösche, Peter / Walter, Franz: Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel, Darmstadt 1996.

Lücke, Meike: Geschichte des Naturschutzes im Land Oldenburg 1880-1934 (Oldenburger Forschungen 23), Oldenburg 2007.

Ludin, Daniela / Rahmeyer, Fritz: Die Abfallwirtschaft als Teilbereich der kommunalen Umweltpolitik. Eine Untersuchung am Beispiel der kreisfreien Stadt Augsburg, des Landkreises Augsburg und des Landkreises Aichach-Friedberg, Augsburg 1999.

Malunat, Bernd M.: Umweltpolitik im Spiegel der Parteiprogramme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 29, 1987, S. 29-42.

Margedant, Udo: Entwicklung des Umweltbewusstseins in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 29, 1987, S.15-28.

Marten, Heinz-Georg: FDP in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde, Göttingen 1972.

Mauritz, Markus: Natur und Politik. Die Politisierung des Umweltschutzes in Bayern. Eine empirische Untersuchung, Neutraubling 1995.

Mayer-Tasch, Peter Cornelius / Mrass, Walter / Weizsäcker, Ernst-Ulrich von u.a.: Umweltpolitik und ihre Instrumente (Umweltschutz – Grundlagen und Praxis 3), Bonn 1994.

Mücke, Burkhard: Damit der Wald nicht stirbt. Ursachen und Folgen der Waldkatastrophe, München 1983.

Müller, Edda: Sozial-liberale Umweltpolitik. Von der Karriere eines neuen Politikbereichs, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 47, 1989, S. 3-15.

Müller, Edda: Innenwelt der Umweltpolitik. Sozial-liberale Umweltpolitik – (Ohn)macht durch Organisation?, Opladen 1986.

Munier, Gerald: Geschichte im Comic. Aufklärung durch Fiktion? Über Möglichkeiten und Grenzen des historisierenden Autorencomics der Gegenwart, Hannover 2000.

Naßmacher, Hiltrud / Naßmacher, Karl-Heinz: Kommunalpolitik in Deutschland, Wiesbaden<sup>2</sup> 2007.

Naßmacher, Hiltrud: Freie Demokratische Partei, in: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Niedersachsen-Lexikon, Hannover 2004, S. 103-104.

Naßmacher, Karl-Heinz: Die FDP als Regionalpartei, in: Oberndörfer, Dieter / Schmitt, Karl (Hg.): Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland (Ordo Politicus 28), Berlin 1991, S. 207-230.

Naßmacher, Karl-Heinz: Kontinuität und Wandel eines regionalen Parteiensystem. Zur politischen Entwicklung Oldenburgs im 20. Jahrhundert, in: Günter, Wolfgang (Hg.): Sozialer und politischer Wandel in Oldenburg. Studien zur Regionalgeschichte vom 17. bis 20. Jahrhundert, Oldenburg 1981, S. 221-251.

Naßmacher, Karl-Heinz: Zerfall einer liberalen Subkultur. Kontinuität und Wandel des Parteiensystems in der Region Oldenburg, in: Kühn, Herbert (Hg.): Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich (Sozialwissenschaftliche Studien zur Stadt- und Regionalpolitik 4), Hain 1979, S. 30-134.

Neumann, Martina: Theodor Tantzen. Ein widerspenstiger Liberaler gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1998.

Poguntke, Thomas: Forschungsstand zu den Grünen. Zwischen Ideologie und Empirie, in: Niedermayer, Oskar / Stöss, Richard (Hg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1990, S. 187-210.

Plachter, Harald: Naturschutz, Stuttgart 1991.

Pötzsch, Horst: Die deutsche Demokratie, Bonn 1995.

Raschke, Joachim: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993.

Reeken, Dietmar von: Von der Mangelwirtschaft zur Arbeitsgesellschaft. Oldenburgs schwieriger Weg in das „Wirtschaftswunder“, in: Eckhardt, Albrecht (Hg.): Oldenburg um 1950. Eine norddeutsche Region im ersten Nachkriegsjahrzehnt, Oldenburg 2000, S. 81-104.

Reuter, Lutz-Rainer: Kommunalpolitik im Parteienvergleich. Zum Funktionswandel der kommunalen Selbstverwaltung von CDU/CSU, SPD und FDP, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 34, 1976, S. 3-43.

Rohe, Karl: Regionale (politische) Kultur. Ein sinnvolles Konzept für die Wahl- und Parteienforschung?, in: Oberndörfer, Dieter / Schmitt, Karl (Hg.): Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland (Ordo Politicus 28), Berlin 1991, S. 17-37.

Rucht, Dieter: Umweltproteste in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jacob, Klaus / Biermann, Frank / Busch, Per-Olof u.a. (Hg.): Politik und Umwelt (Politische Vierteljahresschrift 39), Wiesbaden 2007, S. 518-539.

Rudzio, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen<sup>6</sup> 2003.

Ruschkowski, Eick von: Lokale Agenda 21 in Deutschland. Eine Bilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 31, 2002, S. 17-24.

Sauer, Michael: Geschichte unterrichten. Eine Einführung in die Didaktik und Methodik, Seelze-Velber<sup>7</sup> 2008.

Schaap, Klaus: Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928-1933, Düsseldorf 1978.

Schaer, Friedrich-Wilhelm: Verwaltung im Städtedreieck Oldenburg-Delmenhorst-Wildeshausen, in: Landkreis Oldenburg (Hg.): Der Landkreis Oldenburg. Menschen – Geschichte – Landschaft, Oldenburg 1992, S. 557-570.

Schildt, Axel: Landestradiation und moderne Lebenswelt. Niedersachsen seit den sechziger Jahren – eine Skizze, in: Hucker, Bernd Ulrich / Schubert, Ernst / Weisbrod, Bernd (Hg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 651-664.

Schiller, Theo: Liberalismus, in: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft, Bd. 1, München<sup>2</sup> 2004, S. 489-494.

Schiller, Theo: Stand, und Defizite der FDP-Forschung, in: Niedermayer, Oskar / Stöss, Richard (Hg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 71), Opladen 1993, S. 119-146.

Schiller, Theo: Wird die FDP eine Partei?, in: Narr, Wolf-Dieter (Hg.): Auf dem Weg zum Einparteienstaat, Opladen 1977, S. 122-148.

Schmidt, Heinrich / Sommer, Karl-Ludwig / Burblys, Olaf: Chronik des Landkreises Ammerland, Oldenburg 2005.

Schmidt, Heinrich: Die historische Entwicklung des Landes Oldenburg, in: Hagen, Dietrich / Schmidt, Heinrich / König, Günter (Hg.): Oldenburg. Land zwischen Nordsee und Dammer Berge, Oldenburg 1999, S. 42-77.

Schmoll, Friedemann: Erinnerung an die Natur. Die Geschichte des Naturschutzes im deutschen Kaiserreich, Frankfurt a. M. u.a. 2004.

Schneider, Herbert: Kommunalpolitik auf dem Lande (Beiträge zur Kommunalwissenschaft 35), München 1991.

Schulz, Winfried: Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung, Opladen 1997.

Schultze, Rainer-Olaf: Wahlforschung, in: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft, Bd. 2, München<sup>2</sup> 2004, S. 1091-1096..

Schultze, Walter: Die Stadt Wildeshausen seit 1945, in: Eckhardt, Albrecht: Wildeshausen. Geschichte der Stadt von den Anfängen bis zum ausgehenden 20. Jahrhundert, Oldenburg 1999, S. 799-880.

Siekmeier, Matthias: Walter Scheel (\*1919), in: Oppelland, Torsten (Hg.): Deutsche Politiker 1949-1969. 16 biographische Skizzen aus Ost und West, Bd. 2, Darmstadt 1999, S. 155-164.

Sontheimer, Kurt: Die Adenauer-Ära. Grundlegung der Bundesrepublik, München<sup>3</sup> 2003.

Stephan, Werner: Acht Jahrzehnte erlebtes Deutschland. Ein Liberaler in vier Epochen, Düsseldorf 1983.

Steyer, Armin: Die Entwicklung der liberalen Parteien in Oldenburg. Eine regionalhistorische Untersuchung auf der Grundlage der Reichstagswahlen von 1893 bis 1912, in: Günther, Wolfgang (Hg.): Parteien und Wahlen in Oldenburg. Beiträge zur Landesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert (Schriftenreihe der Universität Oldenburg), Oldenburg 1983, S. 21-63.

Stöss, Richard: Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher, in: Ders. (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 39), Bd. 1, Opladen 1984, S. 310-335.

Suttka, Ulrich: Tantzen, Richard Hinrich, in: Friedl, Hans / Günther, Wolfgang / Günther-Arndt, Hilke u.a. (Hg.): Biographisches Handbuch zur Geschichte des Landes Oldenburg, Oldenburg 1992, S. 727-729.

Tantzen, Eilert: Die Wiederbewaldung von Heiden und Öden durch die Oldenburgische Staatsforstverwaltung im 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Niedersächsischen Wald- und Forstgeschichte (Aus dem Walde 57), Oldenburg 2008.

Theis, Carmen: Die lokale Basis der FDP. Ihre Bedeutung für die Gesamtpartei (Beiträge des Instituts für vergleichende Politikforschung 8), Oldenburg 2007.

Trautmann, Günter: Einleitung. Der soziale Liberalismus – Eine parteibildende Kraft?, in: Holl, Karl / Trautmann, Günter / Vorländer, Hans (Hg.): Sozialer Liberalismus, Göttingen 1986, S. 9-16.

Vorländer, Hans: Der Soziale Liberalismus der FDP. Verlauf, Profil und Scheitern eines soziopolitischen Modernisierungsprozesses, in: Holl, Karl / Trautmann, Günter / Vorländer, Hans (Hg.): Sozialer Liberalismus, Göttingen 1986, S. 190-226.

Weidner, Helmut: Die Umweltpolitik der konservativ-liberalen Regierung. Eine vorläufige Bilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 47, 1989, S. 16-28.

Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bundesrepublik und DDR 1949-1990, Bd. 5, München 2008.

Wey, Klaus-Georg: Umweltpolitik in Deutschland. Kurze Geschichte des Umweltschutzes in Deutschland seit 1900, Opladen 1982.

Wilhelm, Sighard: Umweltpolitik. Bilanz - Probleme - Zukunft, Opladen 1994.

Ziessow, Karl-Heinz: Ernährung und Landwirtschaft um 1950, in: Eckhardt, Albrecht (Hg.): Oldenburg um 1950. Eine norddeutsche Region im ersten Nachkriegsjahrzehnt, Oldenburg 2000, S. 151-177.

Zülch, Rüdiger: Von der FDP zur F.D.P. Die dritte Kraft im deutschen Parteiensystem (Sozial-wissenschaftliche Studien zur Politik 1), Bonn 1972.

## 8. Anhang

### 8.1 Kritische Betrachtung der Rolle von Eilert Tantzen in der Umweltpolitik

Eilert Tantzen wurde am 22. Oktober 1929 in Marsow in Mecklenburg-Vorpommern geboren. Er ist ein Enkel von Theodor Tantzen, dem ehemaligen Ministerpräsidenten des Freistaates Oldenburg. Der gelernte Forstmann trat 1971 in die FDP ein und ist seitdem in dieser Partei kommunal- und umweltpolitisch aktiv: 1972 gründete Eilert Tantzen den FDP-Ortsverband Hatten. In dieser Gemeinde übte er von 1976 bis 1982 das Amt des Bürgermeisters aus. Dem Kreistag des Landkreises Oldenburg gehörte er von 1972 bis 1996 an. Von 1976 bis 1996 war Eilert Tantzen Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Oldenburg. Als Delegierter von Bundes- und Landesparteitagen ist er vertraut mit den höheren Parteiebenen. Allerdings blieben seine Kandidaturen bei der Bundestagswahl 1972 als auch bei der Landtagswahl 1974 erfolglos.

Innerhalb seines politischen Engagements nimmt der Umweltschutz einen herausragenden Stellenwert ein. Mehrere Initiativen im regionalen Umweltschutz gehen auf Eilert Tantzen zurück. Zudem trat er für eine weitreichende Berücksichtigung dieses Politikfeldes auf allen Parteiebenen der FDP ein. Noch heute ist Eilert Tantzen Mitglied im Landesfachausschuss Umwelt. Viele Jahre gehörte er auch dem Bundesfachausschuss Umwelt an. Neben dieser Auswahl an politischen Tätigkeiten engagierte sich Eilert Tantzen auch im gesellschaftlichen Bereich wie z. B. im Gemeindegemeinderat der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Hatten, als Vorsitzender des Bundes Deutscher Forstmänner und Mitglied der Verbandsversammlung des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbandes. Als sein Lebenswerk bezeichnet Eilert Tantzen die 1991 gegründete Naturschutzstiftung im Landkreis Oldenburg.<sup>476</sup>

Hinsichtlich der linksliberalen Traditionen in der Familie Tantzen überrascht, dass Eilert Tantzen erst mit 42 Jahren in die FDP eintrat. Nach eigenen Aussagen gaben die Freiburger Thesen (1971) den Anstoß für seinen Parteieintritt.<sup>477</sup> In Formulierungen wie „Mutter Erde“ wird Eilert Tantzens ausgeprägte Naturbezogenheit deutlich. In diesem Kontext stellt sich die Frage, ob er nicht auch in eine „grüne“ Partei hätte eintreten können. Dagegen spricht, dass Eilert Tantzen weitgehend dem typischen Sozialprofil liberaler Repräsentanten auf Gemeinde- und Kreisebene im nordwestlichen Niedersachsen entsprach.<sup>478</sup> Seine berufliche Tätigkeit als Forstwirt wurde der verbreiteten Berufsstruktur gerecht, wonach die Wirtschaftsbereiche Land- und Forstwirtschaft dominierten. Auf der lokalen Ebene litt die FDP bundesweit unter einem

---

<sup>476</sup> Interview mit Eilert Tantzen vom 02.02.2009.

<sup>477</sup> Interview mit Eilert Tantzen vom 02.02.2009.

<sup>478</sup> Vgl.: Naßmacher: Die FDP als Regionalpartei, S. 224f.

Überalterungsprozess ihrer (aktiven) Mitglieder. Zwar war Eilert Tantzen bei seinem Parteieintritt bereits 42 Jahre, jedoch stieg er sofort in der Kommunalpolitik auf. Die FDP im Landkreis Oldenburg konnte vom hohen Bekanntheitsgrad der Person Eilert Tantzen profitieren, der sich auf dem Namen der Familie Tantzen, auf seinen gesellschaftlichen Aktivitäten und auf seinem beruflichen Erfolg als Forstwirt stützte. Seine große Präsenz in der Öffentlichkeit wurde bei vielen Bürgern mit Amtskompetenz gleichgesetzt. Im Nachlass befinden sich zahlreiche Fotografien, die Tantzen bei gesellschaftlichen Ereignissen zeigen. Er suchte den Kontakt zum Bürger. Zweifelsohne brachte Tantzen neuen Schwung in die „Honoratiorenpartei“, doch teilweise stießen seine Vorschläge auf die Akzeptanzgrenze der Bürger wie z.B. sein Vorschlag den Landkreis Oldenburg in Landkreis Wildeshausen umzubenennen.

Während des Interviews wurde deutlich, dass Eilert Tantzen mit großem Stolz auf die (politischen) Traditionen seiner Familie zurückschaut<sup>479</sup>: „*Es war die erste sozialliberale Gruppierung [...] im Landkreis Oldenburg. Da hat Eilert Tantzen die entscheidenden Weichen gestellt. Ich kann Ihnen das ja so ruhig sagen und da ist auch wieder mein Großvater. Mein Großvater hat ja 1918/19 [...] die erste sozialliberale Koalition in ganz Deutschland [...] fertiggebracht [...]*“<sup>480</sup> Eilert Tantzen nahm eine Sonderrolle bei den Oldenburger Liberalen ein. Als „Sprachrohr“ des Bezirksverbandes Oldenburg machte er sich in der FDP einen Namen und gewann kontinuierlich an Einfluss. Beispielsweise war Tantzen lange Zeit der einzige Liberale aus dem Oldenburger Raum, der einem Bundesfachausschuss angehörte.<sup>481</sup> Eilert Tantzen kommunizierte mit allen Parteebenen der FDP und verringerte dadurch die Distanz zwischen der lokalen Parteibasis und der Bundespartei. Hans-Dietrich Genscher würdigte Eilert Tantzens (kommunalpolitisches) Engagement im Umweltschutz, indem er ihn als das „*umweltpolitische Gewissen der FDP*“<sup>482</sup> bezeichnete. Seit seinem Ausstieg aus der aktiven Kommunalpolitik widmet sich Eilert Tantzen verstärkt der Erforschung der Forstwirtschaft im Oldenburger Land.<sup>483</sup>

## 8.2 Einführende Worte zum Interview mit Eilert Tantzen

Eilert Tantzen wurde als Interviewpartner ausgewählt, weil er ein Zeitzeuge ist, der über „Expertenwissen“ verfügt. Er ist nicht Objekt der Untersuchung gewesen, sondern

---

<sup>479</sup> Tantzen verwaltet das Archiv der Familie Tantzen. Vgl.: Tantzen, Eilert: Chronik der Familie Tantzen (1300-2000), Oldenburg 1997.

<sup>480</sup> Interview mit Eilert Tantzen vom 02.02.2009.

<sup>481</sup> Weser-Kurier vom 24.02.1977, in: StAO: Dep 73 Akz. 322 Nr. 6.

<sup>482</sup> Zit. nach Hans-Dietrich Genscher, in: Tantzen: Chronik der Familie Tantzen, S. 327.

<sup>483</sup> Tantzen, Eilert: Die Wiederbewaldung von Heiden und Öden durch die Oldenburgische Staatsforstverwaltung im 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Niedersächsischen Wald- und Forstgeschichte (Aus dem Walde 57), Oldenburg 2008.

vielmehr das Medium durch das Wissen erlangt werden sollte. Das Interview wurde am Montag, den 02. Februar 2009, von etwa 18.30 bis 20.30 Uhr im Wohnhaus von Eilert Tantzten und seiner Ehefrau in Sage bei Großenkneten geführt. In dieser privaten Atmosphäre äußerte sich Eilert Tantzten bereitwillig zu den einzelnen Fragen. Die besonders relevanten Fragen wurden entlang eines „Leitfadens“ abgehandelt, wobei darauf geachtet wurde, dem Interviewpartner ausreichend Raum für spontane Äußerungen bereit zu stellen. Somit entsprach die angewandte Methode weitgehend der eines halbstandardisierten Einzelinterviews.<sup>484</sup> Im Vordergrund des Interviews stand das Erkenntnisinteresse an der Gestaltung der Umweltpolitik der FDP im Landkreis Oldenburg in den 1970er und 1980er Jahren. Während des Interviews wurde versucht, einen Bezug zur FDP-Umweltpolitik auf Bundes- und Landesebene herzustellen, um eventuelle Parallelen zur Kommunalpolitik aufzuzeigen. Das als Leitfadeninterview konzipierte Gespräch entwickelte sich zu einer dialogischen Konversation, die nur geringfügig gelenkt wurde, um nicht von der eigentlichen Fragestellung abzuschweifen.<sup>485</sup> Das auf einem Diktiergerät aufgezeichnete Interview wurde transkribiert. In Absprache mit Eilert Tantzten wurden bei der Transkription schwer verständliche Passagen sprachlich „geglättet“. Bei dieser „Korrektur“ wurden keinerlei Veränderungen des Inhalts vorgenommen.

### **8.3 Transkription des Interviews mit Eilert Tantzten**

**Anja Wiethorn (AW):** *Sie sagen über Ihren Großvater ‚He speelt mit de Groden, over holt mit de Lütjen‘. Inwieweit hat dieser Satz von Theodor Tantzten Ihr eigenes Politikverständnis geprägt?*

**Eilert Tantzten (ET):** Mein Großvater war ein Mann, der auch aufgrund seiner politischen Funktionen, zweimal Ministerpräsident, Reichstagsabgeordneter, mit den sogenannten Großen durchaus verkehrte, weil die Großen ja in der Regel die Weichen stellen. Aber sein politisches Hauptinteresse galt immer den Kleinen und damit will ich die Leute, die Kleinen, nicht klein machen. Es ist nur ein Begriff, den Kleinen beizustehen und zu helfen. Daher kommt dieser plattdeutsche Spruch, den ich dem Jürgen Dittberner ja auch hingeschrieben hatte, ‚he speelt mit de Groten‘, er spielt mit den Großen, ‚over holt mit de Lütjen‘, aber hält zu den Kleinen. Und da kommt’s ja drauf an, was will man erreichen. Und das ist eben sein Engagement, für die kleineren

---

<sup>484</sup> Vgl.: Gläser, Jochen / Laudel, Grit: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, Wiesbaden<sup>3</sup> 2009, S. 41f.

<sup>485</sup> Eilert Tantzten schweifte häufig von der eigentlichen Fragestellung ab. Deshalb wurden einige Themen in der „Nachinterviewphase“ ausführlicher behandelt.

Leute etwas zu tun, dazu zählten auch, weil wir aus der Landwirtschaft ja kommen, auch häufig diejenigen, die kleinere Betriebe hatten, aber vielfach auch eben die Pächter von Betrieben und nicht Eigentümer. Er hat im Reichstag in Berlin und auch in seiner Partei, der Deutschen Demokratischen Partei, zu der ist er erst gekommen, nachdem die Freisinnige Fortschritts Partei sozusagen darin aufgegangen ist. Er hat immer sozusagen dieses soziale Engagement immer gehabt, obwohl er ja viel mit den großen Leuten zu tun hatte. Er hat immer da für die Leute gekämpft. Er hat dadurch auch, was nun meine Einstellung, politische Einstellung und GrundsatzEinstellung angeht, auch mit dem Keim gelegt, dass das doch das politische Handeln im Kern bestimmen muss. Das hat er hinterlassen und er hat ja, es gab ja noch einen Spruch, der auch unter unserem Familienwappen häufig mal steht ‚*lever dot as slave*‘, lieber tot, als Sklave. Das heißt dieser, ich muss sagen fast unbändige Freiheitssinn, der ja von ihm vorgelebt und auch weitergegeben wurde. Und ja, ich bin auch so einer. Freiheit, allerdings muss die korrespondieren mit Verantwortung.

***AW: Jetzt kommen wir direkt zu Ihrer Person. Sie sind im Jahr 1972 in die FDP eingetreten. Was waren damals Ihre Beweggründe gerade in diese relativ kleine Partei einzutreten?***

**ET:** Einmal hatte ich ja eben schon angesprochen, bin ich von Haus aus ein geborener Liberaler. Ich bin aber bis dahin keiner politische Partei beigetreten, weil entsprechender Anstoß fehlte. Da wurde mir von einem späteren, sehr nahe stehenden Parteifreund das Freiburger Programm und die Rede mitgebracht, die Karl Hermann Flach dort gehalten hat. Und diese Rede von Karl Hermann Flach vertrat im Kern eben auch Freiheit und Verantwortung und auch, worüber dann lange diskutiert worden ist, die Gewichtung des Aufsichtsrates in Gremien. Er war dafür, hatte Karl Hermann Flach vorgetragen, ungerade Zahl, sagen wir Aufsichtsrat hat dreizehn Mitglieder, davon sechs dem Arbeitgeber, sechs dem Arbeitnehmer, gleichstark, und dazwischen nur eine von beiden erkorene Vertrauensperson. Ich denke, dass war sehr wichtig eben für mich, weil dadurch auch dieses soziale Engagement mit zum Ausdruck gebracht wurde und Karl Hermann Flach hat ja auch viel Beifall bekommen. Ich habe das dann gelesen, daraufhin habe ich gesagt, das ist die richtige Partei, die er vertritt.

***AW: Da haben Sie mir bereits den Stellenwert der Freiburger Thesen für Sie persönlich vorweg genommen. Aber was denken Sie, was die Freiburger Thesen für die gesamte programmatische Entwicklung der FDP geleistet haben?***

**ET:** Ich denke, dass das was ich schon anklingen lassen habe, von meinem Großvater dieses Soziale, dass das absolut mit zum politischen Streben gehören muss. Es geht nicht hier Kapitalismus und da der Kommunismus, sondern Kapitalismus und das kommt eben in den Freiburger Thesen auch zum Ausdruck, Kapitalismus ist in Ordnung. Auch wenn man heute sagt; Wieso denn? Was passiert denn jetzt gerade? Aber trotzdem ist Kapitalismus schon richtig, aber er muss gepaart sein mit Sozialismus. Und das lag mir sehr am Herzen und dann habe ich gesagt, dafür willst du mitkämpfen, dass das in der FDP eben auch möglichst lange so bleibt. Dazu habe ich über die ganzen Jahrzehnte, denke ich, meinen Beitrag geleistet.

Es kam eben noch dazu, das ist auch in Freiburg angesprochen worden, heute sagt man Umweltpolitik, ich sage mal unsere Mutter Erde, wie wir damit umzugehen haben, nicht nur für uns selbst, sondern auch für die, die nach uns kommen. Die Mutter Erde, Tier- und Pflanzenwelt sind nicht etwas, was grundsätzlich unter dem Menschen funktioniert, sondern unsere Mutter Erde ist total gleichgewichtig und wir müssen uns für alle Kreaturen, die auf dieser Erde leben, auch engagieren; für diese mit und uns nicht darüber stellen.

**AW: *Und das sagen ja auch die Freiburger Thesen; ich glaube, dass ist die vierte These, dass der Umweltschutz Vorrang vor Gewinnstreben und persönlichem Nutzen hat.***

**ET:** Richtig.

**AW: *Würden Sie in diesem Zusammenhang sagen, dass die FDP als „Pionier in der Umweltpolitik“ anzusehen ist?***

**ET:** Ja, ja. Da habe ich das erste Mal, wie ich das gelesen habe und ich habe mich in diesem Bereich, da kommen wir noch drauf, auch persönlich sehr engagiert. Es war eben etwas, was mich überzeugt hat. Das ist richtig, wenn das so ist und auch so praktiziert wird; dann sind die Liberalen meine Partei.

**AW: *Und was meinen Sie, wer die Vorarbeit für die liberale Umweltpolitik leistete? Können Sie da bestimmte Personen nennen?***

**ET:** Also, mit Sicherheit Karl Hermann Flach. Dann, wie heißt der noch, der jetzt Lord in England geworden ist?

*Sven Eckhoff (Protokollant): Dahrendorf.*

**ET:** Ja, Dahrendorf, mit dem ich auch gut zusammengewirkt habe auf Bundesparteitagen. Aber auch Walter Scheel. Und dann in Richtung Bund, Bundeskabinett, der erste Umweltminister, auch wenn es den Namen noch nicht gab, ist Hans-Dietrich Genscher. Er ist der erste Umweltminister. Wir sind ja nun echt befreundet, Hans-Dietrich Genscher und ich. Es ist ja immer so, weil das so eine gewisse Reihenfolge hier hat, aber ich habe, was Umweltpolitik angeht, mit Hans-Dietrich Genscher auf einem Bundesparteitag der FDP, der war in Bremen und dort ging es dann um Kernenergie. Und unser Bezirksverband und schon vom Kreis, vom Ortsverband hatten angefangen, wir haben immer gesagt, die Entsorgung der abgebrannten Brennstäbe muss gesichert sein, dann OK. Wir kamen auf dem Bundesparteitag, weiß ich noch genau, in Bremen. Der Bundesvorstand war der Auffassung, dass man diesen Satz nicht annehmen sollte, sondern Kernkraftwerke auch so bestehen sollten, vorübergehende, auch wenn eine absolute Sicherheit der Entsorgung noch nicht gegeben ist. Und ich nenne jetzt Namen, Lueg, der sagt Ihnen jetzt ja sicherlich nichts, der war ein großer Repräsentant in den öffentlichen Medien. Wir saßen dann zusammen, Hans-Dietrich Genscher und ich, und bei der Gelegenheit sagte er: *Eilert, diesmal gewinnst du!* Und wer gewann? Hans-Dietrich Genscher mit zwei Stimmen mehr von 580 Stimmen. 2 Stimmen mehr.

**AW: Hauchdünn.**

**ET:** Ja, aber das ist ihm unvergessen geblieben. Auf meinem 60. Geburtstag war er ja hier, mit seiner Frau Barbara. Und da hat er dann gesagt, ich weiß nicht, ob sie das in den Zeitungen auch verfolgt hatten, da sagte er: *Eilert Tantzen!*, und dann *Eilert, ist das politische Umweltgewissen der FDP*. Dies fand ich immerhin ganz toll, ich habe ja auch immer gekämpft, gekämpft. Und man muss eben auch verlieren können. Dann muss man nicht sagen, jetzt ist das Thema erledigt, sondern weiterkämpfen.

**AW: Jetzt leite ich zu einer ganz anderen Frage über .**

**ET:** Ja. Entschuldigung, wenn ich jetzt ein bisschen erzähle.

**AW: Nein, das ist gut.**

**ET:** Dann ist, das auch nicht so starr.

**AW: Das ist sehr gut, an sich.**

ET: Ich will keine Frage von mir aus übergehen.

**AW: Sie sagten gerade, dass man auch verlieren können muss. Das war ja beim Ökologischen Aktionsprogramm der FDP in den 80er Jahren. Da war auf Ihrer Seite Enttäuschung, dass der FDP-Bundesparteitag keine Zeit fand dieses Programm zu besprechen und daraufhin abzuschließen.**

ET: Und entsprechende Konsequenzen daraus zu ziehen.

**AW: Was würden Sie sagen, wie viel Einfluss hatte der FDP-Bezirksverband Oldenburg in der Umweltpolitik auf den Kurs der Bundespartei beziehungsweise den Kurs des Landesverbandes Niedersachsen?**

ET: Also, schwierige Themen sind immer nur zu bewegen, wenn entsprechende Personen als erstes vorweg marschieren und sie vertreten. Zu diesen gehörte ich. Und insofern war ich ja auch, was weiß ich, über 20 Jahre Bezirksvorsitzender und hatte mich ja in vielen Bereich, hier auch im kommunalen Bereich engagiert. Es war immer sehr wichtig, dass der FDP-Bezirksverband, in dem Falle durch mich, durch seinen Sprecher, immer in Hannover mit „Macht“ versucht hat, die umweltpolitischen Grundziele, die wir verfolgen, das die auch und natürlich die Wege dahin, sich möglichst im Wahlprogramm wiederfinden. Niedersachsen hat eigentlich, muss ich sagen, sehr früh auch diese Ziele eben in ihrem Wahlprogramm beschrieben.

Was jetzt Bonn damals anging, es gibt ja einen Landesfachausschuss, Bundesfachausschuss Umwelt, in dem ich ewig lange drin gewesen bin, und ich bin jetzt noch immer, seit 35 Jahre im Landesfachausschuss Umwelt. Und der auf Bundesebene, da war der Vorsitzende Gerhard Rudolf Baum. Der hat solche Dinge auch immer aufgegriffen und zum Beispiel eine Forderung, die Forderung die Umweltpolitik müsse auch durch ein eigens, dafür ausgesondertes Ministerium, vertreten werden. Das hätte eine größere Wirkung. Das Gegenargument ist immer gewesen, Umweltschutz ist eine Querschnittsaufgabe, ob das im Juristenbereich ist oder Innenpolitik oder Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, eigentlich spielt sie da überall eine Rolle, das stimmt ja auch. Aber ich denke und das hat ja auch letzten Endes dazu geführt, auch in Niedersachsen, das ein Umweltministerium ins Leben gerufen wurde. Hat ziemlich lange gedauert.

Weil wenn am Kabinetttisch nicht sieben Leute von Umweltpolitik sprechen, sondern aus ihren Ressortbelangen heraus, immer ganz unterschiedlich, dann fehlt eben derjenige, und das ist nicht der Ministerpräsident und der Kanzler, der das zusammenfasst und sagt, diese Konsequenzen ziehen wir daraus. Aber wenn ein Kabinettsmitglied eben Umweltminister ist, der kann das viel härter und besser vortragen, und dann muss man sich damit befassen, und die anderen müssen Ja oder Nein sagen. Und ich denke, das ist in der Politik wirklich so. Bitte nicht schlecht auffassen, aber Taktik spielt auch eine große Rolle. Wie komme ich wann mit was über?

***AW: Und jetzt muss ich noch einmal überleiten, inwieweit dieses Ökologische Aktionsprogramm, das sagt, dass die kommunale Selbstverwaltung eine ganz besondere Rolle spielt. Inwieweit konnte denn die kommunale Selbstverwaltung, wenn Sie das auf den Landkreis Oldenburg beziehen, die Ziele und die ökologischen Eckwerte dieses Ökologischen Aktionsprogramms angehen oder auch umsetzen?***

**ET:** Es ist ja ein großer Fächer. Das, was vor Ort gemacht werden kann und wir haben's ja auch gemacht, ist eben dass man im Sinne des Naturschutzgesetzes, alles was in den Kommunen flächenhaften Umweltschutz angeht, das können die Kommunen am besten machen. Obwohl eine Kommune macht es so, die andere etwas anders, aber das ist immer weitaus besser, als wenn's keiner macht. Und die kommunale Ebene und die Probleme, die es auf kommunaler Ebene gibt, sind, ich sage mal, auf den höheren „Stufen“, ob nun Landtag oder Bundestag, Europaparlament kannst ganz vergessen, nicht gegenwärtig. Wenn man hier sieht, man hat den Naturraum und muss nun entscheiden, was kann ich für den Naturraum durch die Bewahrung (Mutter Erde), was uns unsere Vorfahren hinterlassen haben, wie kann ich das mit welchen Mitteln am besten bewahren und wo muss ich gewisse Einschränkungen hinnehmen und wie gleiche ich das dann in der gleichen Gemeinde am besten aus. Wenn ich irgendwo Abstriche mache im Bereich der Landschaft, dann muss ich auf der anderen Seite sagen, dass ich dann an anderer Stelle etwas hinzufügen muss. Diese kleine Ebene, ein Gemeinderat und auch der Kreistag, da kommt das Problem der Flächenutzung. Wie bei jedem Flächennutzungsplan, den sie machen über die ganze Gemeinde, über den Landschaftsrahmenplan, den der Kreis macht für das ganze Kreisgebiet, da werden doch erheblich Pflöcke eingeschlagen, was also in der Fläche passieren kann und was nicht passieren soll. Das ist total wichtig. Das kann nicht im Landtag entschieden werden, die können wohl einen großen

Rahmen machen, indem sie ein Naturschutzgesetz machen und darin dann ausführen welche besonderen Vorgaben wichtig sind, aber vor Ort fällt letzten Endes, was die Fläche angeht, die Entscheidung. Ich habe die Erfahrung gemacht, je mehr man vor Ort tätig ist und den Menschen nahe kommt, je mehr kann man sie interessieren und engagieren, dass sie das akzeptieren und mitmachen. Wenn da von oben irgend ein Erlass kommt: Was ist das? Da dann steht ein bisschen in der Zeitung und nicht mehr. Juckt mich nicht! Aber wenn ich weiß, der und die sind da und das soll hier geschehen und das wird öffentlich alles diskutiert in den entsprechenden Ausschüssen und auch vor Ort, wen können die Leute ansprechen. Von daher hat die kommunale Ebene, was die Durchführung von Umweltschutz angeht, entscheidend mitzureden. Dazu gehört auch die ganze Abfallbeseitigung, jedenfalls vom Hausmüll.

***AW: Die Abfallbeseitigung war ja auch beim Kreisumweltausschuss ein ganz zentrales Thema.***

ET: Ja.

***AW: Mir ist aufgefallen, dass in der Gemeinde Hatten, wo sie langjährig Bürgermeister waren, das gerade dort die Gemeinde eine Art Vorreiterrolle übernahm. Wie sah das jetzt speziell aus?***

ET: Also, die Vorreiterrolle bestand darin, dass wir eine Bestandaufnahme veranlasst haben, durch eine außenstehende Institution. Diese hat erfasst, wie die Flächennutzung, also der Zustand der Flächen, in der Gemeinde ist. Das haben wir sehr früh auf den Weg gebracht. Und dann haben wir darüber diskutiert: Was ist absolut wichtig? Wir haben zum Beispiel das Naturschutzgebiet Barneführer Holz bestimmt dreimal vergrößert. Wir haben uns ganz strikt gegen Baumschutzsatzungen ausgesprochen, weil dann die Menschen nur dagegen aufgebracht werden, Bäume alt und groß werden zu lassen. Dann hacken sie diese vorher ab. Aber wir sind überall rumgegangen und zu diejenigen, die alte Bäume hatten auf ihren Höfen und in der Feldflur, haben wir gesagt: Wir wollen euch helfen. Ihr habt das bislang gut gemacht, aber wir möchten die einzelnen Bäume unter Schutz stellen. Wollt ihr das mitmachen? Die meisten haben gesagt, wir machen das mit. Einige haben auch gesagt, der ist fünf Menschengenerationen alt, also vom Urgroßvater und noch länger, haben sie die Bäume immer gepflegt: Wir pflegen die weiter und unsere Kinder und Enkel sollen das auch machen, da muss nicht ein besonderer Schutz her. Aber die meisten haben zugestimmt, so dass wir in der Fläche besonders bedeutungsvolle Bäume und

Landschaftstypen, wie restliche Moor- und Wasserflächen, sehr frühzeitig erfasst haben. Es ist uns in der Gemeinde sehr früh gelungen, dass die Bevölkerung die Sache akzeptiert und sie sagen, da machen wir auch mit.

Es bestehen, was die Landwirtschaft angeht, verständlicherweise, große Vorbehalte. Die sehen bei unter Schutzstellung, dass sie nicht mehr so frei sind, frei im guten Sinne, ihre Flächen nutzbringend bewirtschaften zu können. Und es ist ja noch gar nicht so lange her, dass es Regelungen gibt, das man sagen kann: Bewirtschafte deine Flächen mal unweltschonender und naturnäher! Für die wirtschaftlichen Einbußen kriegst du einen Ausgleich. Ja, ich denke, was den Wald angeht... Wir haben alleine vom Oldenburg-Ostfriesischen Wasserverband, wo ich ja im Vorstand lange gewesen bin, haben wir 2.500 Hektar intensiv betriebener Ackerländereien in Wasserschutzgebiete, haben wir in Wald umgewandelt. Das sind so einige Dinge, die ich nennen kann. Es gibt einen ganzen Haufen mehr, aber es kommt immer letzten Endes auf Menschen drauf an, die bereit sind, vorne zu marschieren. Da gibt's den meisten Gegenwind, aber da scharen sie sich dann hinter und wenn man die dann gewinnt, dann schafft man auch was.

***AW: Und was würden Sie sagen, sind genau die Unterschiede, wenn man jetzt auf der kommunalen Ebene in Oldenburg die SPD und die CDU betrachtet und deren Bezug zur Umweltpolitik. Was würden Sie sagen, sind die entscheidenden Unterschiede zur FDP?***

**ET:** Also, was die Union angeht, hatten die sozusagen im letzten Quartal des vorherigen Jahrhunderts, da habe ich ja auch mit ihnen im Kreistag und in der Gemeinde zu tun gehabt, hatten sie große Vorbehalte, weil sich in ihren Reihen die meisten Landnutzer befanden. Sie dachten, wir müssen uns auf diese Seite stellen. Was die SPD angeht ... die SPD stand dem Gedanken Umweltschutz weitaus näher als die CDU. Und jetzt kam es darauf an, wenn man Mehrheiten haben will, dann braucht man in der Regel beide. Und dafür muss man kämpfen. Ich habe wie ich 1972 in den Kreistag kam und in die Gemeinde, aber auch gleich in den Kreistag, ... da war Erwin Fritsche, der SPD-Vorsitzende, der ungefähr 100 Jahre geworden ist. Er war ja auch Ehrensenator oder irgendetwas bei der Oldenburger Universität. Fritsche war SPD-Vorsitzender von der Fraktion und ich von der FDP. Und das hat es überhaupt noch nicht gegeben, wir haben eine Gruppe gebildet. Und ein SPD-Mann, Lokomotivführer, Albert Klusmann, aus Ganderkesee, wurde Landrat. Es war die erste sozialliberale Gruppierung und der erste sozialdemokratische Landrat im Landkreis Oldenburg. Da hat Eilert Tantzen die entscheidenden Weichen gestellt. Ich kann Ihnen

das ja so ruhig sagen und da ist auch wieder mein Großvater. Mein Großvater hat ja 1918 /19, der Großherzog ist sehr nobel abgefunden worden, hat er die erste sozialliberale Koalition in ganz Deutschland, in einem Bundesland, Oldenburg war ja Freistaat, fertiggebracht, mit dem Kuhnt von Wilhelmshaven. Der war ein Sozialdemokrat, der damals in Wilhelmshaven sehr gekämpft hat für die Revolution. Und der [Theodor Tantzen] hat das mir vorgemacht. Und ich als Enkel, natürlich viele Jahrzehnte später, habe das dann auch fertig gebracht. Wie viele waren das? Noch nicht mal ganz sechs Jahrzehnte.

Ich bin aber grundsätzlich, damit das jetzt nicht falsch verstanden wird. Ich habe in meiner langen Zeit im Kreistag auch eine Gruppe mal mit der CDU gebildet. Das war mir immer sehr wichtig, dass man frei ist und nicht nur nach einer Seite hin, sondern dass man wirklich in der Mitte ist und sowohl mit der einen wie mit der anderen größeren Partei, CDU und SPD, zusammen arbeiten kann. Aber man braucht eben für wichtige Dinge ... Verlagerung des Kreissitzes aus der Stadt Oldenburg in den Kreis hinein, nach Wildeshausen, ... das hat jahrelang gedauert, es ist dreimal im Kreistag darüber abgestimmt worden. Immer Nein und beim vierten Mal haben wir's dann fertig gekriegt. Und ja, dicke Bretter muss man lange bohren. Und ja, wir haben's geschafft; und das war in dem Fall zusammen mit der CDU. Man braucht immer, und ich denke, dass ist wichtig ... es ist gut in der Demokratie, das keiner es alleine kann und das ist total wichtig. Und da sind ja, nach meiner Meinung, kardinale Fehler gemacht worden, mit der Veränderung der Hauptamtlichkeit der Bürgermeister und Landräte. Das sind kleine Könige geworden, die ja bestimmen die Tagesordnung. Sie sind Vorsitzende im Verwaltungshaus, in den wichtigen Räten oder im Kreisausschuss. Und das ist eben ein urliberales Prinzip ... wir haben ja auch dagegen gestimmt, auch im Land dagegen gestimmt, ist Macht zusammenzuballen. Es ist immer besser, wenn am Schluss mindestens noch zwei da sind, die miteinander über was abstimmen müssen, als wenn einer es allein kann.

***AW: Und im Jahr 1978, wenn ich jetzt noch einmal überleite, bei der Landtagswahl kam die Grüne Liste Umweltschutz dazu. Sahen Sie die GLU als ernstzunehmende Konkurrenz für die FDP oder haben Sie die am Anfang eher ein bisschen belächelt?***

**ET:** Also am Anfang eher etwas belächelt, weil sie auch zuviel Theorie an Bord hatten und kaum etwas Machbares. Sie schossen in der Richtung oft über das Ziel hinaus. Deshalb wurden sie auch mehr zur Seite gedrängt und waren eigentlich nicht so richtig

ernst zu nehmen. Das hat sich im Laufe der Zeit geändert, aber zunächst wurden sie nicht ernstgenommen, also häufig sogar belächelt.

**AW: Es wurde ja auch häufig gesagt, zum Beispiel von Herrn Ronneburger, mir fällt leider der Vorname nicht ein...**

ET: Uwe.

**AW: ... Uwe Ronneburger, dass die GLU eine Art Blankoscheck für alle anderen Probleme abverlangte; das ein fehlendes wirtschaftliches Programm, aber Umwelt an erster Stelle, alle anderen Probleme aber nicht angegangen werden.**

ET: Es ist ja in der Öffentlichkeit nach und nach gut angekommen. Aber sie haben ja nie sozusagen, wenn ich sage Ökologie, ... ich kann Ökologie nur betreiben, wenn auch die Ökonomie stimmt. Und dazwischen, und das ist ja Rio. Und für diese drei Sachen kämpfe ich, unverändert. Und dazwischen kommt die Sozialpolitik. Ökologie und Ökonomie nicht alleine, sondern die Sozialpolitik gehört auch noch dazu. Und das aufeinander abzustimmen, und das man dann abwägt und sagt, und das machen wir jetzt. Das kommt dem einen zu Gute, dem anderen auch etwas, dem einem zwar weniger. Da denke ich schon, dass das wichtig ist.

In der Umweltpolitik freue ich mich sehr, dass die da doch erheblich an Stellenwert gewonnen hat. Aber man darf eben nicht vergessen ... wenn man von einem Lebensstandard; ich denke im guten Sinne Standard, wenn man ein offenes, gutes Leben führen will; dann kann man leicht zu einem Apostel werden, für einen von den drei Bereichen. Insofern denke ich schon, dass es keine Schiefelage zu Gunsten von einem von dieser drei wichtigen Elementen in der großen Politik geben darf. Das ist ja große Politik.

**AW: Bei der Landtagswahl 1982 sah es ja dann schon etwas anders aus. Mittlerweile war es nicht mehr die GLU, sondern die Grünen, die sich als dritte Kraft in Niedersachsen etabliert hatten. Wie sah das im Oldenburger Land aus? Waren die Grünen eine ernstzunehmende Konkurrenz oder machten sie der FDP das umweltpolitische Profil streitig? Wie wurde diese neue Situation angegangen?**

ET: Also sie wurden auch da, zunächst noch nicht so richtig ernst genommen. Aber dieses Wahlergebnis 1982 hat doch gezeigt wie wichtig dieser Bereich Umweltpolitik ist

und das sich jetzt Kandidaten und Kandidatinnen gefunden haben, die diesem Ziel alles andere unterordnen wollten. Aus der Bevölkerung ist ja auch relative Zustimmung gekommen. Auf unserem Raum im Oldenburger Land bezogen, wo wir dieses Feld von der F.D.P. schon viel länger bearbeitet worden war, war es für uns immer sehr wichtig, dass wir zumindest gleichauf, möglichst noch etwas mehr Stimmenanteile gewonnen haben als wie die Grünen. Auf Landesebene sind sie dann schon zur dritten Kraft geworden. Und ich denke, wir haben in Oldenburg; ich habe jetzt die Kurven nicht so genau vor Augen wie sich das dann weiterentwickelt hat; ... aber ich denke wir haben ... die Oldenburger waren die liberale Hochburg im Land Niedersachsen. Weil doch hier der Liberalismus, Ökonomie, Ökologie und dann Soziales, .... der Liberalismus hier auch durch die Vorväter, ein großes Potential immer gehabt hat. Zum Teil stellten die Liberalen im Jahrhundert davor, stellten sie sogar die Mehrheit hier, weil es ja die CDU gar nicht gab. Es gab das Zentrum. Die CDU ist ja erst nach dem Krieg groß geworden: Ja, wenn man das christliche vorne hat, Zentrum ist nicht mehr, ... ist ja nicht mein Ding.

***AW: Und meinen Sie, dass in der niedersächsischen Bevölkerung die FDP schon in den 1970/80er Jahren als Umweltpartei wahrgenommen wurde?***

**ET:** Ich denke schon. Aber sicherlich nicht so, wie das am Anfang war und wie es dann später wurde. Ich glaube, dass die Bevölkerung der FDP freie Marktwirtschaft und den Marktwirtschaftlern eigentlich von der Bevölkerung, ... weil die Presse und die Medien sich oft in diese Richtung geäußert haben, war die FDP die Partei der Marktwirtschaft, der freien Marktwirtschaft. Und das man sagen muss, die Frage auch in Niedersachsen ... mit dem Auftreten der Grünen, diesen Alleinvertretungsanspruch, den sie mal hatte, doch verloren hat.

***AW: Und es war ja auch, dass in den Jahren nach der Landtagswahl 1978 die FDP nicht mehr im niedersächsischen Landtag vertreten war. Wie wurde dann die Umweltpolitik weiterverfolgt? Wie würden Sie die nächsten Jahre beschreiben?***

**ET:** Ja, dass die Grünen ... da waren auch schon die Grünen 1978?

***AW: 1978 waren sie noch nicht im Landtag. Sie hatten nur 3,9%.***

**ET:** Also ich denke, was sowohl die SPD anging, wie die Union, sind natürlich viele Felder, die die FDP bislang bestellt hatte, wurden von ihnen nicht so bestellt. Ein wichtiger Punkt, was bei uns ja immer mehr Bedeutung gewonnen hat, ist ja die Bildungspolitik gewesen. Und wir haben ja 1978. War das die Sache mit Kubel? Wo der in der Legislaturperiode zurückgetreten ist? Und dann kam es zur Wahl von Albrecht? War das in dem Jahr?

**AW: Das war 1976.**

**ET:** Ja, da hing das mit zusammen. Wir sind dann während der Wahlperiode, wir waren ja vorher nicht im Landtag, wieder in den Landtag eingezogen. Und der Wähler hat uns, nachdem diese Wahlperiode zuende war, hat er gesagt, ihr habt gesagt, nicht mit der CDU, und habt es doch mit der CDU gemacht. Und dann hat man die Quittung bekommen. So nicht ... da waren wir draußen.

**AW: So betrachtet, war es dann wie bei der Bundestagswahl 1961, da wurde der FDP ja auch dieser „Umfall“ angekreidet.**

**ET:** Aber, seitdem es die Bundesrepublik gibt, ist sie immer im Bundestag gewesen. Es ist ihr angekreidet worden, aber eben nicht so, ... hat nicht so durchgeschlagen, dass sie nicht im Bundestag mit einer Fraktion geblieben sind.

**AW: Jetzt mache ich noch einmal einen bisschen größeren Sprung. Ich möchte noch gerne auf das 10-Punkte-Programm der FDP zur Rettung des „Schwimmenden Moores“ bei Sehestedt kommen. Was waren da die Gründe dieses Gebiet zu schützen? Als ich mir den Nachlass anschaut habe, war ich erst mal erstaunt, weil ich davon noch nie etwas gehört hatte. Mit dem Begriff „Schwimmendes Moor“ konnte ich nicht viel anfangen und Sehestedt musste ich nachschlagen. Was waren da ihre Beweggründe sich gerade für dieses Naturschutzgebiet einzusetzen?**

**ET:** Es ist das einzige schwimmende Moor außerhalb der Deiche, das es auf der ganzen Welt gibt. Also es ist schon eine große Besonderheit. Und dieses schwimmende Moor hatte bei allen Hochfluten, es schwamm dann richtig, mit großen Wellen, die immer vorne brachen ... und dann brachen immer mehr vorne, ... diese Dargen ab. Es wurde immer, immer kleiner. Und da haben wir gesagt, ... in unserer Partei war ein Witte Mitglied, der bei den Wasser- und Bodenverbänden tätig war, und

mit dem, wenn wir auf Vorstandssitzungen mal zusammen kamen... Und es war für mich aber immer schon etwas ganz Besonderes, dieses schwimmende Moor. Und was können wir machen? Was könnte man machen? Wir hatten einen Arbeitskreis gebildet, Umwelt, innerhalb des FDP-Bezirksverbandes. Es gab einen Arbeitskreis Schule und Bildung, verschiedene Arbeitskreise, auch einen für Finanzen. Und dieser Arbeitskreis Umweltschutz, den ich geleitet habe, hatte nun die Aufgabe den Bezirksverband auch zu repräsentieren. Was kann denn gemacht werden? Und dadurch sind wir sehr eingestiegen. Und haben dann gesagt, was ist möglich. Wir haben dann dieses 10-Punkte-Programm erarbeitet, wonach wir meinten, dass man dort den Zerfall an der Front durch die hohen Wellen etwas aufhält... und das ist auch ziemlich gutgeheißen worden.

Unterm Strich sind diese 10 Punkte .... sind nicht erfüllt worden, weil die Tetrapoden, die man so rundum legen konnte, ... das wäre zu schwierig gewesen. Das Aufschwimmen auszuschließen kam ja überhaupt nicht Frage. Den Deich zu verlegen, das es dahinter ist, kam auch nicht in Frage. Es ist also ziemlich schwierig. Es ist eine Reihe von ziemlich kleinen Schritten gewesen. Wenn Sie das gelesen haben, dann können Sie das daraus auch erkennen. Das schwimmende Moor ist immer noch da, es brechen immer noch Dargen ab. Und da war ja die Loki Schmidt, die Frau von Helmut Schmidt ... war nach uns da. Wir hatten auch einmal miteinander korrespondiert, weil die Botanik, die dort wächst, auch etwas Besonderes ist. Dann wachsen da ja diese Birken, fliegen an, wachsen da und saufen dem schwimmenden Moor das Süßwasser weg, das es braucht. Also nun mussten die beseitigt werden. Dann ein wichtiger Punkt war auch, dass man die Bevölkerung mobilisierte, was die Rettung angeht. Das sie da einbezogen wurden. Und daher ist auch dann entstanden, das haben wir auch gefordert, die Öffentlichkeit muss das schwimmende Moor vom Deich aus einsehen können. Damit die Öffentlichkeit akzeptiert, es ist letzten Endes unser Moor, nicht nur von ein paar Naturschützern, sondern unser Moor. Und dann auch bereit sind, gewisse Einschränkungen, die vielleicht möglich oder notwendig sind, hinzunehmen.

***AW: Und jetzt ist es wieder ein Sprung zu einem anderen Thema. Was verstehen sie unter dem Begriff „ökologisch und sozialverpflichtete Marktwirtschaft“?***

**ET:** Darunter verstehe ich, dass eine Marktwirtschaft darauf angewiesen ist, wenn sie dauerhaft bestehen will, ... auf die natürliche Umwelt, wo auch Luft, Wasser und Boden zugehören ... dass sie darauf Rücksicht nimmt und nicht maßlos diese drei wesentlichen Elemente, um die es immer geht ... das die nicht geschädigt werden, dass man darauf Rücksicht nimmt und nehmen muss. Das heißt Ökologie. Und sozial

heißt, dass man den Menschen auch miteinbeziehen muss, was sein Wohlbefinden angeht. Die Marktwirtschaft darf sich nicht so aufführen, dass sie unsere Mutter Erde ausbeutet und den Menschen dazu, sondern dass sie den Menschen egal wo er sich befindet, welche Rasse er zugehört, welches Alter er hat, welches Geschlecht er hat, dass sie den Menschen und sein Wohlbefinden in die Maßnahmen ... die der Marktwirtschaft miteinbezogen werden müssen.

***AW: Jetzt habe ich noch einmal eine ganz andere Frage zum Kernkraftwerk Esenshamm. Im März 1977 war die niedersächsische Landtagsfraktion der FDP vor Ort. Sie informierte sich bezüglich einer fehlenden, wasserrechtlichen Teilgenehmigung, die den Betrieb noch aufhielt. Der Oldenburger Bezirksverband der FDP hat aber ausdrücklich gesagt, dass für die Inbetriebnahme erst die Frage der Entsorgung geklärt werden müsse. Der Landesverband vertrat die Auffassung, dass auch ohne die Genehmigung der Betrieb aufgenommen werde könne.***

**ET:** Also, da haben wir und natürlich auch ich ... Eilert Tantzen die Spitze. Wir haben uns da nicht durchsetzen können, was die Entsorgung der abgebrannten Brennelemente angeht ... dass das in jedem Fall Vorrang haben muss, die Sicherstellung. Wir sind ja heute, noch nicht einmal damit fertig. Und natürlich auch von der Ökologie her ... dass ausreichend ausgekundschaftet werden musste und muss ... die Erwärmung der Weser im Bereich warmer Abwässer, die ja anfallen oder die Kühlwässer im erheblichen Umfang ... was das eben für Auswirkungen hat. Und von daher haben wir Nein gesagt ... jetzt einfach so in Betrieb gehen, ohne dass das ausreichend untersucht und gewährleistet wird ... da haben wir vom Bezirksverband Nein gesagt. Unser Landesverband hat das, dann anders gesehen, weil er der Auffassung war, dass man die abgebrannten Kernbrennstäbe ... das sie in irgendeiner Form schon aufgearbeitet werden könnten. Das machen sie ja heute in Leerhagen, aber dann sie immer noch voll, von diesen schädlichen Elementen.

***AW: Waren Sie bei dieser Frage enttäuscht vom Kurs des Landesverbandes?***

**ET:** Ja, klar. Ich habe ja nicht aufgehört zu kämpfen ... immer weiter voran. Natürlich spielte die Kernenergie schon eine große Rolle. Heute ist das ja ganz anders mit den erneuerbaren Energien. Aber damals war das schon wichtig und es war etwas Besonderes. Ich weiß noch, was die SPD-Regierung für eine Karte hatte. Da waren

von Niedersachsen 25 bis 30 solcher Kernkraftwerke drauf. Dies waren die Wohltaten, die nun kamen. So war das.

Wir sind ja mit dem Problem weiterhin befasst ... muss ich ja sagen ... was ein großer Fehler ist, denn es müssen ja nicht nur die Kernbrennstäbe entsorgt werden, sondern nachher auch die alten Kernkraftwerke. Die großen Teile sind auch total verseucht. Darum finde ich es ganz schlimm, dass aus politischen, taktischen Erwägungen heraus der Gabriel, der Bundesumweltminister, sich so verhält ... dass in Gorleben sozusagen das Erforschen einfach nicht weiter verfolgt wird. Es ist ja einfach zum Stillstand gekommen. Da ist ja nun wieder zuständig der Bund zuständig und das ist natürlich ein erhebliches Manko ... das für eine entsprechende Ablagerungsstätte nicht ausreichend geforscht wird ... geforscht ist ja ganz viel, aber es wird viel zu wenig getan. Deshalb ist natürlich die ganze Kernenergie ... das ist ja meine Sicht immer gewesen ... ich sage mal ganz vorsichtig... Die derzeitige Nutzung der Kernenergie muss unter einem ganz großen Vorbehalt und Fragezeichen gesehen werden. Das ist ja eigentlich ganz normal. Sie wollten ja schon irgendetwas machen, die Dinger wieder gebrauchen. ... da war doch in Wackersdorf, da in Bayern da unten, da ist ja alles zusammengelaufen, aus der Tschechei auch. Das ganze Ding ist gestorben. Mit Gorleben sind wir jetzt hängen geblieben. Aber in Wackersdorf sollten die aufgearbeitet werden. Das passiert jetzt ja in La Hague in Frankreich. Wenn die Franzosen das machen ... da könnte jemand sagen, von euch nehmen wir nichts mehr. Ja, was dann? Da heißt es ja, wir können die in den Werken da zwischenlagern. Das wird jetzt auch schon zum Teil gemacht. Ich bin da nicht so weit vorgedrungen, wie ich mir das sicherlich gewünscht hätte ... und viele andere natürlich mit mir auch.

***AW: Wenn wir jetzt abschließend den Bogen in die Gegenwart spannen, gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise. Es wird ja täglich in den Medien gesagt, dass sich Deutschland in der härtesten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik befindet. Haben Sie da auch die Befürchtung, dass die Umweltpolitik im Parteiprogramm der FDP einfach zu kurz kommt oder untergeht?***

**ET:** Nein, das glaube ich nicht. Man muss zumindest registrieren, dass es in Niedersachsen ... vielleicht seit 6 Jahren einen Umweltminister gibt, einen FDP-Umweltminister. Das ist auch ein Zeichen gewesen, wie wir darüber beraten welche Ressorts, wie werden die verteilt ... . Das Umweltministerium war nun kein absolut begehrtes Ministerium, meinetwegen bei der CDU. In dem Fall ist es jetzt Schwarz-Gelb ... sondern wir es aber doch geschafft haben: Hier kommt Umweltpolitik! Ökonomie! Alles was dazu gehört, ist total wichtig. Und von daher glaube ich nicht auf

ihre Frage zu antworten, dass die Umweltpolitik innerhalb FDP an Stellenwert verliert, das man mehr Ökologie gemacht zu Lasten der Ökologie. Das glaube ich nicht, wo die FDP Verantwortung mitträgt, dass das passiert.

***AW: Haben Sie sonst noch weitere Anregungen oder Fragen?***

**ET:** ... Ich denke, dass wir jetzt auch schon eine ganz Menge von dem besprochen haben, was auf der Liste steht. Ich habe nur gedacht ... habe ich Ihnen auch schon mitgegeben ... dass die Naturschutzstiftung ... das darf ich ja sagen, sagen kann ich ja sowieso alles ... dass die auf meinem Mist gewachsen ist. Es hat sechs Jahre im Kreis gedauert, das können Sie auch im Nachlass sehen ... da sind ja einige Akten der Naturschutzstiftung bei, auch die Hauptakte. ... Sechs Jahre bis ich die CDU, mit der wir damals eine Gruppierung hatten, ... ich glaube über acht oder neun Jahre ... dazu gewonnen hatten, dass sie tatsächlich Ja sagten, eine Naturschutzstiftung zu gründen. Diese wurde immerhin mit 2 Millionen Euro Grundstock ausgestattet. Und ich bin auch die ersten 15 Jahre Vorsitzender gewesen. Wir haben die tollsten Projekte am Laufen. Eins davon, das Größte bis jetzt, ist die Hasbruch ... die eine Bäke, die Kimmer Bäke im Hasbruch. Das Projekt wird zusammen mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt ... weil Brickwedde, der ist da Generalsekretär, und ich uns ganz gut kennen ... auf den Weg gebracht. Das war total schwierig so ein Projekt, was 1 Million Euro an Kosten erfordert, auf den Weg zu bringen. Und wir haben etwas bewirkt, dass die Brookbäke, das die ... ich glaube, es hat 4 Jahre gedauert, von der Planfeststellung bis jetzt zum Bau, der in diesem Jahr fertig wird ... und das schon dem Bau gegenüber war für uns total wichtig ... und auch in die Zukunft, dass das ein Bildungsobjekt ist. Ich denke, dass ist für Delmenhorst, für Wildeshausen und für viele Schulen, die daran sehen können ... das ist so verändert worden. Die Brookbäke floss vorher in Betonhalbschale, ganz einfach. Und da ist jetzt Leben reingekommen ... und die haben totalen Spaß daran, was man da sehen kann, was sich durch diese Veränderung nach und nach in der Fauna und Flora tut. Dort war auch eine Klasse, ich glaube Gymnasium Wildeshausen, ... hat eine Partnerschaft mit einem polnischen Gymnasium in Krakau. Jetzt heißt das ja Krakowa. Und die sind auch da gewesen in der alten Jagdhütte und dann dahingegangen. Diese Brookbäke läuft ja durch den Hasbruch. Der Hasbruch selbst ist europaweit ein ganz besonderer Wald. Deshalb ist er auch mehrfach geschützt. Er steht insgesamt unter Naturschutz. Er ist Flora-Fauna-Habitat-Gebiet (FFH) von der EU. Er ist Vogelschutzgebiet von der EU. Einige Bereiche werden schon seit 150 Jahren urwaldähnlich behandelt ... mit einem besonderen Schutz. Der Urwald

ist schon etwas ganz besonderes ... da fließt diese durch. Und da ist auch diese Anregung gekommen.

Jetzt ein paar persönliche Worte. Ich selbst bin von Haus aus ein Bauernsohn und eine Ziegelei hatten wir auch zuhause. Mein Beruf ist Forstmann. Von daher ist man natürlich automatisch der Natur sehr viel näher, aber auch natürlich der Bodennutzung. Dieses Kapital, was so in mir drin steckt, hat mir immer sehr geholfen, solche Dinge, die mit Umweltschutz zusammenhängen, was Pflanzen und Tiere angeht und dem Boden angeht, ... hat mir immer sehr geholfen, weil das in mir drin ist, ... so ein eigenes Bedürfnis, da etwas zu sichern und voran zu bringen. Das ist natürlich, ich sage mal, „ein glücklicher Umstand“, dass das so in mir drinsteckt. Dann muss man nicht so in sich hineinhorchen und fragen, warum machst du das ... es gibt doch nur einen Haufen Widerstände ... man hat sogar vielleicht viel Ärger damit. Aber wenn man überzeugt ist ... das ist gut und richtig, dann kann man vor sich selbst innerlich den Hut ziehen.

## Abkürzungsverzeichnis

AdL	Archiv des Liberalismus
AUD	Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher
BBU	Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BHS	Biologische Schutzgemeinschaft Hunte-Weser-Ems
BMI	Bundesministerium des Innern
BML	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DVP	Deutsche Volkspartei
EG	Europäische Gemeinschaft
FDP	Freie Demokratische Partei
IPA	Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft
BHE	Bund der Heimatvertriebenen
GAZ	Grüne Aktion Zukunft
GB-BHE	Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GLU	Grüne Liste Umweltschutz
GG	Grundgesetz
KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschland
KW	Kreisarchiv Wildeshausen
LSKN	Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NWZ	Nordwest Zeitung Oldenburg
OOWV	Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserband
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StAO	Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg
UN	United Nations Organization
UWG	Unabhängige Wählergemeinschaft

